Z 4914 F

Der Archivar

Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen

HERAUSGEGEBEN VOM NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN HAUPTSTAATSARCHIV
SCHRIFTLEITUNG: GISELA VOLLMER IN VERBINDUNG MIT ECKHART G. FRANZ, LUTZ HATZFELD, WILHELM JANSSEN UND HANS SCHMITZ

32. JAHRGANG FEBRUAR 1979 HEFT 1

Mülheim die sympathische Stadt an der Ruhr

mit rd. 184000 Einwohnern in landschaftlich bevorzugter Lage am Südwestrand des Ruhrgebietes, moderner Innenstadt, ausgezeichneten Einkaufsmöglichkeiten, regem Kulturleben und guten Verkehrsverbindungen zu den anderen Großstädten des Rhein-Ruhr-Gebietes (S-Bahn)
sucht für das Stadtarchiv sofort einen/eine

Archivamtmann / Archivamtmännin

– Bes.Gr. A 11 BBesO –

Neben Benutzerdienst, Erteilung von schriftlichen und mündlichen Auskünften und der Erschließung von Akten des 19. und 20. Jahrhunderts umfaßt das Aufgabengebiet schwerpunktmäßig die Tätigkeit als Sachbearbeiter im Sachgebiet III (Druckschriften/Dokumentationsmaterial/Nachlässe etc.). Es ist erforderlich, daß der Bewerber eine abgeschlossene Ausbildung für den gehobenen Archivdienst nachweisen kann. Auch jüngere Bewerber, die noch nicht die laufbahnmäßigen Voraussetzungen für dieses Amt erfüllen, werden berücksichtigt.

Zur ersten Kontaktaufnahme richten Sie bitte innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige eine Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an den

Oberstadtdirektor – Personalamt –,
Postfach
4330 Mülheim a. d. Ruhr

LANDKREIS ESSLINGEN
(450000 Einwohner)

Beim Landratsamt Esslingen ist die Stelle eines

Kreisarchivars

vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 1979, zu besetzen.

Voraussetzung ist eine abgeschlossene Ausbildung im gehobenen oder höheren Archivdienst.

Die Tätigkeit des Kreisarchivars umfaßt vor allem die Verwaltung des kreiseigenen Archivgutes sowie die Betreuung der in den Gemeinden des Landkreises anfallenden Archivbestände.

Die Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe A 13 BBesO. Es können sich jedoch auch Interessenten bewerben, die die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für diese Besoldungsgruppe noch nicht erfüllen. Auf Wunsch ist auch eine Beschäftigung im Angestelltenverhältnis möglich.

Die Große Kreisstadt Esslingen am Neckar liegt verkehrsgünstig in unmittelbarer Nähe der Landeshauptstadt Stuttgart. Sämtliche Schularten sind am Ort vorhanden. Der Landkreis umfaßt 44 Städte und Gemeinden.

Bewerbungen sind bis spätestens 1. April 1979* an das

Landratsamt Esslingen – Personalamt –
Pulverwiesen 42, **7300 Esslingen am Neckar,**
Telefon 3902/2112,

zu richten.

*** 1. Mai 1979**

STADT LIPPSTADT

Bei der Stadt Lippstadt (65000 Einwohner) ist zum nächstmöglichen Termin die Stelle des

LEITERS DES STADTARCHIVS

nach der Bes.Gr. A 13 BBesG zu besetzen.

Die Aufgaben werden bisher von einem Beamten des gehobenen Dienstes wahrgenommen.

Bewerber müssen die Befähigung zum höheren Archivdienst (Archivarische Staatsprüfung nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des höheren Archivdienstes im Lande Nordrhein-Westfalen) nachweisen. Gesucht wird eine kontaktfreudige Persönlichkeit mit praktischer Erfahrung im Archivwesen und organisatorischen Fähigkeiten. Selbständige wissenschaftliche Forschung und publizistische Tätigkeit werden erwartet.

Neben dem Leiter des Stadtarchivs sind noch ein Beamter des gehobenen Dienstes und zwei Angestellte (eine Halbtagskraft) tätig.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften sind bis zum **1. April*** **1979** bei der

Stadtverwaltung Lippstadt
– Haupt- und Personalamt –
Postfach 2540, 4780 Lippstadt,

einzureichen.

Der Stadtdirektor

*** 1. Mai 1979**

Beim Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Münster ist die Stelle eines

Staatsarchivdirektors

als Leiter der Abteilung 1 „Staatsarchiv für Nordwestfalen" neu zu besetzen.
Erforderlich sind längere archivarische Erfahrung, organisatorisches Geschick und Vertrautheit mit der westfälischen und niederrheinischen Landesgeschichte. Gewandtheit im Umgang und Verhandlungsgeschick sind Voraussetzung.
Die Stelle wird nach A 15 BBO besoldet.
Laufbahnbewerber werden gebeten, ihre Bewerbungen bis 14 Tage nach Erscheinen dieser Anzeige an den Leiter des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Münster, Bohlweg 2, 4400 Münster, zu richten.

Robert Zink

Der Archivar

Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen

32. Jahrgang · Februar 1979 · Heft 1

INHALT

Der 52. Deutsche Archivtag 1978 in Hamburg. Vorträge, Referate, Berichte 5

Neue Fragen der Forschung — neue Anforderungen an die Archive. Tagungsbericht von Ottfried Dascher 5

Neue Fragen der Forschung, neue Anforderungen an die Archive — aus der Sicht der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Referat des 52. Deutschen Archivtages. Von Karl Heinrich Kaufhold 13

Gegenwärtige Forschungsansätze der Zeitgeschichte. Referat des 52. Deutschen Archivtages. Von Peter Hüttenberger 23

Wiederherstellung und Ergänzung zerstörter Überlieferungen. Kurzfassungen von Referaten der Gemeinsamen Arbeitssitzung auf dem 52. Deutschen Archivtag. Bearbeitet von Ottfried Dascher 35

Rudolf Schatz, Die Archive der Reichserzkanzler, Kurfürsten und Erzbischöfe von Mainz: 35. — *Peter Dohms* und *Hermann Rumschöttel*, Rekonstruktion von Schriftgut der NSDAP und ihrer Gliederungen aus Empfängerüberlieferung: 36. — *Klaus Oldenhage*, Die Akten des Office of Military Government for Germany US (OMGUS) — Ersatz-, Ergänzungs- oder Doppelüberlieferung?: 39.

Die Wiederherstellung historischer Provenienzen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Referat des 52. Deutschen Archivtages (Gemeinsame Arbeitssitzung). Von Walter Jaroschka 41

Die Auswanderung nach Übersee im 19. Jahrhundert — Forschungsansätze und archivische Quellen. Kurzfassungen von Referaten des Quellenkundlichen Rundgesprächs auf dem 52. Deutschen Archivtag. Bearbeitet von Ottfried Dascher und Gerhard Mantwill 49

Klaus Richter, Die Auswanderungsquellen der hansestädtischen Archive: 49. — *Winfried Hecht*, Zur Dokumentation kommunaler Auswanderungsprojekte des 19. Jahrhunderts in Südwestdeutschland: 51. — *Bruno Neundorfer*, Auswanderungsquellen in kirchlichen Archiven: 52. — *Charlotte Böttjer*, Auswanderungsquellen in Archiven der Wirtschaft: 53. — *Gerhard Mantwill*, Die Zeitung als Quelle der Auswanderungsforschung: 54. — *Hans-Georg Ruppel*, Die amerikanische Gegenüberlieferung: 55.

Die Deutsche Auswanderung in überseeische Gebiete: Forschungsstand und Forschungsprobleme. Referat des 52. Deutschen Archivtages (Quellenkundliches Rundgespräch). Von Günter Moltmann 57

Das Quellenangebot der territorialen Staatsarchive, insbesondere Südwestdeutschlands, zur Auswanderungsforschung. Referat des 52. Deutschen Archivtages (Quellenkundliches Rundgespräch). Von Paul Sauer 67

Berichte der Fachgruppen über ihre Arbeitssitzungen auf dem 52. Deutschen Archivtag 73

Fachgruppe 2: Archivare an Stadtarchiven und Archiven sonstiger Gebietskörperschaften (G. Aders) 73

Fachgruppe 3: Archivare an kirchlichen Archiven (B. Neundorfer) 74

Fachgruppe 4: Archivare an Herrschafts-, Familien- und Personenarchiven (M. Piendl) 74

Fachgruppe 5: Archivare an Archiven der Wirtschaft (C. A. Reichling) 75

Fachgruppe 6: Archivare an Parlamentsarchiven (W. Krause) 76

Fachgruppe 7: Archivare an Presse-, Rundfunk- und Filmarchiven (M. Englert) 78

Die archivische Sicherung der deutschen Spielfilmüberlieferung. Zur Begründung eines Kinematheksverbundes am 8. Dezember 1978. Von Friedrich P. Kahlenberg 81

Archivberichte und Tagungen 85

Internationales: 18. Table ronde des Archives 1978 in Nairobi/Kenia (A. Wagner): 85. — Treffen der „Bodensee-Archivare" in Isny/Allgäu (P. Eitel): 87.

Bundesrepublik Deutschland und Land Berlin: Rückführung deutscher Archivalien an das Bundesarchiv (G. Sandhofer): 88. — Nachlässe von Geographen im Bundesarchiv (E. Ritter): 88. — Erschließung politischer Plakatsammlungen des Bundesarchivs und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs: 89. — Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933—1945 (H. Rumschöttel): 90. — Verlegung des Landesarchivs Saarbrücken: 91. — Brand in der Essener Synagoge — Das Stadtarchiv ohne Schäden: 91. — Archiv des Kartellverbandes katholischer deutscher Studentenvereine (KV) im Stadtarchiv Mönchengladbach (G. Lamers): 91. — M.A.N.-Werkarchiv und M.A.N.-Museum in Augsburg: 92. — Mitteilung des Mikrofilmarchivs der deutschsprachigen Presse: 92. — Universitätsarchiv Rinteln (H. Th.): 93. — DFG-Förderung des Archivs der deutschen Jugendbewegung: 93. — Baumaßnahmen beim Schiller-Nationalmuseum — Deutschen Literaturarchiv: 93. — Die Archive der Künstlergilde e.V. (Sitz Esslingen): 94. — Das Bildarchiv Foto Marburg und die Bilddokumentation zur Kunst und Kultur in Deutschland (L. Heusinger): 95. — 10. Tagung rheinland-pfälzischer und saarländischer Archivare in Landau (K. H. Debus): 96. — 20. Routinesitzung nordrhein-westfälischer Kommunalarchivare in Münster (W. H. Frese): 98. — Fortbildungskurs für westfälische Kommunalarchivare in Castrop-Rauxel (W. H. Frese): 99. — Zweiter Fortbildungslehrgang für Mitarbeiter in kirchlichen Registraturen und Archiven (EKD) in Leichlingen (H. Rückleben): 99. — Sitzung der Bischöflichen Fachkommission für die kirchlichen Archive in Deutschland in Regensburg (P. Mai): 100. — Kurs für Nachwuchskräfte in katholischen Archiven und Registraturen in Volkersberg (P. Mai): 101. — Fortbildungskurse für klösterlichen Archivnachwuchs in Reute und Paderborn (P. Mai): 101. — Treffen des Arbeitskreises Chemische Industrie in der VdW in Frankfurt/M.-Höchst (M. Simon): 101. — Zweiter Ausbildungslehrgang für Wirtschaftsarchivare in Feldkirchen-Westerham (A. Kaltenbrunner): 102. — Seminar „Automatisierte Informationssysteme" in Hagen (M. Englert): 102. — Zeitungssammlungen im Abseits? Bericht über ein Fortbildungsseminar in Köln (W. Höfig): 103.

Deutsche Demokratische Republik: Tagung der Arbeitsgemeinschaft für das kirchliche Archiv- und Bibliothekswesen in der DDR in Meißen: 105.

Dänemark: Neue dänische Archivveröffentlichungen (W. Prange): 105.

Österreich (R. Egger): Archivarische Berufsausbildung: 107. — Verhandlungen mit Jugoslawien zum Archivabkommen von 1923: 107. — Wechsel in der Leitung des Haus-, Hof- und Staatsarchivs: 107. — Burgenländisches Landesarchiv 1975/1976: 108. — Niederösterreichisches Landesarchiv 1976: 108. — Oberösterreichisches Landesarchiv 1975/76: 109. — Steiermärkisches Landesarchiv 1975/76: 109. — Tiroler Landesarchiv 1974/75: 110. — Archiv der Stadt Linz 1971/76: 111.

Literaturbericht 111

Stille Museen. Spezialsammlungen, Fachmuseen und Gedenkstätten in Deutschland (Bundesrepublik und Westberlin). Ein Museumsführer, Reisebegleiter und Nachschlagewerk. Zusammenstellung: U. Bauer (J. E. Bischoff): 111. — Bulletin du Comité des Archives d'Entreprises / Bulletin of the Committee on Business Archives. (Conseil de rédaction: H. Coppejans-Desmedt — O. Dascher — M. Hamon — Cl. Mentha — R. M. E. Raaff.) 1, 1978 (R. Köhne): 111. — Historisches Ortslexikon für Brandenburg. T. IV: Teltow. Bearb. v. L. Enders unter Mitarbeit v. M. Beck. T. V: Zauch-Belzig. Bearb. v. P. P. Rohrlach (W. Vogel): 112. — Spezialbestände in deutschen Bibliotheken. Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) / Special collections in German libraries. Bearb. v. W. Gebhardt; Sondersammlungen in Bibliotheken der DDR. Ein Verzeichnis. Bearb. v. H. Roob (W. A. Mommsen): 113. — Der gemeinsame Weg. Ostdeutsche Patenschaften, Archive, Museen, Bibliotheken. Redaktionsgemeinschaft: O. Böse, I. Dyck, F. Heinz, P. Nasarski (W. Kohte:) 114. — Verzeichnis der katholischen Kirchenbücher und Elenchen der Diözese Mainz sowie der Elenchen des ehemaligen Erzbistums Mainz. Bearb. v. B. Günther (U. Schuster): 115. — Berliner Archive. Bearb. v. E. Henning, H.-F. Lockemann, J. C. Struckmann, J. Wetzel (J. K. v. Schroeder): 115. — Die Regesten der Erzbischöfe von Köln im Mittelalter. Bd. 6: 1349—1362 (Wilhelm von Gennep). Bearb. v. W. Janssen (G. Rotthoff): 116. — Das Protokollbuch der Niederländischen Reformierten Gemeinde zu Frankfurt am Main 1570—1581. Bearb. u. hrsg. v. H. Meinert u. W. Dahmer. Historische Einführung v. H. Meinert (W. Löhr): 117. — Nuernberg War Crimes Trials. Records of Case II. United States of America v. Erhard Milch. Comp. by J. Mendelsohn; Records of the United States Nuernberg War Crimes Trials Interrogations, 1946—1949 (W. A. Mommsen): 117. — Nordiske arkivstudier. Tilegnet landsarkivar dr. phil. Harald Jørgensen den 3. januar 1977 (A. Graßmann): 118. — World War II. An account of its documents. Ed. by J. E. O'Neill and R. W. Krauskopf (W. Werner): 119. — Ortsbuch der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. W. Weber. 6. völlig überarb. Aufl. (H.-G. Ruppel): 120. — S. Petrin, F. Eheim, Das Niederösterreichische Landesarchiv (R. Egger): 121. — Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation. Bearb. v. P. Sauer (K. Drollinger): 121. — A. Tanodi, Manual de archivologia hispano-americana. Teorias y principios. Primera parte. Segunda parte. Segunda Reimpresión (R. Nagel): 121. — G. Tessin, Deutsche Verbände und Truppen 1918—1939. Altes Heer, Freiwilligenverbände, Reichswehr, Heer, Luftwaffe, Landespolizei; ders., Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939—1945. Bd. 1: Die Waffengattungen — Gesamtübersicht. Hrsg. unter Mitarbeit v. B. Meyer. Bd. 3: Die Landstreitkräfte 6—14 (G. Heyl): 123. — G. Zieger, H. Krug, A. Borcherding, Organisation der Schriftgutverfilmung; Rationelle Schriftgutregistratur (W. Engels): 125.

Hinweise auf weitere Veröffentlichungen

K. Hector, Findbuch des Bestandes Abt. 7: Herzöge von Schleswig-Holstein-Gottorf 1544—1713. Bd. 1 u. 2 (M. Ewald): 126. — Der Mikrofilm. Organisation, Technik und Wirtschaftlichkeit der Verfilmung von Schriftgut. 2. Aufl. (M. Petry): 126.

Sonstige Titel 126

Personalnachrichten

Zusammengestellt von Margret Pöllen 129

Nachrufe 137

Gottfried Ernst Hoffmann (K. Hector): 137. — Hanns Leo Mikoletzky (L. Auer): 140. — Theodor Ulrich (C. Haase): 141. — Hans Wolf (W. Mogge): 143.

Verschiedenes 143

Neue Anschriften und Rufnummern: 143. — Übersicht über Archivzeitschriften: 143. — Symbol für die „Internationalen Archivwochen" (Da): 143. — Förderungsprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft für überregionale Vorhaben der Archive (D. Oertel): 144. — Übersicht über die Bestände des Staatsarchivs Bremen: 146. — Archivtechnischer Lehrgang beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Ankündigung): 146. — Neuer Lehrgang der VdW (Ankündigung): (A. K.): 147. — Erste internationale Konferenz über „Die Entwicklung des Datenschutzes und die Sozialwissenschaften": 147. — Aktionsprogramm 1978 des Vereins Deutscher Dokumentare: 148. — Diskussion über das Vervielfältigungsrecht (H. Bannasch): 149. — Veranstaltungstermine: 149.

Mitteilungen des Vereins deutscher Archivare ... 150

Mitgliedsbeitrag für den VdA: 150.

Die Nordelbische Ev.-Luth. Kirche sucht zum alsbaldigen Dienstantritt einen

Facharchivar

Dipl.-Archivar oder Fachkraft mit gleichwertigen Kenntnissen und Berufserfahrungen, Verg.Gr. IVa KAT (vergleichbar IVa BAT). Spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis möglich.
Als Dienstsitz werden die Städte Schleswig – Rendsburg – Kiel alternativ angeboten (Verhandlungssache).
Zu seinen Aufgaben gehören:
Sicherung und Verzeichnung von Kirchengemeinde- und Kirchenkreisarchiven, Unterstützung der kirchlichen Archivpflege und Heimatforschung in den Regionalbereichen durch Beratung und Arbeitshilfen.
Kirchlich engagierte Interessenten mit Freude an verantwortungsvoller und selbständiger Arbeit werden gebeten, ausführliche Bewerbungsunterlagen umgehend einzureichen.

Nordelbisches Kirchenamt,
Dänische Straße 21–34, **2300 Kiel**

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Wissenschaft und Politik bei.

Herausgegeben vom Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv, Mauerstraße 55, 4000 Düsseldorf 30. Schriftleitung: Gisela Vollmer in Verbindung mit Eckhart G. Franz, Lutz Hatzfeld, Wilhelm Janssen und Hans Schmitz. Verantwortlich: Dr. Gisela Vollmer. Mitarbeiterin: Margret Pöllen. Mauerstraße 55, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, 4000 Düsseldorf 30, Tel. 44971. Druck und Vertrieb: Franz Schmitt, Kaiserstraße 99-101, 5200 Siegburg/Rhld., Tel. 62925, Postscheckkonto Köln 7058-500. Die Verlagsrechte liegen beim Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf.
Amtliche Bekanntmachungen sowie Manuskripte, Mitteilungen und Besprechungsexemplare bitten wir an die Schriftleitung zu senden. — Die Schriftleitung erwirbt das Recht auf Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung für unverlangt eingesandte Manuskripte mit der Annahme, für vorher vereinbarte Manuskripte mit der Vereinbarung; das übersandte Manuskript bleibt bis zur Veröffentlichung beim Herausgeber. Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung einzelner Beiträge sind innerhalb eines Jahres nach Erscheinen nur mit Zustimmung des Herausgebers, nach dessen Ablauf mit Zustimmung des Autors unter Zitierung der Erstveröffentlichung und Mitteilung an den Herausgeber zulässig. — Die Beiträge geben die Meinungen ihrer Verfasser, nicht die der Schriftleitung wieder. Bestellungen und Anzeigenverwaltung (Preisliste 10, gültig ab 1. April 1977) beim Verlag F. Schmitt, Kaiserstraße 99-101, 5200 Siegburg/Rhld., Tel. 62925, Postscheckkonto Köln 7058-500. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gisela Ermert im Verlag F. Schmitt. — „Der Archivar" erscheint viermal jährlich. Die Beihefte werden in zwangloser Reihenfolge herausgegeben. Der Bezugspreis beträgt für das Einzelheft einschl. Porto und Versand 10,50 DM, für das Doppelheft 21,— DM, für das Jahresabonnement einschl. Porto und Versand 37,— DM.

DER 52. DEUTSCHE ARCHIVTAG 1978 IN HAMBURG

VORTRÄGE, REFERATE, BERICHTE*

Neue Fragen der Forschung – neue Anforderungen an die Archive

Tagungsbericht von Ottfried Dascher

Tagungsort und Einführung

Zum erstenmal in seiner Geschichte veranstaltete der Verein deutscher Archivare (VdA) einen Deutschen Archivtag in Hamburg. Der Verein folgte damit einer Einladung des Senats der Freien und Hansestadt, die ihm auf dem 51. Deutschen Archivtag in Berlin übermittelt worden war. Mit dem Stadtstaat stellte sich ein Tagungsort vor, in dem das Bewußtsein von der in Jahrhunderten gewachsenen Rechtstradition öffentlicher Archive noch bis auf den heutigen Tag lebendig ist. Zugleich vermittelte Hamburg eine Anschauung davon, welche vielfältigen Spezialisierungen und Auffächerungen bei den Archiven der Gegenwart möglich sind. Wer hätte schon vermutet, daß in Hamburg aufgrund der herausgehobenen Stellung der hier tätigen Medien nahezu 500 Beschäftigte in staatlichen und privaten Archiven tätig sind!

Etwa die gleiche Anzahl an Archivaren und Gästen hatte der 52. Deutsche Archivtag angezogen, darunter, wie in früheren Jahren, viele ausländische Kolleginnen und Kollegen. Das zeigte schon der Empfang, zu dem der Vorstand des Vereins gemeinsam mit dem Verlag Dokumentation/KG Saur Publishers, München, die ausländischen Gäste am Montag, dem 2. Oktober, für 17.00 Uhr gebeten hatte. Ebenfalls schon Tradition war der Begrüßungsabend ab 18.30 Uhr im Patriotischen Gebäude, der die Teilnehmer zu Gespräch und erstem Gedankenaustausch zusammenführte. Dabei bestätigte sich einmal mehr, welche Ländergrenzen überschreitende Integrationskraft von der gemeinsamen Ausbildung an den Archivschulen in Marburg und München ausgeht. Die „Lehrgangsblöcke" waren nicht zu übersehen.

Der Vorsitzende des Vereins, Ltd. Archivdirektor Prof. Dr. Eckhart G. Franz (Darmstadt), übermittelte Gruß und Dank an die Veranstalter des letztjährigen Archivtags in Berlin, insbesondere an den Vorsitzenden des Ortsausschusses, den Direktor des Berliner Landesarchivs Dr. Gerhard Kutzsch, sowie an den langjährigen Vorsitzenden des VdA, Ltd. Ministerialrat a.D. Dr. Helmut Dahm. Der von Prof. Franz beschworene *Genius loci* einer weltoffenen und selbstbewußten Stadt fand seine Darstellung in dem mit Lichtbildern unterlegten Einführungsvortrag von Dr. Hans-Dieter Loose, dem Direktor des Staatsarchivs Hamburg. Sein Thema „... mein Elysium und Tartarus zu gleicher Zeit" beschäftigte sich vornehmlich mit Quellen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts, in denen Besucher Hamburgs ihre Eindrücke von der Stadt und ihren Bewohnern schriftlich in Tagebüchern, Briefen, Reiseschilderungen etc. festgehalten haben. Die Absicht, die Teilnehmer des Archivtages „historisch auf den Tagungsort einzustimmen", wurde, wie der Beifall auf den fast schon unhanseatisch heiteren, liebenswürdigen Vortrag bestätigte, voll erreicht.

Eröffnung

Der Einführung folgte dann am Dienstag, dem 3. Oktober, 9.00 Uhr, die offizielle Eröffnung im Congress Centrum durch den Vorsitzenden.

Prof. Franz begrüßte zunächst die Archivare selbst, die Archivare an Bundes- und Landes-, an Kreis- und Stadt-, an Kirchen-, an Familien- und Wirtschaftsarchiven, an Parlaments- und Hochschularchiven, an Archiven im Dienst von Presse und Rundfunk, von Parteien, Verbänden und sonstigen Institutionen. Ein besonderer Gruß galt den ausländischen Kollegen, unter ihnen den Generaldirektoren der staatlichen Archive für Belgien und Finnland, den Leitern der Zentralen Staatsarchive Österreichs und Luxemburgs, den Vorsitzenden und Vorstandsmitgliedern des Niederländischen, des Österreichischen und des Schweizerischen Archivarsverbandes, den Vertretern der staatlichen Archivverwaltungen von Frankreich, Rumänien, Schweden und Spanien, den anwesenden Archivaren aus Dänemark, England und den USA. Er konnte ferner eine Vielzahl schriftlich eingegangener Grüße von ausländischen Kollegen erwähnen, die wegen der fast parallel anlaufenden Serie Internationaler Archivtagungen auf eine persönliche Teilnahme verzichten mußten. Ebenso begrüßt wurden die Vertreter der Fachverbände der Bibliothekare und Dokumentare, mit denen sich der VdA in gemeinsamer Arbeit verbunden weiß.

Der Gruß der Archivare galt aber auch vor allem den Repräsentanten des Senats, der Behörden, der Kirchen und Medien, unter ihnen Senator Prof. Dr. Grolle (Hamburg), sowie den Historikern, so Prof. Dr. Gerhard Ritter (München), dem Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands, und Staatsarchivar Prof. Dr. Andreas Staehelin (Basel), dem Präsidenten der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz.

Prof. Franz skizzierte noch einmal die Veranstaltungen des Archivtages und betonte die nicht nur räumlich-zeitliche Verknüpfung mit dem 32. Deutschen Historikertag. „Neue Fragen der Forschung, neue Anforderungen an die Archive" sollte als Leitthema des Archivtages dokumentieren, daß die Archivare die Rolle der Forschung gegenüber den Archiven und der archivarischen Arbeit nicht auf eine passive Abnehmerrolle beschränkt sehen wollen, daß sie vielmehr auf eine aktive Mitwirkung und Beratung der Forschung zählen. Die stetig wachsende Spezialisierung und Differenzierung in der Wissenschaft zwingt den Archivar, sich auf ständig neue Fragestellungen einzustellen, ohne daß er die ganze Breite auch nur der Geschichtswissenschaft noch übersehen könnte. Er wird daher, so Prof. Franz, in verstärktem Maße das Gespräch und die Zusammenarbeit mit der interessierten Forschung suchen müssen, um hier Unterstützung, aber auch Verständnis für die ihm gestellten Probleme zu finden. Prof. Franz schloß mit einem Dank an den Ortsausschuß unter Vorsitz von Dr. Loose für die vorzügliche Organisation.

Senator Prof. Dr. Grolle verwies auf die schon angedeutete Breite der gerade in Hamburg vertretenen archi-

* Der 52. Deutsche Archivtag, der vom 2. bis 4. Oktober 1978 in Hamburg stattfand, stand unter dem Thema „Neue Fragen der Forschung — neue Anforderungen an die Archive".

vischen Einrichtungen. Charakteristisch ist seiner Meinung nach, daß in dem Stadtstaat nicht die historische Komponente überwiegt, sondern sehr stark gegenwartsbezogen, auf die Zukunft gerichtet, gearbeitet und archiviert wird. Er sieht diese Auffassung nicht allein bestätigt in dem Gewicht der Archive, besonders der Medien, sondern auch in der Aufgabenstellung des Staatsarchivs, das als Gesamtarchiv der Exekutive und der Judikatur direkt dem ersten Bürgermeister untersteht und eine herausgehobene Stellung als Senatsamt einnimmt. Seine rechtserhebliche Funktion als unabhängige beweissichernde Stelle für Bürger und Staat ist nach Prof. Grolle offenkundig.

Prof. Ritter überbrachte die Grüße des Verbandes der Historiker Deutschlands. Er verwies auf die Verzahnung mit dem Verein deutscher Archivare im leitenden Ausschuß des Verbandes und betonte die Hilfestellung der Archivare, deren der Historiker der Gegenwart angesichts der wachsenden Quellenmassen zunehmend bedarf. Er befürwortete nachdrücklich die Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher Ebene und präzisierte die Hoffnungen und Wünsche der Historiker in folgendem Katalog:

1. Die Archive sollten sich in einer aktiven Archivpflege auch um die Archive „gesellschaftlicher und politischer Kräfte und wirtschaftlicher Unternehmen" bemühen und sie für die Forschung zugänglich machen.
2. Man sollte den Archivaren auch zukünftig Zeit für eigene historische Forschung zugestehen, damit der für beide Seiten so fruchtbare Dialog von Historikern und Archivaren nicht abreiße.
3. Gerade die Historiker, die im Bereich der Geschichte der Naturwissenschaften und der quantitativen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte arbeiteten, benötigten die Unterstützung der Archivare.
4. Die Historiker erhofften sich die Hilfestellung der Archivare in ihren Bemühungen, einen möglichst ungehinderten Zugang zu den Archivalien für die Zeit der Vorgeschichte und Frühgeschichte der Bundesrepublik zu gewinnen.

Im Namen des Internationalen Archivrates und seines Präsidenten, des Nationalarchivars der Vereinigten Staaten J. B. Rhoads, überbrachte der ICA-Generalsekretär, der belgische Generalarchivar Dr. Carlos Wyffels (Brüssel), kollegiale Grüße. Dr. Wyffels erinnerte an die Verdienste von Dr. Dahm um die internationalen Kontakte und an die Bedeutung der Veranstaltung, die als der im Ausland meistbeachtete nationale Archivtag gelten könne. Auch erinnerte Dr. Wyffels an die Ausstrahlungskraft von „Der Archivar", der einen beachtlichen ausländischen Leserkreis besitze. Seine Wünsche galten auch dem Verein und seinem Vorsitzenden für ein gutes Gelingen des Archivtags.

Fachprogramm

Fragestellungen der Forschung aus der Sicht der Wirtschafts-, Sozial- und Zeitgeschichte und ihre Anforderungen an die Archive

Für die Einführung in das Leitthema hatte der Verein zwei Hochschullehrer gewonnen. Sie waren eingeladen, aus der Sicht der Wirtschafts-, Sozial- und Zeitgeschichte, d. h. aus Fachrichtungen, die heute verstärkt in die Archive drängen, neue Fragestellungen der Forschung und neue Anforderungen an die Archive vorzustellen.

Prof. Dr. Karl Heinrich Kaufhold, Ordinarius für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Göttingen, konzentrierte sich auf drei Bereiche[1]:

a) Die Diskussion über die Rolle der sog. Strukturgeschichte für die Historiographie
b) Das Problem der Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft
c) Die ausgewählte Darstellung einiger neuerer Forschungsansätze, insbesondere der historischen Demographie, der Analyse der sozialen Schichtung und der Analyse des wirtschaftlichen Wachstums und ihrer Anforderungen an die Archive.

Für Prof. Kaufhold sind Strukturgeschichte und Quantifizierung Forschungsansätze innerhalb der Geschichtswissenschaft mit eher steigender Bedeutung. Die Konsequenzen für die Kassation des Registratur- und die Intensiverschließung des Archivgutes sind daher folgerichtig in der Diskussion der Archivare aufgegriffen worden.

Prof. Dr. Peter Hüttenberger, Ordinarius für Neueste Geschichte an der Universität Düsseldorf, stellte seinem Vortrag[2] eine theoretische Analyse der Beziehungen zwischen Fragestellungen und Anforderungen an die Archive voran. Wie sollen die Archive der Vielzahl der Fragestellungen und ihren theoretischen Ansprüchen gerade in der Zeitgeschichte genügen? Auch die Anforderungen von Prof. Hüttenberger galten Kassation und Erschließungstechnik der Archive. Notwendig sind seiner Meinung nach bei einer Aktenanalyse ergänzende Hinweise auf die „Interessenperspektiven des jeweiligen Bestandes", die Quantifizierbarkeit von Quellen und Erläuterungen zu gestörten und unvollständigen Überlieferungen. Aus verständlichen Gründen mußte die Frage offenbleiben, inwiefern diese Wünsche an die Archive überhaupt in die Praxis umzusetzen sind.

Gemeinsame Arbeitssitzung: Wiederherstellung und Ergänzung zerstörter Überlieferungen

Der Nachmittag des 3. Oktober stand im Zeichen einer gemeinsamen Arbeitssitzung, in der deutlich wurde, in welchem Umfang die Archive bereits praktische Folgerungen aus Anregungen der Forschung ziehen. Vorgestellt und diskutiert wurden überregionale, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Arbeitsvorhaben sowie das vom Bundesarchiv, den Archivverwaltungen der vormaligen amerikanischen Besatzungszone und dem Münchener Institut für Zeitgeschichte gemeinsam getragene Projekt zur Erschließung und Verfilmung der in Suitland/Md archivierten Akten der US-Militärregierung. Unter Vorsitz von Staatsarchivdirektor Dr. Gregor Richter (Sigmaringen) referierten: Generaldirektor Dr. Walter Jaroschka (München) über die Wiederherstellung historischer Provenienzen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv[3], Archivdirektor a. D. Rudolf Schatz (Koblenz) über die Archive der Reichskanzler, Kurfürsten und Erzbischöfe von Mainz, Staatsarchivdirektor Dr. Peter Dohms (Düsseldorf) und Oberarchivrat Dr. Hermann Rumschöttel (München) über die Rekonstruktion von Schriftgut der NSDAP und ihrer Gliederungen aus Empfängerüberlieferung sowie Archivdirektor Dr. Klaus Oldenhage (Koblenz) über die Akten des „Office of Military Government for Germany US (OMGUS) — Ersatz-, Ergänzungs- oder Doppelüberlieferung?"[4].

Die Beiträge von Dr. Jaroschka und Schatz betrafen alte Desiderata der Geschichts- und Archivwissenschaft für die Zeit vor 1800. Ging es Dr. Jaroschka um die auch kör-

[1] Seine Ausführungen sind unten Sp. 13ff. veröffentlicht.

[2] Den Wortlaut s. unten Sp. 23ff.

[3] Den Text des Referats s. unten Sp. 41ff.

[4] Kurzfassungen der Referate von R. Schatz, P. Dohms, H. Rumschöttel und K. Oldenhage s. unten Sp. 35ff.

perliche Rekonstruktion von Archiv- und Registraturprovenienzen, die im 19. Jahrhundert pertinenzmäßig organisiert worden sind, so Schatz um die Wiederherstellung der Überlieferung der Mainzer Zentralverwaltung in Form eines Inventars. Wie Dr. Jaroschka in seinem eindrucksvollen Rechenschaftsbericht feststellte, sind die bestandsbildenden Arbeiten an den Urkundenbeständen heute im wesentlichen abgeschlossen. Die provenienzgerechte Formierung der älteren Akten- und Amtsbuchbestände steht dagegen noch in den Anfängen. Schatz zeichnete den Weg nach, den das oft zitierte Kurmainzer Archiv nach der Auflösung des Alten Reiches genommen hat. Angesichts der zersplitterten Überlieferung mußte es darum gehen, die etwa 40000 Archivalieneinheiten wenigstens „auf dem Papier", d. h. in Form eines Inventars, wieder zusammenzuführen.

Wie schon das Ende des Alten Reiches, so bedeutet auch die Katastrophe des Jahres 1945 einen tiefgreifenden Bruch in der archivalischen Überlieferung. Dr. Dohms und Dr. Rumschöttel zeigten am Beispiel zweier parallel laufender Projekte für Nordrhein-Westfalen und Bayern, in welchem Umfang eine Rekonstruktion von Schriftgut der NSDAP und ihrer Gliederungen aus Empfängerüberlieferungen möglich ist. In Bayern begann man mit den Beständen der Landratsämter, in Nordrhein-Westfalen mit denen der Bezirksregierungen (Aachen und Düsseldorf). Hervorgehoben wurde der von beiden Archivverwaltungen geförderte Erfahrungsaustausch während des laufenden Projektes, mit Vorsicht beantwortet die Frage einer Gesamtbeurteilung des Vorhabens vor Abschluß der Auswertung. Immerhin ist der Aufwand des Arbeitsvorhabens bereits zum jetzigen Zeitpunkt mit den vorliegenden Ergebnissen gerechtfertigt.

Dr. Oldenhage beschrieb das wohl aktuellste und auch aufwendigste Projekt, mit dem kriegsfolgebedingte Lücken in der deutschen Überlieferung geschlossen werden sollen. Die Einsicht, daß die amtlichen deutschen Akten der Nachkriegsjahre die politischen Entscheidungsprozesse oft genug nur unzulänglich widerspiegeln, veranlaßte das Bundesarchiv schon seit Ende der sechziger Jahre, sich um eine Erschließung und Verfilmung der Akten der amerikanischen Besatzungsmacht zu bemühen. Die Sondierungen gerieten Anfang 1975 in eine neue Phase, als es dem Institut für Zeitgeschichte in München gelang, die Stiftung Volkswagenwerk für eine finanzielle Unterstützung der Auswertung zu gewinnen. Nach entsprechenden Vorverhandlungen gelang es am 18. Februar/7. März 1977, ein Agreement über ein „German-American Joint Program to Describe and Reproduce OMGUS Records" zu unterzeichnen. Vereinbart wurde eine Bewertung, Verzeichnung und Verfilmung ganzer Archivalieneinheiten nach archivischen Grundsätzen in englischer Sprache. Die Annahme, daß das Projekt wesentliche und neue Erkenntnisse zur deutschen Nachkriegsgeschichte vermitteln wird, hat sich inzwischen bestätigt. Schon jetzt kann aus archivpolitischer Sicht festgestellt werden, daß dieses amerikanisch-deutsche Projekt — auch international gesehen — Archivgeschichte gemacht hat. Eine besondere Hervorhebung verdient neben der Unterstützung durch die Stiftung Volkswagenwerk die der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Quellenkundliches Rundgespräch: Die Auswanderung nach Übersee im 19. Jahrhundert — Forschungsansätze und archivische Quellen

Am Mittwoch, dem 4. Oktober, 9.00 Uhr, versammelten sich die Teilnehmer zur letzten Gemeinschaftsveranstaltung, einem quellenkundlichen Rundgespräch unter Leitung von Prof. Franz. Wiederum war ein Thema ausgewählt worden, das geeignet war, den Dialog mit der Forschung über die nationalen Grenzen hinweg zu fördern. Das Einführungsreferat hatte Prof. Dr. Günter Moltmann, Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte sowie außereuropäische Geschichte an der Universität Hamburg, übernommen. Seinem Vortrag über „Die deutsche Auswanderung in überseeische Gebiete — Forschungsprobleme und Forschungsstand"[5] schlossen sich sieben Referate an. Es sprachen Staatsarchivdirektor Dr. Paul Sauer (Stuttgart) über das Quellenangebot der territorialen Staatsarchive, insbesondere Südwestdeutschlands[6], Archivoberrat Dr. Klaus Richter (Hamburg) über die Auswanderungsquellen der hansestädtischen Archive, Stadtarchivar Dr. Winfried Hecht (Rottweil) über die Dokumentation kommunaler Auswanderungsprojekte des 19. Jahrhunderts in Südwestdeutschland, Bistumsarchivar Dr. Bruno Neundorfer (Bamberg) über Auswanderungsquellen in kirchlichen Archiven, Charlotte Böttjer (Bremen) über Auswanderungsquellen in Archiven der Wirtschaft, Gerhard Mantwill (Hamburg) über Zeitungen als Quelle zur Auswanderungsforschung und Amtmann Hans-Georg Ruppel (Darmstadt) über die amerikanische Gegenüberlieferung[7].

Prof. Moltmann behandelte die deutsche Auswanderung als Sonderfall der umfassenderen internationalen Migrationsgeschichte und gab einen Überblick über die historische Wanderungsforschung. Struktur- und sozialgeschichtliche Fragestellungen stehen im Vordergrund, zunehmend gefordert wird eine komparatistisch orientierte Auswanderungsforschung. Erwünscht ist eine Klärung des Verhältnisses zur gesellschaftlichen Umgebung in Deutschland, erwünscht auch eine gründlichere Untersuchung der Auswanderungsorganisation, eine Erforschung der Zusammenhänge zwischen Einwanderungen, Binnenwanderungen und Auswanderungen. Welche Korrelationen bestehen zwischen Wanderungsbewegungen und Wirtschaftsentwicklungen, zwischen deutscher Überseewanderung und amerikanischer Westwanderung, wie steht es um den Akkulturations- und Assimilationsprozeß der Deutschen im neuen Land? Nötig erscheint aus der Sicht von Prof. Moltmann eine bessere Aufarbeitung der Quellenlage, die nirgendwo so unübersichtlich zu sein scheint wie in Deutschland.

Eben diesen Quellen und dem Angebot der Archive galten die weiteren Beiträge. Dr. Sauer gab einen umfassenden Überblick über das Quellenangebot der territorialen Staatsarchive im deutschen Südwesten. Die gerade hier besonders große Auswanderung hat zu einem entsprechenden Niederschlag in den Akten der Bezirks- und Oberämter, der Kreis- und Landratsämter, der Amtsgerichte, der Zentralbehörden geführt. Das Generallandesarchiv in Karlsruhe verwahrt allein in den Beständen der 53 badischen Bezirksämter etwa 100000 Einzelfallakten. Nach Dr. Sauer bieten sich die Quellen für übergreifende kultur- und sozialgeschichtliche Auswertungen nachgerade an, auch erscheint eine quantifizierende Auswertung im Rahmen von Sonderprogrammen möglich.

Von den beiden wichtigsten deutschen Auswandererhäfen, Bremen und Hamburg, verfügt Hamburg nach Dr. Richter über eine sehr gute Quellenlage zur Auswanderung, insbesondere in die USA. So sind die 1837 eingeführten sog. Auswandererlisten für die direkte Auswanderung zwischen 1850 und 1934 und für die indirekte Aus-

[5] Den Text des Vortrags s. unten Sp. 57ff.
[6] Das Referat ist unten Sp. 67ff. wiedergegeben.
[7] Kurzfassungen der Referate von K. Richter, W. Hecht, B. Neundorfer, Ch. Böttjer, G. Mantwill und H.-G. Ruppel s. unten Sp. 49ff.

wanderung zwischen 1854 und 1934 fast vollständig erhalten (555 großformatige Bände). Als sehr viel ungünstiger stellt sich die Lage für Bremen dar, wo die bereits 1832 eingerichteten Listen 1875 und in den Folgejahren (bis 1907) zum größten Teil kassiert worden sind. Dr. Hecht stützte sich in seinen Ausführungen auf Akten über Einzelauswanderungen, Sammelakten über große Auswanderungsprojekte, Gemeinderatsprotokolle, Zeitungen und Zeugnisse aus dem privaten Bereich. Sein auf den oberen Neckarraum beschränkter Beitrag machte deutlich, wie gerade auf lokaler Ebene noch vielfältige Selbstzeugnisse der Auswanderer zu erwarten sind. Für Dr. Neundorfer ist die kirchliche Überlieferung eine Quelle für die Auswanderungsforschung und zugleich Zeugnis für das pastorale Wirken der Kirche. Zu verweisen ist u. a. in der evangelischen Kirche auf die Tätigkeit der sog. Missionsgesellschaften, in der katholischen Kirche auf den 1871 gegründeten St. Raphaelsverein. Die Bedeutung der Kirchenbücher ist offenkundig. Charlotte Böttjer stellte am Beispiel des Archivs der Handelskammer Bremen Auswanderungsquellen in Archiven der Wirtschaft vor. Erhalten sind für den Zeitraum von 1834 bis 1950 etwa 200 Aktenbände und Protokollbücher. Gerhard Mantwill bedauerte, daß die systematische Sammlung von Zeitungen in Archiven und Bibliotheken bis etwa 1900 vernachlässigt worden ist. Auch gibt es kein systematisches Verzeichnis von Zeitungen, die sich mit Auswanderungen befassen, obwohl um die Mitte des 19. Jahrhunderts mit der sog. Auswanderungszeitung ein neuer Typ von Zeitung entsteht.

Eine Bereicherung des Gesprächs bedeutete die Einbeziehung der amerikanischen Gegenüberlieferung, die von Hans-Georg Ruppel in drei Gruppen vorgestellt wurde: den Volkszählungslisten *(census records)*, den Passagierlisten *(ship passenger records)* und den Bürgeraufnahmeakten *(naturalization and citizenship records)*. Angesprochen wurden ferner die Militärakten, die Wählerlisten, die Patent- und Warenzeichenlisten, Geburts-, Heirats- und Sterbeunterlagen, die Paßanträge und die Zeitungen (hier vor allem die Todesanzeigen). In welchem Umfang die von ihrer Struktur her oft massenhaft gleichförmigen Auswanderungsakten mit Hilfe der EDV erschlossen werden können, war Gegenstand eines abschließenden Kurzbeitrags von Prof. Franz, der dabei Erfahrungen der Archivschule Marburg und des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf (Oberstaatsarchivrat Dr. H. Romeyk) sowie die Diskussion eines Symposiums der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien über die deutsche Auswanderung nach Amerika (Stuttgart September 1977, Vortrag Wolfgang v. Hippel) resümierte. Nach Dr. Romeyk bietet sich beim Einsatz der EDV eine systematische oder fallweise Erfassung der Auswandererakten an. Was die Intensität angeht, so stehen den Archiven verschiedene Möglichkeiten offen, die von der Beschränkung auf den Namen bis zur Erfassung aller vorhandenen Angaben zu einer Person reichen können. Das sachthematische Inventar auf der Grundlage der EDV, dies der Eindruck des Protokollanten, wird in Zukunft weiter an Gewicht gewinnen und die Archive zu einem unentbehrlichen Gesprächspartner für die quantifizierend arbeitende sozialwissenschaftliche Forschung machen.

Veranstaltungen der Fachgruppen, Mitgliederversammlung des VdA

Angesichts des gedrängten Programms hatten nur die Fachgruppen 2 (Archivare an Stadtarchiven und Archiven sonstiger Gebietskörperschaften), 3 (Archivare an kirchlichen Archiven), 5 (Archivare an Archiven der Wirtschaft), 6 (Archivare an Parlamentsarchiven) und 7 (Archivare an Presse-, Rundfunk- und Filmarchiven) zu besonderen Sitzungen eingeladen. Eine neue Fachgruppe 8 (Archivare an Hochschularchiven und Archiven wissenschaftlicher Institutionen) konstituierte sich am 2. Oktober in Anwesenheit von zehn Mitgliedern und wählte zu ihrem Vorsitzenden Oberstaatsarchivrat Dr. Volker Schäfer, den Leiter des Universitätsarchivs Tübingen. Kurzfristig trat auch noch die Fachgruppe 4 zusammen, um Denkanstöße, die von ihrem letzten Zusammentreffen in Münster ausgegangen waren, weiter zu verfolgen.

Unter Vorsitz von Stadtarchivdirektor Dr. Dietrich Höroldt (Bonn) berichtete am 2. Oktober in Fachgruppe 2 Stadtarchivdirektor Dr. Wolfgang Löhr (Mönchengladbach) über die Diskussion zum sog. Archiventwicklungsplan (im Anschluß an den Vortrag von Dr. K. Ortmanns, Mülheim/Ruhr, auf dem 51. Deutschen Archivtag 1977 in Berlin) sowie über ein Arbeitspapier des Städtetages Nordrhein-Westfalen (Das Stadtarchiv in der Kulturpolitik). Nach Dr. Löhr ist es gelungen, den Städtetag Nordrhein-Westfalen für die Tätigkeit der Archive zu interessieren. Fernziel bleibt eine gemeinsame Vorlage für den Deutschen Städtetag.

In Fachgruppe 3 referierten in der von Archivdirektor Dr. Bruno Neundorfer (Bamberg) geleiteten Sitzung Dr. Helmut Talazko (Berlin) und Hermann Kuhr (Braunschweig) über Quellen zur Auswandererseelsorge. Dr. Stiller (Hamburg) sprach über Gliederung und Aufbau der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, Dr. Wolfgang Seegrün (Osnabrück) über Hamburgs Rolle im Leben der katholischen Kirche (3. Oktober).

Fachgruppe 5 tagte am 2. Oktober unter Vorsitz von Archivdirektor Dr. Ottfried Dascher (Dortmund). Dr. Gertrud Milkereit (Duisburg) befürwortete in ihrem Beitrag Archiventwicklungspläne in Wirtschaftsarchiven, Gershom Knight (N. M. Rothschild & Sons, London) referierte sehr informativ über den Archivdienst des Hauses Rothschild. Den Abschluß bildete ein erster Zwischenbericht von Dr. Dascher über die Fragebogenaktion zum geplanten Handbuch „Archivkunde der Wirtschaft".

Neben Fachgruppe 3 hatten auch die Fachgruppen 6 und 7 ein größeres Programm vorbereitet. Die Parlamentsarchivare unter Leitung von Staatsarchivrat Dr. Günther Bradler (Stuttgart) trafen sich am 2. und 3. Oktober. Karl-Heinz Stahnke (Hamburg) referierte zunächst über die Parlamentsdokumentation der Hamburger Bürgerschaft, sodann gemeinsam mit Ministerialrat Gerd W. Eyckers (Düsseldorf) über Schriftgutfragen der Parlamentsverwaltungen. Eyckers gab ferner einen Rückblick aus Protokollen und Erinnerungen über 20 Jahre Parlamentsarchivare im Verein deutscher Archivare, während Dr. Friedrich Henning (Bonn) abschließend das Politische Archiv der Friedrich-Naumann-Stiftung vorstellte. Bei den Archivaren von Presse-, Rundfunk- und Filmarchiven referierten unter Leitung von Marianne Englert (Frankfurt) Prof. Dr. Kurt Koszyk (Dortmund) über Beständeerschließung durch Informationsaustausch zwischen Pressearchiven und Gustav Adolf Mohrlüder (Mainz) über Aspekte der programmorientierten Arbeit in integrierten Rundfunkarchiven. Eine lebhafte Diskussion löste hier der Vorschlag aus, nach dem Vorbild der Wirtschaftsarchive ein Loseblatt-Verzeichnis der Pressearchive mit der Beschreibung ihrer Sammlungen herauszubringen[8].

[8] S. auch den Bericht über die Fachgruppensitzungen unten Sp. 73ff.

Über die Mitgliederversammlung des VdA am Spätnachmittag des 3. Oktober, die nach der Wahl von Dr. Dahm zum Ehrenmitglied des Vereins eine Neufassung der Satzung beschloß, wurde bereits berichtet[9].

Rahmenveranstaltungen

Wie das Teilnehmerverzeichnis des 32. Deutschen Historikertages zeigte, nutzten viele Besucher des Archivtages die Gelegenheit, an den Vorträgen und Sonderveranstaltungen des Historikertages teilzunehmen, einmal mehr ein Zeichen für die Aufgeschlossenheit der Archivare für die Fragestellungen der Forschung.

Ebenfalls mit viel Interesse angenommen wurde das Angebot, am Nachmittag des 2. und des 4. Oktober Archive und Dokumentationseinrichtungen der Hansestadt kennenzulernen. Zur Auswahl standen an eine Besichtigung von Studio Hamburg, Führungen durch das Staatsarchiv, das Hamburgische Weltwirtschaftsarchiv unter besonderer Berücksichtigung der Ausschnitt-Dokumentation und durch die Nordelbische Kirchenbibliothek sowie das Kirchenarchiv Hamburg. Dr. Winfried Schmitz-Esser (Hamburg) referierte in einem Sondervortrag über Archivautomatisierung in einem Verlagshaus (Gruner + Jahr, Hamburg).

Den abendlichen Ausklang des 3. Oktober bildete ein Empfang des Senats im großen Festsaal des Rathauses, bei dem die Teilnehmer von Senator Prof. Dr. Tarnowski begrüßt wurden. Prof. Tarnowski übermittelte die guten Wünsche des Senats und stellte fest, daß das auf den nachfolgenden Historikertag miteingestimmte Programm des Deutschen Archivtages Themen anspräche, die in Hamburg auf ein besonderes Interesse stießen. So ist die „Wiederherstellung und Ergänzung zerstörter Überlieferungen" seit den großen Archivalienverlusten im Stadtbrand von 1842 für hamburgische Archivare zu einer Daueraufgabe geworden. Sie wird neuerdings u. a. durch die Verfilmung von Gegenüberlieferungen in Wien, Kopenhagen und London zu lösen versucht. Auch das Rundgespräch über „Auswanderung nach Übersee im 19. Jahrhundert", so Prof. Tarnowski, biete sich für Hamburg nachgerade an, konzentriere sich doch hier eine Quellenüberlieferung, wie sie in dieser Dichte in Deutschland sonst nirgendmehr vorhanden sei. Der Dank von Prof. Franz für die Gastfreundschaft der Hansestadt entließ die Teilnehmer des Empfangs in das abendliche Hamburg.

Ausklang

Als der Vorsitzende den 52. Deutschen Archivtag am Mittwoch, dem 4. Oktober, pünktlich um 12.30 Uhr schloß, konnte er mit Genugtuung auf eine gelungene Veranstaltung zurückblicken. Die Organisation des Ortsausschusses war „mustergültig", die in der zur Verfügung stehenden, gedrängten Zeit angebotenen Vorträge waren informativ und anregend. Die Diskussion, die in Hamburg zwangsläufig zu kurz kommen mußte, wird auf dem nächsten Archivtag wieder einen breiteren Raum erhalten können.

Das vielfältige Echo in Medien zeigte, daß die Arbeit der Archivare auf öffentliches Interesse stößt und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für sich beanspruchen kann. Dies ist Ansporn und Verpflichtung zugleich, insbesondere, wenn man an die Möglichkeiten des Tagungsortes des 53. Deutschen Archivtages denkt, der im Rahmen der „Internationalen Archivwochen" vom 8. bis 11. Oktober 1979 in Bonn-Bad Godesberg stattfinden wird.

[9] H. 4/1978, Sp. 601 ff.

Neue Fragen der Forschung, neue Anforderungen an die Archive – aus der Sicht der Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Referat des 52. Deutschen Archivtages *

Von Karl Heinrich Kaufhold

Einleitung

Das Thema meines Vortrages ist unmittelbar aus dem Thema des diesjährigen Archivtages hergeleitet, und es erscheint mir in dieser Formulierung bemerkenswert: Gleichgeordnet stehen hier nebeneinander das Forschungsinteresse der historischen Wissenschaft, die „neue Fragen" stellt, und die Bereitschaft der Archive und der Archivare, sich diesem Interesse zu stellen, also die „neuen Fragen" zugleich als „neue Anforderungen" an sich zu definieren — mit der Konsequenz, diesen Anforderungen im Rahmen des archivisch Möglichen zu genügen und der Forschung zu gewähren, was sie verlangt.

Doch: Worin bestehen die „neuen Fragen"? Die Antwort fällt nicht leicht. Denn die Geschichtswissenschaft hat in den vergangenen Jahren eine ausgedehnte Diskussion über ihre Fragestellungen und Methoden geführt, die bis an ihre Wurzeln ging. Ich beabsichtige nicht, diese Diskussion hier in voller Breite nachzuzeichnen[1]. Vielmehr möchte ich einige der „neuen Fragen" und der mit ihnen verbundenen methodischen Probleme ganz konkret und im Hinblick auf die von ihnen ausgehenden „neuen Anforderungen" an die Archive erörtern. Ich hoffe, dies wird der Intention des Archivtags entsprechen; verbindet doch die Arbeit der Archivare in glücklicher Weise theoretische und praktische Aspekte in sich. Wenn diese Erörterung Probleme meines Faches, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in den Vordergrund stellt, bedeutet das keineswegs eine grundsätzliche Verengung der Problemstellung. Denn in einem fachlich definierten Teilbereich und seinen spezifischen Fragestellungen spiegelt sich die allgemeine Problematik eines Faches durchaus, und ich hoffe, das im folgenden belegen zu können.

Wie auch immer — das Feld, das ich hier abschreiten möchte, ist weit, und ein Berühren aller neuen (oder wieder

* Überarbeitete und mit Anmerkungen versehene Fassung des am 2. Oktober 1978 in Hamburg gehaltenen Referats. Ich danke allen, die mich bei der Ausarbeitung des Themas mit Hinweisen unterstützt haben.

[1] Die umfangreiche Literatur ist nachgewiesen bei Helmut Berding, Bibliographie zur Geschichtstheorie. Göttingen 1977. (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte. 4.)

neu gewordenen) Probleme liefe auf eine oberflächliche Aufzählung hinaus. Daher begnüge ich mich mit einer Auswahl von drei Problemkreisen:

I. der Diskussion über die Rolle der sogenannten Strukturgeschichte für die Historiographie,
II. dem Problem der Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft,
III. der Behandlung einiger neuerer Forschungsansätze auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

I.

Wie sehr die auf den ersten Blick rein akademisch erscheinende Diskussion um Geschichtsschreibung als Ereignis- oder Strukturgeschichte auch die tägliche Arbeit der Archive berührt, hat Carl Haase bereits 1976 in einer seiner Untersuchungen über die Probleme der Kassation deutlich gemacht[2]. Ich möchte hier anknüpfen, um neue Fragen und neue Anforderungen möglichst eng aufeinander zu beziehen. Freilich kann ich das Problem nicht in voller Breite und Tiefe behandeln, das sprengte den Rahmen dieses Vortrages[3].

Wieso also stellt die Strukturgeschichte auch dem Archivar neue Aufgaben, vor allem bei der Kassation? Die Antwort darauf muß kurz auf den Inhalt des historischen Strukturbegriffes eingehen, wie er heute diskutiert wird (denn er ist ja keineswegs ein Kind der Gegenwart)[4]. Fernand Braudel stellte in seinem großen Werk über die Mittelmeerwelt zur Zeit Philipps II.[5] den rasch wechselnden „Ereignissen", die nur die Oberfläche bewegen, die „Strukturen" gegenüber. Da im Grundsatz von langer Dauer, verändern diese sich nur allmählich und geben sozusagen den Rahmen, innerhalb dessen sich die Ereignisse abspielen. Diese Gegenüberstellung von Ereignis- und Strukturgeschichte als zeitlich und sachlich unterschiedlichen Ebenen des historischen Geschehens hat sich nun bemerkenswert rasch und nahezu widerspruchslos durchgesetzt. Vor allem der Strukturbegriff drang schnell in die Historiographie ein und wurde zunehmend angewendet, ohne dadurch freilich an Präzision zu gewinnen. So können die folgenden Ausführungen lediglich ein Versuch sein, die Probleme in ihren Grundzügen zu klären.

Struktur, ganz allgemein, meint den inneren Aufbau einer komplexen Einheit (Ganzheit). Von dieser wird in der Praxis der Forschung ausgegangen, und es wird nach den Elementen und deren Verhältnis zueinander gefragt, die in ihrer Summe eben diese Ganzheit ausmachen. Dabei ist freilich vor dem Mißverständnis zu warnen, die Struktur eines Untersuchungsgegenstandes sei etwas diesem objektiv Gegebenes, ein- für allemal Feststehendes, das der Historiker zu „entdecken" und zu beschreiben habe. Der Strukturbegriff ist vielmehr ein analytisches Instrument, mit dessen Hilfe der Forscher die komplexe Ganzheit, von der eben die Rede war, in den Griff bekommen will. Entsprechend ist er stark vom Forschungsinteresse, von der Fragestellung, vom Erklärungsansatz her bestimmt, also von durchaus subjektiven Elementen. Das Denken in Strukturen sollte also nicht überbewertet werden — die vieldiskutierte Problematik der „Objektivität" historischer Erkenntnis löst es nicht. Doch ist es ein wichtiges Instrument historischer Analyse, nicht zuletzt deshalb, weil es die Einführung theoretischer Erklärungsansätze erlaubt.

Deren Anwendung wird in der Regel notwendig werden, um ein zentrales Problem der Strukturbetrachtung zu lösen: Wie sollen die Elemente der Struktur definiert werden? Davon hängt, wie unmittelbar einleuchtet, die Aussage über sie entscheidend ab. Am Beispiel der Sozialstruktur verdeutlicht: In welcher Weise sollen die sozialen Schichten festgelegt werden? Etwa: Will man nach Ständen oder nach Klassen gliedern? Welche Kriterien zieht man heran, um diese abzugrenzen? Herkunft? Konnubium? Vermögen? Einkommen? Bildungsstand? „Bewußtsein"? Und wie werden diese konkret bestimmt?

Dabei ist überdies zu beachten, daß in der Praxis der Forschung für all diese Elemente Material zur Verfügung stehen muß. Der Aufbau eines sachgerechten Strukturmodells ist die eine Seite, seine Ausfüllung mit aus den Quellen gewonnenen konkreten Angaben die andere. Beide bedingen sich wechselseitig. Das wohldefinierte Strukturmodell einerseits liefert das begriffliche Instrumentarium, mit dem die Quellen erst für die historische Forschung nutzbar gemacht werden können. Das Quellenmaterial andererseits begrenzt Zahl und Art der Strukturelemente, die aus ihm konkret entwickelt werden können.

Damit sind wir wieder bei der Frage nach den Aufgaben und Problemen, welche die Strukturgeschichte den Archivaren stellt. Ich möchte, aus der Sicht des „Nachfragers", vor allem zwei Komplexe hervorheben.

a) Quellenarten

Historiker, die Strukturgeschichte treiben, werden im Regelfalle andere Quellenarten heranziehen als ihre Kollegen, die sich mit Ereignisgeschichte beschäftigen. Sie benötigen, auf die einfachste Formel gebracht, im allgemeinen Angaben über Massenerscheinungen, wie sie Register, Zählungen, gleichförmige Massenakten und ähnliches Schriftgut bieten; auf einige konkrete Einzelfragen werde ich unten (bei III) noch zurückkommen.

Damit ist das Problem der Kassation angesprochen. Ich brauche hier nicht näher auszuführen, daß gerade das Schriftgut, das für die Strukturgeschichte von besonderem Wert ist, im Regelfalle zu den Ablieferungen gehört, die in der Vergangenheit am häufigsten kassiert worden sind und in der Gegenwart den problematischsten Teilbereich der Kassationsdiskussion bilden. Hier also werden konkret und recht massiv neue Fragen der Forschung zu neuen Anforderungen an die Archive und geben, wenn ich so sagen darf, dem Kassationsproblem eine neue Dimension, die es ohne Zweifel noch schwerer handhabbar macht.

b) Quellenmassen

Der zweite Komplex ist eng mit dem ersten verbunden. Historiker, die Strukturgeschichte treiben, werden sich im Regelfalle erheblichen Quellenmassen gegenübersehen, und eines ihrer Hauptprobleme wird sein, ohne Verlust an der Substanz ihrer Forschungen diese Massen zu bewältigen. Die „Verdichtung der Archivbestände" als Aufgabe des Archivars, die Professor Morsey schon vor einigen Jahren forderte[6], gewinnt in diesem Zusammenhange großes Gewicht. Doch wird sie, wie mir scheint, ihre volle Wirkung

[2] Carl Haase, Studien zum Kassationsproblem, in: Der Archivar 29, 1976, Sp. 74—76.

[3] Vergleiche dazu Ernst Pitz, Geschichtsschreibung im Wandel der Interessen und Methoden. Plädoyer für mehr vergleichende Geschichtsbetrachtung. Vortrag des 49. Deutschen Archivtages, in: Der Archivar 28, 1975, Sp. 237—256 mit weiteren Nachweisen.

[4] In der Literatur herrscht über den Inhalt des Strukturbegriffs keineswegs Klarheit. Eine knappe, instruktive Übersicht über die Problematik findet sich bei Jürgen Kocka, Sozialgeschichte: Begriff — Entwicklung — Probleme. Göttingen 1977. S. 70—82.

[5] Fernand Braudel, La Méditerranée et le Monde Méditerranéen à l'époque de Philippe II. Paris 1949.

[6] Rudolf Morsey, Wert und Masse der schriftlichen Quellen als Problem der historischen Forschung, in: Der Archivar 24, 1971, Sp. 17—28.

erst in Verbindung mit einer intensiven Erschließung der verdichteten Bestände entfalten können, die damit als zusätzliche Forderung an den Archivar herantritt. Hingewiesen sei schließlich noch auf die in einem föderativen Archivsystem dringend erwünschte überregionale Koordination von Wertung und Erschließung des Archivgutes, um „grenzüberschreitende" Untersuchungen auf vergleichbarer Quellenbasis zu ermöglichen.

Ich breche hier ab, obwohl die angeschnittenen Probleme eine Vertiefung verdient hätten. Nur eine Frage möchte ich noch anschneiden: Lohnt es überhaupt, über die wahrscheinlich weitreichenden Folgen des Gesagten für Organisation und Arbeit der Archive nachzudenken? Doch wohl nur dann, wenn es sich bei der Strukturgeschichte nicht lediglich um eine Modeerscheinung handelt, die wieder verschwindet, wenn der Reiz des Neuen dahin ist. Nun ist es immer schwierig und undankbar, den Propheten zu spielen, und die Geschichte der Prognosen ist weithin Geschichte der nichterfüllten Vorhersagen. Doch spricht nahezu alles dafür, daß die historische Strukturanalyse auch in Zukunft ein wichtiger Teilbereich der Geschichtswissenschaft sein und bleiben wird, soweit zu übersehen, eher mit zunehmender als mit abnehmender Tendenz. Freilich nur ein Teilbereich, denn sicherlich werden die ereignis- oder personengeschichtlich orientierten Arbeiten auch weiterhin ihr Gewicht behalten.

II.

Unter den Methoden ist es vor allem das Problem der Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft[7], das in den vergangenen Jahren die Gemüter bewegt hat. Auf dem 50. Deutschen Archivtag 1975 hat Ottfried Dascher darüber ein Referat gehalten, das in seinen grundsätzlichen Aussagen auch heute noch gilt und auf das ich daher verweisen kann[8]. Daran anknüpfend möchte ich zur Frage der Quantifizierung aus meiner Sicht noch einige Bemerkungen machen.

Zunächst und vor allem muß eines in aller Deutlichkeit gesagt und betont werden: Quantifizierung ist eine Methode und hat also wie jede Methode lediglich eine dienende Funktion. Sie ist nicht geeignet, aus ihr eine grundsätzliche Neuorientierung der historischen Forschung zu entwickeln. In diesem Sinne ist gelegentlich von einer „quantitativen Schule" oder ähnlichem die Rede. Mir scheint dabei ein grundsätzliches Mißverständnis vorzuliegen, das an eine Parallele aus der Geschichte der Ökonomie erinnert. Dort wurden die Forscher, die sich der Sprache der Mathematik bedienen, manchmal einer sonst nicht näher definierten „mathematischen Schule" zugerechnet. Der Nationalökonom Heinrich von Stackelberg hat dazu bemerkt, eine solche Bezeichnung sei „nicht viel sinnvoller als etwa die Gruppierung der Nationalökonomen danach, ob sie ihre Bücher in Antiqua oder in Fraktur drucken lassen"[9].

Das ist vielleicht zu pointiert formuliert, weil es die Rückwirkungen von der Methode auf den Gegenstand der Forschung nicht berücksichtigt. Doch im Grundsatz trifft die Bemerkung den Kern auch unseres Problems. Einen Tatbestand nicht (oder nicht nur) verbal, sondern in Ziffern zu kennzeichnen (und ihn damit Rechenoperationen zugänglich zu machen), heißt, wenigstens im Regelfalle, ihn präziser und klarer zu erfassen. Oder, anders gewendet, er wird vom Faktischen her unumstrittener und für die weitere Arbeit benutzbarer. All das setzt freilich voraus, daß der Tatbestand seiner Eigenart nach überhaupt sinnvoll quantifiziert werden kann und daß dafür verwendbares Quellenmaterial zur Verfügung steht. Quantifizierung in jedem Falle, sozusagen um ihrer selbst willen, ist ebenso abzulehnen wie das Erzwingen von Zahlenmaterial um jeden Preis.

Mit dem Hinweis auf die Quellen sind wir wieder im archivischen Bereich. Stellt auch die Methode der Quantifizierung neue Anforderungen an die Archive?[10] Sinnvoller Einsatz der Methode setzt das Vorhandensein massenhafter Erscheinungen voraus, und diese haben sich zumindest im Regelfalle in ganz bestimmten Quellenarten niedergeschlagen. In grober Annäherung möchte ich deren zwei unterscheiden, die dem Forscher wie dem Archivar Aufgaben verschiedener Art stellen.

a) Quellen mit quantitativen Angaben

Es handelt sich hier um Quellen, in denen sich quantitative Angaben unmittelbar (wenn auch in unterschiedlichem Grade der Aufbereitung) finden, also insbesondere Statistiken und dergleichen. Sie gestatten der quantitativ arbeitenden Forschung im allgemeinen den direkten Zugriff, wenn auch die damit verbundenen quellenkritischen Fragen nicht unterschätzt werden sollten. Quellen dieser Art stellen den Archiven im wesentlichen die Aufgabe der Erschließung und Ausweisung in geeigneten Findbehelfen, denn Statistiken und vergleichbares Material sind oft im Archivgut „versteckt". Auf solche Unterlagen bezogene „Enthält"-Vermerke in den Repertorien bieten bereits eine entscheidende Hilfe.

b) Quellen mit gleichförmigen oder vergleichbaren Vorgängen

Bei der zweiten Art handelt es sich um Quellen, die in größerem Umfange gleichförmige oder vergleichbare Vorgänge enthalten, etwa Personenstandsregister, Grundbuchakten, Zollrollen, Sammlungen von Rechnungsbelegen und dergleichen — die Aufzählung ließe sich leicht verlängern. Sie müssen, nach ihrer kritischen Überprüfung, von der quantitativen Forschung erst ausgewertet werden. Diese muß sich also die Frage stellen, ob dies mit (im Hinblick auf das erwartete Ergebnis) vertretbarem Arbeitsaufwand geschehen kann und von welchen Kriterien dabei ausgegangen werden soll. Auswahl der Kriterien und erforderlicher Arbeitsaufwand sind dabei notwendig eng verbunden; dagegen besteht zwischen beiden und dem Ergebnis der Untersuchung keineswegs in jedem Falle eine positive Korrelation. Praktische Erfahrungen sprechen dafür, im Zweifel weniger und einfachere Kriterien heranzuziehen.

Den Archiven stellen Quellen dieser Art mannigfache Aufgaben[11], vor allem hinsichtlich der Erschließung und

---

[7] Aus der umfassenden und zum Teil stark kontroversen Literatur bieten eine gute Einführung in die Problematik: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten. Düsseldorf 1976; Hans Ulrich Wehler (Hrsg.), Geschichte und Ökonomie. Köln 1973, besonders der 2. Teil. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek. 58.) (Beide Bücher mit umfassenden weiteren Nachweisen.)

[8] Ottfried Dascher, Quantifizierung als geschichtswissenschaftliche Methode. Neue Fragestellungen der Archivbenutzer. Referat des 50. Deutschen Archivtages, in: Der Archivar 29, 1976, Sp. 173—182.

[9] Heinrich von Stackelberg, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre. 2. Aufl. Tübingen/Zürich 1951. S. XI.

[10] Vgl. dazu Dascher (wie Anm. 8), Sp. 181f.

[11] Sie werden seit Jahren lebhaft diskutiert. Vgl. (unter anderem) Wolfgang Köllmann, Bemerkungen zur Sammlung und Bereitstellung von Quellen für die wirtschafts- und sozialhistorische Forschung, in: Der Archivar 21, 1968, Sp. 389—394; den auf Initiative des Bundesarchivs erstatteten Bericht des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung Köln (Klaus Döll, Aufbewahrung sozialwissenschaftlich wichtiger Massendaten. Empfehlungen für die Archivierung statistischen und anderen behördlichen Quellenmaterials unter sozialwissenschaftlichen Aspekten. Köln 1965. Masch. vervielf.); die sich daran anschließende Diskussion auf dem Deutschen Archivtag 1967 (vor allem die Referate von Croon und Leesch, in: Der Archivar 21, 1968, Sp. 105—140); ferner den Beitrag von Dascher (wie Anm. 8).

der Kassation, handelt es sich doch bei ihnen im Regelfalle um typisches Massenschriftgut. Ich begnüge mich mit diesem Hinweis, denn die damit verbundenen Probleme sind die gleichen, die oben in Verbindung mit der Strukturgeschichte angesprochen wurden.

Abschließend auch zur quantitativen Methode die Frage: Ist sie nicht lediglich eine Modewelle, die rasch wieder abebben wird? Ich glaube das nicht[12], und ich möchte dafür aus der Vielzahl möglicher hier nur zwei Gründe nennen.

Einmal: Quantifizierung und Strukturbetrachtung sind einander adäquate Methoden. Zwar sind beide (das ist wichtig) nicht notwendig miteinander verbunden, doch lassen sich Strukturen und ihr Wandel im allgemeinen in numerischen Größen deutlicher und durchsichtiger wiedergeben als anderweit. In dem Maße also, in dem die Strukturgeschichte an Bedeutung gewinnt, wird auch das Gewicht der Quantifizierung in der historischen Wissenschaft zunehmen.

Zum zweiten: Ein Grundzug der industrialisierten Wirtschaft und der ihr korrespondierenden „Industriegesellschaft" ist die Tendenz zur Gleichförmigkeit und Massenhaftigkeit der Lebenserscheinungen. Jeder Historiker, der sich mit der Geschichte der „modernen", das heißt der industrialisierten Welt beschäftigt, muß sich mit dieser Tendenz und mit ihren Folgen auseinandersetzen, wenn er nicht auf einen zentralen Aspekt seines Gegenstandes verzichten will. Gleichförmige Massenerscheinungen aber bieten sich für eine Quantifizierung geradezu an, mehr noch, sie lassen sich zumeist gar nicht anderweit in eine, historischen Fragestellungen adäquate Form bringen. Oder, pointiert formuliert: Will die Geschichtsschreibung (und das gilt im Grundsatz für alle ihre Zweige) für die Zeit der Industrialisierung nicht charakteristische Grundzüge dieser Zeit aus dem Blick verlieren, muß sie sich in einem gewissen, mit dem Untersuchungsgegenstande wechselnden Umfange der Quantifizierung bedienen.

III.

Abschließend möchte ich auf einige konkrete Forschungsansätze eingehen, die in den vergangenen Jahren vor allem im weiteren Umkreis der Wirtschafts- und Sozialgeschichte diskutiert worden sind. Dabei kann ich, willkürlich genug, lediglich eine kleine Auswahl bieten, deren Umfang durch die im Rahmen eines Referates zur Verfügung stehende Zeit eng begrenzt wird. Es ist deshalb auch nicht möglich, die Ansätze ausführlich zu erläutern; eine knappe Skizze muß genügen. Endlich: Die Reihenfolge, in der sie im folgenden vorgestellt werden, bedeutet keine Rangfolge.

a) Historische Demographie

Beginnen wir mit Bevölkerungsgeschichte und der mit ihr eng verbundenen historischen Demographie, mit Konzentration auf diese, weil sie im eigentlichen Sinne neu ist[13]. Sie will das generative Verhalten eines bestimmten Bevölkerungsteiles in einem bestimmten Zeitraum erforschen, etwa schichtenspezifische Familiengrößen und -strukturen, Heiratsalter, Geburtenhäufigkeit und -intervalle, eheliche Fruchtbarkeit, Geburtenbeschränkungen und ähnliche Themen, die unter Umständen über den eigentlichen Bereich der Demographie hinaus in die Gebiete etwa der sozialen Struktur und der Mentalität reichen. Ihre Methode ist die sogenannte Familienrekonstitution, also die Wiederherstellung von Kernfamilien (Ehemann/Ehefrau/Kinder) aus den Quellen. In dieser Weise werden für das Untersuchungsgebiet, zum Beispiel für eine Gemeinde, sämtliche Kernfamilien und ihr genealogischer Zusammenhang in der Untersuchungszeit erfaßt — ein erheblicher Arbeitsaufwand, der aber lohnt, weil er präzise Fallstudien zur Klärung der einleitend genannten Fragestellung liefert[14].

Quellen des historisch arbeitenden Demographen sind nahezu ausschließlich die Kirchenbücher, in denen sich die ihn interessierenden Ereignisse Geburt, Heirat und Tod belegt finden. Eine neue Aufgabe für die Archive scheint sich danach nicht abzuzeichnen, denn Kirchenbücher waren und sind seit je das Dorado der Familienforscher, jener wohl treuesten Benutzer der Archive. Welche Bedeutung deren Arbeit für die demographische Forschung gewinnen kann, sei hier nur an einem Beispiel verdeutlicht. Vor allem in der Zeit zwischen 1933 und 1945, jedoch auch davor und danach, sind mehrfach sogenannte Ortssippen- oder Familienbücher[15] angelegt worden, die den „Familienbestand" einer Gemeinde oft über lange Zeiträume hin enthalten. Diese Bücher sind für den historischen Demographen außerordentlich wertvoll, denn sie ersparen ihm die mühevolle Arbeit der Familienrekonstitution und sind unmittelbar auswertbar. Archivare, die solche Schätze hüten, sollten sie als wichtige Quellen für die historische Demographie erschließen, und sie sollten die Familienforschung unterstützen und ermutigen, auf diesem Wege fortzuschreiten.

b) Historische Schichtungsforschung

Das Studium der sozialen Schichtung, als zweites Beispiel, ist nicht eigentlich neu, doch in jüngster Zeit mit neuen Fragestellungen und Methoden wieder stärker in den Vordergrund getreten[16]. Zentrale Problemstellung ist die soziale Gliederung der Bevölkerung des Untersuchungsgebietes zu einem bestimmten Zeitpunkt oder zu mehreren Zeitpunkten, die dann miteinander verglichen werden. Wie bereits oben angedeutet, besteht nun die grundlegende Aufgabe der historischen Schichtungsforschung darin, Kriterien für ein möglichst mehrdimensionales Schichtungssystem zu finden, aufgrund deren die Lage der einzelnen Individuen in diesem System bestimmt werden kann und die sich aus den Quellen mit Inhalt füllen lassen. Ein Beispiel: Für eine im Göttinger Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte durchgeführte Untersuchung der sozialen Schichtung der Einwohner der Stadt Göttingen in den

[12] Ottfried Dascher hat bereits 1975 die gleiche Auffassung vertreten (vgl. Anm. 8).

[13] Eine erste, knappe Einführung bietet: Arthur E. Imhof, Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie. In: Reinhard Rürup (Hrsg.), Historische Sozialwissenschaft. Beiträge zur Einführung in die Forschungspraxis. Göttingen 1977. S. 16—58 (mit Bibliographie). (Kleine Vandenhoeck-Reihe. 1431.) Umfassender: ders., Einführung in die Historische Demographie. (Beck'sche Elementarbücher). München 1977, sowie Wolfgang Köllmann, Peter Marschalk (Hrsg.), Bevölkerungsgeschichte. Köln 1972. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek. 54.)

[14] Eine ausgiebige Diskussion der Methoden und einen umfassenden Bericht aus der Forschungspraxis bietet: Arthur E. Imhof (Hrsg.), Historische Demographie als Sozialgeschichte. Gießen und Umgebung vom 17. zum 19. Jahrhundert. Darmstadt und Marburg 1975. (Quellen und Forschungen zur Hessischen Geschichte. 31.) Vgl. auch für Österreich Heimold Helczmanovszki (Hrsg.), Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Österreichs. Nebst einem Überblick über die Entwicklung der Bevölkerungs- und der Sozialstatistik. Wien 1973. (Darin besonders die Beiträge von M. Mitterauer und J.-P. Lehners.)

[15] John E. Knodel, Ortssippenbücher als Quelle für die Historische Demographie, in: Geschichte und Gesellschaft 1, 1975, S. 370—386.

[16] Die umfassende Literatur, die hier aus Raumgründen nicht aufgeführt werden kann, ist nachgewiesen bei Hans-Ulrich Wehler, Bibliographie zur modernen deutschen Sozialgeschichte (18.—20. Jahrhundert). Göttingen 1976. (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte. 1 = UTB. 620.)

Jahren 1763, 1829 und 1861[17] standen Volkszählungslisten und Steuerregister aus dem Stadtarchiv Göttingen als Quellen zur Verfügung. Auf ihrer Grundlage wurde ein „Sozialindex" gebildet[18], in den als Merkmale der sozialen Lage insbesondere der Beruf, die Steuerleistung, die Zahl der beschäftigten Dienstboten und der Hausbesitz eingingen. Mit ihm konnten die soziale Lage jeder Familie und ihr Platz im Schichtenmodell (das seinerseits durch Abstufungen des Index definiert war) ermittelt werden.

Dieses Beispiel macht zugleich die Anforderungen an die Archive deutlich. Sie gehen im Grundsatz auf die ungeschmälerte Erhaltung derjenigen Quellen, in denen Informationen über geschlossene Gruppen von Individuen (etwa die Einwohner einer Gemeinde) gesammelt sind[19], also etwa die Unterlagen von Volkszählungen und für die Zeit zwischen diesen die Karteien der Meldebehörden oder auch die Adreßbücher[20]. Wichtig sind ferner Angaben über die wirtschaftliche Lage, etwa Steuerlisten, Unterlagen über Grund- und Hauseigentum (zum Beispiel Grundbuchakten, Schriftgut der Brandversicherungen, der Bauordnungsbehörden, der Baugenossenschaften usw.), über das Eigentum an Kraftfahrzeugen, über Sozialhilfebezug, um nur einiges zu nennen.

Soweit sich solche Wünsche auf die Vergangenheit beziehen, dürften sie für die Archive im Grundsatz unproblematisch sein. Aufgrund im allgemeinen weitgehender Kassationen ist von den genannten Quellenarten im Regelfalle wenig (für die sozialgeschichtliche Forschung oft zu wenig) erhalten, und dieses Wenige ist nicht gefährdet. Um so brisanter sind die Forderungen für die Gegenwart. Alle genannten Quellen gehören zu den „massenhaften gleichförmigen Einzelsachakten", deren Fülle die Archive bedrängt und deren Kassation lebhaft diskutiert wird[21]. Glücklicherweise trifft sich hier das Interesse des Archivars an einer sinnvollen Reduzierung dieser Aktenmassen mit dem des Sozialhistorikers, der ohne eine solche Konzentration der Überlieferung damit wohl kaum arbeiten könnte. Vorschläge, wie eine solche zu bewerkstelligen sei, sollten in Zusammenarbeit von Archivaren und Sozialhistorikern auf ihre Eignung im Einzelfalle geprüft und erprobt werden.

[17] Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind noch nicht im Zusammenhange veröffentlicht worden. Das Material von 1763 bei Burkhard Sachse, Soziale Differenzierung und regionale Verteilung der Bevölkerung Göttingens im 18. Jahrhundert. Hildesheim 1978. (Veröffentlichungen des Instituts für Historische Landesforschung der Universität Göttingen. 11.) Einige wichtige Ergebnisse zur Haushaltsstruktur bei Diedrich Saalfeld / Burkhard Sachse / Wieland Sachse, Die Haushaltsstruktur der Göttinger Bevölkerung im 18. und 19. Jahrhundert als Kriterium der sozialen Differenzierung einer städtischen Population, in: Göttinger Jahrbuch 25, 1977, S. 87—105.

[18] Dazu ausführlich: Diedrich Saalfeld, Kriterien für eine quantitative Darstellung der sozialen Differenzierung einer historischen Gesellschaft. — Das Beispiel Göttingen 1760—1860, in: Heinrich Best / Reinhard Mann (Hrsg.), Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Stuttgart 1977. S. 65—87, besonders S. 68—73. (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen. 3.)

[19] Dazu Heinz Boberach, Archivbenutzung und archivarische Arbeit im Wandel von Interessen und Methoden, in: Der Archivar 28, 1975, Sp. 19—34, bes. Sp. 25.

[20] Ein gutes Beispiel für die Fruchtbarkeit ihrer Auswertung bietet die Arbeit von Ekkehard Wiest, Stationen einer Residenzgesellschaft. Darmstadts soziale Entwicklung vom Wiener Kongreß bis zum Zweiten Weltkrieg (1815 bis 1939). Darmstadt 1978. (Arbeiten der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt.)

[21] Dazu unter anderem Hugo Stehkämper, Die massenhaften gleichförmigen Einzelsachakten in einer heutigen Großstadtverwaltung, in: Archivalische Zeitschrift 61, 1965, bes. S. 98. Das dort diskutierte Verfahren, von diesen Akten jeweils die eines Anfangsbuchstabens aufzubewahren, ist methodisch bedenklich, da der Grundsatz der zufälligen Auswahl dabei nicht beachtet wird.

c) Wirtschaftswachstum

Schließlich noch ein kurzer Blick auf einen spezifisch wirtschaftshistorischen Problemkreis: wirtschaftliches Wachstum, verbunden mit dem Versuch einer Analyse dessen langfristig wirkender Bestimmungsgründe[22]. Wirtschaftswachstum ist nicht nur als Problem und Aufgabe für Gegenwart und Zukunft, sondern auch als historisches Phänomen ein wichtiger Gegenstand der Forschung, der in den letzten Jahren immer bedeutender geworden ist. Aus der Fülle der diskutierten Fragestellungen kann hier lediglich eine kleine Auswahl in aller Kürze geboten werden. Zentraler Begriff ist das Volkseinkommen; untersucht werden in der Regel dessen Entstehung (aus dem kombinierten Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital im Produktionsprozeß), Verteilung (als Arbeits- und als Kapitaleinkommen) und Verwendung (in den Formen des Konsums und der Investition). Dieses einfach erscheinende Schema bietet den Zugang zu einer großen Zahl spezieller Untersuchungen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nenne ich einige Themen: Herkunft der Industriearbeiterschaft, ihre Gliederung und ihre Organisation (Arbeiterbewegung); Kapitalbeschaffung und Entwicklung des Kapitalmarktes, in Verbindung damit die Rolle der Banken im Industrialisierungsprozeß; Unternehmens- und Unternehmergeschichte; Lohnformen und Lohnhöhe in der Industrie und in den anderen Sektoren der Volkswirtschaft; Probleme der Lebenshaltung; technische und wirtschaftliche Fragen der Investitionen.

Genug der Beispiele. Aus den Themen folgt eine Vielzahl spezifischer Fragestellungen, die zahlreiche Adressaten in den Archiven haben. Von diesen seien hier lediglich zwei genannt, ohne damit die anderen in ihrer Bedeutung verkennen zu wollen.

Zunächst sei auf die Werks- und Wirtschaftsarchive hingewiesen. Denn in einer marktwirtschaftlich verfaßten Wirtschaft war und ist die Rolle von Unternehmung und Unternehmer so zentral, daß viele Fragen der Wachstums- und der Industrialisierungsgeschichte ohne Rückgriff auf Daten, die in den Unternehmen — und nur dort — anfallen, nicht befriedigend geklärt werden können. Zahlreiche Unternehmen haben dies erkannt und stellen der Forschung die einschlägigen Unterlagen zur Verfügung; zahlreiche andere freilich scheinen das Problem noch nicht in dieser Richtung bedacht zu haben. So gehen für die Geschichtsschreibung wichtige Unterlagen teils verloren, teils werden sie ihr aus einem oft mehr emotionalen als reflektierten Geheimhaltungsbedürfnis nicht zugänglich gemacht. Meine Bitte an die Archivare geht dahin, hier weiterhin aufklärend zu wirken, um den Kreis der guten Vorbilder kontinuierlich auszudehnen.

Zum zweiten seien in diesem Zusammenhange die Archive der Länder genannt. Sie enthalten zum Teil sehr wertvolles Material zur Geschichte der Industrialisierung, und die meisten Untersuchungen zu diesem Thema sind nur unter ihrer Heranziehung erfolgreich zu bearbeiten: In Deutschland, das auch im Industriezeitalter mit

[22] Die umfassende wirtschaftswissenschaftliche Literatur zu diesem Thema kann hier aus Raumgründen nicht im einzelnen aufgeführt werden. Nachweis bei Hans-Ulrich Wehler, Bibliographie zur modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (18.—20. Jahrhundert). Göttingen 1976. (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte. 2 = UTB. 621.) — Ein vorzüglich informierter und umfassender Überblick über den Stand der deutschen Wirtschaftsgeschichtsforschung ist kürzlich (leider an etwas entlegener Stelle) erschienen: Wolfram Fischer, Some recent Developments in the Study of economic and business History in Western Germany, in: Robert E. Gallman (Ed.), Recent Developments in the Study of business and economic History: Essays in Memory of Herman E. Krooss. Greenwich Conn. 1977. S. 247—285. (Research in Economic Hist. Supplement 1.)

Ausnahme der Jahre von 1934 bis 1945 stets ein föderatives Staatsgebilde war, ist Industriegeschichte weithin nur als Landesgeschichte zu betreiben. Daraus folgt die Bedeutung der Länderarchive. Sie ergänzen oder ersetzen nicht nur die Werks- und Wirtschaftsarchive, wo diese versagen[23], sondern bieten darüber hinaus umfangreiches, wertvolles Material zur Wirtschaftsgeschichte auch der Epoche der Industrialisierung.

Abermals breche ich hier ab, nicht ohne Bedauern — vieles, was zum Thema gehört, mußte ungesagt bleiben. Das Gesagte ist *pars pro toto* zu nehmen, denn auch die nicht ausdrücklich angesprochenen Fragen sind keineswegs bedeutungslos[24]. Als Überleitung zum Folgenden lediglich noch ein Hinweis: Alle drei hier behandelten Forschungsansätze lassen sich mit der Mehrheit ihrer Untersuchungen der Strukturgeschichte zurechnen, und sie arbeiten zu einem großen Teile mit quantitativen Methoden — obwohl sie nicht unter diesen Gesichtspunkten von mir ausgewählt wurden. Die Bedeutung beider Methoden spiegelt sich darin deutlich wider.

Schlußbemerkungen

Zum Schluß sei noch einmal in aller Kürze zusammengefaßt, was die in Auswahl vorgestellten neuen Fragen der Forschung den Archiven aller Voraussicht nach an neuen Anforderungen bringen werden.

Akzeptiert man die These, Strukturgeschichte und Quantifizierung seien Methoden der Historiographie von bleibender und tendenziell steigender Bedeutung, so scheint die (wie ich oben formulierte) neue Dimension in der Kassationsdiskussion das für die Archive wahrscheinlich folgenreichste Ergebnis der neuen Forschungsansätze zu sein. Ich möchte nicht von einer „kopernikanischen Wende" sprechen, und dieser Begriff ist für den Bereich der Kassation ja auch bereits vergeben[25]. Doch, um daran anzuknüpfen: Soll der Archivar „das Bleibende, das Wertvolle, das einer dauernden Aufbewahrung Würdige" (Carl Haase)[26] aus der Masse der Ablieferungen ausscheiden und in seine Obhut übernehmen, so wird er in seine darauf bezogenen Überlegungen auch die Frage einschließen müssen, welcher Teil der die Massenerscheinungen dokumentierenden Ablieferungen als repräsentativ für diese archiviert werden muß. Unter diesem Gesichtspunkt ist es durchaus nicht von vornherein auszuschließen, daß (um noch einmal Carl Haase zu zitieren) „die Personalnebenakten über Beihilfe und Unterstützung eines längst verstorbenen Angestellten der städtischen Müllabfuhr"[27] nicht doch archivwürdig werden könnten — etwa (in Verbindung mit anderen in einer repräsentativen Stichprobe) als Beleg für Art und Maß sozialer Fürsorge im öffentlichen Dienst, also für eine sozial-, wirtschafts- und verwaltungsgeschichtlich wichtige Frage.

Indes dürfen über dem Kassationsproblem die anderen Anforderungen nicht vergessen werden. Ich nenne, unter Verweis auf meine Ausführungen oben, noch einmal die Aufgabe der intensiven Erschließung des Archivgutes unter besonderer Berücksichtigung seines für eine quantitative Auswertung relevanten Inhalts, und ich erinnere an die Notwendigkeit, neues Material für die Geschichte der Industrialisierung und des wirtschaftlichen Wachstums bereitzustellen und für die Zukunft zu sichern.

Manch einer von Ihnen, der mir bis hierher geduldig gefolgt ist, wird ganz konkrete Hinweise auf das, was im Archiv zu tun oder zu lassen sei, vermißt haben. Als Laie habe ich solche in einem Kreise von Fachleuten bewußt unterlassen. Dies fiel mir um so leichter, als ich dem archivischen Fachschrifttum entnehmen konnte, daß die Probleme, mit denen ich mich hier beschäftigt habe, bereits seit einiger Zeit intensiv diskutiert werden und man sich um Lösungen bemüht. Diese werden um so leichter fallen, je mehr einschlägiger Sachverstand in den Archiven vertreten ist. In diesem Zusammenhange wird es hoffentlich nicht als ein Argument lediglich *pro domo* mißverstanden, wenn ich dafür plädiere, in angemessenem Umfange auch historisch interessierte und vorgebildete Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler im Archivdienst zu verwenden — sie können vor allem bei der Frage der Reduzierung und Konzentrierung wirtschafts- und sozialgeschichtlich relevanter Massenakten aufgrund ihrer Ausbildung sehr hilfreich, wenn nicht unentbehrlich sein. Und schließlich möchte ich noch auf eine Möglichkeit hinweisen, die sinnvoll und fruchtbar erscheint: auf einen anhaltenden Dialog zwischen Archivaren und den sozialgeschichtlich arbeitenden Benutzern, da ja beide in bezug auf das Material oft die gleichen Interessen haben. Sollte mein Referat zu diesem Dialog ein fördernder Beitrag gewesen sein, hätte es seinen Zweck erfüllt.

[23] Zu denken ist zum Beispiel an Akten zur Einkommens- und/oder Körperschaftssteuer, die (in begrenztem Umfange) an die Stelle von Angaben aus Werksarchiven treten können.

[24] Nicht berücksichtigt wurde, um nur noch ein Beispiel zu nennen, die Geschichte der Wirtschaftspolitik. Sie ist im modernen Parteienstaat eng mit der Geschichte der politischen Parteien verbunden, besonders mit deren Mitglieder- und Wählerstruktur. Hierzu liegt jedoch nur eine im ganzen unzureichende Überlieferung in den Parteiarchiven vor (freundliche Mitteilung vom Leiter des Politischen Archivs der Friedrich-Naumann-Stiftung Bonn, Dr. F. Henning).

[25] Haase (wie Anm. 2), Sp. 67—70.

[26] Ebd. Sp. 67.

[27] Ebd. Sp. 69.

Gegenwärtige Forschungsansätze der Zeitgeschichte

Referat des 52. Deutschen Archivtages *

Von Peter Hüttenberger

Mein Thema handelt von dem Verhältnis von möglichen Fragestellungen in der zeitgeschichtlichen Forschung einerseits und den daraus resultierenden Anforderungen an die Quellenerschließung und an die Archivorganisation andererseits. Es wäre jedoch absurd, sämtliche in der Gegenwart praktizierten und in der Zukunft denkbaren Einzelfragestellungen im Konkreten aufzuzählen. Daher schlage ich ein allgemeineres Verfahren ein: die Analyse der Interdependenz zwischen drei, das von mir genannte Verhältnis prägenden Aspekten:

1. dem Aspekt der Metatheorie historischer Wissenschaften,
2. dem Aspekt der Objektbereiche der Geschichtswissenschaft und
3. dem Aspekt des Quellengefüges.

* Gehalten in Hamburg am 3. Oktober 1978.

Dabei spielt eine geringe Rolle, ob es um die Neueste Geschichte bzw. die Zeitgeschichte oder um einen anderen Bereich der Neueren Geschichte geht, denn die Neueste Geschichte unterscheidet sich von der Neueren gerade so viel oder so wenig wie die Geschichte der frühen Neuzeit vom Mittelalter oder das Mittelalter von der Alten Geschichte; lediglich die Inhalte und die Formen der Quellen sind verschieden, nicht aber wissenschaftstheoretisch mögliche Annäherungsstrategien, Gegenstandsbereiche und die prinzipiellen Schwierigkeiten mit der Überlieferung. Die beiden Differenzierungskriterien, die gewöhnlich hinsichtlich des Unterschiedes zwischen Neuerer und Neuester Geschichte vorgebracht werden, die fehlende Distanz des Historikers zu seinem Gegenstand und der Mangel an Quellen, sind bedeutungslos. Das erste Kriterium, das der geringen Distanz, widerspricht einer der Grundregeln der in der Geschichtswissenschaft angewandten Hermeneutik, der Grundregel des Sich-hinein-Versetzens, Nachbildens und Nacherlebens des Gegenstandes, also geradezu der Forderung nach Aufgabe bestehender Distanzen. Man kann nicht in einem Bereich der Geschichtswissenschaft den Abbau von Distanz als methodisch unumgänglich postulieren und zum anderen von vornherein nicht bestehende Distanz als ein besonderes Merkmal vorbringen. Die Historiker der Neuesten Geschichte haben demnach nur den Weg des Sich-hinein-Versetzens in einen Lebenszusammenhang schon weitgehend zurückgelegt, erlaubt selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß dies unter einer kritisch reflektierten Selbstkontrolle geschah. Dabei ist allerdings anzumerken, daß bei Anwendung anderer wissenschaftstheoretischer Ansätze die gesamte hier vorgebrachte Argumentation ohne Belang ist. Das zweite Argument, das des Mangels an Quellen, kann ebenfalls nicht gelten, weil 1. Lückenhaftigkeit der Quellenlage den Historiker nicht daran hindern kann, sich mit einer bestimmten Epoche zu beschäftigen, 2. die Neueste Geschichte sich auch nur mit den Problemen auseinandersetzt, zu denen sie Informationen besitzt, 3. das Problem der zeitgeschichtlichen Quellenlage nicht so sehr der Mangel an Quellen ist als vielmehr das Übermaß, das die Archivare und Historiker kaum bewältigen können.

Nach diesem Exkurs über den Geltungsbereich meiner Ausführungen zurück zu den drei Aspekten meines Ansatzes, zunächst zu dem, den ich den metatheoretischen genannt habe.

Man kann gegenwärtig, idealtypisch gesprochen, vier verschiedene metatheoretische Modelle zur Geschichtswissenschaft unterscheiden:

1. das Modell, das ich die positivistische Ereignisgeschichte nenne, ein Modell mit der Neigung zur Beschreibung individueller Mannigfaltigkeiten der Vergangenheit auf dem Weg hermeneutischer Einfühlung und unter Anwendung kritisch-philologischer Methoden.
2. Das Modell der analytischen Geschichtsphilosophie, das man jedoch nicht im Gegensatz zu dem oben skizzierten Modell der Geschichtswissenschaft sehen sollte, sondern vielmehr als Logik der historischen Forschung, die sich insbesondere um die vernachlässigten Probleme alternativer Wahrheitstheorien, ferner des Verhältnisses von Beschreibung und Erklärung und schließlich die Beziehungen zwischen Empirie und historischer Auslegung von Texten bemüht. Der analytischen Geschichtswissenschaft geht es dabei in erster Linie um eine kritische Analyse der Sprache der Kommunikationsgemeinschaften von Historikern, die eben nicht nur als Produkt eines Nacherlebens und eines möglichst breiten Sprachhorizontes verstanden werden kann, sondern als Problem verschiedenartiger, oft kontroverser Logiken. Andererseits wirkt sie dadurch korrigierend auf die im erstgenannten Modell im Vordergrund stehende Methodologie der Entdeckung historischen Wissens zurück. Geschichtsbilder sind demnach Ergebnisse rationaler Rekonstruktion, die offenen Entscheidungskalkülen unter dem Vorbehalt der ständigen Falsifikation unterliegen.
3. sind die Modelle zu unterscheiden, die nomologische Ziele verfolgen. Sie bemühen sich darum, allgemeine Theorien zur Geschichtsentwicklung herauszufinden, bzw. die konkrete Mannigfaltigkeit unter Gesetze zu subsumieren.

   Die nomologischen Modelle treten gegenwärtig in zwei Varianten auf: zum einen in der Nachfolge Hegels in einem „holistischen" Sinne, wie Popper dies in seinem Buch über das „Elend des Historizismus" bezeichnet, und zum anderen in Anlehnung an die gegenwärtigen Sozialwissenschaften als Versuche, psychologische und soziologische Aussagesysteme mit nomologischem Anspruch auf die Geschichtswissenschaft anzuwenden, um so nach dem Vorbild der Naturwissenschaften gesetzmäßige Aussagen zu erlangen. In beiden Modellen geht es, graduell allerdings verschieden, nicht so sehr um das mannigfaltige Einzelne, sondern um das determinierende Allgemeine, wobei das erste Modell universalgeschichtliche Ziele verfolgt, das zweite nur Erkenntnisse von mittlerer Reichweite.
4. Schließlich ist noch der französische Strukturalismus zu nennen. Ich betone hier das Wort „französisch", da der in Deutschland in der Geschichtswissenschaft häufig verwendete Strukturbegriff nichts anderes bezeichnet, als „etwas relativ Konstantes" oder „etwas Institutionalisiertes", wobei im metaphorischen Sinne häufig die Vorstellung von Architektur und Bauwesen zugrunde liegt. Dieser vordergründige Strukturbegriff unterscheidet sich in nichts von ähnlich allgemeinen Ausdrücken im positivistischen Historismus. Ich kann nun hier nicht das gesamte, differenzierte Universum des französischen Strukturalismus darlegen, will aber wenigstens einige Prinzipien nennen. Gilles Deleuze hat dazu Kriterien zusammengestellt, die ich hier verkürzt wiedergebe.

   Zunächst, die Geschichtswissenschaft bedient sich der untereinander in Beziehung stehenden Kategorien der Realität des Vergangenen und der Imaginationen in der Vergangenheit sowie der Imagination des Historikers. Der Strukturalismus zielt über diese Dichotomie hinaus auf eine dritte Ordnung, die Ordnung des Symbolischen. Das Reale operiert mit dem Identifizieren, die Imagination mit dem Spiel der Verdoppelung, das Symbolische aber steht jenseits von beiden, zwar nicht als ein Wesen, sondern als eine Episteme, die aus einer Kombinatorik formaler Elemente hervorgeht. Foucault hat versucht, diese Episteme im klassischen und vorklassischen Zeitalter zu beschreiben. Ferner, die Objekte einer strukturalen Betrachtungsweise sind nicht die Individuen oder deren Rollen oder die individuellen Ereignisse, sondern „die Plätze in einem Raum, der durch Verhältnisse bestimmt wird". Arbeit z. B. ist in der Geschichte somit nicht die Dimension von deren empirischer Existenz, sondern die Qualifikation von Beziehungsgefügen, die erst die Arbeit der Einzelnen zur Arbeit machen. Damit ist aber kein Telos für die Zukunft verbunden, weswegen der Strukturalismus im historischen Sinne nicht nomo-

logisch ist. Zudem, das individuelle Mannigfaltige verschwindet hinter den Verhältnisgefügen. Schließlich muß noch der Ausdruck Verhältnisse bestimmt werden. Der Strukturalismus strebt ein System von differenziellen Verhältnissen an, in dem die Elemente nicht aus sich selbst heraus bestimmt sind, sondern in dem sie sich gegenseitig bestimmen. Strukturen sind daher für die Einzelindividuen unbewußt, der Historiker kann sie allerdings rückblickend freilegen. Der Modus der Struktur ist somit die Virtualität, als mögliche Kraft verstanden.

Diese vier metatheoretischen Modelle stehen heute unvermittelt einander gegenüber, zumal sie auch politisch mißbraucht werden, andererseits aber leben sie zugleich in einer Art Symbiose, denn sie durchdringen sich gegenseitig, beeinflussen sich und verändern sich in einem freilich unsystematischen, kaum überblickbaren Prozeß. Dieser Prozeß tritt nicht so sehr auf der Ebene der theoretischen Diskussion ein, als vielmehr in der Praxis der historischen Forschung. Oft werden Versatzstücke in Form von Fragestellungen, Theoremen und Methoden eines anderen Modells einfach in das eigene Ausgangsmodell übernommen und eingebaut, selbst wenn dabei logische Widersprüche und Unzulänglichkeiten auftreten. Das Hantieren mit einem defekten Strukturbegriff im positivistischen Sinne oder das Operieren mit marxistischen Fragestellungen im französischen Strukturalismus sind einige Beispiele für diesen Vorgang, aber auch das Ersetzen der alten Erzählform durch analytische Darstellungsweisen. Dieser Vermischungsvorgang hat jedoch auch auf die zweite Ebene, zu der ich nun kommen will, die Objektebene, eingewirkt.

Die deutsche Geschichtswissenschaft besitzt in der Regel die Neigung, sich heftiger um die Objektbereiche ihres Gegenstandes zu streiten, als um ihre theoretischen und metatheoretischen Grundlagen. Die politische Geschichte, in erster Linie die Nationen-, Verfassungs-, Staats-, Kriegs- und Diplomatiegeschichte, galt und gilt im wesentlichen auch heute noch in Deutschland als der Hauptobjektbereich, die eigentliche Geschichte, wogegen andere eher als Hilfs-, Rand- und Komplementärwissenschaften dienen. Gerade die Zeitgeschichte war bislang in hohem Maße Politikgeschichte. Ihre zentralen Probleme bildeten und bilden die Fragen: Wie war der Untergang der Weimarer Republik möglich? Wie konnte der Nationalsozialismus zur Macht gelangen? Wie kam die Teilung Deutschlands zustande, und welches waren die Ursachen der beiden Weltkriege? Andere, möglicherweise genauso wichtige Problemstellungen überging sie oder thematisierte sie nur nebenbei, oft zufällig, oder überließ sie Ausländern. Das Problem der langfristigen sozialen Allianzen in Deutschland, das z. B. Gerald Feldmann behandelt, oder das Problem der Kontinuität oder das des Wandels der Lebensformen und der politischen Kultur, das des Wechsels von Eliten aller Art und das der Transformationen der Privat- und Öffentlichkeitssphären blieben bislang weitgehend ausgeklammert. Diese in Deutschland übliche Konzentration auf politische Fragestellungen verdeckt allerdings, daß sich insgesamt ein ganzes Spektrum von Objektbereichen entfaltet hat und sich durchzusetzen beginnt. Hervorzuheben sind vor allem vier Objektbereiche: die „neue Sozialgeschichte", die sogenannte „neue Wirtschaftsgeschichte", die Geschichte sozialer Gruppierungen und die historische Anthropologie (sowie Sozialpsychologie). Es existiert gewiß auch eine sogenannte „neue" oder „moderne" Politikgeschichte, die gegenüber der alten, durchaus bewährten, nur ein Gebäude zu sein scheint, aus dem man einige Spinnweben entfernt hat.

Um dem Verhältnis zwischen Fragestellung und Quelle näher zu kommen, scheint es jedoch wichtig, gerade diese vier Objektbereiche kurz zu umgrenzen.

Die „neue Sozialgeschichte" kann in zweifacher Weise aufgefaßt werden, einerseits das Soziale als Sektor, der aus dem Gesamtkorpus der Geschichte zu methodischen Zwecken herausgeschnitten wird, ein zunächst herkömmlicher Ansatz, denn es geht hier vor allem um die Erforschung der Verfassung sozialer Gruppierungen, die Untersuchung von Konflikten und Konsensbildungen innerhalb der Gesellschaft sowie um die Geschichte von Primärgruppen. Gerade die sektorale Sozialgeschichte ist aber besonders geeignet, aus der Soziologie und Sozialpsychologie Modelle und Theoreme zu übernehmen. Sozialgeschichte kann darüber hinaus aber auch als Interpretationsmuster für die Gesamtgeschichte herangezogen werden, somit als ein spezifischer Aspekt, in dessen Lichte Politik-, Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte in je eigentümlicher Färbung gesehen werden. Beiden Sichtweisen ist gemeinsam, daß der allgemeine Prozeß, gefaßt in abstrakten Begriffen, im Vordergrund steht.

Die „neue Wirtschaftsgeschichte" begreift Wirtschaft dagegen in erster Linie als Wachstumsprozeß, den es in einem analytischen Sinne zu beschreiben und zu erklären gilt. Sie bedient sich dabei zum einen nationalökonomischer Theorien, insbesondere der neoklassischen, und zum andern ausgiebig quantifizierender Methoden. Sie schiebt den sozialgeschichtlichen Kontext des Geschehens in den Hintergrund und isoliert ihren Gegenstand mittels ihrer ökonomischen Theorien in seine Einzelgebiete. Vor allem arbeitet sie gern mit kontrafaktischen Fragestellungen, d. h. sie stellt Vergleiche zwischen dem an, was wirklich geschehen ist, und dem, was im Wirtschaftsgeschehen ohne Eintritt eines bestimmten Faktors geschehen wäre, um so die Nettoeffekte von ökonomischen Prozessen zu ermitteln. Z. B. kann man die Kosten für den Transport mit Zugtieren und den Transport mit der Eisenbahn, die etwa die Landwirtschaft im 19. Jahrhundert aufbringen mußte, berechnen. Man kann so Gewinn und Verlust feststellen und nun fragen, welches der beiden technischen Instrumente der Investitionsneigung den Bauern förderlich war und damit dem Wachstum im Agrarbereich diente. Dies erfordert nun wiederum die Anwendung ausgefeilter mathematischer Methoden einerseits zur Herstellung von Statistiken aus den Quellen selbst und andererseits zur Auslegung vorhandener Statistiken.

Die Historie sozialer Gruppen befaßt sich mit Geschichte all der Aggregierungen in der Gesellschaft, die nicht auf verwandlicher Herkunft beruhen und die zugleich mehr als statutarisch geregelte Organisationen sind, die ja ihrerseits der Politikgeschichte zugerechnet werden können, Gruppen also, die man durch Klassen- oder Schichtbegriffe zusammenfassen kann oder durch berufliche Merkmale oder schließlich durch kommunikative Kriterien. Diese Art der Forschung kann sowohl monographisch betrieben werden, als aber auch relational, worin sie sich einer strukturalen Geschichtstheorie annähert.

Sie ist dennoch nicht unbedingt mit der sektoralen Sozialgeschichte gleichzustellen, denn hier geht es nicht um das prozeßhafte, sondern um das quasi-individuelle Handeln der jeweiligen Gruppierungen.

Die historische Anthropologie handelt von der Geschichte der Sitten, Gewohnheiten, Verhaltensmuster und Verhaltensregeln, die Zwecke legitimieren, ferner von den gesellschaftlich bedeutsamen Symbolen, Utopien und Träumen, z. B. der Geschichte der Glücks- und Todesvorstellungen oder der Vornehmheit, schließlich allgemein von

der Geschichte der kulturellen Grundstandards, die den Konnex zwischen den Einzelsektoren der Gesellschaft steuern, so etwa das Verhältnis von Raum- und Zeitbegriffen in der Gesellschaft, und schließlich von der Geschichte der Emotionen und Affekte sowie deren Einschätzungen durch Individuen und Gesellschaft. Gerade die historische Anthropologie nähert sich häufig spontan dem französischen Strukturalismus, zuweilen ist sie sogar ausdrücklich von ihm inspiriert, ohne allerdings stets dessen strenge Kriterien zu beachten. Andererseits steht sie auch mit der sektoralen Sozialgeschichte und der Geschichte der Gruppierungen in enger Verbindung. Schließlich kann man sie als Interpretationsstrategie für die Politik-, die Geistes-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte heranziehen.

Zu allem ist folgendes zu sagen: Die hier in Deutschland übliche Antithetik von Politik und Sozialgeschichte ist künstlich und kann angesichts der metatheoretischen Verflechtungen und Differenzierungen kaum begründet werden. Es ist geradezu belustigend, wenn mit der Politikgeschichte sich befassende Historiker als konservativ und Sozialhistoriker als progressiv bezeichnet werden, wobei dies oft noch nicht einmal politisch stimmt. Ferner, die ebenfalls vorkommende Antithetik zwischen einer Historie, die sich angeblich hauptsächlich mit Entscheidungen beschäftigt, und einer anderen Historie, die nur Prozesse im Auge habe, ist genauso sinnlos, denn Prozesse setzen sich aus Entscheidungen zusammen, während individuelle Entscheidungen von allgemeinen und konstanten Faktoren abhängen. Eine sonderliche Betonung beider Gegensätze beruht meines Erachtens mehr auf wissenschaftsorganisatorischen Unterschieden, als auf theoretischen oder objektbedingten Unvereinbarkeiten. Daß dies so ist, erweist sich darin, daß die einzelnen verschiedenen Objektbereiche wie die Wissenschaftstheorien in der Praxis miteinander konvergieren, sich gegenseitig überlagern und beeinflussen. Man kann beobachten, daß Historiker im Analogieverfahren ganze Objektbereiche aneinander angleichen, daß sie sich ursprünglich ihnen fremder Begriffe und Kategorien bedienen und daß sie Teilgebiete des eigenen Objektbereiches mittels Ergebnissen aus anderen Objektbereichen interpretieren. So zeichnet sich nach meiner Einschätzung ein Synkretismus der Objektbereiche ab, ein Synkretismus, der noch potenziert wird, wenn man dazu übergeht, aus den verschiedenen Metatheorien der Geschichtswissenschaft Anleihen zu machen, z. B. wenn man Politikgeschichte in nomologischer Absicht betreibt und die Entscheidungsvorgänge zwischen Staatsorganen, Parteien und Verbänden mit sozialpsychologischen Modellen zu erklären versucht oder wenn man Erklärungsmuster aus der Psychoanalyse auf die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges anzuwenden bemüht ist oder die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung mit Resultaten der historischen Anthropologie erklärt, wobei der Begriff „erklären" seinen Hintergrund in der analytischen Geschichtsphilosophie haben kann.

Bei genauer Analyse historischer Texte kann man wahrnehmen, daß selbst Autoren, die glauben, fest auf dem Boden einer bestimmten Schule zu stehen, möglicherweise unbewußt sich elektizistischer Praktiken bedienen. Ich halte diese Situation nicht für verdammenswert, sondern für normal; sie ist nicht neu, denn Historiker operierten stets synkretistisch, wenn sie nicht unter dem Zwang einer dogmatischen Orthodoxie standen. Sie ist dem Gesamtgegenstand der Historie in seinen vielfachen Dimensionen angemessen, und sie ist wissenschaftsmethodisch fruchtbar. Neu ist lediglich die Art und die Kombinatorik des Synkretismus, der ein so weites Spektrum der möglichen Ansätze entfaltet hat, daß im Augenblick nicht vorstellbar ist, es könnten in nächster Zeit weitere historische Paradigmen entstehen.

Was bedeutet dies aber für die Quellenerschließung in den Archiven? Nun, ganz einfach, das Archivwesen muß mit allen möglichen Fragestellungen gleichzeitig rechnen. Selbst wenn auch zeitweise in der Zeitgeschichte politisch gewisse Moden vorherrschen, wie z. B. in den letzten Jahren der Widerstand gegen das Dritte Reich, dann die Arbeiterbewegung z. Zt. der Weimarer Republik oder die Judenverfolgung durch die Nationalsozialisten, so ist es doch so, daß diese Moden sich im synkretistischen Rahmen bewegen und daß neue Moden neue Akzente setzen.

Angesichts dessen erhebt sich nun die Frage, welche Schwierigkeiten die zeitgeschichtlichen Quellen bereiten, um allen theoretisch fundierten Ansprüchen zu genügen. Mir scheint, die Schwierigkeiten sind vielfältig.

1. Das Problem der Menge

In Referenz zur Realität leidet die Zeitgeschichte nicht am Quellenmangel, sondern geradezu an der Masse. Jene Massenhaftigkeit entspricht freilich dem Zustand unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse. Daher sollte nicht mit den Quellen in den Archiven nach dem ökonomischen Gesetz von Angebot und Nachfrage verfahren werden, nämlich nicht nach dem Grundsatz, daß alles, was zahlreich zur Hand ist, wenig wert ist, und was selten ist, teuer, sondern man sollte die Adäquanz zwischen Quelle und Realität im Auge behalten. Ich stehe daher jeder Kassation skeptisch gegenüber, allerdings mit einer Ausnahme: die Bestände mit redundantem Informationswert können vernichtet werden. Solche Bestände sind nicht gerade gering an Zahl, da heutzutage übermäßig viel kopiert wird. Andere Kriterien sind bei der Kassation m. E. nicht zulässig, schon gar nicht das Kriterium der Gleichförmigkeit der Inhalte einzelner Dokumente, denn 1. besteht nirgendwo eine völlige Gleichförmigkeit, sonst handelte es sich ja um Redundanz, und 2. sind gerade die annähernd gleichförmigen Quellen quantitativ besonders gut auswertbar. Ich kenne Fälle, in denen für die Forschung außerordentlich wichtige Gerichtsakten mit dem Argument vernichtet wurden, die Prozesse ähnelten ja alle einander. Quantitative Auswertungen sind also gerade für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie für die historische Anthropologie von entscheidender Bedeutung: Denn jede theoretische Aussage über gesellschaftliche und politische Verhältnisse besitzt hier nur dann eine Gültigkeit, wenn nachgewiesen werden kann, auf welchen Personenkreis sie sich bezieht und wie groß jener Personenkreis ist. Das Kriterium des unanschaulichen, wenig spektakulären und damit anscheinend uninteressanten Inhaltes, der also keine „hohen Staatsgeschäfte" repräsentiert, darf ebenfalls keine Rolle bei der Kassation von Massenbeständen spielen, denn wenn man die möglichen Variablen und Items solcher Quellen auszählt, dann stellt sich rasch heraus, daß der Informationswert doch höher zu veranschlagen ist, als eine auf das individuelle abzielende Auslegung zu vermitteln scheint. Ich bin daher der Ansicht, die Massenakten müssen genau so sorgfältig gesammelt und aufbewahrt werden wie die Akten, die bedeutsame historische Einzelereignisse überliefern. Andererseits scheint es mir jedoch nicht möglich, und auch nicht — gemessen am Arbeitsaufwand — sinnvoll, die Massenakten in der gleichen verschwenderischen Weise zu inventarisieren und zu verzeichnen wie jene. Man sollte daher ein Verfahren entwickeln, das erlaubt, jeden einzelnen Aktenband in einer summarischen Weise aufzunehmen und dann ergänzend anzugeben,

a) welchen Objektbereich der historischen Forschung er in einem besonders hohen Maße abzudecken scheint,
b) welche verschiedenen Hauptvariablen und ihre Ausprägung er enthält und
c) welche Teile des Bestandes sich quantifizierend und welche sich mit den üblichen philologisch-kritischen Methoden auswerten lassen.

Prinzipiell könnte man daher bei zeitgeschichtlichen Akten zu zwei verschiedenen Verzeichnungsarten übergehen: 1. der herkömmlichen bei den Beständen, die überwiegend mit den Methoden der klassischen Hermeneutik zum Zweck der Rekonstruktion von Einzelereignissen und individuellen Handlungen verwendbar sind, und 2. der Verzeichnung nach dem quantitativen Analyseverfahren bei den Beständen, die Informationen über Massenvorgänge enthalten.

2. Das Problem der inneren Struktur der Bestände

Ich behaupte, zeitgeschichtliche Akten bilden durchweg Überreste der Aktivitäten von Institutionen, die in irgendeiner Form Macht ausüben, weniger jedoch von Aktivitäten, machtloser, beherrschter und unorganisierter Personen, obgleich die Beherrschten die Mehrheit der Bevölkerung einer Gesellschaft ausmachen. Der Inhalt der Quellen ist also überwiegend von den Interessen, Zielen und Absichten der Machtträger geprägt, wobei es nur graduell eine Rolle spielt, wie jene ihre Herrschaft legitimieren. Dies hat zweierlei zur Folge: zum einen liefern die Quellen einen Blick auf das Geschehen in der Vergangenheit gleichsam „von oben", und sie entsprechen in ihrem inneren Aufbau der Organisation und Kompetenzverteilung der jeweiligen Herrschaftsinstitutionen; zum anderen ist dementsprechend die überlieferte Perspektive der Vorgänge zerstückelt, in sich isoliert und stellt nicht die Einheit des geschichtlichen Geschehens dar. Herrschaften mit Tendenzen zur Zentralisation und Monopolisierung der Macht an der Spitze der Hierarchie oder mit wenigen Machtzentren, wie z. B. das Dritte Reich oder die DDR, hinterlassen Quellen von hochgradiger Eindimensionalität der Blickrichtung. Herrschaften von pluraler Natur bieten zwar mehrdimensionale Aspekte, aber doch jede dieser Einzeldimensionen steht unter den Zwängen einer spezifischen Machträson und ihrer Logik.

Jede Machträson ist über Raum und Zeit hin verteilt und natürlich keine totale, selbst wenn sie derartige Ansprüche erhebt, sondern stets eine auf aktuelle Zwecke gerichtete. Solche Aktualisierungen und Realisierungen sind daher stets konkret, auch dann, wenn große Mengen von Personen davon betroffen sind. Damit vollziehen sie im Inhalt einen Selektionsprozeß, der sich auch in der Überlieferung widerspiegelt, d. h. die Gesamtwirklichkeit wird von der Logik der jeweiligen Machträson her gedacht. Von diesem Problem ist nun weniger die Politikgeschichte betroffen, bei der es um die Konflikte und Konsensmechanismen von Machtträgern geht, sondern vielmehr die übrigen Bereiche, nämlich die Sozial-, Wirtschafts-, Kultur-, Rechts- und Geistesgeschichte. Man versuche einmal, z. B. die Geschichte der Kinder, der Alten, der Frauen oder der Arbeiter und Angestellten — eben nicht die der organisierten Arbeiter und Angestelltenbewegungen —, schließlich der sozial Deklassierten und Kriminellen nicht aus der Perspektive der Gerichte, Verwaltungsbehörden und Parteien zu schreiben, sondern aus der Sicht jener Personengruppe selbst heraus zu formulieren. Man wird dabei auf die allergrößten Schwierigkeiten stoßen, denn die Akten erlauben nur bruchstückweise eine Einsicht in die ihnen im Grunde genommen fremde Welt.

Man findet zwar Material, aber vorwiegend nur aus der Sicht der Staaten und sonstigen politischen Organisationen. In große Bestände sind jedoch auch häufig Informationen eingelagert, die von den Beherrschten selbst herkommen.

Was bedeutet dies nun alles für die Archive?

1. Das Problem des Quellengefüges

Wenn Archive dazu übergehen, Bestände analytisch zu verzeichnen, dann wäre es für die Forschung hilfreich, wenn die Interessensperspektive des jeweiligen Bestandes zunächst gekennzeichnet würde, vor allem dann, wenn er, was ja nicht selten ist, verschiedene Interessen und Blickrichtungen in einer diffusen Konglomeratslage enthält. Das heißt z. B., daß das Archiv nicht nur die Behördengeschichte zusammenstellt, sondern vielmehr auch die politisch bedingten Kompetenzzuweisungen und Verlagerungen, die im Rahmen der ursprünglichen Provenienz erfolgten. Es müßte auch hervorheben, daß in solchen Beständen Informationen eingelagert sind,
a) über die internen politischen Prozesse der Machtträger selbst und
b) über die Beherrschten, die dem Entscheidungsprozeß fernstanden.

2. Das Problem der Auswertung

Die innere Zusammensetzung zeitgeschichtlicher Quellenbestände ist häufig ambivalent. Analysiert man den Weg der Information von der historischen Realität bis zum Überrest im Archiv, dann kann man sogar folgende These aufstellen: Es liegen außerordentlich hohe Informationsverluste im individuellen Bereich und massenhafte bzw. redundante Informationen im kollektiven Bereich vor. Die Informationsverluste im Individuellen beruhen auf einer Veränderung der Regeln der Schriftlichkeit in unserer Zeit, die ihrerseits aus einer Transformation des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit sowie der Entwicklung der kommunikativen Mittel herrührt; das Anwachsen der Kollektivinformationen resultiert aus dem systematischen Eindringen öffentlicher Institutionen aller Art in die Privatsphäre, dem Um-sich-Greifen der Bürokratie, das in Deutschland unter jedem politischen Regime voranschritt. Es lohnt sich nun nicht, jene Kollektivinformation so akribisch im einzelnen aufzunehmen, wie dies ja mit Akten der frühen Neuzeit bislang geschehen ist, denn sie sind in der Regel durchweg standardisierter und quantitativer Natur. Das Quantitative kann nun in zweierlei Formen in den Beständen vorkommen, verdeckt in standardisierten Prosatexten, die so gleichförmig gestaltet sind, daß sie sinnvoll auch nur quantitativ ausgewertet werden können, und offen in der Überlieferung von Statistiken, Tabellen, Graphiken und Übersichten, die ihrerseits wiederum quantitativ auszulegen sind.

Ich denke hier vor allem an Gerichts-, Renten-, Sozial- und sonstige vergleichbare Aktenbestände. Eine Verzeichnung derartiger Akten müßte meines Ermessens darauf achten, daß die verschiedenen Möglichkeiten quantitativer Auswertung angedeutet und die verschiedenen überlieferten Zahlenzusammenstellungen indiziert werden.

Massenbestände sind aber häufig nicht nur standardisiert, sondern neben der Standardisierung existiert zugleich eine große Gemengelage. Ich kenne z. B. die Akten der Reichs- und Staatskanzleien, die ja Aussagen zu fast jedem Thema des öffentlichen Lebens bieten, allerdings immer nur sehr

ausgewählte und isolierte Aussagen. Gerade diese Gemengelage müßte mit einem überschaubaren Kategoriensystem analytisch aufgebrochen werden.

3. Das Problem der gestörten und unvollständigen Überlieferung

Das Problem der gestörten Überlieferung hat, soweit ich sehe, zwei Aspekte, zum einen gerade in Deutschland das Abbrechen einer kontinuierlichen Überlieferung aufgrund der politischen Ereignisse, wobei nicht selten eine Fortsetzung irgendwo anders existiert, häufig auf einer völlig verschiedenartigen Ebene des Geschehens. Ein solches Abbrechen stellt für die Forschung vor allem dann ein Problem dar, wenn zu vermuten ist, daß die historischen Sachverhalte weitergelaufen, aber nicht mehr dokumentarisch zu fassen sind. Das gilt vor allem für sozial-, kultur- und wirtschaftshistorische Vorgänge. Z. B. tauchen solche Probleme bei Arbeiten auf, die von der Geschichte der Frau im Dritten Reich und der Nachkriegskeit handeln. Die Geschichte der Frau zwischen 1938—1950 ist nicht sehr unterschiedlich, obgleich das Katastrophenjahr 1945 dazwischen lag, aber die Kontinuität kann kaum dargelegt werden, da erhebliche Brüche in der Überlieferung bestehen.

Nicht selten sind Bestände unterschiedlicher Provenienz auch vermischt, ein Tatbestand, den man bei den Überlieferungen aus der Zeit des Nationalsozialismus besonders häufig antrifft. Es gibt hier einige besonders traurige Beispiele heute noch im *Document Center* in Berlin. Die Provenienzen derartiger Bestände sind oft kaum mehr zu rekonstruieren und eine Blatt-für-Blattverzeichnung lohnt sich nicht, da in der Regel die Inhalte einzelner Blätter verhältnismäßig dürftig sind. Daher müßte eine derartige Überlieferung durch eine Art Indikatorensystem aufgenommen werden, das jeweils ausweist, welche wissenschaftstheoretische und objektbezogene Richtung im Bestand von Interesse ist.

Die Unvollständigkeit der Überlieferung resultiert meist nicht nur daraus, daß die Regeln der Schriftlichkeit sich verändern, sondern vielmehr darüber hinaus, daß in der modernen Gesellschaft die Entscheidungsmechanismen diffus geworden sind. Sie liegen vorwiegend nicht mehr allein beim Staat oder den Kirchen, sondern sie sind auf zahlreiche Einzelzentren von kompliziert zusammengesetzten Personengruppen verteilt, die formalrechtlich zwar relativ begrenzte Funktionsbeschreibungen haben, in Wirklichkeit jedoch über ihre festgelegten Funktionen andauernd hinausgreifen. Ein Chemieunternehmen z. B. produziert nicht allein nur Medikamente oder chemische Erzeugnisse, sondern es ist in zahlreichen Verbänden aktiv, finanziert Parteien und betreibt so Politik, es unterhält eine Art Volkshochschule, einen quasi polizeilichen Werkschutz und soziale Einrichtungen, es betreibt Kommunalpolitik und ggf. Außenwirtschaftspolitik, und es schlägt sich mit den Gewerkschaften herum. Oder politische Entscheidungen fallen zwischen den Parteien und Verbänden und werden häufig im Staat nur noch vollzogen und verwaltet. Die Akten z. B. der Staatsbehörden enthalten daher oft wenig über solche Vorgänge, schon gar nicht, wenn sie außerhalb vom Staat in Großorganisationen der Gesellschaft abgehandelt und entschieden worden sind. Die Parteien, Verbände etc. wissen andererseits nur Fragmentarisches über Vorgänge innerhalb der Staatsbürokratien, mit denen sie umgehen. So besteht eine Interdependenz im Realen, die sich in den Quellen häufig nicht wiederfinden läßt. Weicht man nun von einer Geschichtsschreibung ab, die sich nur mit den Einzelindividuen und Einzelorganisationen, etwa des Staates, beschäftigt und wendet sich z. B. einer strukturalen Betrachtungsweise zu, stößt man fortwährend auf Zusammenhanglosigkeiten und Unvollständigkeiten in der Überlieferung, die einer systematischen Forschung in erheblichem Maße im Wege stehen. Daraus resultiert die Forderung nach aktiver Dokumentation durch die Archive jedweden Typs.

Ich fasse nun zusammen. Die spezifische Problematik der gegenwärtig gehandhabten Regeln der Schriftlichkeit, die politisch bedingte Entstehung des Schriftgutes und ferner die Methoden der Erschließung, vor allem die Wahl einer formalen Grundeinheit der Akten, nämlich der Aktenband oder das Akteneinzelblatt, die eher den Verwaltungsmethoden relativ kleiner, homogener, zentral geführter Behörden des 18. Jahrhunderts angemessen ist als der Dokumentenproduktion heutiger Großinstitutionen, schaffen zwar Zugänge für die historische Forschung, die sich primär auf eine bestehende Institution beschränkt, und fördern auch eine sektorale, den jeweiligen Beständen folgende Betrachtungsweise, diese kommt aber nicht den synthetischen Ansätzen der Historie entgegen, etwa der Fragestellung, unter welchen verschiedenen Formen sozialen Drucks das nationalsozialistische Regime nach 1933 stand, wie sie uns in unserer Sektion Widerstand auf dem gegenwärtigen Historikertag beschäftigt. Daher scheint mir folgendes sinnvoll:

Die Verzeichnungen sollten deutlicher als bisher unterscheiden zwischen Beständen, die nach den Regeln der klassischen Hermeneutik und denen, die nach den Methoden der auf die Historie angepaßten empirischen Sozialforschung auswertbar sind. Sie sollten die Zusammensetzung von Großbeständen entsprechend den Objektbereichen der Forschung offenlegen, wobei allein die Differenzierung zwischen Generalia und Spezialia nicht mehr ausreicht.

Man könnte also wahrscheinlich durch eine mehrstufige Verzeichnung folgender Art einen Rationalisierungseffekt erreichen:

1. Die herkömmliche, wenn möglich ins einzelne gehende, analytische Verzeichnung bleibt bei den Akten bestehen, die wichtige Einzelereignisse enthalten, z. B. bei Protokollen des Parlamentarischen Rates oder von Kabinetten, bei Korrespondenzen oder bei politischen Memoranden.
2. Massenakten bedürfen a) nur einer kursorischen Titelaufnahme, und b) benötigen sie ein Indikatorensystem, das die Formen möglicher Auswertung und die Verzahnung von Beständen ausweist.
3. Bei Gemengelage müßte entsprechend kombinatorisch verfahren werden.

Wiederherstellung und Ergänzung zerstörter Überlieferungen

Kurzfassungen von Referaten der Gemeinsamen Arbeitssitzung auf dem 52. Deutschen Archivtag

Bearbeitet von Ottfried Dascher

Vorbemerkung: Die Gemeinsame Arbeitssitzung fand am 3. Oktober 1978 unter Vorsitz von Staatsarchivdirektor Dr. Gregor Richter (Sigmaringen) statt. Sie begann mit dem Referat von Walter Jaroschka, „Die Wiederherstellung historischer Provenienzen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv", das unten Sp. 41ff. im Wortlauf veröffentlicht ist. Die darauf folgenden Referate sind hier in Kurzfassung wiedergegeben. (Anm. d. Schriftl.)

Rudolf Schatz:

Die Archive der Reichserzkanzler, Kurfürsten und Erzbischöfe von Mainz

1. Die Archivalienbestände und ihr Schicksal

Wenn es heute gelänge, das Kurmainzer Archiv wieder zusammenzuführen, würden seine Bestände drei große Abteilungen bilden:

Das Erzkanzler- oder Reichsarchiv, das Landesarchiv mit den Akten aus Regierung und Verwaltung sowie das Vikariatsarchiv aus den Akten der Verwaltung von Bistum und Kirchenprovinz. Das Erzkanzlerarchiv, etwa 15600 Archivalieneinheiten, wurde 1818 durch Österreich von Aschaffenburg aus nach Frankfurt und 1851/52 in das Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv verlagert. Die beiden anderen Archive, das Landes- und das Vikariatsarchiv, wurden nach neunjähriger Irrfahrt während der Revolutionskriege und nach Auflösung des Kurstaates unter die kurmainzischen Besitz- und Rechtsnachfolger aufgeteilt. Teile davon gelangten in die Staatsarchive Berlin-Dahlem (jetzt Merseburg), Karlsruhe, Koblenz, Ludwigsburg, Magdeburg, Marburg, an das Stadtarchiv Mainz und einige kleinere Archive. Die Masse dagegen blieb in Aschaffenburg und wurde nach 1819 in das Bayerische Staatsarchiv Würzburg überführt.

Obwohl sich für die Aufteilung theoretisch saubere Lösungen anboten, hat die Aufteilungspraxis zu nachgerade chaotischen Verhältnissen geführt. Keines der genannten Archive hat auch nur annähernd diejenigen Archivalien erhalten, auf die es Anspruch zu haben glaubte. Sowohl bei den Specialia wie bei den Generalia erfolgten die Zuweisungen ohne durchgängige Beachtung des Territorialprinzips. Selbst das Wiener Erzkanzlerarchiv enthält als Fremdkörper rd. 600 Vikariatsakten und einige hundert zum kurmainzischen Landesarchiv zu rechnende Archivalieneinheiten, wie umgekehrt sich in anderen Archiven zahlreiche Splitter des Erzkanzlerarchivs nachweisen lassen. Die Quellenlage ist so unübersichtlich, daß sich die Forschung im Regelfall mit wenigstens zehn Archiven in Verbindung setzen muß, um ein nur halbwegs zutreffendes Bild zu gewinnen.

2. Die Inventarisierung

Eine körperliche Wiedervereinigung der zersplitterten Bestände ist aus einleuchtenden Gründen nicht möglich, weder in natura noch in Form von Ablichtungen, eine Zusammenführung daher nur „auf dem Papier" erreichbar, d. h. in Form eines Inventars, das das Archivgut so verzeichnet, als ob es an einer Stelle in übersichtlicher Ordnung verwahrt würde. Dieses Arbeitsvorhaben beschränkt sich auf die Akten der Zentralbehörden und verzichtet auf den Nachweis der Urkunden sowie der Akten nachgeordneter Stellen, die sich in aller Regel in den zuständigen Archiven befinden.

Von den insgesamt etwa 40000 in Betracht kommenden Archivalieneinheiten wurden innerhalb von acht Monaten etwa 29000 auf Verzeichnungszetteln erfaßt. Dabei verursachte den bisher größten Aufwand die Ermittlung der Kurmainzer Akten in Pertinenz- oder Mischbeständen, vornehmlich in Darmstadt und Würzburg. Da sich die Akten der verschiedenen Provenienzen äußerlich kaum voneinander unterscheiden, müssen sie nach inneren Merkmalen identifiziert werden. Nach Abschluß der Erfassungsmaßnahme soll die Ordnung nach der Tektonik in drei Gruppen bzw. in weiterer stufenweiser Aufgliederung nach Funktionskreisen und kleineren Aufgabengebieten erfolgen. Eine Hilfe dürfte dabei der letzte Ordnungsplan des Mainzer Archivs bieten.

Keine Verzeichnungsunterlagen ließen sich für die in Merseburg und Magdeburg verwahrten Kurmainzer Bestände beschaffen. Der Ministerrat der DDR — Staatliche Archivverwaltung — hat die Überlassung der erbetenen Mikrofilme von den einschlägigen Findbüchern „wegen Fehlens eines entsprechenden Kulturabkommens" abgelehnt. Indes erscheint eine Rekonstruktion anhand vorliegender Hilfsmittel möglich.

Aus Zeit- und Kostengründen wird die jeweilige Feststellung der Behördenprovenienzen nicht möglich sein. Indes verspricht der Versuch, innerhalb der Gesamtprovenienz „Kurmainzer Zentralverwaltung" sog. „Archivkörper" zu rekonstruieren, Erfolg. Dadurch werden gewisse Provenienzen, so die Akten des Lehnshofs im Funktionskreis „Lehenwesen", die des Hof- und Revisionsgerichts unter „Justiz", die Restakten der Hofkammer unter „Finanzverwaltung", fast zwangsläufig wieder zusammengeführt.

Peter Dohms (Nordrhein-Westfalen) und Hermann Rumschöttel (Bayern):

Rekonstruktion von Schriftgut der NSDAP und ihrer Gliederungen aus Empfängerüberlieferung

a) Nordrhein-Westfalen[1]

Die Überlieferung der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände ist in Nordrhein-Westfalen weitgehend vernichtet. Nur Archivgutsplitter haben sich, wie eine Umfrage des Jahres 1976 zeigte, in etwa einem halben Dutzend Stadtarchiven sowie im Universitätsarchiv Bonn erhalten. Unter den Zentralarchiven außerhalb Nordrhein-Westfalens sind nurmehr Unterlagen im *Document Center* in Berlin zu erwarten.

Was den rheinischen Landesteil angeht, so liegt der größte Teil der erhaltenen Akten von NS-Organisationen heute im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Es handelt sich dabei vornehmlich um Archivalien,

[1] Wegen Erkrankung des Redners wurde der Text des Dohms'schen Referats von Staatsarchivrat z. A. Dr. Wolf-Rüdiger Schleidgen vorgetragen.

die in den sechziger und siebziger Jahren über das Bundesarchiv aus amerikanischem Gewahrsam zurückgeführt worden sind. Als Provenienzen zu nennen sind vor allem die Gauleitungen Köln-Aachen, Düsseldorf und Essen, einige Kreisleitungen und Ortsgruppen sowie wenige NS-Jugendorganisationen. Die einzige größere geschlossene Aktengruppe stellt der Bestand des Gaugerichtes Essen dar, der etwa 600 Parteimitglieder betreffende Verfahrensakten umfaßt. Zur Abrundung ist noch auf den Bestand der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf zu verweisen, der etwa 72000 Personenakten enthält und zu etwa 90 % nach einer Sach- und Ortssystematik erschlossen ist.

Diese trümmerhafte Überlieferung veranlaßte die Nordrhein-Westfälische Archivverwaltung in den Jahren 1975/76 zu einem Projekt, das die nationalsozialistische Empfängerüberlieferung in staatlichen Akten erfassen und so den Versuch unternehmen sollte, verlorene Aktenbestände wenigstens ersatzweise zu rekonstruieren. Die im August 1976 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bewilligten Mittel sahen die Einstellung eines wissenschaftlichen Angestellten vor mit der Aufgabe, das Schriftgut von NS-Organisationen auf mittlerer und unterer Ebene zu erfassen und bei der Überlieferung der Bezirksregierungen anzusetzen. Man entschied sich zunächst für den Bestand der Regierung Aachen, der ungewöhnlich dicht überliefert ist und vor allem geeignet schien, das Wechselverhältnis zwischen Staat und Partei in möglichst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zu dokumentieren. Die Auswertung sollte detailliert, d. h. nach Einzelschriftstücken, erfolgen und die Einzelvorgänge auf Karteikarten festhalten.

Nach Abschluß der Arbeiten an der Regierung Aachen (1½ Jahre) wurden auch die noch vorhandenen Überlieferungen der einschlägigen Unter- und anderen Behörden des Regierungsbezirks aufgearbeitet. Es handelte sich dabei um drei Landratsämter, zwei Arbeitsämter, einige Polizeibehörden, das Sondergericht Aachen u. a. Maßgebend für diese Ausweitung war die Absicht, das aufgrund der Regierungsakten für den Raum Aachen gewonnene Bild weiter zu verdichten. Inzwischen ist die Bearbeitung weiter vorangeschritten und hat den kleineren Teil der Regierung Düsseldorf erfaßt.

Nach Ablauf von 1¾ Jahren (Stand August 1978) stellt sich das Projekt wie folgt dar: Für die Zeit von 1933 bis 1945 wurden knapp 6000 Aktenbände durchgesehen. Ein knappes Drittel enthielt einschlägige NS-Vorgänge, wofür insgesamt 12500 sog. IN-Karten angelegt wurden. Unter den Korrespondenzpartnern tritt am häufigsten der Reichsführer SS und der Höhere SS- und Polizeiführer West auf, wobei es sich hier weniger um Korrespondenzen als vielmehr um — vielfach sonst nicht veröffentlichte — Rundverfügungen und Anordnungen handelt. Im übrigen sind fast alle — meist lokalen — Dienststellen der NSDAP, ihrer Gliederungen und der ihr angeschlossenen Verbände vertreten. Der zuständige Gauleiter Köln-Aachen und die örtlichen Kreisleitungen begegnen naturgemäß am meisten.

In sachlicher Hinsicht nimmt allein der Bereich der Polizei etwa ein Drittel der erfaßten Daten ein. Die Grenzlage des Regierungsbezirks Aachen sowie die Eingliederung der Kreise Eupen und Malmedy machen den mit 20 % relativ hohen Anteil der Staatsangehörigkeitssachen verständlich. Mit einem Gesamtanteil von jeweils 3—5 % sind als weiteres Wehrmachtsangelegenheiten, Wirtschaft, Paßwesen und Feuerschutz zu nennen. Vor allem inhaltlich aufschlußreich ist neben dem Material zur Presse- und Propagandatätigkeit der Bereich der Parteiangelegenheiten, in dem sich wichtige Hinweise auf das Verhältnis von Partei und Staat, auf innerparteiliche Zustände und auf die SA finden.

b) Bayern

Wie im Rahmen des sachthematischen Inventarisierungsvorhabens „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933 bis 1945" festgestellt werden mußte, ist der überwiegende Teil des Schriftguts der bayerischen Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleitungen der NSDAP und der der Partei angeschlossenen Gliederungen und Verbände am Ende des Zweiten Weltkrieges verlorengegangen oder vernichtet worden. Teilbestände haben sich in kleinen NSDAP-Mischbeständen der Staatsarchive, in einigen nichtstaatlichen Archiven, so im Stadtarchiv Aschaffenburg, und dem bereits erwähnten *Document Center* erhalten.

In enger Zusammenarbeit zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen setzte auch die bayerische Archivverwaltung nach Genehmigung durch die DFG zum 1. Oktober 1976 einen wissenschaftlichen Angestellten auf das Projekt an, der vereinbarungsgemäß die erhaltenen Akten der Landratsämter des Regierungsbezirks Unterfranken bearbeitete. Die Entscheidung fiel auf diesen Regierungsbezirk, weil die einschlägige Quellenlage für die Zeitgeschichte dort bislang als besonders schlecht galt.

In 18 Monaten erfaßte der Bearbeiter das Schriftgut von 21 Landratsämtern aus der Zeit von 1933 bis 1945, und zwar sowohl das bereits im Staatsarchiv Würzburg als auch das noch in den Registraturen der Ämter verwahrte Aktengut. Insgesamt mußten etwa 17000 Akteneinheiten überprüft werden. Schriftwechsel mit den NS-Stellen wurde in 2300 Akten (13,5 %) gefunden, Inhalt und NS-Korrespondenzpartner auf etwa 4900 Karteikarten festgehalten. Als Eigenleistung der bayerischen Archivverwaltung wurden die Repertorisierung der SD-Berichte der Hauptaußenstelle Würzburg, die herkömmliche Erschließung der 18000 Akten der Gestapostelle Würzburg und die Ordnung und Verzeichnung der unterfränkischen NS-Mischbestände, die hauptsächlich aus parteiinternem Schriftwechsel bestehen, in das Projekt eingebracht.

Seit April 1978 beschäftigt sich der Bearbeiter mit dem Schriftgut einer mittleren Verwaltungsbehörde in einem anders strukturierten Regierungsbezirk, den Akten der Regierung von Ober- und Mittelfranken. Die Durchsicht von bisher 1500 Aktenbänden erbrachte eine Erfolgsquote von etwa 10 %.

Im Unterschied zu Nordrhein-Westfalen werden in Bayern Vorgänge, nicht Einzelschriftstücke erfaßt. Als erreichbares Ziel wird nicht die Rekonstruktion von NS-Einzelakten, sondern die Sammlung von Hinweisen auf die Mitwirkung von NS-Dienststellen an Vorgängen und Sachkomplexen, bei denen auch die Staatsverwaltung beteiligt war, angesehen.

Beachtet man die Einschränkungen, die sich aus dem Schriftgut eines Regierungsbezirks und den Beziehungen zwischen Partei und unterer Verwaltungsbehörde ergeben, so lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt bereits folgende Erfahrungen festhalten:

Da Aktenzeichen auf Schriftstücken der lokalen NS-Dienststellen in der Regel fehlen, wird es nur in Ausnahmefällen möglich sein, provenienzreine NS-Bestände zu rekonstruieren. Von den Dienststellen der Partei und ihrer Gliederungen sind die Kreisleitungen und ihre Ämter in der Überlieferung der unteren Administrativbehörde besonders häufig dokumentiert. Die Bayerische Politische Polizei bzw. die Gestapo sind vornehmlich mit Runderlas-

sen vertreten. Diese werden mit dem Ziel kopiert, eine chronologische Erlaßsammlung der politischen Polizei in Bayern zu rekonstruieren. Für die Forschung ergeben sich aus der Sichtung des Archivgutes neue Fragestellungen zum Verhältnis von Partei und Staat auf der unteren Ebene, zur Stellung des Kreisleiters und der Funktion der SA-Sonderbeauftragten, zum NS-Organisationsgefüge und zu den Methoden nationalsozialistischer Kommunal-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Wie in Nordrhein-Westfalen liegt der Schwerpunkt des aussagekräftigen Materials bei den personenbezogenen Vorgängen.

Klaus Oldenhage:

Die Akten des Office of Military Government for Germany US (OMGUS) — Ersatz-, Ergänzungs- oder Doppelüberlieferung?

Krieg und Kriegsfolgen, damit verbunden unersetzliche Verluste an deutschem Kulturgut vom Mittelalter bis über das Jahr 1945 hinaus, haben den Archivaren in der Bundesrepublik Deutschland den Blick für den Nutzen von Ersatz- und Ergänzungsüberlieferungen einerseits, für die Probleme wirklicher oder vermeintlicher Überlieferungen andererseits seit längerem geschärft. Im Bundesarchiv wurde bereits die Gründergeneration mit dieser Problematik konfrontiert. Hier erkannte man schon bei der Sicherung und Aufbereitung von Archivgut aus der unmittelbaren Vergangenheit, von Überlieferungen deutscher Zentralgewalten zonaler, bi- oder trizonaler Provenienz aus den Jahren 1945 bis 1949/50, daß die amtlichen deutschen Akten Dokumentationslücken aufwiesen, die sich auf die Dauer nur über eine Heranziehung der Akten der Besatzungsmächte schließen lassen würden.

Aus naheliegenden Gründen konzentrierten sich die deutschen Bemühungen seit den fünfziger Jahren auf Großbritannien und die Vereinigten Staaten. W. Mommsen warb mit Erfolg während seiner Amtszeit als Präsident des Bundesarchivs (1967—1972) bei den *National Archives* der USA um Verständnis für die deutschen Wünsche insbesondere gegenüber den Akten des *Office of Military Government for Germany US (OMGUS)*. Er war es auch, der bereits 1970 im engen Einvernehmen mit den Archivverwaltungen von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen und Hessen und weiteren Ländern eine grundsätzliche, schriftlich fixierte Aussage des Bundesministers des Innern herbeiführte, daß einer Erschließung und Verfilmung der OMGUS-Akten eine besondere kulturpolitische Bedeutung zukomme.

Anfang 1975 gelang es dem Institut für Zeitgeschichte in München, in Verhandlungen mit den *National Archives* einzutreten und sich finanzielle Mittel der Stiftung Volkswagenwerk zu sichern. Eine Koordinierung der deutschen Aktivitäten erschien überfällig, doch gelang es erst im Frühjahr 1977, ein Agreement über ein *German-American Joint Program to Describe and Reproduce OMGUS Records* zu unterzeichnen. Verantwortlich für die Verzögerung waren indes nicht politische, kaum fachlich-methodische Gründe, sondern nahezu ausschließlich finanzielle und technische Schwierigkeiten. Es galt, angesichts des Gesamtbestandes von 3300 lfd. Metern und der unsicheren Schätzungen über den archivwürdigen Anteil des Schriftguts preisgünstigere Reproduktionsverfahren zu entwickeln und sich über das Volumen zu verständigen. Dies gelang im wesentlichen während des Internationalen Kongresses in Washington 1976, als man sich auf Microfiches auf 16-mm-Silberfilmbasis und einen Preis von 3 Cent pro Aufnahme bei einem erwarteten Verfilmungsvolumen von 8—9 Millionen Aufnahmen einigte.

Die wesentlichen Verlautbarungen des Agreements am 18. Februar/7. März 1977, das zunächst für 4—5 Jahre abgeschlossen ist, sind wie folgt zusammenzufassen:

1. Bewertet, verzeichnet und verfilmt wird auf der Basis ganzer Archivalieneinheiten *(folder)*, durchgesehen werden zusammenhängende Komplexe, d. h. ganze Kisten *(boxes)*, nicht ausgewählte Teile.
2. Die Verzeichnung erfolgt auf einheitlichen Erhebungsbögen *(data sheets)* in englischer Sprache.
3. Die Verzeichnungsbögen werden mitverfilmt und auf Kosten der *National Archives* zugunsten der deutschen Seite kopiert.
4. Das Institut für Zeitgeschichte bezahlt die Personalkosten — aus Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk — für zwei zum Zwecke des OMGUS-Projekts eingestellte amerikanische Archivare auf die Dauer von drei Jahren.
5. Das Bundesarchiv und die Archivverwaltungen Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen und Hessen tragen die Verfilmungskosten gemeinsam, wobei sich die einzelnen Finanzierungsanteile proportional zu dem Umfang der Archivalien auf der zentralen Ebene (OMGUS) einerseits und der Länderebene und darunter andererseits verhalten.

Nach etwa eineinhalbjähriger Arbeit kann nunmehr festgestellt werden, daß sich das Agreement voll bewährt hat. Inzwischen sind etwa 1 Mio Dollar in das Projekt investiert, neue Erkenntnisse zur deutschen Nachkriegsgeschichte auf gesamtstaatlicher, zonaler, Landes-, Bezirks- und lokaler Ebene möglich geworden. Ein Viertel der Aufnahmen liegt bereits in Deutschland vor, die reprographische Arbeit ist bereits angelaufen. Aus archivpolitischer Sicht darf man weiterhin anmerken, daß dieses amerikanisch-deutsche Projekt auch international Archivgeschichte gemacht hat. Die OMGUS-Akten stellen insgesamt eine hervorragende Ergänzungsüberlieferung zu den deutschen Archivalien dar und sind vornehmlich für die Jahre 1945 und 1946 sogar unbestreitbar zu einer Ersatzüberlieferung geworden. Der Erfolg der Maßnahme sollte die Archivare der Bundesrepublik ermutigen, auch künftig koordinierte Projekte anzustreben.

Die Wiederherstellung historischer Provenienzen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Referat des 52. Deutschen Archivtages (Gemeinsame Arbeitssitzung) *

Von Walter Jaroschka

Die Wiederherstellung von alten Archiven und Registraturen aus der Zeit vor dem historischen Einschnitt um 1800, die im 19. Jahrhundert unter Gesichtspunkten des Betreffs, also nach Pertinenz, miteinander vermischt worden sind, scheint sich zunächst als ein archivtheoretisches Spezialproblem darzustellen: die Auflösung archivischer Mischbestände zugunsten herkunftsgemäß gebildeter Fonds. Gegen dieses Verfahren gibt es die bekannten Vorbehalte: die berühmte Frage nach der Priorität und einen Katalog von Einwänden zur Begründung des Axioms: *Quieta non movere*, z. B. Zeitaufwand, Arbeitsintensität, Unbrauchbarwerden älterer Findbücher und Archivalienzitate, zeitweilige Erschwerung der Benutzung[1].

All dies hat sicher seine Berechtigung; doch wir fühlen uns nicht betroffen. Denn die Ausgangslage, aus der heraus die bayerische Archivverwaltung den Weg der Rekonstruktion historischer Fonds beschritten hat, ließ nach unserer Überzeugung keine andere Wahl zu, es sei denn Resignation. Ein Zitat aus einem Protokoll von 1923, als man sich in Bayern erstmals mit diesen Fragen beschäftigte[2], sagt genug: „Uns zwingt ein archivalisches Trümmerfeld zu einer Neuordnung, die nur auf der Grundlage des Provenienzprinzips eine durchgreifende Besserung erzielen kann."

Dieses „archivalische Trümmerfeld" war die Folge einer Kette von halbherzigen, inkonsequenten, widersprüchlichen und im ganzen eben verfehlten Maßnahmen der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg; sie führten zu einer derartigen Verworrenheit in den Strukturen des bayerischen Archivwesens, daß kaum die Eingeweihten, geschweige denn die Außenstehenden sie durchschauten. Noch einmal der Berichterstatter von 1923: Er erwarte sich von der Neuordnung der bayerischen Archive nach dem Provenienzprinzip eine „Antwort auf die Frage nach der ordnungsgemäßen Zugehörigkeit eines Archivales, die Ausschaltung der Willkür, die Zwangsläufigkeit der Archivalienzuteilung", schließlich „eine zuverlässige Archivalientopographie und damit die Voraussetzung für wirkliche Archivinventare (nicht bloße Archivalienverzeichnisse)". Der erste Anlauf blieb damals stecken. Aber die Perspektiven gelten auch heute noch für die „Wiederherstellung historischer Provenienzen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv". Bei dem zentralistischen Aufbau der bayerischen Archivverwaltung und der Verzahnung ihrer historischen Bestände muß die Ablösung der Pertinenzordnung durch die Provenienzordnung beim Hauptarchiv des Landes eine Umgestaltung des Gesamtgefüges nach sich ziehen. Ohne die Ordnungsarbeiten bei der bisherigen Abteilung I des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, dem ehemaligen Reichsarchiv als dem eigentlichen historischen Zentralarchiv, gäbe es keine gesamtbayerische Beständebereinigung, keine Neu- oder besser Erstregelung der historischen Zuständigkeiten im altbayerischen Archivbereich, keine Neugliederung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs selbst[3]. Die Erklärung liegt in den Besonderheiten der Entwicklung der bayerischen Archive im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts.

Das ältere bayerische Archivwesen[4] endete 1799 mit dem Tod des Kurfürsten Karl Theodor. Kurz darauf wurden die Münchener Zentralarchive, die seit 1921 den Kern des Bayerischen Hauptstaatsarchivs bilden, so organisiert, wie sie es bis zum Ende des Jahres 1977 waren[5]. Die Bestände des alten Urkundenarchivs (sog. Inneres Archiv) und des alten Aktenarchivs (sog. Äußeres Archiv) — benannt nach dem inneren und äußeren Archivgewölbe — sowie der Geheimen Staatsregistratur, eines Sonderarchivs des Departements der auswärtigen Angelegenheiten[6], wurden auf drei neue Archive aufgeteilt, die nach Materien, also nach Realpertinenz, abgegrenzt waren: das Geheime Hausarchiv, das Geheime Staatsarchiv und das Geheime Landesarchiv. Das Geheime Hausarchiv sollte für die das kurfürstliche Haus im weitesten Sinne betreffenden Archivalien (z. B. auch für die Landesteilungsurkunden) zuständig sein, das Geheime Staatsarchiv für die Archivalien über die Beziehungen zu den nicht-deutschen Souveränen sowie zum Gesamtverband des Deutschen Reiches und seinen Institutionen, das Geheime Landesarchiv für die Archivalien der inneren Landesverwaltung und über die Beziehungen zu den einzelnen deutschen Reichsständen.

Die Organisation von 1799 war von Anfang an stark umstritten. Als das Geheime Landesarchiv wegen der Zugänge aus Säkularisation und Mediatisierung 1812 zum Allgemeinen Reichsarchiv erklärt wurde — das Haus- und das Staatsarchiv blieben als rein wittelsbachische Archive unlogischerweise bestehen — stellte man neue Grundsätze der Archivalienverteilung auf, die noch größere Verwirrung stifteten. Ich nenne als Beispiel nur die besonders sinnlose Zerreißung der Serien des kurbayerischen Aktenarchivs über die Beziehungen zu den ehemaligen Reichsständen: Von den Akten über die an Bayern gefallenen Hochstifte kamen die Buchstaben A—E (Augsburg bis Eichstätt) in das Geheime Staatsarchiv — Bestand „Kasten schwarz" —, die folgenden verblieben als „Hochstiftsliteralien" im Reichsarchiv. Die Akten über die außerbayerischen Hochstifte wurden in der Mitte des Alphabets auseinandergerissen: Brixen, Hildesheim, Konstanz, Köln — Geheimes Staatsarchiv; Lüttich, Mainz, Münster, Trier — Reichsarchiv; dort blieben auch die Akten über die weltlichen Stände im Reich (geteilt nur Württemberg).

Die Urkunden des Inneren Archivs wurden schon ab 1799 restlos verteilt: Die Verträge mit Auswärtigen wanderten ins Geheime Staatsarchiv, wo sie den Grundstock

* Die Gemeinsame Arbeitssitzung, die am 3. Oktober 1978 in Hamburg stattfand, stand unter dem Thema „Wiederherstellung und Ergänzung zerstörter Überlieferungen". Zur Arbeitssitzung vgl. auch Sp. 35ff. (Anm. d. Schriftl.)

[1] Vgl. Johannes Papritz, Neuzeitliche Methoden der archivischen Ordnung. Schriftgut vor 1800, in: Archivum XIV, 1964, S. 27—32. — Ders., Archivwissenschaft. Bd. 3. Marburg 1976. S. 34—36.

[2] Direktorenkonferenz am 12./13. März 1923 in München unter Vorsitz von Generaldirektor Dr. Otto Riedner; Berichterstatter war Dr. Hans Pregler (Bayer. Hauptstaatsarchiv, Bestand: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 811).

[3] Vgl. *Der Archivar* Jg. 31, 1978, Sp. 99 sowie *Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns* Nr. 13/1977, S. 2f., Nr. 14/1977, S. 8, Nr. 15/1978, S. 1—3 und 6f.

[4] Vgl. Fritz Zimmermann, Die strukturellen Grundlagen der bayerischen Zentralarchive bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: Archivalische Zeitschrift Bd. 58, 1962, S. 44—94.

[5] Vgl. zum folgenden Adolf Brenneke und Wolfgang Leesch, Archivkunde. Leipzig 1953. S. 322ff. und Walter Jaroschka, Archive in Bayern, in: Bayerische Heimatkunde. Ein Wegweiser. Hrsg. von Hans Roth und Heinz W. Schlaich. München 1974. S. 45ff.

[6] Hierzu jetzt noch Richard Bauer, Die kurfürstliche Geheime Staatsregistratur zu München, in: Mitt. f. d. Archivpflege in Bayern Jg. 22, 1976, S. 14—20.

des „Kasten rot" bildeten, die sogenannten „Hausurkunden" kamen ins Hausarchiv; die Masse blieb im Geheimen Landesarchiv, wurde aber dort auf die nach Orts-, Sach- und Personenbetreff neu gebildeten Pertinenzbestände aufgeteilt. Das gleiche geschah mit den Urkunden des Pfalz-Neuburger Archivs und des Regierungsarchivs der Oberen Pfalz; sie wurden nach denselben Grundsätzen den drei Zentralarchiven zugewiesen und dort entsprechend eingeteilt. Auch die als besonders wertvoll ausgewählten Amtsbücher und Akten, die sogenannten Literalien, erfuhren die gleiche Behandlung. Schon während des ersten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts verlor sich die Spur der alten wittelsbachischen Archive in den Mischbeständen der neu errichteten Zentralarchive[7]. Ein prominenter Gewährsmann erwähnte mir gegenüber einmal, daß er bei seinem Eintritt in die bayerische Archivverwaltung Anfang der dreißiger Jahre gefragt habe: „Wo sind eigentlich die kurbayerischen Archive?" Es gab sie nicht mehr.

Im Geheimen Landesarchiv war die Vermischung der Archivalien aus den wittelsbachischen Archiven nach einem Plan erfolgt, den der Geheime Landesarchivar Samet[8] 1801 für sein Archiv entworfen hatte. Als ab 1803 die Archivalienmassen der aufgelösten geistlichen Institutionen Altbayerns in das Landesarchiv strömten — allein 70000 Klosterurkunden mußten durch raschen Zugriff fast über Nacht vor der Vernichtung bewahrt werden —, wurden auch sie in diese Tektonik, die doch auf das alte landesherrliche Archiv zugeschnitten war, eingegliedert, besser gesagt: in sie hineingepreßt.

So gab es eine Rubrik: „Ankunftstitel der Gerichte und Herrschaften", in welche die nach Ortsbetreff aufteilbaren Urkunden der wittelsbachischen Archive eingeordnet werden sollten. Bei diesen sogenannten „Gerichtsurkunden" teilte Samet jetzt auch die altbayerischen Hochstifts- und Klosterurkunden mit lokalem Bezug ein und beraubte dadurch so manches Klosterarchiv um mehr als die Hälfte seiner Substanz. Der Rest wurde zwar unter dem Namen des Klosters aufgestellt, aber als Pertinenzbestand begriffen: in ihn wurden nämlich wiederum das Kloster betreffende Urkunden aus den wittelsbachischen Archiven eingereiht.

„Das Pertinenzprinzip verlangt totale Durchführung, wenn es sinnvoll sein soll" (Papritz)[9]. Auch im Reichsarchiv ist man jedoch hinter diesem Postulat weit zurückgeblieben: Die Aufteilung der Urkunden aus den reichs- und landständischen Archiven Altbayerns ist im Einzelfall mit ganz unterschiedlicher Intensität vorgenommen worden. Es gibt Fonds altbayerischer Klöster, die gar nicht oder nur zum geringen Teil auf die Gerichtsurkunden aufgeteilt wurden, andere bis zu 70 oder 80 Prozent. Urkunden eines Klosterarchivs über ein und dasselbe Objekt wurden teils bei den Gerichtsurkunden eingereiht, teils beim Klosterbestand belassen. Auch kam es auf den Zeitpunkt der Übernahme ins Reichsarchiv an: Die Urkundenfonds der schwäbischen Archive, die erst später nach München kamen, blieben im wesentlichen beisammen[10]; aus Franken wurden — mit Ausnahme von Eichstätt — nur die Urkunden bis zum Jahre 1400 zentralisiert[11], die man immerhin in ihren Abgabegemeinschaften beließ[12].

Als dritter provenienzzerstörender Eingriff in die Integrität der Fonds kam zu der Aufteilung der wittelsbachischen Archive auf die neuen Zentralarchive und der Vermischung ihrer Bestände mit denen der säkularisierten oder mediatisierten Institutionen hinzu die Auslese zum Reichsarchiv, die nach „archivalischem" und „nicht-archivalischem" Schriftgut unterschied. Das Allgemeine Reichsarchiv war ursprünglich als Universalarchiv für das ganze Königreich konzipiert; neben ihm sollten in Zukunft eigentlich keine weiteren Archive mehr bestehen. Eine solche Zentralisierung war natürlich nur bei strengster Auslese möglich. Darum sollte das Reichsarchiv nur die Urkunden und eine Auswahl von Amtsbüchern und Akten übernehmen, die zur Erläuterung der Urkunden nötig oder ihnen an Wichtigkeit gleichzustellen wären. Die Masse des Aktengutes sowie der jüngeren Amtsbuchserien, von den zentralbehördlichen Protokollen über die Verbriefungsprotokolle bis zu den Rechnungen, galt als „nicht-archivalisch" und wurde in sogenannten Archivkonservatorien und Depotregistraturen zusammengezogen, von denen einige als Staatsarchive überdauerten. Ursprünglich erstreckte sich diese Konzeption übrigens auch auf Franken; ihre Verwirklichung kam dort jedoch über die Einbeziehung der Urkunden vor 1401 nicht wesentlich hinaus.

Besonders augenfällig ist die typologische Abgrenzung der Archive in Altbayern. Hier wurde das Archivkonservatorium in München, der Vorläufer des heutigen Staatsarchivs München, zum zentralen Aktenarchiv, dem im Archivkonservatorium Landshut ein zentrales Rechnungsarchiv entsprach[13]. Sie verwahrten nicht nur die Akten- und Rechnungsbestände der kurbayerischen Zentralstellen, sondern z. B. auch die der altbayerischen Hochstifte und Klöster, deren Urkunden und besonders wertvolle Amtsbücher im Reichsarchiv lagen. Als überregionales Aktenarchiv — wenn man so will: als Aktendepot des Reichsarchivs — hat das für Oberbayern zuständige Regionalarchiv noch bis 1929/32 die Ministerialakten des Königreichs Bayern übernommen[14] und wurde deshalb dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv bei dessen Errichtung im Jahre 1921 als Abteilung eingegliedert. Das Reichsarchiv, die spätere Abteilung I des Hauptstaatsarchivs, war *cum grano salis* ein Archiv ohne Akten, wie andererseits die altbayerischen und schwäbischen Staatsarchive Archive ohne genuine Urkundenbestände sind.

Man muß das wissen, um zu verstehen, warum im Bayerischen Hauptstaatsarchiv das Provenienzprinzip zuerst auf die Urkunden angewendet worden ist. Allgemein wird ja der provenienzmäßigen Wiederherstellung von Aktenregistraturen der Vorrang eingeräumt. Der Provenienzbegriff ist bei den Urkunden vieldeutig und seine methodische Handhabung daher nicht unumstritten; die Urkunde hat aus sich selbst eine Aussagekraft, die dem aus dem Zusammenhang gerissenen Akt oder Aktenstück fehlt; die Provenienz ist für das Verständnis des Aktes unverzichtbarer als für das der Urkunde. Aber für die Abteilung I des Haupt-

[7] Versuche einer ersten Analyse dieser Mischbestände durch Walter Jaroschka im Minerva-Handbuch „Archive". Archive im deutschsprachigen Raum. 2. Aufl. Berlin-New York 1975. S. 665ff. (Artikel „Bayerisches Hauptstaatsarchiv") und in seiner unter Anm. 5 genannten Arbeit.

[8] Über ihn und seine das bayerische Archivwesen anderthalb Jahrhunderte prägenden Ordnungsprinzipien vgl. auch für das Folgende Walter Jaroschka, Reichsarchivar Franz Joseph von Samet (1758—1828), in: Archive. Geschichte — Bestände — Technik. Festgabe für Bernhard Zittel. München 1972. S. 1—27. (Mitt. f. d. Archivpflege in Bayern. Sonderheft 8.)

[9] Archivum XIV, 1964, S. 26.

[10] Zur Behandlung des schwäbischen Archivbereichs vgl. Walter Jaroschka, Die Stellung Schwabens innerhalb der Organisation und im Beständeaufbau der staatlichen Archive Bayerns, in: Mitt. f. d. Archivpflege in Bayern Jg. 19, 1973, S. 21—34.

[11] Zur Behandlung des fränkischen Archivbereichs vgl. Walter Jaroschka, Beständebereinigung mit Franken, in: Mitt. f. d. Archivpflege in Bayern Jg. 20, 1974, S. 2—21; Kurzfassung in: Der Archivar Jg. 28, 1975, Sp. 333f.

[12] Als „Bamberger Urkunden", „Würzburger Urkunden", „Nürnberger Abgabe".

[13] Vgl. Walter Jaroschka, Das Rechnungsarchiv im Staatsarchiv Landshut, in: Mitt. f. d. Archivpflege in Bayern Jg. 13, 1967, S. 3—8.

[14] Vgl. Max Piendl, Die Ministerialakten im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, in: Mitt. f. d. Archivpflege in Bayern Jg. 1, 1955, S. 36f.

staatsarchivs waren eben nur die Urkunden disponibel: In die wittelsbachischen Aktenarchive mußte man sich mit den beiden anderen alten Zentralarchiven, dem Staats- und dem Hausarchiv, teilen, die nun als weitgehend selbständige Abteilungen ihren Platz im Hauptstaatsarchiv behaupteten; die Registraturen der kurbayerischen Zentralbehörden lagen in der Hauptsache im Staatsarchiv (damals Kreisarchiv) München, das eher nominell eine Abteilung des Hauptstaatsarchivs war; die Bestände der altbayerischen und schwäbischen Hochstifte, Klöster, Reichsstädte usw. hatten — mit Ausnahme der Urkunden — ihren Schwerpunkt in den regional zuständigen Staatsarchiven. Bei jeder anderen Beständegruppe hätte also die Wiederherstellung der Fonds zunächst eine Bereinigung mit anderen Archiven einschließen müssen; dafür fehlten damals alle Voraussetzungen.

Es gab aber noch andere Gründe, bei den Urkunden anzusetzen: ihre schlechte Lagerung und ihre teilweise äußerst mangelhafte Erschließung. Sie lagen, nur notdürftig gebündelt, bis zu 15 und 20 Stück unter Tekturen, die noch nie erneuert worden waren. Insbesondere um die Siegel zu schützen, sollten sie nunmehr in Einzeltaschen umgelegt werden. Hierfür bedurfte es einer Individualisierung, der eine gewisse Bearbeitung vorausgehen mußte; denn etwa die Hälfte der Urkundenbestände war nur in summarischen Faszikelübersichten aus Samets Zeiten erfaßt. Man stieg also bei einem noch unregestierten, nach Sachpertinenz gebildeten Mischbestand[15] ein, der sich fast ausschließlich aus Urkunden dreier wittelsbachischer Archive zusammensetzte: des kurbayerischen Inneren Archivs, des pfalzneuburgischen Archivs und des Regierungsarchivs der Oberen Pfalz. Der springende Punkt war, daß über diese Archive Repertorien aus der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts vorlagen, in denen alle Urkunden einzeln verzeichnet waren. Durch die Adaptierung dieser Altrepertorien war mit einem Schlag ein Bestand von etwa 15000 Urkunden größtenteils erschlossen. Das Repertorium über das kurbayerische Innere Archiv[16] bot außerdem den Vorteil, daß es eine ursprüngliche Numerierung aufweist, die auch auf den Urkunden wiederkehrt. Diese Nummer konnte sofort als endgültige Signatur vergeben werden. Die Repertorien des Pfalz-Neuburger[17] und des Oberpfälzer Archivs[18] numerierte man neu durch und hatte damit ebenfalls für jede aufgefundene Urkunde eine Nummer festgelegt. Diese Methode der vollen Adaptierung eines alten Repertoriums unter Wahrung des ursprünglichen Bestandsaufbaus ist nur bei einigen wenigen großen Fonds angewendet worden; sie verspricht allein dann Erfolg, wenn das vorhandene Repertorium einen Fonds annähernd vollständig verzeichnet. Man ist daher später dazu übergegangen, die Urkunden eines solchen Fonds, unabhängig von seinem früheren Aufbau, in chronologischer Reihenfolge durchzunumerieren und diese Nummern in ein etwa vorhandenes Altrepertorium zu übertragen.

Vorher mußte man sich aber erst zur gänzlichen Wiederherstellung der historischen Fonds durchringen. Zunächst gab es nämlich große Widerstände, bereits regestierte Mischbestände aufzulösen und ihre Urkunden genauso zu behandeln, wie man es mit den unverzeichneten tat. Noch in den fünfziger Jahren galten die nach Ortspertinenz gebildeten „Gerichtsurkunden", mehr als 100000 an der Zahl, die um 1900 ausführlich verzeichnet worden waren, als tabu. Die in ihnen zusammengefaßten Urkunden der wittelsbachischen Archive, der Hochstifte, Klöster und Reichsstädte fielen daher für die Fondsbildung aus. Wäre es dabei geblieben, stünden heute Mischbestände und Torsi von Fonds beziehungslos nebeneinander. Den eigentlichen Durchbruch bedeutete daher die Auflösung der „Gerichtsurkunden". Sie wurde forciert durch den Druck, unter den uns der näherrückende Umzug setzte.

Wir hatten den Grundsatz aufgestellt: Strukturelle Veränderungen an den Beständen sind noch vor dem Umzug durchzuführen, soweit sie im neuen Magazin ohne tiefere Eingriffe in die Belegung nicht mehr möglich sein würden. Dies traf in ganz besonderem Maße auf die Urkunden zu, die im Fall einer erst nachträglichen Ergänzung der Fonds aus den Mischbeständen über ihre gesamte Stellfläche von fünf Kilometern hätten in Bewegung gesetzt werden müssen. Die Neuordnung der Urkundenbestände, bei der Einzellegung, Provenienzbestimmung und Fondsbildung Hand in Hand gingen, wurde damit zum vorrangigen Ziel der Umzugsvorbereitung. Als Nebenfrucht: der Ausbau einer nach Daten, Ausstellern und Sieglern angelegten Urkundenkartei, vorerst bis zum Jahr 1400; bis dahin haben wir die endgültige Numerierung festgelegt. Danach sind die jetzt einzelgelegten Urkunden innerhalb ihrer Fonds nur nach dem Datum individualisiert, um ihre Vereinigung mit den aus den Mischbeständen herausgelösten Urkunden gleicher Provenienz offenzuhalten. Dies führte zu einer wesentlichen Beschleunigung des Verfahrens: Denn solange man eine Numerierung für unabdingbar hielt, mußte — außer in den Fällen, wo sie bereits vorgegeben war — Fonds um Fonds in sich abgeschlossen werden, d. h. die Mischbestände waren auf einzelne Provenienzen hin immer wieder durchzusehen. Jetzt wurden alle ihrer Provenienz nach erkennbaren Urkunden in einem Durchgang erfaßt und gleichzeitig lagerungstechnisch für den Umzug vorbereitet. So konnten wir innerhalb der letzten zehn Jahre annähernd 160000 Urkunden, knapp die Hälfte des Urkundenbestandes des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, bearbeiten und damit die provenienzgerechte Einzellegung der Urkunden im wesentlichen zum Abschluß bringen. Zur Zeit werden noch die ehemals im Geheimen Staatsarchiv innerhalb der altbayerischen Gruppe des „Kasten rot", zuletzt unter der Bestandsbezeichnung „Bayern Urkunden" vermischt aufbewahrten Stücke aus dem kurbayerischen Inneren Archiv, dem Pfalz-Neuburger Archiv und dem Regierungsarchiv der Oberen Pfalz in die einschlägigen Fonds „Kurbayern Urkunden", „Pfalz-Neuburg Urkunden" und „Oberpfalz Urkunden" eingereiht.

Maßgebend für die Bestandsbildung ist in der Regel der Inhalt eines Archivs zum Zeitpunkt seines Anfalls an den Kurstaat bzw. das Königreich Bayern. Dabei werden die in einem solchen Archiv geschlossen überlieferten Vorarchive als Unterfonds berücksichtigt: z. B. die an das Jesuitenkolleg Ingolstadt gefallenen Klöster Biburg und Münchsmünster innerhalb des Fonds „Jesuiten Ingolstadt". (Vergleichbare Beispiele: Chorstift München-Schlierseellmmünster; Chorstift Landshut-Moosburg; Jesuiten München-Ebersberg.) Es gibt auch Sonderfälle: So wird aus historischen und archivtektonischen Gründen erwogen, das Archiv des mittelalterlichen Teilherzogtums Bayern-Landshut aus dem Pfalz-Neuburger Archiv herauszulösen, ob-

[15] Fälschlich *pars pro toto* als „Haus- und Familiensachen" bezeichnet.

[16] 13 Bände mit 2 Indices, angelegt von Johann Nepomuk Felix v. Zech zwischen 1766 und 1778 (Original im 2. Weltkrieg verbrannt, Abschrift Anf. 19. Jahrhundert).

[17] 21 Bände, angelegt von Georg Gottfried Roth in Neuburg zwischen 1792 und 1798.

[18] 2 Bände mit 1 Index, angelegt von Michael Münchmeyer in Amberg 1670 (weitergeführtes Original im Staatsarchiv Amberg, Abschrift von 1769 im Bayer. Hauptstaatsarchiv). Das Amberger Urkundenarchiv erfuhr nach der Anlage dieses Repertoriums nur mehr unwesentliche Zugänge.

wohl es in dieses seit dem 16. Jahrhundert völlig integriert ist[19].

Als Hilfsmittel für die Provenienzbestimmung und Bestandsbildung dienen, soweit vorhanden, alte Repertorien, über deren Adaptierung je nach Abfassungszeit und Vollständigkeit im Einzelfall entschieden werden muß. Ihnen entsprechen die Archivvermerke auf den Urkunden selbst, die auf die Provenienz hinweisen. In Zweifelsfällen entscheiden inhaltliche Analyse und Klärung der Besitzgeschichte, insbesondere bei Vorurkunden, über die Zuweisung zu einem bestimmten Fonds. In die Repertorien der früheren Mischbestände werden die neuen Lagerorte eingetragen; diese Repertorien behalten daher ihren bisherigen Wert.

Die bestandsbildenden Arbeiten an den Urkundenbeständen sind also im wesentlichen abgeschlossen. Die provenienzgerechte Formierung der älteren Akten- und Amtsbuchbestände steht dagegen erst in den Anfängen. Voraussetzung dafür war die Neuorganisation des Bayerischen Hauptstaatsarchivs mit der Zusammenführung der historischen Bestände des ehemaligen Reichsarchivs und des Geheimen Staatsarchivs in einer Abteilung sowie die Festlegung der Zuständigkeiten im altbayerischen Archivbereich. Seit 1. Januar 1978 ist das Bayerische Hauptstaatsarchiv zuständig für das gesamte Schriftgut der kurbayerischen Zentralbehörden und der altbayerischen Hochstifte und Klöster. Es verfügt damit erstmals über alle Archivalien einer Provenienzstelle, die zur Fondsbildung nötig sind. Die Trennung nach Archivalientypen, nach „archivalischem" und „nicht-archivalischem" Schriftgut, ist aufgehoben. Die historische Abteilung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs wird künftig auch Aktenarchiv sein; der Aufgabenschwerpunkt verlagert sich von der Urkundenordnung zur Aktenordnung.

Als erstes haben wir die Wiederherstellung des kurbayerischen zentralen Aktenarchivs, des sogenannten Äußeren Archivs[20], in Angriff genommen. Es ist ein typisches Auslesearchiv, das nach einer bestimmten Sachauswahl aus den Registraturen der älteren kurbayerischen Zentralbehörden gespeist wurde. Wie es die Archivinstruktion Kurfürst Maximilians I. von 1640 vorschrieb, sind dabei die Akten — natürlich ohne Rücksicht auf ihre Provenienz — in Tomi eingebunden worden, die im 18. Jahrhundert durch den Archivar Joseph Anton Attenkofer eine einheitliche repräsentative Bindung erhielten. Dieses äußerliche Kriterium erleichterte die Ermittlung der Aktenbände in den verschiedensten Mischbeständen, auf die sie im 19. Jahrhundert aufgeteilt worden waren. Die Herauslösung der Bände des Äußeren Archivs hat diese Mischbestände bereits beträchtlich schrumpfen lassen; die Hochstifts-, Kloster- und Reichsstadtliteralien, in die sie unter anderem eingereiht waren, konnten damit sogar weitgehend auf die „echten" Hochstifts-, Kloster- oder Reichsstadtarchivalien eingegrenzt werden — ein großer tektonischer Fortschritt!

Von der Zerreißung bestimmter Serien des Äußeren Archivs zwischen dem ehemaligen Reichsarchiv und dem Geheimen Staatsarchiv war schon die Rede. Inzwischen sind — nach der Neugliederung des Hauptstaatsarchivs — auch die über 900 Bände aus dem „Kasten schwarz" in den Gesamtbestand integriert worden, der damit etwa viereinhalbtausend Bände umfaßt.

[19] Zur Pfalz-Neuburger Frage vgl. Walter Jaroschka, Die Archive der Fürstentümer Pfalz-Neuburg und Pfalz-Sulzbach, in: Mitt. f. d. Archivpflege in Bayern Jg. 21, 1975, S. 8—31.

[20] Über das Äußere Archiv bisher vor allem Zimmermann (wie Anm. 4), S. 66ff.

Zu den Grundgegebenheiten älterer Schriftgutstrukturen gehört das Nebeneinander von Auslesearchiven und Behördenregistraturen. Wir haben dem Rechnung getragen, indem wir das alte kurbayerische Aktenarchiv „als eigenen, andersartigen Corpus respektierten" (um Hans-Martin Maurer zu zitieren, der diesen Dualismus am württembergischen Beispiel aufgezeigt hat)[21]. Daneben sollen nun die Registraturen der kurbayerischen Zentralbehörden wiedererstehen.

Auch hier wurde aus aufstellungstechnischen und arbeitsökonomischen Gründen noch vor dem Umzug mit der Bearbeitung des damals verfügbaren Materials begonnen: mit den Protokollen, die, zwar als „nicht-archivalisch" angesehen und daher zunächst im Kreisarchiv München gelagert, schon in den dreißiger Jahren ins Hauptstaatsarchiv übernommen worden waren[22]. Sie bilden jetzt zusammen mit den Dekreten- und Resolutionensammlungen und anderen Serien jeweils den Grundstock für die Fonds der kurbayerischen Zentralbehörden, die bisher im Bestandeplan überhaupt nicht vorkamen. Auch die im „Kasten schwarz" des vormaligen Geheimen Staatsarchivs und in der sogenannten „Hofamtsregistratur" des Staatsarchivs München weit verstreuten Protokolle des Geheimen Rates, die zum Teil erst blatt- oder lagenweise zusammengesetzt werden mußten, sind bereits einbezogen.

Die Masse der zentralbehördlichen Akten Kurbayerns — im Umfang von etwa drei Kilometern — ist dagegen erst Anfang dieses Jahres vom Staatsarchiv München dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv übergeben worden. Es handelt sich um das zentrale Aktendepot Altbayerns, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts bei der ehemaligen Hofkammerregistratur angesiedelt worden war und später den Grundstock des Archivkonservatoriums (Kreisarchivs, Staatsarchivs) München bildete. Auch hier hat Samet durch völlige Vermengung der Registraturen aller kurbayerischen Zentralbehörden, aber auch zahlreicher Mittelbehörden in Ober- und Niederbayern, mit der ihm eigenen Methode riesige Mischbestände nach Sach- und Ortspertinenz geschaffen, die zum größten Teil bisher nur ganz summarisch verzeichnet sind. Voraussetzung für eine Detailerschließung ist eine völlig neue Aktenbildung, an deren Abschluß erst die Formierung der Fonds der kurbayerischen Zentralbehörden stehen kann[23]. Diese Arbeit, noch beim Staatsarchiv München begonnen und jetzt beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv fortgesetzt, ist auch deswegen wichtig, weil nur so die altbayerischen Staatsarchive München und Landshut die in ihre neu definierte Zuständigkeit fallenden Bestände der kurbayerischen Mittel- und Unterbehörden in vollem Umfang zugewiesen erhalten können. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, daß eine umfassende Regelung der archivischen Zuständigkeiten für die historischen Bestände, besonders für die im altbayerischen Archivbereich, nicht ohne die Wiederherstellung der Provenienzen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zu realisieren ist.

Unter diese Neuregelung der Zuständigkeiten fallen auch die Hochstifte und Klöster Altbayerns, deren Bestände nun beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv zusammengeführt werden, wo sich die Urkunden und die mittelalter-

[21] Übersicht über die Bestände des Hauptstaatsarchivs Stuttgart. Altwürttembergisches Archiv (A-Bestände). Stuttgart 1975. Einleitung. (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg. Bd. 32.)

[22] Über die frühere Aufstellung im Bayer. Hauptstaatsarchiv Abt. I vgl. Gerhard Heyl, Die Protokolle der kurbayerischen Zentralbehörden, in: Mitt. f. d. Archivpflege in Bayern Jg. 4, 1958, S. 54—56.

[23] Vgl. Walter Jaroschka, Das Erschließungsangebot der Archive. Referat auf dem 46. Deutschen Archivtag 1970 in Ulm. Kurzfassung in: Der Archivar Jg. 24, 1971, Sp. 29—31, bes. Sp. 31.

lichen Amtsbücher seit je befanden. Bei der Formierung der Aktenbestände liegen in einem Fall bereits Ergebnisse vor: Der aus dem Staatsarchiv München übernommene Mischbestand des Hochstifts Salzburg über dessen an Bayern gefallene Gebietsteile wurde anhand der im Salzburger Landesarchiv noch vorhandenen und verwendeten Altrepertorien in Teilfonds der Salzburger Zentralbehörden aufgelöst und erstmals auch nach Einzelakten erschlossen[24]. Die Zusammenführung der altbayerischen Hochstifts- und Klosterarchivalien und ihre Neuordnung kann indes nur Schritt für Schritt erfolgen, da sie in beträchtlicher Zahl noch in den Abgaben der Behörden des 19. Jahrhunderts liegen und bei den zuständigen Staatsarchiven erst herausgelöst werden müssen.

In ihrer Komplexität hat die Wiederherstellung der historischen Provenienzen beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv den altbayerischen Archivbereich voll erfaßt und seinen Strukturen schon jetzt eine bisher nicht gekannte Klarheit und Übersichtlichkeit gegeben. Daß bloße Rekonstruktionen auf dem Papier diesem Anliegen nicht hätten gerecht werden können, dürfte jedermann einleuchten.

Manche Frage wurde nicht gelöst oder steht noch offen, anderes ist schon projektiert. So gelang es nicht, die historischen Bestände des Geheimen Hausarchivs, das nicht im staatlichen Eigentum steht[25], in die Provenienzbereinigung einzubeziehen; der Versuch, die Bestände durch Ankauf zu erwerben, ist vorerst gescheitert. Eine umfassende Beständebereinigung mit Schwaben, dessen zuständiges Staatsarchiv vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv die Archivalien der an Bayern gefallenen Bestandteile des Schwäbischen Reichskreises erhalten soll, kann erst nach der in Aussicht stehenden Verlegung des Staatsarchivs Neuburg nach Augsburg anlaufen. Für die Oberpfalz könnte eine Verlegung des Staatsarchivs von Amberg nach Regensburg neue Zuständigkeitsregelungen erforderlich machen. Konfrontiert mit der naheliegenden Frage, ob die Urkunden vor 1401 an die fränkischen Staatsarchive zurückgegeben werden, muß ich mich im Augenblick auf die ehrlich gemeinte Feststellung zurückziehen: es wäre nur konsequent. Vieles, was lange Zeit als überhaupt unmöglich galt, ist jedoch erreicht und der Tag hoffentlich nicht mehr allzu fern, wo die ersten Bestandsübersichten und Inventare staatlicher Archive in Bayern die Forschung an den Ergebnissen dieser Arbeit in vollem Maße teilhaben lassen.

[24] Vgl. Bodo Uhl, Die Salzburger Bestände im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Wege nach Bayern, Zusammenführung und Neuordnung, in: Mitt. f. d. Archivpflege in Bayern Jg. 23, 1977, S. 7—48.

[25] Das Geheime Hausarchiv ist laut § 11 des „Übereinkommens zwischen dem Bayerischen Staat und dem vormaligen Königshaus" vom 24. Januar 1923 unter bestimmten Vorbehalten Eigentum des Wittelsbacher Ausgleichsfonds

Die Auswanderung nach Übersee im 19. Jahrhundert - Forschungsansätze und archivische Quellen

Kurzfassungen von Referaten des Quellenkundlichen Rundgesprächs auf dem 52. Deutschen Archivtag

Bearbeitet von Ottfried Dascher und Gerhard Mantwill*

Vorbemerkung: Das Quellenkundliche Rundgespräch fand am 4. Oktober 1978 unter Vorsitz von Ltd. Archivdirektor Prof. Dr. Eckhart G. Franz (Darmstadt) statt. Es wurde eröffnet mit einem Einführungsreferat von Prof. Dr. Günter Moltmann, „Die deutsche Auswanderung in überseeische Gebiete: Forschungsstand und Forschungsprobleme", das unten Sp. 57ff. veröffentlicht ist. Das erste quellenkundliche Referat des Gesprächs lag bei Staatsarchivdirektor Dr. Paul Sauer, der über „Das Quellenangebot der territorialen Staatsarchive, insbesondere Südwestdeutschlands" berichtete. Seine Ausführungen sind ebenfalls unten (Sp. 67ff.) wiedergegeben. Von den darauf folgenden Referaten kommen hier gekürzte Fassungen zum Abdruck. Zu dem das Gespräch abschließenden Kurzbeitrag von Prof. Franz, der anstelle von Oberarchivrätin Dr. Inge Auerbach über EDV-Erschließung von Auswanderungsquellen referierte, sei auf den Tagungsbericht von Ottfried Dascher, Sp. 11, hingewiesen. (Anm. d. Schriftl.)

Klaus Richter:

Die Auswanderungsquellen der hansestädtischen Archive

Im Unterschied zu Bremen verfügt Hamburg für die Auswanderung nach Übersee über eine ungewöhnlich günstige Quellenlage. Eine Verordnung vom 27. Februar 1837, mit der Hamburg erstmals sein Auswandererwesen regelte, sah vor, daß die Schiffsmakler vor Abgang eines jeden direkt von Hamburg nach Übersee fahrenden Auswandererschiffes mit mehr als 25 Zwischendeckpassagieren ein entsprechendes Passagierverzeichnis bei der Polizeibehörde abzuliefern hatten. Am 28. Mai 1851 wurde diese Bestimmung auch auf jene Schiffe ausgedehnt, die indirekte Auswanderertransporte besorgten, d. h. Dampfschiffe, die von Hamburg nach England mit Auswanderern fuhren, die von dort aus auf englischen oder amerikanischen Schiffen weitertransportiert wurden. Ab 1871 berücksichtigte man für die Auswanderungslisten auch Schiffe mit weniger als 25 Passagieren. Diese sog. Auswandererlisten sind in Hamburg für die direkte Auswanderung zwischen 1850 und 1934 und für die indirekte Auswanderung zwischen 1854 und 1934 fast vollständig vorhanden. Es handelt sich insgesamt um 555 großformatige Bände. Außerdem existieren für den Zeitraum von 1920 bis 1935 insgesamt 126 Bände mit Listen von in Hamburg eingetroffenen Rückwanderern.

Während der ersten Jahre finden sich in den Auswandererlisten verzeichnet: Schiff, Kapitän, Auslaufdatum, Zielhafen, Name des Auswanderers, Geburts- und Herkunftsort, Beruf. Familienverbände werden unter dem Namen des Familienoberhaupts summarisch registriert. Ab 1855 finden sich außerdem: Art und Nationalität des Schiffes, Schiffsklasse, Alter, Familienstand und Geschlecht der Passagiere; in der Folgezeit wird auch jedes Familienmitglied namentlich aufgeführt. Erschlossen werden die Listen durch jahr-

* G. Mantwill stellte die Kurzfassung seines Referates zur Verfügung (Anm. d. Schriftl.).

gangsweise geführte grobalphabetische Namensindices, so daß sich die Suche nach einer bestimmten Person schwierig, ja oft unmöglich gestaltet, wenn nicht das Jahr der Auswanderung in etwa bekannt ist. Insgesamt existieren 203 Registerbände zu den direkten und indirekten Auswandererlisten. Ein Teil der Listen, hier die Jahre 1850 bis 1867, ist durch den Hamburger Genealogen und Auswandererforscher Karl Werner Klüber durch eine Personenkartei erschlossen worden (allein bis 1866 etwa 500000 Namen). Der Bestand Auswanderungsamt im Staatsarchiv Hamburg enthält ferner das Schriftgut der 1855 gegründeten staatlichen Behörde zur Überwachung der Auswanderungsangelegenheiten, der Deputation für das Auswandererwesen, und ihrer Nachfolgebehörden. Hier sind u. a. zu finden umfangreiche Protokollreihen mit Registern und Anlagebänden über die Tätigkeit der Behörde vornehmlich zwischen 1855 und 1920. Bei der engen Verbindung zwischen Auswanderung, Handel und Schiffahrt ist aus verständlichen Gründen auch in der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe Schriftgut zum Auswanderungswesen erwachsen. Auch in der Aktenüberlieferung des Senats als dem obersten Regierungs- und Verwaltungsorgan des republikanischen Stadtstaats ist die Auswanderung vielfältig dokumentiert. Ergänzend heranzuziehen sind die ins Staatsarchiv gelangten Bestände hanseatischer und hamburgischer diplomatischer Vertretungen in den USA aus der Zeit vor der Gründung des Norddeutschen Bundes, als Hamburg noch außenpolitisch souverän war.

Obwohl Bremen bis zum Ersten Weltkrieg als Auswandererhafen, insbesondere nach den USA, eine größere Bedeutung als Hamburg besaß, obwohl sich in Bremen die sog. Inspektion der Mäkler, d. h. die Aufsichtsbehörde über die Schiffsmaklerfirmen, von den Reedern bereits seit 1832 die Auswandererlisten ihrer Schiffe einhändigen ließ, ist die Quellenlage hier ungleich schlechter. 1875 wurde nämlich beschlossen, die bis dahin lückenlosen Bandreihen bis auf die beiden jeweils letzten Jahresbände zu kassieren, eine Praxis, die erst 1907 wieder aufgegeben wurde. Doch auch diese Teillisten sind dann im Zweiten Weltkrieg zugrundegegangen. Damit gibt es im Unterschied zu Hamburg keine Möglichkeit mehr, die von Bremen ausgewanderten Personengruppen über einen längeren Zeitraum sozialgeschichtlich zu untersuchen. Dagegen ist die allgemeine Entwicklung der Auswanderungen in Bremen, insbesondere die Nordamerika-Auswanderung, sehr gut dokumentiert. Entsprechende Aktengruppen existieren seit 1832. Auch sind wie in Hamburg die Berichte bremischer Konsuln aus den USA vor 1870 erhalten geblieben.

Winfried Hecht:

Zur Dokumentation kommunaler Auswanderungsprojekte des 19. Jahrhunderts in Südwestdeutschland

Südwestdeutschland ist ein klassisches Auswandererland. Wandern bereits im 18. Jahrhundert größere Bevölkerungsgruppen auf den Balkan, nach Rußland und Preußisch-Polen ab, so sind seit der Napoleonischen Zeit und vornehmlich seit 1816/17 die Vereinigten Staaten von Amerika das neue Ziel. Der Auswertung für den oberen Neckarraum liegen folgende Quellengattungen zugrunde: Akten über Einzelauswanderungen (so die Überlieferung der Bürgerrechtsverzichtsurkunden), Sammelakten über große Auswanderungsprojekte, Gemeinderatsprotokolle, Zeitungen und Zeugnisse aus dem privaten Bereich.

Als Beispiel mögen die Sammelakten über kommunale Auswanderungsprojekte dienen, bei denen auf Kosten oder unter Kostenbeteiligung der Gemeinden die Auswanderung größerer Gruppen organisiert worden ist. Entsprechende Projekte konnten für Villingen, Schwenningen, Rottweil, Oberndorf, Frittlingen, Zimmern und Winzeln nachgewiesen werden. Die Sichtung des Archivguts erbrachte zahlreiche Listen mit Auswanderungswilligen, Gesuche um finanzielle Unterstützung mit Angaben über die Ausstattung des Einzelnen (finanziell, mit Werkzeug, mit Kleidung), Angaben zur Abwicklung von Schuldentilgungen, Briefwechsel mit Reise-Agenturen, Rechnungen, die Einblick in die Verhältnisse während der Überfahrt vermitteln, sowie Berichte über Reisepannen. Die entsprechenden Grundsatzbeschlüsse bei Großprojekten sind in den Gemeinderatsprotokollen dokumentiert. Sie enthalten vielfach auch Aussagen über die Gründe der Öffentlichkeit bei Stellungnahmen für oder gegen die Auswanderung sowie Überlegungen zur angemessenen Finanzierung (und Tilgung) entsprechender Projekte. Auch sind die Ratsprotokolle eine wichtige Quelle, um Äußerungen über einzelne Auswanderer und ihre soziale Einschätzung durch die jeweilige kommunale Führungsschicht zu gewinnen. Unterschiedlich ist der Aussagewert der Zeitungen. Zu verweisen ist hier auf die Bekanntgabe der Auswanderungslisten, auf Auswanderungsbriefe mit Propagandafunktionen, die Geltendmachung von finanziellen Ansprüchen, Verabschiedungsannoncen für Freunde, Gedichte über die Auswanderung, Warenangebote und Werbungen von Agenturen.

Zeugnisse privaten Charakters sind schließlich Briefe aus Amerika an die Öffentlichkeit oder an Private, genealogische Anfragen der „amerikanischen" Nachkommenschaft, Memoiren-Literatur sowie die mündliche Überlieferung, die sich in Rottweil sogar noch in einem Auswandererlied fassen ließ („Sind wir dann in Baltimore, Werfen wir die Händ' empor, Rufen laut Victoria, Jetzt sind wir in Amerika").

Einschränkend muß festgehalten werden, daß die vorhandene Überlieferung in den einzelnen kommunalen Archiven von unterschiedlicher Dichte in Umfang, Aussage und Erschließung ist.

Bruno Neundorfer:

Auswanderungsquellen in kirchlichen Archiven

Quellen zur Geschichte der Auswanderung in kirchlichen Archiven reichen von der Pfarrebene, der Basis der kirchlichen Strukturen, bis zu den Oberbehörden der Diözesen und Landeskirchen; ergänzt wird diese Überlieferung durch die mit der Auswanderung besonders befaßten Verbände und kirchlichen Einrichtungen; entsprechend vielfältig ist ihre Aussagekraft. Im übrigen geben die Quellen zugleich Zeugnis ab für das pastorale Wirken der Kirche im Gesamtkomplex der Auswanderung.

Bei der evangelischen Kirche steht am Beginn der Betreuung der Auswanderung nach Übersee nicht die verfaßte Kirche, sondern eine Reihe von Gesellschaften, die sich der Auswanderer angenommen haben. Die älteste dieser Gesellschaften ist die Langenberger Gesellschaft (1837), für deren Tätigkeit sich von 1839 bis 1893 die Akten erhalten haben. Sie befinden sich heute im Archiv des Diakonischen Werkes Rheinland in Düsseldorf. 1839 entstand in Bremen der Evangelische Verein für deutsche Protestanten in Nordamerika. Im fränkisch-bayerischen Raum ist Neuendettelsau zu erwähnen, das dank der Bemühungen von Wilhelm Löhe zum Zentrum für die Fürsorge an Auswandernden, vor allem aber für ausgewanderte Protestanten in Nordamerika, wurde. Entscheidend für die Betreuung

der Auswanderer wurde schließlich der Einsatz von Johann Hinrich Wichern. Ihm ist es zu verdanken, wenn sich die Fürsorge für die Auswanderer und Ausgewanderten zu einem Arbeitsgebiet der Inneren Mission entwickelte (Aktenüberlieferung heute im Archiv des Diakonischen Werkes der EKD in Berlin). In den Archiven der verfaßten Kirche, der Landeskirchen, befinden sich Akten, die den Schriftwechsel mit der Inneren Mission und den spezifischen Auswandermissionen dokumentieren, in denen z. B. Kollekten und Spenden für Auswanderer und die Hilfe bei der geistlichen Betreuung ihren Niederschlag gefunden haben. Hervorzuheben sind selbstverständlich die Kirchenbücher in den Archiven der Pfarreien, die auch Einblicke in die Sozialstruktur der Auswanderer vermitteln.

In der katholischen Kirche ist die Organisation der Auswandererseelsorge und -fürsorge von einem Laien, dem Limburger Kaufmann Peter Paul Cahensly, ausgegangen. Er war in Le Havre, einem der großen französischen Auswandererhäfen, mit dem Problem konfrontiert worden. Seine Rede auf der Generalversammlung der Katholischen Vereine Deutschlands in Trier 1865 führte auf der Bamberger Generalversammlung (1868) zur Gründung eines „Komitees zum Schutze der Auswanderer". Am 13. September 1871 schließlich kam es auf der Mainzer Generalversammlung zur Gründung des St. Raphaelsvereins zum Schutze der katholischen deutschen Auswanderer. Der Verein sah seine Aufgabe in der Warnung vor unzweckmäßiger Auswanderung und vor Schwindelunternehmen, in der Hilfe bei Erledigung der Auswanderungsformalitäten, in der Beratung und Betreuung der sprachunkundigen Auswanderer in Hafenstädten und im Ausland, in Abschieds- und Schiffsgottesdiensten, in der Förderung von Glaube und Volkstum durch geschlossene katholische Siedlungen mit Seelsorge und Kulteinrichtungen sowie in der allgemeinen Betreuung, vor allem bei der Überfahrt. Das Archiv des St. Raphaelsvereins ist bei einem Bombenangriff auf Hamburg verbrannt, Teile waren bereits vorher von der Gestapo beschlagnahmt worden. In fast allen deutschen Diözesen ist indes heute noch mehr oder weniger umfangreiches Schriftgut vorhanden, das im Verkehr mit dem Raphaelsverein entstanden ist, so in den Diözesanarchiven Mainz, Regensburg, Trier, Augsburg, Rottenburg, Osnabrück, Speyer, Eichstätt, Limburg, Köln und Bamberg. Wichtig ist darüber hinaus das Zentralarchiv des Caritasverbandes, der seit den neunziger Jahren eng mit dem Raphaelsverein zusammengearbeitet hat. Nicht unerwähnt bleiben darf das Archiv des Kolpingswerkes in Köln.

Zum Schluß sei noch einmal der eigenständige Forschungsgehalt der kirchlichen Akten hervorgehoben. Die Massenauswanderung des 19. Jahrhunderts steht neben der großen Binnenwanderung im Zuge der Industrialisierung. In beiden Fällen werden von den Kirchen theologische und pastorale Antworten gefordert, die bis dahin nicht bekannt waren. Mag dies vordergründig auch als ein kirchliches Problem erscheinen, so darf doch das Hineinwirken der seelsorgerlichen Bemühungen der Kirchen in die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht übersehen werden.

Charlotte Böttjer:

Auswanderungsquellen in Archiven der Wirtschaft

Der Beitrag konzentriert sich auf das Beispiel des Handelskammerarchivs Bremen. Hier sind für die Jahre 1834 bis 1950 etwa 200 Aktenbände und Protokollbücher überliefert. Ihre Entstehung ist bedingt durch die besonderen Aufgaben der Handelskammer Bremen und ihres Vorläufers, des *Collegium Seniorum*, als Mittlerin zwischen Wirtschaft und Senat. Da die Kammer zu allen nur möglichen Aspekten des Auswanderungswesens gehört wird, finden sich in den Akten sowohl Unterlagen über die Sicherheitsvorkehrungen wie auch Bestimmungen zur Versorgung mit Lebens- und Arzneimitteln und zu den Mindestanforderungen für die Unterbringung auf den Auswandererschiffen. Auch ist viel Material aus der Notwendigkeit erwachsen, die Auswanderer während ihres Aufenthaltes in Bremen und Bremerhaven unterzubringen und zu betreuen.

Im übrigen interessierte man sich auch für das weitere Schicksal der Auswanderer. So wurden Veröffentlichungen und Berichte über Bestimmungen und Gefahren in den Einwanderungsländern gesammelt und verbreitet. Eine zweite Aktengruppe umfaßt Gesetze und Verordnungen zum Auswandererwesen, darunter auch die Vorschriften für Luken- und Ladungsbesichtiger und Vorgänge über Auswanderungsagenten. Eine dritte Aktengruppe schließlich betrifft die Unterlagen über die Nachweisungsbüros für Auswanderer am Bahnhof und im Schütting, dem Haus der Handelskammer Bremen. Hier finden sich Berichte über gestrandete Auswandererschiffe, Unterlagen über das Beherbergungsgewerbe wie Verträge mit den Wirten, Quartierlisten etc. Die für die Jahre 1851 bis 1865 erhaltenen Protokollbücher des Nachweisungsbüros vermitteln einen Einblick in Beschwerden und Kümmernisse der Auswanderung, hier insbesondere in Querelen mit den Wirten.

Einen Hinweis verdient das Archiv des Norddeutschen Lloyd (jetzt Hapag-Lloyd) in Bremen, in dem Geschäftsberichte und Jahrbücher seit dem Gründungsjahr (1877) bis zum Ende des Ersten Weltkrieges erhalten sind.

Gerhard Mantwill:

Die Zeitung als Quelle der Auswanderungsforschung

Zeitungsinformationen werden heute nicht nur zur Beantwortung gegenwartsbezogener Fragestellungen verwandt, sondern zunehmend auch zur Durchleuchtung geschichtlicher Prozesse herangezogen. Auch die Auswanderungsforschung für das 19. Jahrhundert kann sich des Hilfsmittels Zeitung bedienen, um mit den Augen des Zeitgenossen ihren Untersuchungsgegenstand zu betrachten.

Zunächst war es die allgemein-politische Tagespresse des Auswandererlandes Deutschland, die sich des Themas annahm. Sie tat dies anfangs allerdings nur zögernd, weil der Gegenstand, „entwurzelte Individuen, die ihrem Vaterland den Rücken kehren", offenbar suspekt war.

Allmählich wurde die Auswanderung zu einer normalen Erscheinung, die ihren Platz in der Zeitung neben anderen Themen einnahm. Auch die Beurteilung des Auswanderers änderte sich im Laufe der Jahrzehnte. Der frühere „vaterlandslose Geselle" wurde als wichtiger Kapitalfaktor entdeckt, dessen Auswanderung einen Verlust am Volksvermögen bedeutete.

Neben der Berichterstattung im redaktionellen Teil gaben die Anzeigen, insbesondere die Abschiedsanzeigen der „Hamburger Nachrichten", Auskunft über die persönlichen Schicksale der Auswanderer.

Zeitungen am „Ort des Geschehens" — Gebiete mit großem Aufkommen an Auswanderern sowie die Hafenstädte Bremen und Hamburg — berichteten mit größerer Ausführlichkeit als Blätter, deren Leserschaft weniger betroffen war.

Geschrieben wurde allerdings in erster Linie über die Auswanderung, nicht für die Auswanderer. Mit dem

zahlenmäßigen Zuwachs der Auswanderer und deren verbesserter Bildung entstand so eine Lücke an speziellen Informationen für die direkt Betroffenen.

In diese Marktlücke stießen um die Mitte des 19. Jahrhunderts Spezialpublikationen. Sie nannten sich „Auswanderungs-" oder „Auswandererzeitungen" und erschienen als kostenlose Beilagen von Tageszeitungen, aber auch als selbständige Publikationen.

Zwar gaben sie vor, „Organ ... für Rath und That zu Gunsten der fortziehenden Brüder" zu sein, hatten aber doch wohl ein größeres Interesse am eigenen Geschäft als am Wohlergehen der Auswanderer. Denn sie waren nicht nur gern genutzte Werbeträger für alle Geschäftsleute, Makler und Reeder, die über Jahrzehnte an der Auswanderung verdienten, sondern unterhielten teilweise eigene Auswanderungsbüros, die gegen Bezahlung für Auswanderungswillige tätig wurden.

Als Reaktion auf diese Praktiken gab der Hamburger Verein zum Schutze von Auswanderern ein eigenes Organ „Hansa" heraus, das „wirklich objektiv" informieren wollte.

In der neuen Heimat versuchten Eingewanderte durch sporadisch, aber auch regelmäßig erscheinende deutschsprachige „Zeitungen", die Kommunikation unter den Landsleuten herzustellen.

Daneben berichtete die etablierte Presse der Einwanderungsländer über die Neuhinzukommenden. Sie kommentierte u. a. die mit der Ansiedlung verbundene Problematik, Fragen der Integration und die gesetzlichen Bestimmungen.

Der Zugriff auf die allgemein-politischen Tageszeitungen ist für das 19. Jahrhundert wegen fehlender Nachweise erschwert. Die teilweise durch eigene Register erschlossenen Auswanderungszeitungen sind in den Staatsarchiven Bremen und Hamburg sowie in der Commerzbibliothek Hamburg nahezu vollständig vorhanden. Die deutschsprachige Presse Amerikas wird für 1732 bis 1968 von Arndt-Olson, Die Deutschsprachige Presse Amerikas, Bd. 1 und 2, 3. Auflage, München 1976, nachgewiesen.

Mit der Einrichtung von Presse-Ausschnitt-Sammlungen wurde der Zugriff auf Zeitungsinformationen sehr erleichtert. Besonders zu erwähnen ist das 1908 gegründete HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg (früher Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv), in dem Auswanderung von Anfang an dokumentiert wurde.

Hans-Georg Ruppel:

Die amerikanische Gegenüberlieferung

Die amerikanische Gegenüberlieferung läßt sich in drei Hauptgruppen von Primärmaterial unterteilen. Gemeinsam ist ihnen, daß Herkunftsland und -ort erfaßt sind und daß sie sich für eine Quantifizierung eignen. Im einzelnen handelt es sich um Volkszählungslisten *(census records)*, Passagierlisten *(ship passengers records)* und Bürgeraufnahmeakten *(naturalization and citizenship records)*.

Der Bundescensus gründet sich auf das Gesetz vom 1. März 1790 und ist im zehnjährigen Rhythmus bis in die Gegenwart (1970) fortgeführt. Bei Einführung des Gesetzes bestand die Union allerdings erst aus zwölf Staaten (Rhode Island kam am 29. Mai 1790, Vermont am 4. März 1791 zur Union). Dieser *federal census* von 1790 enthält den Namen des Haushaltungsvorstandes, die Zahl der männlichen freien Angehörigen über sowie unter 16 Jahren, die Zahl der freien weiblichen Personen und die Zahl der Sklaven. Seit 1850 ist die Angabe des Geburtslandes verlangt, seit 1870 wird auch das evtl. ausländische Geburtsland des Vaters bzw. der Mutter erfragt. Neben den *federal census* sind weiterhin zu erwähnen die Zählungen der einzelnen Bundesstaaten *(state census)* und lokale Zählungen, die sich zeitlich nur zum Teil mit dem Bundescensus decken. Die Masse der Volkszählungslisten befindet sich heute in den *National Archives* in Washington.

Zwischen 1815 und 1914 sind etwa 35 Mio. in die Vereinigten Staaten eingewandert, die Mehrzahl über den Einwanderungshafen New York. In den sog. *passenger arrival records* sind die Namen der Passagiere aufgelistet, die in den Häfen der Atlantik-Küste und im Golf von Mexiko an Land gingen. Zur Führung dieser Listen werden mit Gesetz vom 8. März 1819 die Schiffskapitäne verpflichtet. Dabei sind zu unterscheiden die *customs passenger lists* (für die Zollbehörden) und die *immigration lists* (als eigentliche Einwanderungslisten). Letztere sollten enthalten den Namen des Schiffes, des Kapitäns, Abfahrtshafen und Bestimmungshafen sowie Name, Geburtsdatum, letzten Wohnort, Alter, Beruf und Geschlecht der Passagiere, indes ist die Eintragung dieser Angaben, abgesehen von Name und Wohnort, meist nicht eingehalten worden. Die seit 1893 weiter aufgeschlüsselten Listen sind zum Teil bis 1945 fortgeführt worden.

Als dritte Gruppe zu erwähnen sind die Bürgeraufnahmeakten. Ihnen liegt das erste „Naturalisierungsgesetz" vom 26. März 1790 zugrunde, das späteren Fortschreibungen entsprechend bestimmte, wie die Einwanderer bei den Gerichtsbehörden einzubürgern waren. Die sog. *declaration of intension*, die Willenserklärung also, Bürger der Vereinigten Staaten zu werden und der alten Staatsangehörigkeit abzuschwören, enthält oft Geburtstag und -ort, mindestens jedoch das Geburtsland und bis 1866 Abreise- und Ankunftsdatum bzw. die Namen des Abreise- und Zielhafens.

Ergänzende Hinweise sind zu erwarten aus der großen Gruppe der Militärakten, vornehmlich der Stammrollen *(enlistment papers)*, der Pensionsakten der Veteranen sowie der Beerdigungsakten der Soldaten. Eine Hilfe können auch die Wählerlisten *(voter registrations)* sowie, besonders für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Patent- und Warenzeichenlisten sein. Der Aussagegehalt der Geburts-, Heirats- und Sterbeunterlagen ist, bedingt durch die verschiedenen Kirchen und die Erwachsenentaufe, sehr unterschiedlich. Am ehesten sind hier Ergebnisse bei den Sterbeunterlagen zu erwarten, obwohl die *vital statistics registration* der einzelnen Bundesstaaten erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzt. Paßanträge sind deshalb wichtig, weil sie Auskunft über das Gericht geben, bei dem die Naturalisierung erfolgte. Nicht zu vergessen sind schließlich die Zeitungen, vor allem die Todesanzeigen in der deutschsprachigen Presse, die oft genaue Angaben über die Herkunft des verstorbenen Einwanderers bringen. Diese für das 19. Jahrhundert ungewöhnlich reiche Quelle verliert erst um die Jahrhundertwende an Bedeutung, als die ethnische Presse allgemein in den USA zurückgeht. Eine erste Einführung in die genealogischen Quellen bietet der „Guide to genealogical records in the National Archives", Washington 1964.

Die deutsche Auswanderung in überseeische Gebiete: Forschungsstand und Forschungsprobleme

Referat des 52. Deutschen Archivtages (Quellenkundliches Rundgespräch) *

Von Günter Moltmann

Die deutsche Auswanderung über See in andere Kontinente stellt einen Sonderfall innerhalb der umfassenderen internationalen Migrationsgeschichte dar. Neben der überseeischen Wanderung gab es auch die sogenannte „trockene Auswanderung" von Deutschland in andere europäische Länder (besonders nach dem Osten, nach Ungarn und Rußland), es gab umgekehrt Wanderungen aus Osteuropa nach Deutschland hinein, und schließlich fanden und finden Wanderungen und Umsiedlungen von Bevölkerungsteilen zwischen vielen Ländern Europas und der Welt statt. Deutsche Wanderungsvorgänge waren nur Mosaiksteinchen im Gesamtbild zahlreicher mehr oder minder vergleichbarer internationaler Wanderungen, die es auf der Erde immer wieder gegeben hat.

Die internationale Migration stellt ihrerseits einen Sonderfall der räumlichen Mobilität des Menschen dar. Zum Phänomen der räumlichen Mobilität gehören mannigfache Formen der Bevölkerungsbewegung, zum Beispiel Binnenwanderungen (Land-Stadt-Wanderungen, Wanderungen in industrielle Ballungsgebiete, Saisonwanderungen), Gastarbeiterwanderungen, Bevölkerungsumsiedlungen, im Grunde jegliche Standortveränderung von Menschen, für die vielerlei Gründe maßgebend sein können, und — nicht zuletzt — alle Überreste des Nomadentums, die heute noch in der Welt existieren.

Wer sich mit der deutschen Überseewanderung befaßt, hat es also mit der Einzelkomponente eines großen sozialgeschichtlichen Komplexes zu tun, nicht mit einem isolierten, klar abzugrenzenden Vorgang. Der größere Zusammenhang muß mit gesehen werden. Überseewanderung war immer ein vielschichtig in die allgemeine Sozialgeschichte verwobener Prozeß. Sie zu verstehen, setzt Verständnis für sozialgeschichtliche Strukturen voraus, wie umgekehrt sozialgeschichtliche Strukturen Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert nicht ohne Berücksichtigung der Überseewanderung begriffen werden können.

Seßhaftigkeit mag auf den ersten Blick als das „Normale" erscheinen und Überseeauswanderung bei oberflächlicher Betrachtung als eine Angelegenheit von Sonderlingen, Vagabunden, Abenteurern, vielleicht gar Asozialen. Mögen aber auch Auswanderertypen dieser Art im Wanderungsprozeß ihre Rolle gespielt haben, in weiterer Perspektive waren räumliche Mobilität, internationale Migration und damit auch die deutsche Überseeauswanderung der letzten Jahrhunderte nicht weniger „normale" Erscheinungen im Gesamtprozeß gesellschaftlicher Entwicklung als die Standortgebundenheit. Mobilität setzt in der Regel dann ein, wenn der Drang nach örtlicher Veränderung zur Erzielung besserer Lebensbedingungen stärker ist als die Bindungen im vorgegebenen gesellschaftlichen und räumlichen Existenzrahmen. Historische Auswanderungsforschung ist insofern ein innerhalb der allgemeinen Sozialgeschichte abzusteckendes Arbeitsfeld, dem besondere Aufmerksamkeit zu widmen ein lohnendes Unterfangen ist.

International gesehen, hat die Auswanderungsforschung in den letzten zwei Jahrzehnten, der skizzierten Bedeutung entsprechend, einen großen Aufschwung genommen, und zwar besonders die Erforschung der europäischen Amerikaauswanderung. Daran waren und sind verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen beteiligt; die Geschichtswissenschaft nahm Anteil, stand aber keineswegs überall im Vordergrund der Bemühungen. Nachdem auf dem Internationalen Historikerkongreß in Stockholm 1960 der britische Geschichtswissenschaftler Frank Thistlethwaite programmatisch Desiderata für die Erforschung der europäischen Überseewanderungen im 19. und 20. Jahrhundert umrissen hatte, zog der schwedische Historiker und Demograph Sune Åkerman auf dem Internationalen Historikerkongreß in San Francisco 1975 Bilanz[1]. Viele Fortschritte waren zu verzeichnen, große wenig durchforstete Bereiche blieben immer noch zu nennen.

In verschiedenen europäischen Ländern wurden Forschungsprojekte in Angriff genommen und entsprechende Zentren errichtet. Sune Åkerman konnte in seinem Bericht hinweisen auf die *Cambridge Group for the History of Population and Social Structure* (Großbritannien), auf die *Nordic Emigration Research Group* (Skandinavien) und auf zwei nationale Zentren, die *Emigration Research Group* in Turku (Finnland) und die *Migration Research Group* in Uppsala (Schweden)[2]. In Italien werden Auswanderungsforschungen am *Centro Studi Emigrazione* (Rom) und am *Istituto di Studi Americani della facoltà di Magistero* (Florenz) durchgeführt[3]. In anderen Ländern sind, wenn auch nicht überall institutionalisiert, vielversprechende Ansätze zur Auswanderungsforschung festzustellen. Das Uppsala-Projekt „Sweden and America after 1860: Emigration, Remigration, Social and Political Debate" konnte jetzt nach über zehnjähriger Arbeit, an der zeitweilig dreißig Wissenschaftler beteiligt waren, erfolgreich abgeschlossen werden[4].

Nicht nur die Abwanderung aus Europa, sondern auch und vielleicht noch mehr die Aufnahme von Einwanderern in der Neuen Welt hat in den letzten Jahrzehnten in der Forschung besondere Aufmerksamkeit erregt. Hierbei haben amerikanische Wissenschaftler den Vorrang, wenn auch europäische durchaus nicht unbeteiligt sind. Anknüpfend an eine ungebrochene Tradition amerikanischer Einwanderungsforschung seit den 1920er Jahren, konnten neuere Arbeiten in den Disziplinen Demographie, Soziologie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und besonders auch in der Stadtgeschichte die Fragenkomplexe der Akkultu-

* Erweiterter, mit Anmerkungen versehener Text des Einführungsreferats zum Quellenkundlichen Rundgespräch „Die Auswanderung nach Übersee im 19. Jahrhundert — Forschungsansätze und archivische Quellen", Hamburg, 4. Oktober 1978. Zum Rundgespräch vgl. auch Sp. 49ff.

[1] Frank Thistlethwaite, Migration from Europe Overseas in the Nineteenth and Twentieth Centuries, XI[e] Congrès International des Sciences Historiques, Rapport V. Uppsala 1960. S. 32—60; Sune Åkerman, From Stockholm to San Francisco: The Development of the Historical Study of External Migrations. Uppsala 1975 (Sonderdruck aus: Annales Academiæ Regiæ Scientiarum Upsaliensis 19, 1975). Vgl. auch Georges Dupeux, Les migrations, Report, XIV International Congress of Historical Sciences. San Francisco 1975.

[2] Åkerman, From Stockholm to San Francisco, S. 16, Anm. 2.

[3] Vgl. Rudolph J. Vecoli, Emigration Historiography in Italy, in: The Immigration History Newsletter Jg. 6, No. 2, Nov. 1974, S. 1—5.

[4] Schlußbericht: Harald Runblom und Hans Norman (Hrsg.), From Sweden to America: A History of the Migration. Minneapolis und Uppsala 1976.

ration und Assimilation sowie der sogenannten Ethnizität (Weiterbestehen von spezifischen Einwanderungsgruppen beziehungsweise deren Traditionen und Besonderheiten) und das Phänomen der multikulturellen Gesellschaft durchleuchten.

Etliche Organisationen, Zentren und Fachorgane wären hier zu nennen, angefangen von der übergreifenden *Immigration History Society* (Sitz in St. Paul, Minnesota) bis zu speziellen Forschungsgruppen, die sich mit Themen wie der Geschichte der „Germans from Russia to Colorado" befassen *(Colorado State University*, Fort Collins, Colorado*)*, vom *Center for Migration Studies* in New York zum *Center for Immigration Studies* in Minnesota, von diversen Verbänden nichtdeutscher Einwanderergruppen bis zur *Association for German-American Studies*, von der Zeitschrift *International Migration Review* (New York) zum *Immigration History Newsletter* (St. Paul, Minnesota).

Ein deutsches wissenschaftliches Interesse an internationalen Auswanderungsfragen hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg nur zögernd wieder eingestellt. Im Grunde gilt auch heute noch eine Feststellung, die Rudolph J. Vecoli (University of Minnesota) 1972 traf: „Although the Germans figured as the largest element in the nineteenth century immigration, the historical literature dealing with them is quite slim"[5]. Vecoli nannte damals einige englische und amerikanische Arbeiten zur deutsch-amerikanischen Wanderung, aber keine deutschen. Übernationale Beachtung fand zwar eine Konferenz zur Frage der Wanderungsbewegungen, die 1974 in Wuppertal stattfand und an der auch deutsche Sozialhistoriker und Bevölkerungswissenschaftler teilnahmen, aber sie war nicht zentral der deutschen Auswanderung gewidmet, und veranstaltet wurde sie von der *Commission internationale pour l'étude des mouvements sociaux et des structures sociales*, die damals Vorbereitungen zum Internationalen Historikerkongreß in San Francisco traf.

Wo stehen wir? Wie ist der Stand der Forschung zur deutschen Auswanderung in überseeische Gebiete heute? Etwa fünfeinhalb Millionen Deutsche wanderten allein im Jahrhundert von 1815 bis 1914 dorthin aus, in den folgenden sechzig Jahren nochmals etwa eineinhalb Millionen. Die Bevölkerungsverschiebung war stark genug, um immer wieder Beachtung zu finden und Aufsehen zu erregen. Die diesbezügliche deutsche Fachliteratur hatte besonders vor dem Ersten Weltkrieg durchaus Gewicht. Sie riß auch nachher nie ganz ab, war allerdings Niveauschwankungen unterworfen und zeitweilig stark vom politischen Zeitgeist geprägt.

Es gibt in Deutschland eine alte, heute wieder sehr lebendige Tradition der Auswanderungsforschung in den Bereichen Genealogie, Lokalgeschichte und Landesgeschichte. Wer sich mit der deutschen Auswanderung generell befaßt, ist immer wieder auf die Fülle der Detailstudien verwiesen, die von kleinen Berichten in Heimatblättern bis zu gründlichen wissenschaftlichen Aufsätzen in der landesgeschichtlichen Fachliteratur und zu regionalgeschichtlichen Monographien reichen. Übergreifende Studien setzen Einzelstudien voraus, und an diesen sind wir, ungeachtet vieler noch bestehender Lücken, doch recht reich.

Die der Auswanderung allgemein gewidmete Forschung in Deutschland war vor dem Ersten Weltkrieg vornehmlich der Motiverörterung, den ökonomischen Folgen des Abzugs, dem Auswanderungsrecht, der Auswanderungspolitik der deutschen Einzelstaaten, der Statistik, dem wellenförmigen Verlauf und dem Wechsel der räumlichen Schwerpunkte gewidmet. Immer noch sind zwei Standardwerke aus dieser Zeit unentbehrlich: Eugen von Philippovich, Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland (1892), und Wilhelm Mönckmeier, Die deutsche überseeische Auswanderung (1912)[6]. In der Zwischenkriegszeit dominierte Auslandsdeutschenforschung mit völkischen Akzenten. Letztere waren übrigens in den Auswanderungsdiskussionen des 19. Jahrhunderts lange schon, mindestens tendenziell, festzustellen.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte in Deutschland ein auffallendes Desinteresse am Auswanderungsthema ein. Dies dürfte sich aus der verständlichen Neigung der Wissenschaftler erklären, Fragen, die im Dritten Reich mit politischen Akzenten versehen worden waren, erst einmal auszuklammern. Allerdings wurde dabei wertvolle Zeit versäumt. In den letzten zwei Jahrzehnten erschienen wieder größere Untersuchungen. Vor allem sind zwei wegweisende Arbeiten zu nennen: Rolf Engelsings Studie über Bremen als Auswandererhafen 1683—1880 (1961), die vor allem den wirtschaftlichen Zusammenhängen des Auswanderertransportes nach überseeischen Häfen gewidmet ist, und Peter Marschalcks vornehmlich demographisch-typologisch angelegter Gesamtüberblick über die deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert (1973)[7]. Beide Arbeiten boten neue Perspektiven, rissen ungenügend beachtete Forschungsfelder auf und forderten weitergehende Studien geradezu heraus. In der Zwischenzeit erschien Mack Walkers knappe, vorzüglich angelegte und durchgeführte sozialgeschichtliche Kontextanalyse, „Germany and the Emigration 1816—1885" (1964), eine Arbeit aus amerikanischer Feder, die verdientermaßen auch in Deutschland starke Resonanz gefunden hat[8].

1977 veranstaltete die Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien in Stuttgart ein Symposium zur Geschichte der deutschen Amerikaauswanderung, an dem Archivare und Historiker teilnahmen und ihre Arbeitserfahrungen austauschten. Im Sommer 1978 begann die Arbeit an einem von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten, auf drei Jahre angelegten Forschungsprojekt der überseegeschichtlichen Abteilung der Universität Hamburg unter dem Rahmenthema „Deutsch-amerikanische Wanderungsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts im Kontext der Sozialgeschichte beider Länder". Damit können Forschungen, die schon 1972 in Hamburg begonnen hatten, intensiver fortgesetzt und auf eine breitere Basis gestellt werden[9]. Ein mit den Entwicklungen in anderen europäischen Ländern vergleichbarer erster Schritt zur institutionalisierten Auswanderungsforschung ist hiermit getan.

Ehe inhaltliche Fragestellungen angesprochen werden, sei ein kurzer Blick auf die in den Vereinigten Staaten

[5] Rudolph J. Vecoli, European Americans: From Immigrants to Ethnics, in: International Migration Review 6, 1972, S. 403—434, hier 420.

[6] Eugen von Philippovich, Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland: Berichte über die Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand des Auswanderungswesens in den Einzelstaaten und im Reich. Leipzig 1892. (Schriften des Vereins für Socialpolitik. 52.); Wilhelm Mönckmeier, Die deutsche überseeische Auswanderung: Ein Beitrag zur deutschen Wanderungsgeschichte. Jena 1912.

[7] Rolf Engelsing, Bremen als Auswandererhafen 1683—1880. Bremen 1961. (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen. 29.); Peter Marschalck, Die deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert: Ein Beitrag zur soziologischen Theorie der Bevölkerung. Stuttgart 1973. (Industrielle Welt. 14.)

[8] Mack Walker, Germany and the Emigration 1816—1885. Cambridge, Mass., 1964. (Harvard Historical Monographs. 54.)

[9] Ergebnisse Hamburger Forschungen wurden u. a. vorgelegt von Günter Moltmann (Hrsg.), Deutsche Amerikaauswanderung im 19. Jahrhundert: Sozialgeschichtliche Beiträge. Stuttgart 1976. (Amerikastudien / American Studies. Eine Schriftenreihe. 44.); ders. (Hrsg.), Aufbruch nach Amerika, Friedrich List und die Auswanderung aus Baden und Württemberg 1816/17. Dokumentation einer sozialen Bewegung. Stuttgart 1979.

durchgeführten Arbeiten zur deutsch-amerikanischen Einwanderung getan. Dort hat es vor dem Ersten Weltkrieg eine aufgefächerte Detailforschung in der deutschamerikanischen historischen Vereinsliteratur gegeben, die etwa das Gegenstück zur deutschen landesgeschichtlichen Literatur darstellte. Diese und auch übergreifende Veröffentlichungen, die das deutsche Bevölkerungselement in den Vereinigten Staaten insgesamt behandelten, waren stark mitbestimmt von einer Tendenz, die deutschen Leistungen in Amerika zu registrieren. Sie waren zum Teil von einem Selbstbestätigungsbedürfnis der Gruppe geprägt, wie dies auch bei anderen Einwanderungsgruppen der Fall war. „Gift of immigrants approach" wird dieser Ansatz gelegentlich in der neueren amerikanischen Forschung genannt[10]. Das verdienstvolle, für uns heute noch unentbehrliche zweibändige Standardwerk von Albert Faust, Das deutsche Element in den Vereinigten Staaten (1909), liegt durchaus auch auf dieser Linie[11].

In der Zwischenkriegszeit traten in Amerika Fragen der Akkulturation und Amerikanisierung der Einwanderer in den Vordergrund, wobei sich vor allem Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler hervortaten. Die neue Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten mit ihren rassischen Aspekten und der Quotengesetzgebung (1924) übte ihre Wirkung auch auf Forschungsinteressen aus. Dabei fand die deutsche Einwanderung allerdings viel weniger Beachtung als die sogenannte *New Immigration*, die ost- und südeuropäische Einwanderung, die seit den 1880er Jahren das Bild der Zuzügler immer stärker bestimmt hatte. Die ebenfalls in der Zwischenkriegszeit entstandenen Arbeiten des Historikers Marcus Lee Hansen, in denen der Prozeß der Auswanderung von den europäischen Ursprüngen bis zur Niederlassung in Amerika aufgrund umfassender Forschungen in deutschen und anderen europäischen Archiven behandelt wurde, fanden erst spät ihren Weg in die Öffentlichkeit[12].

Nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte in der deutschamerikanischen Einwanderungsforschung das Interesse für politische und kulturelle Interaktionen, wobei deskriptive Züge stark hervortraten. Wichtigster Repräsentant dieser Richtung war Carl Wittke mit seinem Buch über die deutschen Achtundvierziger in Amerika (1952), mit weiteren biographischen Studien und vor allem mit seinem wichtigen Werk über die deutschamerikanische Presse (1957)[13]. Seit den späten 1950er Jahren erschienen ferner etliche kommunale Fallstudien und regionale Untersuchungen über Deutschamerikaner, die zum Teil methodisch vorzüglich gearbeitet sind[14]. Als wichtiges übergreifendes Buch ist hier noch einmal Mack Walkers Arbeit über Deutschland und die Auswanderung 1816—1885 zu nennen[15].

Die deutsche Auswanderungs- und die amerikanische Einwanderungsforschung verliefen, das läßt sich rückblickend und resümierend feststellen, überwiegend ohne brückenschlagendes Konzept, obwohl es ein solches seit Marcus Lee Hansen, besonders seit seiner 1940 — in der Kriegszeit — herausgekommenen Arbeit zur Atlantischen Wanderung, gab[16]. Die Herauslösung der Auswanderer aus Deutschland, die Übersiedlung und die Eingliederung der Einwanderer in überseeischen Gesellschaften waren nach Hansens wegweisenden Forschungen Teilvorgänge eines großen sozialhistorischen Gesamtprozesses mit Auswirkungen auf beiden Seiten und auf das bilaterale Beziehungsfeld. Damit sind bereits inhaltliche Probleme der heutigen Auswanderungsforschung berührt, die es jetzt genauer zu beachten gilt.

Vergleicht man moderne Fragestellungen mit früheren, so läßt sich grob sagen, daß das wissenschaftliche Interesse an der Auswanderung heute nicht mehr so sehr der Rekonstruktion der äußeren Vorgänge und Verlaufsformen und kaum noch dem Leistungsnachweis für die Einwanderergruppen im Aufnahmeland gewidmet ist, sondern daß es sich stärker der strukturellen Kontextanalyse und dem sozialgeschichtlichen Gesamtzusammenhang zugewandt hat. Das heißt nicht, daß Detailforschung der abstrakten Theorie gewichen sei. Auch Untersuchungen mit neueren Zielen sind auf die zuverlässige Klärung der Fakten angewiesen. Nur die Perspektive ist weiter, die Zielsetzung übergreifender und dementsprechend die Faktenerforschung spezifischer geworden.

An einigen Fragestellungen der internationalen Diskussion zur Wanderungsgeschichte sei dies illustriert. Eine der von Frank Thistlethwaite erhobenen Forderungen war, daß die oft undifferenziert gesehenen nationalen Auswandererscharen auf ihre jeweiligen Herkunftsgemeinden hin detaillierter untersucht werden sollten. „Only when we examine such districts and town-ships, and trace the fortunes of their native sons, do we begin to understand the true anatomy of migration"[17]. Auch die jeweiligen beruflichen Voraussetzungen und Arbeitsbedingungen von Auswanderern seien festzustellen. Zweifellos sind dies wichtige Fragen. Erstere kann helfen, den gesellschaftlichen Kontext im Auswanderungsland zu verstehen, letztere den Zusammenhang zwischen Einwanderung und wirtschaftlicher Entwicklung des Aufnahmelandes. Insofern ist die Detailforschung nicht überflüssig, sondern — wenn auch stets mit dem Blick auf größere Zusammenhänge — voranzutreiben.

Hinsichtlich der verschiedenen Auswanderungsmotive hat die Forschung früher gern mit listenartigen Aufzählungen von Antriebsfaktoren gearbeitet und von religiösen, politischen, ökonomischen, psychologischen und anderen Gründen — jeweils unabhängig voneinander — gesprochen. Wenn es hoch kam, wurden die Anziehungsfaktoren der Zielländer hinzugenommen. Statt eine solche „laundry list of ‚push' and ‚pull' factors", wie Thistlethwaite die bloße

[10] Kathleen Neils Conzen, deren Buch „Immigrant Milwaukee, 1836—1860: Accomodation and Community in a Frontier City", Cambridge, Mass., 1976, zu den besten neueren Beiträgen der amerikanischen Immigrationsforschung gehört, in einem Hamburger Gastvortrag am 13. September 1977.

[11] Albert Bernhardt Faust, The German Element in the United States with Special Reference to its Political, Moral, Social, and Educational Influence. 2 Bde. Boston und New York 1909, deutsche Ausg., rev.: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner geschichtlichen Entwicklung / Das Deutschtum in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur. 2 Bde. Leipzig 1912.

[12] Als programmatischer Aufsatz ist vor allem wichtig: Marcus L. Hansen, The History of American Immigration as a Field for Research, in: American Historical Review 32, 1926/27, S. 500—518. Posthum erst erschienen: The Atlantic Migration 1607—1860: A History of the Continuing Settlement of the United States, hrsg. von Arthur M. Schlesinger. Cambridge, Mass., 1940; The Immigrant in American History, ebd. 1941, deutsch: Der Einwanderer in der Geschichte Amerikas. Stuttgart 1948.

[13] Carl Wittke, Refugees of Revolution: The German Forty-Eighters in America. Philadelphia 1952; Against the Current: The Life of Karl Heinzen. Chicago 1945; The Utopian Communist: A Biography of Wilhelm Weitling, Nineteenth-Century Reformer. Baton Rouge 1950; William Nast: Patriarch of German Methodism. Detroit 1959; The German Language Press in America. Lexington, Ky., 1957.

[14] Joseph F. Nau, The German People of New Orleans 1850—1900. Leiden 1958; Terry G. Jordan, German Seed in Texas Soil: Immigrant Farmers in Nineteenth Century Texas. Austin, Texas, 1966; Frederick C. Luebke, Immigrants and Politics: The Germans of Nebraska, 1880—1900. Lincoln, Neb., 1969; Kathleen Neils Conzen, s. Anm. 10. Weitere Literaturhinweise bei Vecoli, European Americans, S. 420—421.

[15] S. Anm. 8.

[16] S. Anm. 12.

[17] Thistlethwaite, Migration from Europe Overseas, S. 43.

Motivliste genannt hat[18], aufzustellen, wären heute die mentalen, religiösen, sozialen, wirtschaftlichen, administrativen und politischen Faktoren im jeweils gegebenen gemeinsamen Beziehungssystem zu sehen. Fördernde und hemmende Einflüsse waren meist von komplexer Natur. Auswanderungsentschlüsse sind daher im Zusammenhang mit den jeweiligen Hintergrundstrukturen zu erfassen, also etwa mit Agrarverfassungen, Wirtschaftskonjunkturen, sozialen Wertvorstellungen, Verwaltungssystemen, Besteuerungsordnungen usw.

Die Entwicklung der Auswanderung ist von jeher auch statistisch erfaßt worden, vielfach schon in zeitgenössischen Erhebungen. Das geschah zwar lange Zeit unsystematisch und lückenhaft, aber doch so, daß sich die Auf- und Abschwünge der Wanderungsbewegung gut heraushoben. Jeder kennt die Kurven, die gezeichnet wurden. Sie sind wichtig zur Erfassung des Wanderungsumfangs, aber sie sollten zugleich Basis für weiterreichende Analysen sein. So sind etwa Phasen verstärkter Auswanderung auf ihre Relation zu sozialen Strukturveränderungen hin zu untersuchen. Der Anteil der Familienauswanderung, der Einzelauswanderung, der Arbeiterwanderung (der Vorform des heutigen Gastarbeitertums) oder auch der Wandel der beruflichen Zusammensetzung interessieren. Das setzt sowohl eine Verfeinerung der Statistik voraus als auch eine Zusammenschau der Zahlen mit großen sozialgeschichtlichen Veränderungen, mit der Wandlung der Familienstruktur etwa, mit der Bevölkerungsvermehrung, mit der industriellen Revolution oder auch mit der wachsenden internationalen Arbeitsverflechtung.

Hinsichtlich der räumlichen Schwerpunkte der europäischen Überseeauswanderung begnügte man sich früher oft mit der Feststellung, daß bestimmte Länder mit besonders großer Auswanderungstendenz einander abwechselten: England, Irland, Deutschland, Skandinavien, Polen, Rußland, Italien usw. Wie hing, wird heute weiter gefragt, die Schwerpunktverlagerung von Nordwest- nach Mittel- und Nordeuropa und schließlich nach Ost- und Südeuropa mit gesamteuropäischen Entwicklungen zusammen? Thistlethwaite wies auf Bezüge zu demographischen Wandlungen hin, die in Nordosteuropa früh einsetzten und sich nach und nach auch in Mittel-, Ost- und Südeuropa zeigten: Bevölkerungsvermehrung durch Rückgang der Sterblichkeitsrate ohne gleichzeitigen Rückgang der Geburtenrate (eher einer Erhöhung derselben), wobei verbesserte Transportmöglichkeiten und auch andere Faktoren in verschiedenen Regionen zu spezifischen Auswanderungsschüben führten, die den Bevölkerungsdruck minderten[19].

Ferner: Auswanderung wird bis heute fast unabhängig von anderen Mobilitätsvorgängen gesehen. Wie war das Verhältnis von interkontinentalen und innereuropäischen Wanderungen, von Wanderungen über See und „trockenen" Wanderungen, von innerstaatlichen Binnenwanderungen und Auswanderungen über Staatsgrenzen hinaus, von Land-Stadt-Wanderungen und dem Fortzug in überseeische Gebiete? Hier hat neuerdings die skandinavische Forschung Bahnbrechendes geleistet, allerdings in einem Arbeitsfeld, das sehr viel übersichtlicher ist als das deutsche[20]. Lauter als zuvor ist in den letzten Jahrzehnten auch der Ruf nach einer komparatistisch orientierten Wanderungsforschung geworden. Lange Zeit überwog die nationale Perspektive eindeutig. Internationale Komparatistik ist schwierig, wird aber doch im Zuge einer wachsenden Internationalisierung der Geschichtswissenschaft dringender[21].

Wenn von neueren Themen der internationalen Wanderungsforschung gesprochen wird, sollte schließlich auch noch einmal auf das integrierende Konzept von Marcus Lee Hansen hingewiesen werden. Teilabschnitte des europäisch-amerikanischen Wanderungsprozesses sollten nicht isoliert gesehen werden. Push- und Pullfaktoren, Aus- und Einwanderung, Entfremdung im Herkunftsland und Akkulturation im Aufnahmeland, Reaktionen der Ausgangs- und der Aufnahmegesellschaft weisen jeweils enge Beziehungen zueinander auf. In Nordamerika ist auch der Zusammenhang von Einwanderung und Westwanderung zu beachten: War die fortschreitende Besiedlung des Westens letztes Teilglied einer Wanderungsbewegung, die in Europa begann?

Das oben genannte Hamburger Forschungsprojekt ist nach diesem integrierenden Konzept angelegt. Die dort bearbeiteten Themen gruppieren sich in Teilkomplexe, die auf den größeren Zusammenhang, den Brückenschlag von Deutschland nach überseeischen Gebieten, ausgerichtet sind. Sie gruppieren sich wie folgt: 1. Hintergrundfaktoren in Deutschland, 2. Herauslösungsprozeß in Deutschland, 3. Organisation und Technik sowie wirtschaftliche und soziale Problematik der Überreise, 4. Aufnahme in Amerika, 5. (eingeschoben) die amerikanisch-deutsche Rückwanderung, 6. Akkulturation und Assimilation in Amerika, 7. amerikanische Hintergrundfaktoren. Alle Einzelarbeiten sind in den größeren Zusammenhang eingeordnet, und es gibt übergreifende, resümierende Arbeiten.

Damit sind spezielle Fragestellungen angesprochen, die in der deutschen Forschung anstehen. Sie ergeben sich aus der allgemeinen Problematik und lassen sich etwa wie folgt spezifizieren:

Erwünscht ist eine Klärung des Verhältnisses der Auswanderer zur gesellschaftlichen Umgebung in Deutschland, und zwar unterschieden nach Lokalität und Zeitpunkt des Abzugsentschlusses. Welche Entfremdungsfaktoren sind ausschlaggebend gewesen und wie hat sich der Herauslösungsprozeß gestaltet? Erfolgte der Fortzug aus Resignation, als Flucht oder aus Protest gegen das bestehende gesellschaftliche und politische System? Partiell dürfte die Auswanderung eine soziale Protestbewegung gewesen sein, die auch im Zusammenhang mit den relativ spärlichen revolutionären Zügen der deutschen Entwicklung im 19. Jahrhundert zu sehen ist.

Erwünscht ist eine gründlichere Untersuchung der Auswanderungsorganisation in Deutschland, wobei die Rolle der Werbung, der Agenturen und der Transportunternehmen (der Schiffahrtslinien und der Eisenbahnen) ebenso zu klären ist wie die Bedeutung der jeweiligen Verkehrsbedingungen für die Routen- und Ziellandwahl.

Erwünscht ist eine Erforschung der Zusammenhänge zwischen Einwanderungen nach Deutschland (zum Beispiel aus Polen), Binnenwanderungen (zum Beispiel vom Lande und aus der Kleinstadt in industrielle Ballungsgebiete) und Auswanderungen aus Deutschland in andere Länder[22].

Erwünscht ist eine vertiefte Untersuchung der Beziehungen, die zwischen Wanderungsbewegungen und Wirtschaftsentwicklungen bestanden haben. Wie weit waren

[18] Ebd. S. 46.

[19] Vgl. ebd. S. 51, und Åkerman, From Stockholm to San Francisco, S. 5—6.

[20] Vgl. Sune Åkerman, Intern befolkningsomflyttning och emigration, in: Emigrationen fra Norden indtil 1. Verdenskrig, Rapporter til det Nordiske historikermøde i København 1971, Kopenhagen 1971; Ingrid Semmingsen, Family Emigration from Bergen 1874—92, Some Preliminary Results of a Statistical Study, in: Scandinavian American Interrelations. Americana Norvegica 3, Oslo/Bergen/Tromsö 1971, S. 38—63.

[21] Vgl. Åkerman, From Stockholm to San Francisco, S. 24.

[22] Eine vor dem Abschluß stehende Habilitationsschrift von Klaus J. Bade, Erlangen, mit dem Thema „Transnationale Migration und Arbeitsmarkt in Deutschland, 1879—1929" verspricht interessante Aufschlüsse für diese Problematik.

Aus- und Einwanderung die Folge von wirtschaftlichen Konjunkturen im agrarischen und industriellen Bereich? Wie wirkten Wanderungsbewegungen ihrerseits auf die Wirtschaftsentwicklungen? Diese Fragen können nur im Blick auf Deutschland und die Aufnahmeländer zugleich gestellt werden.

Erwünscht sind Forschungen, die die Zusammenhänge zwischen deutscher Überseewanderung und amerikanischer Westwanderung klären. Wie bildeten sich deutschamerikanische Siedlungsschwerpunkte im Rahmen der amerikanischen Westexpansion? Welche Rolle spielten deutsche Einwanderer beim Verschieben der amerikanischen *Frontier*? Welche Wanderungsverlängerungen gab es? Überwog bei den deutschen Einwanderern die Seßhaftigkeit oder die — der Aufnahmegesellschaft angepaßte — Mobilität? Welche klimatischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren wirkten bei der Niederlassung in bestimmten Regionen der Neuen Welt mit?

Erwünscht sind schließlich weitere Arbeiten zum Akkulturations- und Assimilationsprozeß der Deutschen im Aufnahmeland und auch zur Frage der Erhaltung multikultureller Komponenten in überseeischen Gebieten. Eine solche Forschung ist nicht auf ein Arbeiten in überseeischen Ländern beschränkt. Sie kann auch schon in Deutschland selbst vorgenommen werden. Die große Quellengruppe der Auswandererbriefe gibt hierfür unter anderem wertvolle Aufschlüsse.

Dieser umfangreichen Wunschliste — die anspruchsvoll klingen mag, aber im Grunde noch viel weiter aufgefächert werden könnte — sei eine Vorschlagsliste mit Anregungen zur Verbesserung der Arbeitsvoraussetzungen und der Arbeitsformen hinzugefügt:

Nötig erscheint eine bessere Aufbereitung des Quellenmaterials und eine Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse. Kaum irgendwo scheint die Quellengrundlage so unübersichtlich zu sein wie in Deutschland, was sich daraus erklärt, daß die geschlossene nationale Überlieferung erst 1871 einsetzte und diese überdies heute weitgehend in der DDR deponiert ist. Landes-, Kreis- und Gemeindearchive sowie andere öffentliche und auch private Einrichtungen sollten mit dem Ziel einer besseren Dokumentation eng miteinander kooperieren. Es gibt viele Ansätze für eine breitere Dokumentation in Findbüchern, Aktenverzeichnissen und Bibliographien. Es fehlt aber der Gesamtüberblick. Dies macht sich in der Auswanderungsforschung sehr nachteilig bemerkbar.

Die elektronische Datenverarbeitung zur personellen Erschließung der umfangreichen Archivalien könnte die Forschungsbasis verdichten und zuverlässiger gestalten, vorausgesetzt, daß sie angesichts des großen Aufwandes für die vorweg erforderliche Datensichtung und -erfassung überhaupt durchführbar ist[23]. Wo sie zur Erleichterung der genealogischen Recherchen in den Archiven in Angriff genommen wird, sollten allgemeine Gesichtspunkte der geschichtlichen Wanderungsforschung in die Programmierung einfließen. Bei einer Verdichtung der statistischen Basis könnte auch wieder an die Erstellung eines Atlas der deutschen Auswanderung gedacht werden, ein Unternehmen, das schon in den 1920er Jahren geplant war, aber unausgeführt blieb[24].

Nötig erscheint ferner eine stärkere Berücksichtigung bislang wenig genutzter Quellen. Neben Statistiken, Akten, Briefen, Zeitungen, Zeitschriften und der Auswanderungspublizistik gibt es aufschlußreiches Bildmaterial (Druckillustrationen, Karikaturen, Fotografien usw.), Auswanderungslieder, populäre Auswanderungsliteratur und Werbematerial. Was an Quellen dieser Art in privaten, kommunalen, kirchlichen und wirtschaftlichen Archiven liegt, ist vielfach nicht bekannt, geschweige denn beachtet worden. Auch Museumsbestände sind zu berücksichtigen.

Nötig erscheint die interdisziplinäre Kooperation des Historikers mit Wirtschaftswissenschaftlern, Demographen, Sozialpsychologen, Sozio-Linguisten und anderen Fachkollegen. Viele Vorgänge der Auswanderung erfordern den Blick über die Grenzen der eigenen Disziplin hinaus.

Nötig erscheint schließlich auch eine stärkere Internationalisierung der deutschen Forschung und der archivalischen Erschließung. Diese könnte sowohl für eine integrierte Betrachtung des gesamten Wanderungsprozesses vom Ausgangsland in das Aufnahmeland als auch für komparatistische Analysen förderlich sein.

Dieser Aufriß von Fragen, Wünschen und Vorschlägen sollte den gegenwärtigen Stand der internationalen Auswanderungsforschung aufzeigen; er sollte auf Desiderata der deutschen Forschung hinweisen; er sollte Anregungen geben, wie über das, was bisher hier geleistet worden ist, hinauszukommen ist.

Es war nicht beabsichtigt, bisherige Detailforschung durch großspurige Thesen zu ersetzen, sondern Details aus ihrer Isolierung zu befreien und in übergreifende Zusammenhänge einzuordnen. Von übergreifenden Fragestellungen her kann die Einzelforschung auch wieder neu angeregt werden. Überblick und Einblick ergänzen sich notwendigerweise. Die Überwindung allzu enger lokaler, provinzieller und nationaler Perspektiven ist aber erforderlich, wenn die deutsche Auswanderungsforschung wieder Anschluß an die internationale Auswanderungsforschung finden soll. Universitätshistoriker und Archivare können gemeinsam darauf hinwirken.

---

[23] Über die Anwendung automatischer Datenverarbeitung in Finnland informiert Reino Kero, Migration from Finland to North America in the Years between the United States Civil War and the First World War. Turku 1974. S. 9—15. (Annales Universitatis Turkuensis. B 130.) Für Schweden vgl. Semmingsen, Family Emigration.

[24] Vgl. Hugo Grothe, Die Möglichkeiten kartographischer Darstellung der Wanderungsbewegung, Vorschläge zu einem Aus- und Einwanderungsatlas der Völker (mit neuen Kartenskizzen und Diagrammen), in: Archiv für Wanderungswesen 1, 1928/29, S. 39—41; ders., Die Möglichkeiten kartographischer Darstellung der Wanderungsbewegung, ebd. 11, 1940/41, S. 85—88. Kartenbeispiele des „Atlas Project of the research team ‚Nordic Emigration'" in: Åkerman, From Stockholm to San Francisco, S. 27—28, und in Runblom/Norman (Hrsg.), From Sweden to America, zwischen S. 128 und 129. Vgl. auch Dupeux, Les migrations, Anhang: Danemark / Finlande / Islande / Norvege / Suede.

Das Quellenangebot der territorialen Staatsarchive, insbesondere Südwestdeutschlands, zur Auswanderungsforschung

Referat des 52. Deutschen Archivtages (Quellenkundliches Rundgespräch) *

Von Paul Sauer

In den Staatsarchiven, insbesondere in denen Südwestdeutschlands, hat die Auswanderung einen reichen dokumentarischen Niederschlag gefunden. Dies nimmt nicht wunder, war doch die Auswanderung namentlich im 19. Jahrhundert für die deutschen Länder ein zentrales bevölkerungspolitisches Problem, das, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, alle Bereiche der Staatsverwaltung beschäftigte. Mit an der Spitze der Auswanderungsbewegung standen zwischen dem Ende der Napoleonischen Kriege und der Bismarckschen Reichsgründung das Königreich Württemberg sowie die Großherzogtümer Baden und Hessen-Darmstadt. Allein aus Württemberg wanderten von 1815 bis 1870 zwischen 353000 und 368000 Menschen aus. Diese Zahl entspricht einem Fünftel der württembergischen Bevölkerung von 1870. Über 90% der Auswanderer aus Württemberg wählten Amerika und hier wiederum meist die Vereinigten Staaten als Zielland. Auch aus Baden, Hessen und der Rheinpfalz suchten und fanden damals Hunderttausende eine neue Heimat jenseits des Atlantischen Ozeans. Nun setzte jedoch der Auswandererstrom aus Südwestdeutschland nach Übersee nicht erst 1815 ein, und er versiegte auch nicht mit der Gründung des Bismarckreichs. Schon im 18. Jahrhundert waren Tausende von Pfälzern und in geringerer Zahl Badener, Hessen und Württemberger, den Warnungen der Regierungen zum Trotz, als Pioniere nach Amerika gezogen und hatten dort wesentlich zur wirtschaftlichen Erschließung des neuen Kontinents beigetragen. Auch nach 1870 behielten die USA ihre Anziehungskraft für südwestdeutsche Auswanderer, doch nahm ihre Zahl mit der rasch voranschreitenden Industrialisierung und der wachsenden wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands bis zum Ersten Weltkrieg stetig ab, um dann nach dem verlorenen Krieg zeitweilig nochmals stärker anzuschwellen.

Die Politik der Regierungen in der Frage der Auswanderung wandelte sich. Im 18. Jahrhundert waren die größeren Territorien durchweg bemüht, den Auswanderungsdrang in engen Grenzen zu halten. Im Bestand A 39 des Hauptstaatsarchivs Stuttgart finden sich zahlreiche Generalreskripte, in denen die Untertanen eindringlich vor einer unüberlegten Auswanderung und vor geschäftstüchtigen, betrügerischen Auswanderungsagenten gewarnt wurden. Damit ließ es aber die württembergische Regierung nicht bewenden. Sie wies alle Behörden an, solchen Agenten das Handwerk zu legen. Außerdem bemühte sie sich auf diplomatischem Wege, benachbarte Reichsstädte wie Esslingen und Heilbronn zu ähnlichen Maßnahmen zu bewegen. Ferner ließ sie bekanntgeben, daß aus der Auswanderung zurückkehrenden ehemaligen Landeskindern die Wiederaufnahme in das Herzogtum verweigert werde. Sie wollte keinesfalls, daß Württemberg durch solche in der Fremde zumeist ihrer letzten Mittel beraubten Menschen drückende soziale Lasten erwuchsen. Neben der Fürsorge für das Wohl der Untertanen stand hinter ihrer abweisenden Haltung gegenüber der Auswanderung das Bestreben, nützliche Bürger dem Land zu erhalten.

Die Politik der Regierungen spiegelt sich vor allem in den Akten der Zentralbehörden wider, so für die Markgrafschaft Baden und für die Kurpfalz in den im Generallandesarchiv Karlsruhe verwahrten Beständen Baden Generalia und Pfalz Generalia, für das Herzogtum Württemberg in den im Hauptstaatsarchiv Stuttgart befindlichen Beständen des Geheimen Rats und des Oberrats. In der Rubrik Wegzug der Abteilung 77 des Generallandesarchivs Karlsruhe sind beispielsweise Auswanderungen nach Pennsylvanien, Preußen, Cayenne und Spanien ab 1658 dokumentiert. Auf lokaler Ebene sind es die Ämter, in deren aus dem 18. Jahrhundert allerdings nur sehr fragmentarisch überliefertem Schriftgut einschlägiges Quellenmaterial nachzuweisen ist. Der Auswanderung hatte der Verzicht auf das Gemeinde- und Staatsbürgerrecht voranzugehen. Hierfür war ein förmliches Verfahren erforderlich, das bei den Behörden der unteren Verwaltungsstufe, den Bezirks- oder Oberämtern, beantragt und von diesen durchgeführt werden mußte. In Baden wurden derartige Verfahren noch Anfang des 19. Jahrhunderts recht umständlich abgewickelt. Den Auswanderungswilligen wurden die Mühsale der weiten Land- und Seereise nach Amerika, die Unsicherheit der dortigen Verhältnisse und manche andere Fährlichkeit eindrücklich vor Augen gestellt. Falls sie trotz dieser Warnungen und Ermahnungen, die in Protokollen festgehalten wurden, auf ihrem Vorhaben beharrten, mußten sie durch ihre Unterschrift bestätigen, daß sie sozusagen auf eigenes Risiko das Wagnis der Auswanderung auf sich nahmen. Auch in Württemberg wurde zeitweise durch ähnliche Aktionen die Auswanderung zu erschweren bzw. ihr zu steuern versucht. Bekannt sind die Auswandererbefragungen, die Friedrich List im Jahr 1817 im Auftrag des württembergischen Ministeriums des Innern in den Oberämtern Heilbronn, Neckarsulm und Weinsberg durchführte. List sollte die individuellen Beweggründe für die plötzlich epidemieartig das ganze Königreich erfassende Massenauswanderung ermitteln, um der Regierung die dringend benötigten Sachinformationen für die zu treffenden Gegenmaßnahmen zu verschaffen. Gleichzeitig oblag ihm aber auch, durch angemessene Belehrung die Auswanderer von ihrem Vorhaben abzubringen. Daß übrigens diese Belehrungen ein letzter vergeblicher Versuch waren, die restriktive Auswanderungspolitik des 18. Jahrhunderts auf das 19. Jahrhundert zu übertragen, wurde List wie der württembergischen Regierung rasch bewußt, und dies nicht nur, weil die Auswanderungswilligen recht freimütig über die Gründe sprachen, die sie zum Verlassen der Heimat bewogen, sondern vor allem auch, weil sich die Probleme sozialer und wirtschaftlicher Art infolge des anhaltend starken Bevölkerungsdrucks zunehmend verschärften und mit den verfügbaren wirtschaftlichen Hilfsmitteln und -quellen kaum noch zu lösen waren. Hier sah es in Baden, in Hessen-Darmstadt oder in der bayerischen Rheinpfalz nicht viel anders aus als in Württemberg. Um ein Massenelend zu verhindern, mußte das Tor zum Ausland, nach dem Osten, nach den Donauländern und nach Rußland, aber

* Das Quellenkundliche Rundgespräch, das am 4. Oktober 1978 in Hamburg stattfand, stand unter dem Thema „Die Auswanderung nach Übersee im 19. Jahrhundert — Forschungsansätze und archivische Quellen". Zum Rundgespräch vgl. auch Sp. 49ff. (Anm. d. Schriftl.).

auch nach Amerika weit geöffnet werden. Die Regierungen, bedrängt von den Gemeinden, die bestrebt waren, sich eines Teils ihrer schweren sozialen Bürde zu entledigen, trugen dem durch eine liberale Handhabung der Auswanderungspolitik Rechnung. Wer immer aus wirtschaftlichen, aus politischen oder auch aus religiösen Gründen der Heimat den Rücken kehren wollte, konnte dies tun. Er hatte nur nachzuweisen, daß er keine Schulden oder unversorgte Angehörige im Inland zurückließ. Die Gemeinderäte, die als erste Instanz solche Auswanderungsanträge prüften, stimmten der Auswanderung sozial schlecht gestellter oder in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen gefährdeter Familien stets bereitwillig zu. Die in den Gemeindearchiven verwahrten Gemeinderatsprotokolle sind neben den Kirchenbüchern der Pfarrämter die wichtigste lokale Quelle für die Auswanderung im 19. Jahrhundert. Aus ihnen erhält der Forscher viele wertvolle soziale Hintergrundinformationen. Die umfangreichen Auswanderungsakten der Ober- und Bezirksämter, der Kreis- und Landratsämter in den Staatsarchiven sind bürokratisch nüchtern gehalten. In ihnen finden sich für die einzelnen Auswanderer die ganzen mit der Auswanderungsvorbereitung verbundenen Formalitäten: Antrag, Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll, Geburtsurkunde, Bürgschaftserklärung eines im Inland zurückbleibenden Bekannten oder Verwandten für möglicherweise noch nachträglich bekanntwerdende finanzielle Verbindlichkeiten des Auswanderers, Bürgerverzichtsurkunde. Von hohem dokumentarischem Wert sind die detaillierten Auswandererverzeichnisse, die in Württemberg die Oberämter zu führen hatten. In ihnen mußte für jeden Auswanderer festgehalten werden: Name, Auswanderungsort bzw. -land, Grund der Auswanderung, mitgenommenes Vermögen, Datum der Entlassung aus der württembergischen Staatsangehörigkeit, Name, Stand und Wohnort des Bürgen oder die Angabe, warum ein solcher nicht benannt werden konnte. Das Formular änderte sich zwischen 1816 und 1900 wiederholt. Manche Angaben fielen weg, andere traten neu hinzu. Es müssen deshalb, wenn man die Personalien sowie die für die Auswanderung wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Tatbestände einigermaßen vollständig erfassen will, zusätzlich zu den Verzeichnissen die Einzelfallakten über die Auswanderer herangezogen werden. Obwohl sich die Auswanderer-Einzelfallakten in großer Zahl erhalten haben — allein im Generallandesarchiv Karlsruhe werden in den Beständen der 53 badischen Bezirksämter schätzungsweise 100000 solcher Akten verwahrt —, sind doch für manche Bezirke durch Krieg, Unachtsamkeit oder wilde Kassationen bewirkte schmerzliche Lücken festzustellen. Hinzu kommt, daß nur legal ausgewanderte Personen oder Familien erfaßt wurden, nicht jedoch der zeitweise recht erhebliche Prozentsatz der illegal Ausgewanderten. Die Einzelfallakten der Bezirks- und Oberämter, der Kreis- und Landratsämter über die Auswanderung werden mitunter ergänzt durch Unterlagen über den Transfer von Vermögen, das Auswanderer in der Heimat zurückließen. Hier finden sich zahlreiche Briefe, in denen Auswanderer ihre Lebensverhältnisse in der Neuen Welt, ihre guten oder schlechten Erfahrungen bei der Überfahrt und der Niederlassung schildern. Solche persönlichen Dokumente in reicher Auswahl liegen übrigens auch in den Pflegschaftsakten sowie in den Inventuren und Teilungen, die wichtige Bestandteile der württembergischen Gemeindearchive bilden. Die Bestände der Amtsgerichte enthalten gleichfalls bedeutsame Quellen zur Auswanderung: Briefe von Auswanderern an Verwandte und Bekannte betreffend Verschollene, Gestorbene, Todeserklärungen, Vollmachten von Auswanderern zur Vermögensfreigabe mit notariellen und konsularischen Bestätigungen, Bestellung von Erbschaftsverwaltern usw.

Die Zentralbehörden beschäftigten sich mit grundsätzlichen Fragen der Auswanderungspolitik und mit Einzelfällen, über die auf der unteren oder mittleren staatlichen Instanzenstufe nicht entschieden werden konnte. So ist beispielsweise im Bestand Königliches Kabinett im Hauptstaatsarchiv Stuttgart eine größere Zahl von Begnadigungen von Festungs-, Arbeitshaus- und Zuchthausgefangenen zur Auswanderung nach Amerika dokumentiert. Interessant sind hier besonders die Fälle von politischen Gefangenen, die man dadurch unschädlich machte, daß man sie unter Polizeiaufsicht nach den Vereinigten Staaten abschob. Die Entscheidung hinsichtlich der Wiedereinbürgerung von zurückgekehrten Auswanderern lag zumindest in Württemberg gleichfalls beim Monarchen bzw. bei den obersten Regierungsinstanzen. Im Fall des bekannten Nationalökonomen Friedrich List (1789—1846), der nach der Rückkehr aus Amerika um seine Wiedereinbürgerung nachsuchte, ordnete König Wilhelm I. von Württemberg in einem Dekret an das Justizministerium an, daß List als Ausländer zu behandeln und ihm der Aufenthalt im Königreich nur auf Wohlverhalten und unter polizeilicher Aufsicht zu gestatten sei.

Von 1816/17 bis etwa 1845 begnügten sich die Regierungen im wesentlichen damit, dem Auswandererstrom seinen Lauf zu lassen. Ihnen kam es, wie wir gehört haben, vor allem darauf an, daß ihren Ländern, insbesondere aber auch den Gemeinden und Privatpersonen, durch Schulden oder sonstige Verbindlichkeiten von Auswanderern kein Schaden erwuchs. Das Schicksal der Auswanderer nach Antritt ihrer Reise zu den Seehäfen in Frankreich, in Belgien, in den Niederlanden oder an der deutschen Nordseeküste bekümmerte sie nur noch wenig. Gewiß standen die wenigen württembergischen, badischen, bayerischen oder hessen-darmstädtischen Konsulate, die in amerikanischen Seehäfen und Städten eingerichtet waren, den Auswanderern im Rahmen ihrer dienstlichen Möglichkeiten mit Rat und Hilfe bei. Im allgemeinen aber war der „Amerikafahrer", wenn er die Heimat verlassen hatte, auf sich allein angewiesen. Die immer lauter nach Deutschland dringenden Nachrichten über die skandalöse Ausbeutung, Beraubung und Erniedrigung von Auswanderern durch zwielichtige Gesellschaften und geschäftstüchtige Schiffahrtsunternehmer, Landmakler usw. beunruhigten in zunehmendem Maß die Öffentlichkeit. Die südwestdeutschen Regierungen entschlossen sich, veranlaßt oder zumindest unterstützt von den Landständen, zu einer aktiven Auswanderungspolitik, bei der der Fürsorgegedanke im Vordergrund stand. Sie verdichteten zunächst einmal das Netz ihrer Konsulate. So traten beispielsweise zu den bereits bestehenden württembergischen Konsulaten in Bremen, Hamburg, Lübeck, Baltimore und New Orleans solche in New York, Philadelphia, St. Louis, Cincinnati, Le Havre, Rotterdam, Antwerpen, London, Liverpool und Köln. Die Konsuln wurden angewiesen, sich der Auswanderer anzunehmen. Demzufolge beanspruchten Auswanderungs- und Ansiedlungsangelegenheiten in der Geschäftstätigkeit der Konsulate nunmehr einen vorrangigen Platz. Die Aktenbestände des Württembergischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten sowie des Badischen und des Großherzoglich Hessischen Staatsministeriums, in denen sich das leider nur sehr bruchstückhaft erhaltene Schriftgut der Konsulate befindet, vermitteln davon eine Vorstellung. Berichte und Korrespondenzen mit einer Fülle hochinteressanter Anlagen wie Zeitungen, Werbeschriften von Schiffahrtsunter-

nehmen und Siedlungsgesellschaften, Schiffahrpläne, Gutachten, gedruckte Rechenschaftsberichte von deutschen und amerikanischen Auswanderer- bzw. Einwandererunterstützungsvereinen, Gesuche um Förderung bestimmter Siedlungsprojekte werden hier verwahrt. Mit Unterlagen besonderer Art haben wir es bei den unter der Rubrik Interzessionen in den Bestand des Badischen Staatsministeriums eingegliederten Akten zu tun. Hierbei handelt es sich um Pensionsforderungen von Angehörigen badischer Auswanderer, die im US-Militärdienst, namentlich während des amerikanischen Bürgerkriegs, ihr Leben verloren. Die Akten besitzen einen hohen Dokumentationswert auch dadurch, weil sie Feldpostbriefe der Gefallenen enthalten, die die Hinterbliebenen zum Geltendmachen ihrer Ansprüche vorlegten. Entsprechendes Schriftgut läßt sich auch in den Akten des Württembergischen Außenministeriums nachweisen. Interessante Einblicke in das deutsche Vereinsleben in den USA ermöglicht die Korrespondenz des badischen Großherzogs mit Vereinen und Privatpersonen in Amerika. Diese Korrespondenz befindet sich im Bestand „Geheimes Kabinett" des Generallandesarchivs Karlsruhe. Von den zwischen dem Königreich Württemberg bzw. dem Großherzogtum Baden mit den Vereinigten Staaten 1844 und 1868 abgeschlossenen Staatsverträgen, durch die Besteuerungsangelegenheiten sowie Fragen der Staatsangehörigkeit geregelt wurden, besitzen das Hauptstaatsarchiv Stuttgart und das Generallandesarchiv Karlsruhe repräsentative Ausfertigungen.

Die Regierungen Badens, Hessen-Darmstadts und Württembergs leisteten den Auswanderern seit den 1840er Jahren auch im Ausland wirksamen Rechtsbeistand. Im Inland überwachten sie im Verein mit den unteren staatlichen Verwaltungsbehörden und den Gemeinden das Geschäftsgebaren von Reisebüros und Schiffahrtsunternehmen und setzten durch, daß diese um die staatliche Konzession einkamen. Über all diese Fürsorge- und Hilfsmaßnahmen enthalten namentlich die Akten der Innenministerien, aber auch die der mittleren und unteren staatlichen Verwaltungsinstanzen reichhaltiges Quellenmaterial. Aufschlußreiche statistische Übersichten über die Auswanderungsbewegung in Württemberg für einige größere Zeitabschnitte liegen in den Beständen des Württembergischen Innenministeriums vor, so Auswanderungstabellen von 1817 bis 1820, detaillierte oberamtliche Übersichten über den Gang der Ein- und Auswanderung von 1851 bis 1857, Auswanderungen mit öffentlicher Unterstützung 1849 bis 1871/75, Verzeichnisse über die Aus- und Einwanderungen nach Oberämtern 1849 bis 1871/72, Statistik über die Auswanderung aus Württemberg in überseeische Länder 1881 bis 1899. Das Badische Statistische Landesamt hat für die Jahre 1866 bis 1911 alle Auswanderer aus Baden listenmäßig erfaßt. Die Listen verwahrt das Generallandesarchiv Karlsruhe. Umfangreiches statistisches Material über die Bevölkerungsbewegung in Württemberg, namentlich auch über die Auswanderung im 19. und 20. Jahrhundert, befindet sich noch beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Seine Übernahme in das Staatsarchiv Ludwigsburg ist vorgesehen. Die Statistischen Landesämter für Baden und Württemberg haben bereits im letzten Jahrhundert einen Teil ihrer Erhebungen zur Aus- und Einwanderung in ihren Publikationsorganen (Statistische Mitteilungen über das Großherzogtum Baden, Statistisches Jahr- bzw. Handbuch für das Großherzogtum Baden, Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde) veröffentlicht.

Die Emigration von vielen Tausenden deutscher Staatsbürger, die in der Zeit des Nationalsozialismus aus politischen, rassischen und religiösen Gründen verfolgt und zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen wurden, ist vor allem in den zum Teil bereits in die Staatsarchive gelangten Akten der Wiedergutmachungsämter dokumentiert. Diesem Schriftgut kommt ein hoher zeit- und sozialgeschichtlicher Quellenwert zu, weil in ihm die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Verfolgten vor der Emigration, häufig aber auch die Schwierigkeiten des Neuanfangs im Ausland, hauptsächlich in den USA, nachgewiesen sind. Im Hauptstaatsarchiv Stuttgart werden zudem Unterlagen über die Schicksale von etwa 35000 Juden aus Baden-Württemberg während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit verwahrt, die Ergebnisse mehrjähriger intensiver Ermittlungen und Nachforschungen einer zu diesem Zweck bei der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg eingerichteten Dokumentationsstelle. Die hier erfaßten Daten geben Aufschluß über den Emigrationsweg von rund 22000 Menschen während der Jahre 1933 bis 1945.

Die genealogischen Anfragen aus den USA, aber auch aus anderen Ländern, mit denen die Archive zeitweise geradezu überschwemmt werden, haben verschiedene Staatsarchive veranlaßt, Namenkarteien von Auswanderern anzulegen. So verfügt das Generallandesarchiv Karlsruhe über eine Kartei, für die sämtliche Auswandererlisten des Badischen Statistischen Landesamts, ebenso die Personaldaten einer Anzahl von Einzelfallakten der Bezirksämter ausgewertet wurden. Das Hessische Staatsarchiv Darmstadt besitzt vier solcher Karteien mit knapp 40000, sich allerdings zum Teil überschneidenden Einzelnachweisen. Hervorzuheben ist hierbei, daß in diese Kartei auch das Namenmaterial der 1944 durch Luftangriff vernichteten Akten des Darmstädter Archivs betreffend die Amerika-Auswanderung vom Ende des 18. Jahrhunderts bis etwa 1865 anhand eines in der *Library of Congress* in Washington verwahrten Films eingearbeitet wurde. Das Staatsarchiv Darmstadt strebt eine weitere Vervollständigung dieser Daten und ihre spätere Zusammenfassung zu einem Gesamtnachweis im Wege der elektronischen Datenverarbeitung an.

Im Rahmen des Referats muß ich mich leider mit diesem sehr fragmentarischen Überblick über die Quellenlage zur Auswanderung in den Staatsarchiven begnügen. Daß das reichhaltige archivische Primärmaterial zur Auswanderung, zumindest was den südwestdeutschen Bereich betrifft, bislang im wesentlichen nur für genealogische und ortskundliche Forschungen herangezogen wurde, ist nicht von der Hand zu weisen. Übergreifende kultur- und sozialgeschichtliche Untersuchungen fehlen beinahe ganz. Dabei vermag die wissenschaftliche Auswertung dieser Quellen in einzigartiger Weise Licht in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen deutschen Länder während der beiden letzten Jahrhunderte zu bringen und der sozialgeschichtlichen Forschung im nationalen wie vor allem auch im internationalen Rahmen wichtige Impulse zu geben. Eine starke Behinderung der Forschung ist ohne Zweifel die Aufteilung des einschlägigen Quellenmaterials auf eine Vielzahl von Archiven und hier wiederum auf die verschiedensten Bestände sowie die teilweise völlig ungenügende Erschließung des Dokumentationsguts für die Benutzung. Hier können lediglich nach wissenschaftlichen Maßstäben erstellte archivübergreifende sachthematische Inventare Abhilfe schaffen. Daß die Erarbeitung solcher Inventare nur im Rahmen eines mit öffentlichen oder privaten Mitteln geförderten Sonderprogramms durch außerplanmäßige wissenschaftliche Kräfte möglich ist, versteht sich bei der angespannten Personalsituation der Archive von selbst. In einem Referat auf dem Symposion der Deutschen

Gesellschaft für Amerikastudien, das im September 1977 in Stuttgart stattfand, hat Wolfgang von Hippel Wege aufgezeigt, wie mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung die Auswanderer-Einzelfallakten der unteren staatlichen Verwaltungsstufe unter modernen sozialgeschichtlichen Aspekten ausgewertet werden können. Seiner quantifizierenden Untersuchung lagen die Auswandererakten einer Reihe nordwürttembergischer Oberämter aus dem 19. Jahrhundert zugrunde. Unzweifelhaft eröffnet die Datenverarbeitung im Bereich der Auswanderungsforschung neue, bislang noch kaum genutzte Möglichkeiten. Inwieweit das einschlägige Schriftgut der Staatsarchive dafür herangezogen werden kann, bedarf im einzelnen noch sorgsamer Prüfung. Sicher jedoch ist, daß sich ein nicht unerheblicher Teil der staatlichen Auswandererakten bei entsprechender Aufbereitung für eine quantifizierende Auswertung eignet.

Berichte der Fachgruppen über ihre Arbeitssitzungen auf dem 52. Deutschen Archivtag*

Fachgruppe 2:

Archivare an Stadtarchiven und Archiven sonstiger Gebietskörperschaften

Die Fachgruppe 2 tagte am 2. September 1978 unter dem Vorsitz ihres Leiters, Stadtarchivdirektor Dr. Höroldt (Bonn).

Für die Dauer des Referates und der anschließenden Diskussion trat der Leiter den Vorsitz der Versammlung an Stadtarchivdirektor Dr. Wolfgang Löhr (Mönchengladbach) ab. Die beiden ersten Tagesordnungspunkte wurden zu einem Referat zusammengefaßt, nämlich 1. „Archiventwicklungsplan? — Diskussion zu den Vorschlägen von K. Ortmanns" und 2. „Das Stadtarchiv in der Kulturpolitik — Bericht über ein Arbeitspapier des Städtetages Nordrhein-Westfalen". Der Referent berichtete, wie sich die Lage seit dem Vortrag von Dr. Ortmanns, gehalten auf dem Archivtag 1977 in Berlin[1], geändert habe. Mittlerweile sei es gelungen, den Städtetag Nordrhein-Westfalen für die Tätigkeit der Archive zu interessieren und zur Abfassung eines Arbeitspapieres zu bewegen. Damit wäre ein Teilziel erreicht. Die Abfassung eines Gesamtpapiers, gültig für alle Bundesländer, bleibe weiterhin problematisch, da die Kommunalarchive sich in ihren Strukturen außerordentlich stark unterscheiden. Dr. Löhr schlug vor, daß die Kommunalarchive in den einzelnen Bundesländern sich bemühen sollten, auf Landesebene ähnliche Papiere zu erarbeiten; wenn dieses erfolgt sei, müßte man versuchen, eine gemeinsame Vorlage für den Deutschen Städtetag zu erarbeiten.

Die lebhafte Diskussion erhellte die unterschiedlichen Auffassungen und Schwierigkeiten, einen Archiventwicklungsplan zu schaffen, der allen Kommunalarchiven in den verschiedenen Bundesländern gerecht werde. Die Versammlung beschloß, eine Arbeitsgruppe zu ernennen, die aus den Herren Dr. Specker (Ulm), Dr. Schattenhofer (München), Dr. Richtering (Landschaftsverband Westfalen), Dr. Israel (Braunschweig) und Dr. Höroldt (Bonn) bestehen soll.

Köln-Porz — Gebhard Aders

Fachgruppe 3:

Archivare an kirchlichen Archiven

Am Dienstag, dem 3. Oktober 1978, fand eine Arbeitssitzung der Fachgruppe 3 statt. Der Vorsitzende, Archivdirektor Dr. Neundorfer (Archiv des Erzbistum Bamberg), konnte eine erfreulich große Zahl von Teilnehmern aus beiden Arbeitsgemeinschaften der evangelischen und katholischen Kirchenarchivare begrüßen.

Nach einem kurzen Gedächtnis an den unmittelbar vor dem Archivtag verstorbenen Berliner Bistumsarchivar, Prälat Dr. Allendorf, hielt Bistumsarchivar Dr. Wolfgang Seegrün (Osnabrück) ein Referat über das Thema „Hamburgs Rolle im Leben der katholischen Kirche".

Oberkirchenrat Dr. Stiller (Kiel) sprach anschließend über „Gliederung und Aufbau der Nordelbischen Evang.-luth. Kirche". Nach diesen, vor allem den Tagungsort Hamburg aus der Sicht der Kirchen aufhellenden Referaten leitete Dr. Helmut Talatzko vom Archiv des Diakonischen Werkes der evang. Kirche Berlin mit einem großangelegten Referat zum Thema „Quellen zur Auswandererseelsorge" über. Landeskirchenarchivrat Hermann Kuhr (Braunschweig) sprach dazu aus der Sicht einer Landeskirche. Abschließend nahm Dr. Neundorfer zum gleichen Thema aus der Sicht der kath. Kirche Stellung. Mit der Erörterung einiger organisatorischer Fragen, vor allem zu den beiden nächsten Archivtagen (Bonn-Bad Godesberg 1979 und Heilbronn 1981), endete die Fachgruppensitzung.

Bamberg — Bruno Neundorfer

Fachgruppe 4:

Archivare an Herrschafts-, Familien- und Personenarchiven

Die Teilnehmer der Fachgruppe 4 im Verein deutscher Archivare, die beim Deutschen Archivtag in Hamburg anwesend waren, haben am 3. Oktober 1978 eine Sitzung anberaumt. Trotz der Tagung der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive im Juni dieses Jahres[2], die in gewissem Sinne auch als Sitzung der Fachgruppe gedient hat, wurde entgegen früheren Beschlüssen auch in Hamburg der Wunsch für eine gesonderte Sitzung von verschiedenen Mitgliedern geäußert, die unter Vorsitz des Unterzeichneten stattfand.

In einer zwanglosen Aussprache der Teilnehmer kamen verschiedene Probleme der Adelsarchive zur Erörterung.

---

* Im folgenden werden die Berichte der Fachgruppen des Vereins deutscher Archivare (VdA) wiedergegeben, die auf dem 52. Deutschen Archivtag eigene fachthematische Sitzungen abgehalten haben. Zu der konstituierenden Sitzung der Fachgruppe 8 (Archivare an Hochschularchiven und Archiven wissenschaftlicher Institutionen) siehe den Tagungsbericht von O. Dascher, oben Sp. 12. Hingewiesen sei auch auf die Gemeinsame Arbeitssitzung (Wiederherstellung und Ergänzung zerstörter Überlieferungen) und das Quellenkundliche Rundgespräch (Die Auswanderung nach Übersee im 19. Jahrhundert — Forschungsansätze und archivische Quellen), über die oben Sp. 35ff. und 49ff. Berichte erschienen sind. (Anm. d. Schriftl.)

[1] Siehe Kurt Ortmanns, Archiventwicklungsplan für Kommunalarchive? In: Der Archivar Jg. 31, 1978, Sp. 179—184.

[2] S. Bericht in: Der Archivar Jg. 31, 1978, Sp. 395f.

Der Denkanstoß, der von Münster ausgegangen war, konnte hier an einzelnen konkreten Beispielen fortgesetzt werden. Auch die Mitgliedschaft von Adelsarchivaren im Verein deutscher Archivare bildete ein wichtiges Gesprächsthema. Mit Befriedigung war ein beträchtlicher Anstieg der Mitgliederzahl im Laufe des letzten Jahres festzustellen, wenn auch nach allgemeiner Ansicht sämtliche Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft sind. In diesem Punkt soll verstärkt weitergearbeitet werden.

Nachdem in Hamburg keine große Teilnehmerzahl aus der Fachgruppe zu erwarten war, noch dazu nach der kurz vorausgegangenen Tagung in Münster, wurde allgemein der Wunsch für eine größere Sitzung anläßlich des Archivtages 1979 in Bonn ausgesprochen.

Regensburg Max Piendl

Fachgruppe 5:
Archivare an Archiven der Wirtschaft

Die Sitzung der Fachgruppe 5 fand am 2. Oktober 1978 unter dem Vorsitz des Fachgruppenleiters, Archivdirektor Dr. Ottfried Dascher (Dortmund), statt. Er konnte viele Mitglieder der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare (VdW), darunter den Vorsitzenden, Dr. Klaus Huegel (Stuttgart), und zahlreiche Gäste anderer Fachgruppen begrüßen.

Dr. Gertrud Milkereit (Thyssen Aktiengesellschaft, Duisburg) referierte über „Archiv-Entwicklungspläne in Wirtschaftsarchiven", während Gershom Knight (Archivrat N. M. Rothschild u. Söhne, London) den „Archivdienst des Hauses Rothschild" vorstellte. Im Anschluß daran erstattete Dr. Dascher einen Zwischenbericht über die Fragebogenaktion zum geplanten Handbuch „Archivkunde der Wirtschaft".

Frau Milkereit wies darauf hin, daß sowohl der Bibliotheksplan 1973 als auch der Strukturplan Weiterbildung 1975 der Volkshochschulen langfristige Auswirkungen auf die Wirtschaftsarchive haben werden. In den weiteren Ausführungen wurde deutlich, daß die Rolle der Archive bei den einzelnen Strukturplankommissionen noch keineswegs geklärt ist. Deshalb können es sich auch die Wirtschaftsarchive heute nicht mehr leisten, aktionslos zu verharren; sie müssen ihr Angebot und ihre Erschließungsmethoden zügig erweitern. Dabei ist eine Einschaltung in die Bildungsdiskussion und -arbeit kaum zu umgehen. Die Referentin befürwortete einen Archiventwicklungsplan für Wirtschaftsarchive und ein weitgefächertes Bildungsangebot der Archive der Wirtschaft in Zusammenarbeit mit Museen, Volkshochschulen, Bibliotheken und Schulen.

Im zweiten Referat stellte G. Knight den Archivdienst des Bankhauses N. M. Rothschild u. Söhne, London, vor. Anfang 1978 wurde ein 20 Hauptgruppen umfassendes Ordnungssystem ausgearbeitet, in dem vor allem auch Geschäftsbeteiligungen und Beziehungen zu anderen Firmen enthalten sind. Eine Einsicht in Archivalien nach 1914 ist nicht möglich, auch für den Zeitraum davor werden nur solche Forschungsprojekte unterstützt, die dem Ansehen der Familie Rothschild nicht schaden und deren Manuskripte vor der Drucklegung noch zusätzlich vorgelegt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch darauf verwiesen, daß die *Bank of England* erst kürzlich die bisher bestehende gleitende 100-Jahres-Frist gelockert hat. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen behandelte der Referent die Standort- und Lagerungsprobleme sowie die Systematik der Findmittel.

Dr. Dascher erläuterte abschließend Aufbau und Zielsetzung eines Fragebogens, der im Juli 1978 versandt worden ist. Die Rücklaufquote und die ersten Zwischenergebnisse sind ermutigend. Deutlich ist zu erkennen, wie das betriebswirtschaftliche Interesse neben dem wissenschaftlichen in den Vordergrund rückt. Dieser Trend bedeutet eine Stärkung der innerbetrieblichen Legitimation des Archivs und verdient gerade in der heutigen Zeit Beachtung. Die Fragebogenaktion vermittelt einen umfassenden Einblick in die personelle Besetzung, in Organisation und Struktur der deutschen Archive der Wirtschaft.

Mannheim C. A. Reichling

Fachgruppe 6:
Archivare an Parlamentsarchiven

Die Fachgruppe 6 tagte entsprechend dem angekündigten Programm am 2. und 3. Oktober 1978. Beide Sitzungen standen unter der Leitung des Fachgruppenvorsitzenden Staatsarchivrat Dr. Günther Bradler, Leiter des Referats Dokumentationsdienst beim Landtag von Baden-Württemberg.

In der Sitzung vom 2. Oktober wies Dr. Bradler zunächst darauf hin, daß die Fachgruppe ein eigenes Mitteilungsblatt herausgeben wird. Die erste Ausgabe, die sich auf eine Arbeitstagung der Fachgruppe über „Struktur und Funktion der Parteiarchive" (abgehalten am 1. Juni 1978 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn) bezog, konnte rechtzeitig zum Archivtag verlegt werden.

Karl-Heinz Stahnke, Leiter der Parlamentsdokumentation der Hamburger Bürgerschaft, machte in einer kurzen Einführung die Tagungsteilnehmer mit der Arbeit und den Beständen des Hamburger Parlamentsarchivs vertraut. Diese Einführung wurde durch eine Besichtigung des Archivs und durch Hinweise anderer Hamburger Kollegen ergänzt.

Es folgte ein Referat von K. H. Stahnke über „Akteneinsicht und Aktenabgabe". Der Redner führte u. a. aus: Im parlamentarischen Bereich ist das Recht auf Akteneinsicht teilweise nicht (beispielsweise in Hamburg und Schleswig-Holstein) und teilweise nur durch interne Regelungen bzw. Geschäftsordnungen der Parlamente festgelegt. Die verschiedenen Bestimmungen sollten im *Archivar* dargelegt und durch verschiedene praktische Beispiele ergänzt werden. Man muß zwischen politischen Akten und Verwaltungsakten unterscheiden. Politische Akten sind Vorgänge, die im Parlament als Verfassungsorgan entstehen bzw. für dieses Verfassungsorgan von der Parlamentsverwaltung geführt werden. Verwaltungsakten sind nur Vorgänge der Parlamentsverwaltung, die sich nicht auf den parlamentarischen Bereich beziehen. Bei den Verwaltungsakten des Parlaments besteht ein weitgehendes Recht auf Einsichtsverweigerung. Im parlamentarischen Bereich werden das Interpellationsrecht, die öffentliche Beweiserhebung durch Untersuchungsausschüsse und die öffentlich vollzogene Haushaltsfestsetzung durch Gesetz als „Ersatzmechanismen" für das Akteneinsichtsrecht angeboten. Der Referent empfahl, alle Akten und andere Informationsträger zu kennzeichnen, die im Parlament als Verfassungsorgan entstehen und für die ein Recht auf Akteneinsicht besteht.

K. H. Stahnke sprach anschließend über „Die archivarische Aktenbewertung aus der Sicht der Parlamentsarchive". Die Parlamentsarchive wurden bisher mit dem Problem der Aussonderung und Vernichtung von Schriftgut aus dem Bereich der eigenen Parlamentsverwaltungen selten oder gar nicht konfrontiert. Unabhängig davon, ob das Archivgut an Staatsarchive abgegeben oder in eigener Regie bearbeitet wird, sollte die Beteiligung des Parlamentsarchivars bei der Quellenbewertung zumindest

angestrebt werden. Unabhängig davon, daß keiner genau wissen kann, welche Akten in Zukunft als wichtig angesehen werden, sollte der Parlamentsarchivar nicht der Pflicht enthoben sein, nach dem Maß seiner Einsicht Richtlinien zu entwerfen, nach denen das Archivgut bewertet werden kann. Beispiele für überlieferungs- und archivwürdiges Schriftgut sind: Protokolle des Parlaments und der Parlamentsgremien (besonders die sog. Urschriften); Archivalien über den Werdegang, die Aufgaben und Leistungen einer Parlamentsverwaltung als Nachweis ihrer Tätigkeit (nicht aber die gleichförmigen, sich laufend wiederholenden Aktenvorgänge der Parlamentsverwaltung); Gelegenheitsschriften und sog. Graue Literatur, die in die Parlamentsverwaltungsakten gelangen. Petitionsakten zumindest dann, wenn sie Entscheidungsänderungen zur Folge haben; alle Urschriften von Parlamentaria. Die Beispiele sollen — wie der Referent darlegte — nur Denkanstöße bieten, und er empfahl, im Rahmen der Fachgruppe gemeinsame Richtlinien für die Bewertung von Parlamentsakten zu erarbeiten.

Ministerialrat Gerhard Eyckers, Leiter der Abt. V Archiv — Bibliothek — Dokumentation beim Landtag Nordrhein-Westfalen, machte in einem sich anschließenden Korreferat weitere Ausführungen über „Schriftgutfragen der Parlamentsverwaltungen", und zwar aus der Sicht des Landtags Nordrhein-Westfalen. Die Landtagsverwaltung Nordrhein-Westfalen wurde mit Wirkung vom 1. Mai 1978 neu organisiert. Zum erstenmal trat damit zugleich ein Geschäftsverteilungsplan in Kraft. Z. Zt. wird versucht, die bisher (willkürliche) Form der Aktenablage durch einen Aktenplan in geregelte Bahnen zu lenken. Es soll durchgesetzt werden, daß bereits im Aktenplan festgelegt wird, welche Akten nach welcher Zeit vernichtet werden können bzw. welche für eine dauernde Aufbewahrung bestimmt sind. Grundlage für eine Aktenabgabe an ein staatliches Archiv ist ein Runderlaß des Kultusministeriums vom 9. Oktober 1975, in dem es heißt, daß das Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf archivreifes Schriftgut und sonstiges Registraturgut des Landtags übernimmt. Seitdem werden (auch rückwirkend vom 2. Oktober 1946) das gesamte Mehrfachschriftgut des Landtags in kompletten Serien sowie dazu alle vorhandenen Findmittel abgeliefert. „Akten im eigentlichen Sinn" sind noch nicht an das Hauptstaatsarchiv abgeliefert worden, weder politische noch Verwaltungsakten. In Absprache (oder aufgrund von Gutachten) werden folgende Unterlagen kassiert: 1. Die Urschriften der Plenarprotokolle nach Ablauf von jeweils fünf Jahren. 2. Die Urschriften der Ausschußprotokolle wie oben. 3. Die Petitionsakten — bis auf einen willkürlich ausgewählten Rest von 10%. Vorübergehend aufbewahrt werden lediglich jeweils die Petitionsakten für die laufende und eine weiter zurückliegende Wahlperiode. Die anschließende Diskussion zeigte, daß die o. e. Düsseldorfer Kassationsregelung keinesfalls unumstritten ist. Die Frage der Kassation im Bereich der Archive der Fachgruppe 6 soll weiter erörtert werden.

In der Sitzung des folgenden Tages sprach G. Eyckers über „20 Jahre Parlamentsarchivare im VdA. Ein Rückblick aus Protokollen und Erinnerungen": Der VdA, früher ausschließlich eine Vereinigung akademisch vorgebildeter Archivare, war beweglich genug, sich neuen Mitgliedern ohne spezielle Archivausbildung und neuen Gruppen zu öffnen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Parlamentsarchive eine Gattung *sui generis* seien[3], lud der VdA die Leiter der Parlamentsarchive (Bund und Länder) zum 37. Deutschen Archivtag nach Osnabrück ein. Im Rahmen dieses Archivtages von 1959 fanden die beiden ersten Fachgruppensitzungen der Parlamentsarchivare statt. Zum ersten Vorsitzenden der Fachgruppe wurde der damalige Oberregierungsrat Dr. Schumann (vom Deutschen Bundestag) gewählt. Besonders Ministerialrat Dr. Dahm, der seit 1960 dem Vorstand des VdA angehörte, ist es zu danken, daß die Parlamentsarchivare im VdA eine Organisationsbasis fanden, von der aus der Ausbau der Fachgruppe in ihrer jetzigen Form möglich war.

Dr. Friedrich Henning (Bonn) referierte über das von ihm geleitete „Politische Archiv der Friedrich-Naumann-Stiftung"[4]. Dr. Henning betonte, daß die Einsicht in die Akten des von ihm geleiteten Archivs keineswegs von parteipolitischen Bedingungen abhängig gemacht würde. In der Aussprache machte ein Vertreter des Archivs der Friedrich-Ebert-Stiftung deutlich, daß bei dieser die Genehmigung zur Einsicht in Akten ebenfalls unabhängig von der parteipolitischen Einstellung des potentiellen Benutzers erteilt wird. Dr. Bradler erwähnte in seinen Abschlußbemerkungen, daß die Mitgliederversammlung des VdA über eine aus der Fachgruppe kommende Anregung abstimmen werde, die Bezeichnung der Fachgruppe 6 zu erweitern in „Archivare an Parlamentsarchiven und Archiven politischer Parteien und Verbände"[5].

Bonn — Werner Krause

Fachgruppe 7:
Archivare an Presse-, Rundfunk- und Filmarchiven

Die Fachgruppe der Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare im Verein deutscher Archivare traf sich anläßlich des 52. Deutschen Archivtages zum drittenmal in Hamburg. Vorausgegangen waren Frühjahrstagungen der Fachgruppe in der Hansestadt in den Jahren 1965 (27. bis 29. April) und 1974 (6. bis 9. Mai). Die diesjährige Veranstaltung sah infolgedessen nur ein kurzes eigenständiges Programm vor.

Die Unterzeichnende, die die Sitzung am Nachmittag des 3. Oktober 1978 auch leitete, gab zuerst einen kurzen Bericht über die Aktivitäten der Fachgruppe im vergangenen halben Jahr. Sie erwähnte, daß sich die Arbeitsgemeinschaften, deren Gründung auf der Marburger Frühjahrstagung der Fachgruppe angeregt wurde, inzwischen konstituiert bzw. ihre Konstituierung vorbereitet hätten. Die Arbeitsgemeinschaft „Neue Medien" trat am 12. Juli 1978 in Frankfurt zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Für die Arbeitsgemeinschaft „Datenschutz" führten am 14. August 1978 Dr. Munzinger und Frau Englert ein Gespräch mit dem Hessischen Datenschutzbeauftragten Simitis. Ein Bericht über diese Unterhaltung ging den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft zur Prüfung zu. Für die Arbeitsgemeinschaft „Tondokumentation" kündigte die Berichterstatterin ein erstes Treffen am 27. November 1978 in Frankfurt an. Auch die weiteren Fortbildungsvorhaben der Fachgruppe wurden erwähnt. Geplant sind in Verbindung mit dem Deutschen Institut für publizistische Fortbildungsarbeit in Hagen für 1979 drei Weiterbildungsseminare: vom 19. Februar bis 23. Februar 1979 ein Grundkurs, vom 15. Oktober bis 19. Oktober 1979 ein Aufbaukurs, vom

[3] Vgl. *Der Archivar* H. 4/1957, Sp. 245.

[4] Für eine Wiedergabe der wesentlichen Punkte des Referats sei auf die neuen „Mitteilungen" der Fachgruppe 6 verwiesen. Ausführliche Protokolle der Fachgruppentagung von Hamburg sollen ebenfalls in der nächsten Ausgabe der „Mitteilungen" veröffentlicht werden.

[5] Die Mitgliederversammlung des VdA entschied positiv über die Anregung der Fachgruppe. Vgl. *Der Archivar* H. 4/1978, Sp. 608f.

19. November bis 23. November 1979 ein Seminar „Automatisierte Informationssysteme". Ferner wies Frau Englert auf den in Hamburg in Verbindung mit der Akademie für Publizistik veranstalteten Fortbildungskurs (13. bis 15. Dezember 1978) hin, der sich Fragen der Informationserschließung widmete.

Im Anschluß an diese Ausführungen folgten die beiden Referate „Beständeerschließung durch Informationsaustausch zwischen Pressearchiven" von Prof. Dr. Kurt Koszyk (Dortmund) und „Aspekte der programmorientierten Arbeit in integrierten Rundfunkarchiven" von Gustav Adolf Mohrlüder (Mainz). Das Thema „Das Berufsbild des Medienarchivars/-dokumentars", dessen sich Albrecht Nürnberger (dpa) hatte annehmen wollen, wurde bis zur nächsten Frühjahrstagung der Fachgruppe in Baden-Baden zurückgestellt, da die vorbereitenden Gespräche darüber noch nicht abgeschlossen sind.

Prof. Koszyk regte in seinem Vortrag an, daß sich die Fachgruppe der Aufgabe unterziehen solle, ein Verzeichnis von Pressearchiven mit einer Beschreibung ihrer Sammlungen herauszubringen, in der Art, wie dies die Wirtschaftsarchivare in Form einer Loseblattsammlung vor kurzem unternommen haben. Ein solches Verzeichnis solle nicht nur den allgemeinen Grundbestand der Sammlungen erfassen, sondern auch Spezialdokumentationen kennzeichnen. Auf diese Weise ließe sich ein Überblick gewinnen sowohl über die Gesamtheit der in der Bundesrepublik befindlichen Pressearchive als auch über deren Umfang und den Charakter ihrer Sammlungen. Obwohl seine Anregung vor allem auf die Pressedokumentation ziele, solle jedoch nicht versäumt werden, darüber nachzudenken, ob ein zentraler Dokumentationsnachweis nicht auch für die Sammlungen der Rundfunkanstalten der Bundesrepublik sinnvoll sei. Ein Teil dieser Arbeit werde zwar schon im Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt geleistet. Zumindest diejenigen Archive im Rundfunkbereich, die als Pressearchive zu verstehen seien, würden jedoch bisher zentral nicht nachgewiesen. Die vorbereitenden Arbeiten für das Verzeichnis könnten einer *ad hoc* zu bildenden Unterkommission übertragen werden.

Im Anschluß an diese Ausführungen entspann sich eine lebhafte Diskussion. Dabei äußerte vor allem Herr Nürnberger (dpa) das Bedenken, daß die in dem Verzeichnis erfaßten Archive in Zukunft über das vertretbare Maß hinaus zusätzlich in Anspruch genommen werden könnten. Auch reichten die für eigene Recherchen zur Verfügung stehenden, nur sehr kurzen Fristen im allgemeinen nicht aus, andere Dokumentationsstellen bei der Bereitstellung von Material mit heranzuziehen. Das Handbuch werde also möglicherweise weniger den Kollegen nützen als anderen Außenstehenden. Frau Dr. Wieseotte, Rhein-Zeitung (Koblenz), sah die Bedeutung eines solchen Nachweises vor allem im lokalen und regionalen Bereich. Herr Schütz, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Bonn), wies auf das von der Bundesregierung herausgebrachte Informations-Handbuch als nützliches Beispiel hin. Probleme der Überbeanspruchung könne man in den einzelnen Institutionen leicht durch eine Benutzungsordnung in den Griff bekommen. Die Teilnehmer der Sitzung einigten sich darauf, daß man den Versuch wagen solle, ein Verzeichnis herauszubringen. Der zur Erfüllung dieser Aufgabe gebildeten Kommission gehören an die Herren Dr. Bohrmann (Institut für Zeitungsforschung, Dortmund), Jochums (Heinrich-Bauer-Verlag, Hamburg), Landwehr (Axel-Springer-Verlag, Hamburg), Schütz (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn), Wolloch (Zweites Deutsches Fernsehen, Wiesbaden) sowie Frau Englert (FAZ). Das zweite Referat des Nachmittags galt den „Aspekten der programmorientierten Arbeit in integrierten Rundfunkarchiven." G. A. Mohrlüder legte dar, daß Programmorientierung und Integration feste Bestandteile der Berufssituation der Rundfunkarchivare seien. Dabei habe im Laufe der Entwicklung die Speicherung von Inhaltsdaten gegenüber der Speicherung von Materialdaten erheblich an Bedeutung gewonnen. Bei der Benutzung der Archive könne man eine Dreigliederung herausstellen: die Bereitstellung von Materialien für die Sendung, die Bereitstellung für die Produktion und die Bereitstellung zur Information. Aus diesen drei Formen der Nutzung ergäben sich auch Akzente für unterschiedliche anstaltsinterne Anbindungen der Archive zur Produktion, zur Verwaltung, zur Intendanz oder zum Programm. Auf Dauer könnten die Rundfunkarchive der Frage nicht ausweichen, wo sie im Umfeld der verschiedenen beteiligten Fachsparten und Berufsgruppen ihre Position sehen wollten, dies auch im Hinblick darauf, daß sich ein Trend zur Zusammenfassung des gesamten Berufsfeldes im archivarisch-bibliothekarisch-dokumentarischen Bereich (ABD-Bereich) abzuzeichnen beginne. So seien die öffentlichen Arbeitgeber damit beschäftigt, einen den gesamten Bereich umschließenden Manteltarif zu entwerfen. Auch um die Fixierung eines geregelten Ausbildungsganges müsse man sich intensiver als bisher bemühen mit dem — sicher nicht leicht zu erreichenden — Ziel, zu einer integrierten Ausbildung für die ABD-Bereiche zu gelangen. Parallel dazu müßten die Rundfunkarchivare die Diskussion über ihr berufliches Selbstverständnis stärker als bisher vorantreiben.

Frankfurt a. M. Marianne Englert

Die archivische Sicherung der deutschen Spielfilmüberlieferung

Zur Begründung eines Kinematheksverbundes am 8. Dezember 1978

Von Friedrich P. Kahlenberg

Am 8. Dezember 1978 unterzeichneten im Bundesministerium des Innern in Bonn Bundesminister Gerhart Rudolf Baum und der Senator für kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin Dr. Dieter Sauberzweig ein „Verwaltungsabkommen über den Aufbau und die Unterhaltung eines Kinematheksverbundes". Partner dieses Verbundes sind das Bundesarchiv, die Stiftung Deutsche Kinemathek in Berlin und das Deutsche Institut für Filmkunde in Wiesbaden, deren Leiter bei gleicher Gelegenheit Vereinbarungen über die künftige Zusammenarbeit im Verbund unterzeichneten. Weitere Einrichtungen der Filmarchivierung und Auswertung, deren Arbeit überregionalen Zielen verpflichtet ist, sollen dem Verbund künftig beitreten können. Sämtliche am 8. Dezember getroffene Vereinbarungen sind zum 1. Januar 1979 in Kraft getreten.

I.

Mit der Einrichtung des Verbundes übernehmen künftig die vom Land Berlin errichtete Stiftung Deutsche Kinemathek und das von der Filmwirtschaft in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland gegründete Deutsche Institut für Filmkunde gemeinsam den nichtgewerblichen Verleih von Spielfilmen. In einer Übergangszeit ist dies freilich zunächst nur in dem Umfange möglich, in dem Verleihkopien für den Einsatz in nichtgewerblichen Spielstellen bei den Verbundpartnern bereits zur Verfügung stehen. Um die Zahl der bei der Stiftung Deutsche Kinemathek in Berlin und bei dem Deutschen Institut für Filmkunde in Wiesbaden zur Zeit verfügbaren Titel zügig zu erhöhen, wird das Bundesarchiv Ausgangsmaterialien jener älteren deutschen Spielfilme, die bislang durch Umkopierung und Materialergänzung archivisch gesichert wurden, für die Fertigung von Vorführkopien zum Selbstkostenpreis bereitstellen. Demgegenüber nimmt, wie in der Vergangenheit, das Bundesarchiv auch künftig den nichtgewerblichen Verleih von Dokumentarfilmen wahr; dafür stehen Schmalfilmkopien (16-mm-Format) von mehr als 1000 Titeln und von rund 300 Wochenschauen bereit, über die im einzelnen ein in der Reihe der Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs erschienener Katalog unterrichtet („Verleihkopien von Dokumentarfilmen und Wochenschauen 1895—1945 im Filmarchiv", neubearb. von Heiner Schmitt, Koblenz 1977). Die kommerzielle Auswertung der älteren Filme — Dokumentar- und Spielfilme — wird vom Verbund nicht berührt; sie bleibt im wesentlichen die Aufgabe der in München ansässigen Bundesgesellschaft Transit-Film.

Alle nichtgewerblichen Spielstellen — wie Einrichtungen der politischen Bildung und der Volksbildung, wie Hochschulen und Filmclubs mit eigenen Vorführeinrichtungen, die in ihrer laufenden Arbeit regelmäßig Spielfilme einsetzen — werden nach Ablauf einer ersten, bis zum 1. April 1979 laufenden Übergangszeit in der Regel mit der Stiftung Deutsche Kinemathek in Berlin und dem Deutschen Institut für Filmkunde in Wiesbaden zusammenarbeiten. Die Konzeption eines effektvollen Verleihsystems sowie eine praktikable Aufgabenteilung zwischen diesen beiden Einrichtungen wird die erste Aufgabe des nach dem eingangs erwähnten Verwaltungsabkommen tätigen Koordinierungsrates sein. Er wird aus den Vertretern der am Verbund beteiligten Institutionen gebildet und unter dem ständigen Vorsitz des Vertreters der Stiftung Deutsche Kinemathek mindestens zweimal jährlich zusammentreffen. Dem Koordinierungsrat obliegt die gemeinsame Planung der Arbeit im Verbund, vor allem in den Bereichen des Verleihs, der Erhaltung und Katalogisierung vorhandener Bestände und der Veranstaltung überregionaler Retrospektiven mit deutschen Filmen, Seminare und ähnlicher filmkundlicher Veranstaltungen im In- und Ausland. In diesen Tätigkeitsbereichen wie in der Förderung filmhistorischer und filmkundlicher Forschungen und in der Veröffentlichung einschlägiger Handbücher und grundlegender filmdokumentarischer und -statistischer Arbeiten liegt traditionell der eigentliche Schwerpunkt der Tätigkeit der künftigen Partnerinstitutionen des Bundesarchivs im Verbund. Deren internationale Erfahrung, in zum Teil langjähriger Mitgliedschaft in der internationalen Arbeitsgemeinschaft der Filmarchive, der *Fédération Internationale des Archives du Film* (FIAF), gewachsen, werden nicht zuletzt auch die künftige fachliche Arbeit des Filmarchivs im Bundesarchiv unterstützen.

An die Stelle eines in der Vergangenheit selbst für die interessierte Öffentlichkeit nicht immer verständlichen Nebeneinander institutioneller Zuständigkeiten und Aktivitäten wird in der Zukunft eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Einrichtungen treten. Zur Durchführung ihrer fachlichen Aufgaben erhalten die im Verbund kooperierenden Einrichtungen finanzielle Zuschüsse der Bundesregierung, die damit im Rahmen einer gesamtstaatlichen Verantwortung einen aktiven Beitrag in einem Bereich der Kulturpolitik leistet, dessen materielle Anforderungen die Kraft einzelner Länder überfordern würde. In diesem Sinne hob Bundesminister Baum während der Vertragsunterzeichnung als besonderen Vorzug der Verbundlösung hervor, daß sie dem föderativen Aufbau unseres Staates entspreche. Gleichzeitig betonte er den für die Mitwirkung zusätzlicher Kräfte offenen Charakter des Verbundes, der sowohl auf die Zusammenarbeit mit weiteren Kinematheken wie auf die finanzielle Unterstützung der Nutzung filmischer Überlieferungen in der kulturellen Arbeit durch weitere Bundesländer angelegt bleibt.

II.

Die Schaffung und Unterhaltung nichtgewerblicher Spielstellen, die breite Nutzung des kulturell bedeutsamen Filmerbes in der Volksbildung, eine rege und abwechslungsreiche Veranstaltungstätigkeit im Rahmen von Filmseminaren, Ausstellungen und Retrospektiven, schließlich die fruchtbare und breitgefächerte Veröffentlichung filmgeschichtlicher und filmkundlicher Forschungen dürfen als Ausdruck einer lebendigen Filmkultur gelten. Alle diese Aktivitäten beruhen notwendigerweise auf der Verfügbarkeit der filmischen Überlieferung selbst. Sie aber kann nur durch eine systematische archivische Sicherung des deutschen Filmerbes gewährleistet werden. Die Archivierungsaufgaben im engeren Sinne wurden im Zuge der Vorbereitung des Verwaltungsabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Lande Berlin vom 8. Dezember 1978 im Rahmen des Verbundes dem Bundes-

archiv übertragen, das die Funktion des zentralen Filmarchivs übernimmt.

Der Weg, der zu dieser wichtigen und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch Entwicklungsnotwendigkeiten nicht zu unterschätzenden Aufgabenerweiterung des Bundesarchivs führte, war mit dessen Begründung im Jahre 1952 kaum zwangsläufig vorgezeichnet. Zwar erleichterte die Erfahrung des Reichsarchivs, das nach dem Ersten Weltkrieg dokumentarische Filmaufnahmen von Kriegsereignissen aus der Produktion des Bild- und Filmamtes (BUFA) übernommen hatte, die frühe Einrichtung eines eigenen, zunächst noch in seinen Arbeitsmöglichkeiten recht bescheidenen Filmarchivs im Bundesarchiv. Aber dessen Zielsetzung war von allem Anfang an eng auf die Erfassung und Erhaltung älterer Dokumentarfilme und Wochenschauen als einer neuartig empfundenen archivischen Quellengattung beschränkt. Niemand unter den Gründungsvätern des Bundesarchivs konnte indessen in den fünfziger Jahren voraussehen, daß das in den Jahren der NS-Herrschaft in Deutschland geschaffene Reichsfilmarchiv im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Unterschied zur Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik keine unmittelbare Nachfolge-Einrichtung finden würde. Dort hatte der Ministerrat im Oktober des Jahres 1955 die Begründung des Staatlichen Filmarchivs der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen, um eine Auffangstelle für in großem Umfange von der Sowjetunion zurückgeführtes, am Ende des Zweiten Weltkriegs in Babelsberg und in anderen Lagern des Reichsfilmarchivs in und um Berlin beschlagnahmtes deutsches Filmgut zu schaffen. Es ist heute mit einem Gesamtbestand von ca. 8000 Spielfilmen und 40000 Dokumentarfilmen (Stand 1975) nicht nur eines der größten, sondern nach umfangreichen Neubauten auch technisch modernsten Filmarchive überhaupt.

Die Sicherung älteren Filmguts ist eine archivische Aufgabe besonderen Gewichts. Um die im Rahmen des engen Auftrags des Filmarchivs im Bundesarchiv erfaßten Überlieferungen restaurieren und erhalten zu können, wurden bald technische Einrichtungen geschaffen, die außerordentliche Investitionen erforderten. Über die einzelnen Entwicklungsstufen des Aufbaus des Filmarchivs und über die Probleme der Umkopierung der auf Nitrozellulose-Trägern überlieferten älteren Filmmaterialien auf Sicherheitsfilm haben Hans Barkhausen und Wolfgang Kohte in dieser Zeitschrift mehrfach berichtet. Die Festung Ehrenbreitstein bot angemessene, ja gute Voraussetzungen für den Zug um Zug fortgesetzten Ausbau klimatisierter, zur Lagerung und Erhaltung der Filmmaterialien benötigter Magazine. Nachdem Ansätze zur Begründung entsprechender filmtechnischer Einrichtungen an anderer Stelle, nicht zuletzt auch in Wiesbaden, nicht die erhoffte Entwicklung nahmen, entschloß sich das Bundesministerium des Innern seit dem Ende der sechziger Jahre, dem Bundesarchiv in wachsendem Umfang unter Nutzung der für die Dokumentarfilmarchivierung geschaffenen Einrichtungen auch Aufgaben der Erfassung und Erhaltung älterer deutscher Spielfilmüberlieferungen zu übertragen. Obgleich der Abschluß der archivischen Sicherung der älteren deutschen Dokumentarfilmbestände zu jenem Zeitpunkt ebensowenig wie heute abzusehen war, stellte der Bundesminister des Innern dem Bundesarchiv Jahr für Jahr erhebliche Sondermittel zur Verfügung, um im Vorgriff auf eine künftige, im Benehmen mit der Gemeinschaft der Bundesländer vorzubereitende Neuregelung der Archivierungsaufgabe für den älteren deutschen Spielfilm einen ersten Anfang zu machen. Der Erhaltungszustand der dem Bundesarchiv seit Anfang der siebziger Jahre vornehmlich von der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung in Wiesbaden übergebenen älteren Filmbestände duldete indessen keinen Aufschub, sollte das im Bereich der Bundesrepublik erhalten gebliebene Filmmaterial nicht einem unaufhaltsamen Verfallsprozeß überlassen werden. Zu diesem Zeitpunkt fand sich auch die amerikanische Nationalbibliothek, die *Library of Congress*, in die das während der ersten Nachkriegsjahre von der amerikanischen Besatzungsmacht aufgefundene und nach den USA verbrachte Filmmaterial gelagert war, zu einer umfangreichen Rückführungsaktion bereit. Um die Sicherungsaufgaben für die älteren deutschen Spielfilme zu planen, berief der Bundesminister des Innern zu Beginn des Jahres 1973 eigens einen Spielfilmbeauftragten, der seine Arbeit im Bundesarchiv aufnahm. Am Ende des Jahres 1978 belief sich der Bestand der im Filmarchiv des Bundesarchivs verwahrten Materialien auf mehr als 2000 deutsche Spielfilme neben der Dokumentarfilmüberlieferung von ca. 27000 Titeln.

Es ist dies nicht der Ort, um über die seit 1969 im Filmarchiv des Bundesarchivs durchgeführten Sicherungsarbeiten für den älteren deutschen Spielfilm, über deren Probleme und Schwierigkeiten wie über Ergebnisse im einzelnen zu berichten. Soviel sei hervorgehoben, daß im Bundesarchiv erst dann von der abgeschlossenen Sicherung eines Filmtitels gesprochen werden kann, wenn unabhängig von der Qualität des jeweiligen Ausgangsmaterials ein Negativ oder Dupnegativ (nach Bild und Ton getrennt), ein Duppositiv und eine Arbeitskopie als Erschließungs- und Betrachtungsstück unter optimalen Bedingungen eingelagert sind. Bei der Wahl des Ausgangsmaterials muß nicht nur auf den konservatorischen Zustand geachtet werden, es gilt auch die jeweils vollständigste Fassung ausfindig zu machen, um nach Möglichkeit den Film in seiner ursprünglichen Gestaltungsform zu sichern. Dies setzt vielfache filmkundliche und -geschichtliche Recherchen und in einzelnen Fällen auch die Zusammenarbeit mit Spezialisten voraus. Vor dem Hintergrund dieser Aufgaben wird deutlich, daß im Vergleich zu den Anfangsjahren die fachliche Arbeit im Filmarchiv des Bundesarchivs vielfach neue qualitative Anforderungen stellte. Nachdem die Zuweisung der Aufgaben im Bereich des Spielfilms seit 1969 zunächst nur den Charakter einer ausdrücklichen Sonderregelung hatte, trug die Erfahrung der veränderten Anforderungen nicht eben dazu bei, stets ideale Voraussetzungen für die systematische Wahrnehmung dieser Aufgaben zu schaffen. Erst nach einer Übergangsphase von wenigen Jahren bekannten sich die Archivare eindeutig zur grundsätzlichen Einheit der Aufgabe der archivischen Sicherung der älteren deutschen Filmüberlieferung ohne weiteren Unterschied bei der Behandlung von Dokumentar- und Spielfilmen.

Das erwähnte Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Lande Berlin beendet indessen die über fast ein Jahrzehnt dauernde Phase der Sonderregelungen. Mit ihm wird zugleich auch die fachliche Aufgabenstellung des Filmarchivs im Bundesarchiv ergänzt und damit für den Bereich des Spielfilms präzisiert. Ihm sind fortan neben der Aufgabe der archivischen Sicherung der Dokumentarfilmüberlieferungen in seinem Zuständigkeitsbereich im Rahmen des Verbunds konkret die folgenden Aufgaben übertragen:

a) die möglichst vollständige Archivierung der deutschen Filmproduktion;
b) die Erhaltung der Filmbestände durch Sicherung der Ausgangsmaterialien (insbesondere von Original-Negativen und Dup-Negativen), Restaurierung und Pflege;

c) die Erschließung des Filmguts nach formalen und inhaltlichen Kriterien (Bestands-Katalogisierung);
d) die Vermittlung der Nutzung und Auswertung durch Bereitstellung von Kopien.

In Verbindung mit den im Bundesarchiv von Anfang an wahrgenommenen filmarchivischen Aufgaben, aber auch in Verbindung mit der Archivierung einschlägiger Schriftgutbestände aus dem staatlichen und privaten Bereich ist damit die Aufgabenstellung eines zentralen Filmarchivs in zwar nicht idealer Weise, aber im Grundsatz erfüllt. Im Filmarchiv des Bundesarchivs wurde damit zum erstenmal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland eine für die archivische Sicherung deutscher Filme zuständige Stelle geschaffen.

Die Verbundpartner räumen nach den am 8. Dezember 1978 getroffenen Vereinbarungen dem Bundesarchiv Nießbrauch an den ihnen gehörenden Ausgangsmaterialien deutscher Spielfilme ein. Soweit solches Material zur Ergänzung der im Bundesarchiv zu sichernden Überlieferung in die Umkopierung einbezogen wird, erhalten die Partner jeweils eine Vorführkopie. Mit dieser Regelung wird ein wesentlicher Beitrag zur Konzentration der im Bereich der Bundesrepublik Deutschland erhalten gebliebenen Bestände im Bundesarchiv geleistet. Gleichzeitig wird es erstmals ermöglicht, die Erfassung nicht mehr in der Auswertung befindlicher Spielfilm-Produktionen planmäßig und systematisch mit dem Ziel zu betreiben, die Spielfilmüberlieferung als einen gewichtigen Teil der kulturellen Gesamtüberlieferung unseres Jahrhunderts zu erhalten. Wie umfangreich die in der Zukunft zu leistende Arbeit sein wird, ergibt sich aus einem Vergleich der Zahl der im Bundesarchiv vorhandenen Materialien von deutschen Filmen mit der Gesamtzahl der in Deutschland produzierten Spielfilme. Aus der Zeit des Stummfilms sind Ausgangsmaterialien bislang nur zu ca. 4 % der insgesamt produzierten Filme in das Bundesarchiv gelangt, aus der Zeit des Tonfilms bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges lautet die Relation immerhin 60 %, aber aus der Zeit seit 1946 wiederum nur knapp 17 %.

Als Konsequenz der erweiterten Aufgabenstellung für das Bundesarchiv-Filmarchiv wird ein personeller Ausbau ebenso unvermeidlich wie die gezielte Erweiterung der materiellen Ausstattung. Es bleibt zu hoffen, daß Bundesregierung und Gesetzgeber die dafür erforderlichen Voraussetzungen zügig schaffen werden. Der am 8. Dezember 1978 nach langen Vorbereitungen im Zusammenwirken der Bundesregierung mit dem Lande Berlin begründete „Kinematheksverbund" schafft für die Zusammenarbeit der im Bereich der Auswertung und der Archivierung tätigen Institutionen einen Rahmen. Er bietet dem Bundesarchiv neue Möglichkeiten der Intensivierung seiner institutionellen Arbeit bei der dauerhaften Sicherung der Filmüberlieferung. Es bleibt zu hoffen, daß die beteiligten Partner die Möglichkeiten des Verbunds in vollem Umfange nutzen werden, daß „der Rahmen" sich in der Tagesarbeit bewährt und damit die Voraussetzungen einer künftigen Filmkultur in der Bundesrepublik Deutschland auch in der Praxis verbessert werden.

Archivberichte und Tagungen

Internationales

18. Table ronde des Archives 1978 in Nairobi/Kenia

Normen für die Einrichtung und Organisation von Archiven

Auf Einladung von Dr. Maina D. Kagombe, Direktor des Nationalarchivs von Kenia, trat die *Table ronde* vom 10. bis 13. Oktober 1978 in Nairobi zu ihrer 18. Sitzung zusammen — zum erstenmal in einem Land der Dritten Welt und erstmals auf afrikanischem Boden. Die Konferenz, auf der mit 54 Delegierten und 14 Beobachtern die staatlichen Archivverwaltungen, Archivarsverbände und Archive von 39 Ländern[1], das Archiv der *Genealogical Society of Utah*, die Unesco und der Internationale Archivrat (ICA) selbst vertreten waren[2], stand unter dem Rahmenthema „Normes à respecter pour l'établissement et l'organisation des institutions d'archives".

Der Tagung, die in dem modernen *Kenyatta Conference Centre* stattfand, lag ein reich mit statistischen Tabellen ausgestatteter Bericht zugrunde, in dem gemeinsam von Christian Gut (Sekretär der *Table ronde*) und Bernhard Mahieu, beide *Conservateurs en Chef aux Archives de France*, Paris, die auf einem Fragebogen eingegangenen Antworten zusammengefaßt worden waren.

Nach der Eröffnung durch Dr. Z. I. Onyonka, Minister für Wohnungswesen und soziale Angelegenheiten, am Morgen des 10. Oktober waren die Konferenzteilnehmer Gäste einer feierlichen Zeremonie, bei der der eben im Amt bestätigte neue Präsident der Republik Kenia, Daniel Arap Moi, dem Regionalvertreter der Unesco als Geschenk für deren Generaldirektor eine Kisii-Skulptur übergab. Im Laufe der Tagung ehrten *Table ronde* und ICA den ersten Präsidenten Kenias, Jomo Kenyatta, indem ihre Vertreter einen Kranz an seinem Mausoleum niederlegten.

Die Arbeitssitzungen folgten zunächst in drei Abschnitten der Gliederung des Berichts: *1. Voraussetzungen der Archivierung* (Sicherheitsnormen, Normen der Aktenabgabe) — Vorsitz: M. D. Kagombe/Kenia, Präsentation: E. G. Franz, Bundesrepublik, *2. Normierung der archivarischen Aufgaben* (Bewertung, Klassifizierung, Signatur, Verzeichnung, Findmittel, Benutzungsdienst) — Vorsitz: C. Garcia Belsunce/Argentinien, Präsentation: O. Gauye/Schweiz, *3. Statistische Normen der „Mittel"* (Personal, Budget) — Vorsitz: A. W. Mabbs/Großbritannien, Präsentation: G. Saunders/Bahamas.

Das Thema des *4. Sitzungsabschnitts* (Vorsitz: P. Kartous/CSR, Präsentation: E. Ketelaar/Niederlande) entsprang einem Bericht, den E. Ketelaar im Auftrag der Unesco über Archivstatistik verfaßt hatte[3] und aus dessen Anhang „Entwurf eines archivstatistischen Modells" das *Unesco Document STC/Q 788* entstanden war, der *International pilot survey on archival institutions and records centres statistics* vom 29. September 1978. Es handelt sich dabei um einen komplex angelegten Fragebogen, mit dem nun das archivstatistische Modell getestet werden soll, in der Absicht, gemeinsame, den archivischen Bedürfnissen genügende

[1] Dazu vier Teilstaaten bundesstaatlich organisierter Länder; zum erstenmal nahmen Jamaica, Liberia und Ruanda teil.

[2] Die Bundesrepublik war vertreten durch Helmut Dahm, Hans Booms und E. G. Franz. Der Berichterstatter, Schatzmeister des ICA, gehörte dessen Delegation an.

[3] Unesco-Dokument PGI-78/WS/16, Paris, 17. August 1978: Towards international standardization of statistics on archival institutions and records centres. First version. Report by Eric Ketelaar.

Meßeinheiten und Berichts-Techniken zu entwickeln, und mit dem Ziel, die statistischen Daten dann durch die Unesco zu veröffentlichen.

Die sehr lebhafte Erörterung dieses Themas diente der prinzipiellen Begründung des ICA/Unesco-Projekts, dessen Durchführbarkeit und Nützlichkeit vom Präsentateur und vom ICA-Exekutivsekretär gegen kritische Einwände aus dem Kreis der Konferenzteilnehmer, d. h. der Adressaten des in Kürze auszusendenden und bis Jahresende zu bearbeitenden Fragebogens, hart verteidigt werden mußten. Einige von E. Ketelaar in diesem Zusammenhang gegebene Erläuterungen zum Verständnis und zur Beantwortung der Fragen erschienen hilfreich. Sinn und Zweck des Projektes begründete er dreifach: 1. mit dem Anspruch auf gleichberechtigte Repräsentierung des Archivwesens neben den anderen Kultursparten durch Aufnahme in das Statistische Jahrbuch der Unesco, 2. mit dem aus einer weltweiten Kompatibilität archivstatistischer Daten zu erwartenden Nutzen, 3. mit der Möglichkeit, solche Daten durch die Archivverwaltungen gegenüber ihren Regierungen argumentativ werbend zu nutzen — vor allem in Entwicklungsländern.

Die Programmierung des Projekts sieht vier Phasen vor: I. die vorliegende Enquête, II. das aus deren Ergebnis zu erarbeitende endgültige Modell, III. Erörterung und Sanktionierung dieses Modells durch die Unesco-Generalkonferenz 1980, IV. Aufnahme eines archivstatistischen Abschnitts in das Statistische Jahrbuch der Unesco.

In diesem Sinne fordern die in der Schlußsitzung vorgelegten und verabschiedeten Empfehlungen[4] dieser *Table ronde* ICA und Unesco auf, gemeinsam die Ausarbeitung archivischer Normen und Techniken in den von der Konferenz behandelten Sachbereichen fortzuführen. Die Spezialorgane des ICA (Ausschüsse, Sektionen, Regionalverbände) sollen in ihre Arbeitsplanung bevorzugt die Formulierung solcher Normen aufnehmen. Dem Exekutivkomitee des Internationalen Archivrates wurde vorgeschlagen, durch eine Umfrage die Hemmnisse zu ermitteln, denen Archivbenutzer beim Zugang zu Archiven und Archivalien immer noch begegnen.

Im besonderen und vor allem legte die *Table ronde*, die durch ein reiches Rahmenprogramm ergänzt wurde, allen Beteiligten und Interessenten nahe, sich aktiv bei der stufenweisen Verwirklichung des oben skizzierten archivstatistischen Programms zu engagieren.

Koblenz — Alfred Wagner

[4] Für die Table ronde 1979 wurde einstimmig eine schriftlich vorliegende Einladung Brasiliens angenommen, wonach die Sitzung in der Woche vom 5. November 1979 in dem Städtchen Santa Maria, dem Sitz der brasilianischen Bundesuniversität, vorgesehen ist.

Treffen der „Bodensee-Archivare" in Isny/Allgäu

Am 20. Oktober 1978 fand das alljährliche Treffen der Archivare aus dem Umkreis des Bodensees in Isny statt. Im frühbarocken Ratssaal begrüßte Bürgermeister Benk die Teilnehmer und legte in einer kurzen Ansprache dar, welch hohen Stellenwert das Stadtarchiv Isny in seinen Augen besitzt. Kreisoberarchivrat Dr. Karl-Friedrich Eisele gab einen Überblick über seine Tätigkeit als Kreisarchivar des seit der Kreisreform von 1973 um den Altkreis Wangen vergrößerten Landkreises Ravensburg. Der Ravensburger Kreisarchivar hat die Archive von 90 ehemals selbständigen Kreisgemeinden zu betreuen, darunter die Archive der drei ehemaligen Reichsstädte Leutkirch, Isny und Wangen. Dr. Eisele charakterisierte die wichtigsten Bestände der Archive seines Bereichs und den jetzigen Erschließungszustand, der im Altkreis Ravensburg erheblich besser ist als im Altkreis Wangen. Das Stadtarchiv Isny, das unter Anleitung des Kreisarchivars von einer ehrenamtlich tätigen Stadtarchivarin betreut wird, wurde den Teilnehmern als Musterarchiv vorgestellt. Nachmittags führte Pfarrer Weible durch die Nikolaikirchenbibliothek, eine evangelische Prädikantenbibliothek, die sich dem Besucher noch genauso präsentiert wie vor 400 Jahren. Ihre Bestände an Handschriften und Frühdrucken und ihre räumliche Unterbringung verleihen dieser Bibliothek einen außergewöhnlichen Rang. Eine Besichtigung des Fürstlich Quadtschen Archivs, welches das Archiv des ehemaligen Benediktinerklosters Isny enthält, rundete die informative Tagung ab.

Ravensburg — Peter Eitel

Bundesrepublik Deutschland und Land Berlin

Rückführung deutscher Archivalien an das Bundesarchiv

Im Verlauf des Jahres 1978 konnten im Rahmen der Bemühungen des Bundesarchivs um Rückführung von im Gewahrsam alliierter Mächte befindlichem Archivgut die folgenden Komplexe von der Abteilung Militärarchiv des Bundesarchivs übernommen werden:

1. Die Regierung des Vereinigten Königreiches übergab mit den bislang von der Britischen Admiralität verwahrten Marineakten besonders wertvolle Unterlagen zur Erforschung der Seekriegsgeschichte der Jahre 1939 bis 1945. Es handelt sich um 1395 Nummern (etwa 12 lfm) von Akten und Kriegstagebüchern der Seekriegsleitung, des Befehlshabers der Unterseeboote, von Unterseebootsverbandsstäben und einzelnen U-Booten sowie vom Einsatz deutscher Seestreitkräfte im Spanischen Bürgerkrieg und Akten von Marineattachés.
2. Ferner stellte die Britische Regierung die von der *Air Historical Branch* ausgewerteten Luftwaffenakten zur Verfügung. Sie bestehen aus 112 Archivalieneinheiten mit personellen und materiellen Verlustlisten fliegender Verbände sowie aus Unterlagen von Verbänden und Stäben der Flugabwehr. Zusammen mit Amtsdrucksachen aus den militär- und luftgeographischen Bereichen konnte die besonders ungünstige Überlieferung der Luftwaffe um 4 lfm erweitert werden.
3. Aus dem Nationalarchiv der Vereinigten Staaten wurden 685 Bände Kriegstagebücher von Heeresgruppen, Armeeoberkommandos, Panzerarmeeoberkommandos und Panzerkorps zurückgeführt. Zusammen mit militärgeographischen Beschreibungen und Lagekarten umfaßt der Zuwachs 30 lfm.

Freiburg/Br. — Gert Sandhofer

Nachlässe von Geographen im Bundesarchiv

Schon vor mehreren Monaten konnte das Bundesarchiv von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung eine Sammlung persönlicher Papiere von Hochschullehrern der Geographie, die zugleich Forschungsreisende waren, übernehmen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der damalige Direktor des Instituts für Landeskunde in Remagen/Bad Godesberg, Prof. Dr. Emil Meynen, dank seiner persönlichen Verbindungen einige Nachlässe bedeutender Geographen in Verwahrung nehmen können, nachdem durch die Teilung Deutschlands das ursprünglich als Sammelstätte vorgesehene Forscherarchiv des Instituts für Länderkunde in Leipzig (heute Geographisches Institut

der Akademie der Wissenschaften der DDR) dafür ausgefallen war. Allerdings überstieg es von Anfang an die räumliche Kapazität, die finanziellen Möglichkeiten und personellen Kräfte des Godesberger Instituts bei weitem, ein derartiges „Forscherarchiv" systematisch aufzubauen und fach- und sachgerecht zu unterhalten. Seit seiner Fusion mit dem bisherigen Institut für Raumordnung in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung im Jahre 1967 verlagerten sich die Aufgabenschwerpunkte weiter derart in eine andere landeskundlich, raumordnerisch und politisch aktualitätsbezogenere Richtung, daß sich der neue Leiter, Prof. Dr. Ganser, schließlich zu einem vollständigen Verzicht auf weitere Aktivitäten in diesem Bereich bereitfand und einer Abgabe der vorhandenen Unterlagen an das Bundesarchiv zustimmte.

Die recht heterogene und in sich meist fragmentarische Sammlung ist erst vorläufig geordnet und inhaltlich noch kaum erschlossen. Die schriftlichen Überlieferungen bestehen im wesentlichen aus Tagebuchaufzeichnungen über Forschungsreisen, Vorlesungsmanuskripten und wissenschaftlichen Korrespondenzen, daneben auch weiteren Unterlagen rein biographischen Werts. Prof. Meynen hatte darüber hinaus noch eine Sammlung von Umdrucken aus seiner Tätigkeit als Mitglied im Sachverständigenausschuß für die Neugliederung des Bundesgebietes zur Verfügung gestellt. In nicht unerheblichem Umfang ebenfalls vorhanden sind auch Landkarten und Fotografien von Landschaften und geographischen Phänomenen, deren Provenienz allerdings großenteils nicht festgehalten und kaum noch erschließbar ist.

Im einzelnen vertreten sind Nachlaßunterlagen von den Professoren der Geographie Albrecht Penck (1858—1945, Wien und Berlin) mit Notizen unter anderem über eine Nordamerikareise 1927, seinem Sohn Walther Penck (1888—1923, Leipzig) mit Aufzeichnungen insbesondere über seine Aufenthalte in Südamerika und in Kleinasien, Alfred Hettner (1859—1941, Heidelberg), Georg Greim (1866—1946, Darmstadt), Fritz Jaeger (1881—1966, Basel) mit Materialien in erster Linie über Algerien, Ostafrika und Mexiko, Heinrich Schmitthenner (1887—1957, Leipzig und Marburg) mit Betreffen namentlich über Ostasien und Hermann Wenzel (geb. 1900, Kiel) mit Unterlagen vor allem über den Vorderen Orient, Ost- und Südostasien. Splitterhafte Überlieferungen weiterer Geographen finden sich in einem Mischbestand, der in seiner Gliederung nach Pertinenzen die seinerzeitige dokumentarische Erschließungskonzeption des Instituts für Landeskunde ansatzweise widerspiegelt.

Koblenz — Ernst Ritter

Erschließung politischer Plakatsammlungen des Bundesarchivs und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs

Für die Sicherung, Ordnung und Verzeichnung der wertvollen Plakatsammlungen des Bundesarchivs in Koblenz und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in München bewilligte die Stiftung Volkswagenwerk, Hannover, insgesamt 334000 Mark. Bei diesem Archivgut handelt es sich um zwei der umfangreichsten überregionalen Sammlungen vornehmlich politischer Plakate auf deutschem Boden. Die rund 35000 Plakate stammen aus der Zeit des Kaiserreichs bis zur Gegenwart. Sie werden zunächst geordnet, restauriert, signiert und verzeichnet. Soweit als möglich sollen Herausgeber, veranlassendes Ereignis, Datum und Graphiker erfaßt werden. Die bayerische Archivverwaltung und das Bundesarchiv verwenden ein einheitliches Erschließungsformular; organisatorisch ist sichergestellt, daß eine Doppelverzeichnung gleicher Plakate in München und Koblenz vermieden wird. Auf der Datenanlage des Bundesarchivs sollen die Erfassungsbelege maschinell ausgewertet und entsprechende Register erstellt werden.

Da das Plakatpapier in vielen Fällen sehr brüchig ist und deshalb aus konservatorischen Gründen eine zu häufige Benutzung der Originale vermieden werden sollte, wird nach der Verzeichnung ein 35-mm-Positiv-Farbfilm hergestellt, dessen Einzelaufnahmen in Karteikarten eingebracht werden (Arbeits- und Sicherungsverfilmung). Dem Benutzer stehen nach Abschluß des Projekts in München und Koblenz Bildkarteien zur Verfügung, die alle in den beiden Archiven verwahrten Plakate enthalten. Die Erschließungsergebnisse sollen, voraussichtlich in Form eines archivischen Findbuchs, veröffentlicht werden.

Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933—1945

Bericht über das in Verbindung mit dem Institut für Zeitgeschichte durchgeführte Projekt der bayerischen Archivverwaltung

Im vergangenen Jahr sind im Rahmen des Dokumentations- und Forschungsprojekts „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933—1945" vom Staatsarchiv München zu den bereits früher erschienenen acht Inventarbänden (vgl. *Der Archivar* 30, 1977, Sp. 181—186) acht weitere fertiggestellt worden. Mit drei Bänden wurde die Verzeichnung der 10000 Ermittlungs- und Prozeßakten des Sondergerichts München abgeschlossen (WVB 3/6: Sondergericht München 1944—1945; WVB 3/7: Sondergericht München, Orts-, Berufs- und Sachregister; WVB 3/8: Sondergericht München, Personenregister). Das dreibändige Inventar über die 3000 politischen Prozesse vor dem Oberlandesgericht München enthält auch eine Auswertung der Prozeßregister; dadurch werden zugleich jene Verfahren dokumentiert, deren Originalakten nicht mehr erhalten sind (WVB 7/1—7/3). Auch die Ergebnisse der sachthematischen Inventarisierung der Monats- und Lageberichte (1933 bis 1945) der Regierung von Oberbayern, des Polizeipräsidiums München und der Gestapoleitstelle München liegen jetzt gedruckt vor (WVB 6/1—6/2). Umfangreiche Register erschließen die Inventare, die in einer beschränkten, numerierten Auflage hergestellt werden, allein dem Dienstgebrauch und der wissenschaftlichen Forschung dienen und deshalb nur entsprechenden Institutionen zur Verfügung gestellt werden können. Diese müssen die volle Verantwortung für die sich aus dem Persönlichkeitsschutz ergebenden Verpflichtungen übernehmen. Hauptaufgabe der beim Staatsarchiv München tätigen Arbeitsgruppe der bayerischen Archivverwaltung ist zur Zeit die Erschließung der 18000 erhaltenen Personenakten der Gestapostelle Würzburg, der 4500 Ermittlungs- und Prozeßakten des Sondergerichts Nürnberg und des zwischen 1933 und 1945 im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus angefallenen Schriftguts. Das Dokumentations- und Forschungsprojekt soll im Jahr 1980 abgeschlossen werden (vgl. auch: H. Jaeger und H. Rumschöttel, Das Forschungsprojekt „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933—1945". Ein Modell für die Zusammenarbeit von Archivaren und Historikern, in: Archival. Zeitschrift 73, 1977, S. 209—220, ferner H. Rumschöttel, Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933—1945, in: Der Archivar 30, 1977, Sp. 181—186).

München — Hermann Rumschöttel

Verlegung des Landesarchivs Saarbrücken

Das Landesarchiv Saarbrücken teilt mit:

Das Landesarchiv Saarbrücken, das seit dem Jahre 1967 in einem Barockgebäude, Am Ludwigsplatz, untergebracht ist, wird im Laufe dieses Jahres in ein regierungseigenes Gebäude, Saarbrücken, Scheidterstraße 114, verlegt. Im Zusammenhang mit dieser Umzugsmaßnahme wird es gegen Ende des I. Quartals 1979 und vor allem im II. Quartal 1979 zu Engpässen bei der Benutzung des Landesarchivs kommen. Es ist zwar vorgesehen, bis auf wenige Tage den Benutzerverkehr aufrecht zu erhalten, doch wird durch die Vorbereitung und Durchführung der Archivalientransporte den Benutzerwünschen nicht immer in der bisher üblichen Weise entsprochen werden können. Das Landesarchiv würde es sehr begrüßen, wenn seine Inanspruchnahme in der Zeit zwischen Ende März und Anfang September 1979 auf dringend notwendige Fälle beschränkt werden könnte.

Brand in der Essener Synagoge — Das Stadtarchiv ohne Schäden

Das Stadtarchiv Essen teilt mit:

Am 18. Januar 1979 brannte der Kuppelbau der ehemaligen Essener Synagoge (1911—1913 von Edmund Körner als größte Synagoge Deutschlands erbaut, 1938 in der „Reichskristallnacht" ausgebrannt, 1961 restauriert und im Innern umgestaltet) innen fast völlig aus.

Dem Feuer, das durch Unachtsamkeit entstanden war, fiel das „Haus Industrieform", eine Schau modernen Industriedesigns, zum Opfer, während die Ausstellung des Deutschen Plakatmuseums gerettet werden konnte. Das ebenfalls in dem Gebäudekomplex untergebrachte Essener Stadtarchiv erlitt keinen Feuerschaden. Auch Wasserschäden an Archivalien konnten durch schnelle Umräumung in einem Magazin vermieden werden.

Archiv des Kartellverbandes katholischer deutscher Studentenvereine (KV) im Stadtarchiv Mönchengladbach

Der Kartellverband katholischer Studentenvereine (KV) entstand 1865 in Trier nach der Trennung der farbentragenden katholischen Studentenverbindungen und der nichtfarbentragenden katholischen Studentenvereine. Die Vereine in Berlin, Bonn, Breslau, Würzburg und Münster bildeten Ende Januar 1866 den Kartellverband der katholischen Studentenvereine Deutschlands (KV), dem sich in den folgenden Jahren weitere Vereine anschlossen. Die Vereine wechselten sich jahrweise im Verbandsvorsitz (Vorort) ab, später führten sie ihn für jeweils mehrere Jahre. Seit 1902 gewann auch das Amt des Verbandsgeschäftsführers an Bedeutung. Im Jahre 1936 wurde der KV „gleichgeschaltet" und ging mit anderen Verbänden und Vereinen im NS-Studentenbund auf.

Die Akten und Amtsbücher des KV-Archivs von der Gründung des Kartellverbandes bis 1936 umfassen vor allem Schriftwechsel und Sitzungsprotokolle der Vororte, Verbandsgeschäftsführer, Philister (Alte Herren) und Angelegenheiten des Religiös-Wissenschaftlichen Ausschusses (1927—1935) und des Kartellgerichts (1913—1935).

Die Archivalien lagerten zunächst in Würzburg, seit 1963 in Beckum, dem Sitz des Sekretariats, und wurden 1978 als Depositum ins Stadtarchiv Mönchengladbach gebracht und sind dort unter besonderen Auflagen zu benutzen.

Der Umfang des Bestands beträgt ca. 29 lfm (= 175 Archivkartons), von denen 1 lfm die Jahre vor 1900 und 5,8 lfm die Jahre nach 1933 betreffen.

Mönchengladbach — Gerd Lamers

M.A.N.-Werkarchiv und M.A.N.-Museum in Augsburg

Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (M.A.N.) in Augsburg teilt mit:

Eine stattliche Reihe historisch wissenschaftlicher Arbeiten des In- und Auslandes basiert auf dem Material des M.A.N.-Werkarchivs in Augsburg, das im vorigen Jahr auf sein 40jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Rund 500 m Akten mit über 600000 Schriftstücken, etwa 35 lfd. m Druckschriften, 1100 handgeschriebene Geschäftsbücher, 10000 Zeichnungen, 80000 Mikrofilme sowie eine größere Zahl von Schallplatten, Tonbändern und Filmen gehören heute zu dem Archivgut, unter dem sich auch die Unterlagen über das Hamburger M.A.N.-Werk befinden.

Besonders hervorzuheben sind Unterlagen über die Entwicklung des ersten Dieselmotors der Welt ab 1892 sowie über seinen Erfinder Rudolf Diesel. Die ältesten Dokumente stammen aus dem Jahre 1840, dem Jahr der Werksgründung in Augsburg durch Ludwig Sander. Das systematische Archivieren setzte erst 1938 ein, nachdem der M.A.N.-Vorstand beschlossen hatte, in allen Werken Archive einzurichten. Sitz des Archivs ist heute das ebenfalls 1938 erbaute Gebäude der damaligen „Forschungsanstalt für Gestaltfestigkeit".

Da sich die Hauptverwaltung der Firma M.A.N. im Augsburger Werk befindet, verfügt das dortige Archiv auch über einen großen Teil von Unterlagen der gesamten Verwaltung. Die älteste der Überlieferungen ist jedoch nicht unbedingt nur im Hauptwerk zu finden, da z. B. auch das Nürnberger Werk aus derselben Gründungszeit stammt. Der Augsburger Werkarchivar ist gleichzeitig in Personalunion der sogenannte „Zentralarchivar" der M.A.N., d. h. er betreut die übrigen fünf Werkarchive in den anderen Werken bzw. Unternehmensbereichen koordinierend und beratend.

Während des Krieges mußte das gesamte Material ausgelagert werden. In den Nachkriegsjahren wurde das Archiv systematisch ausgebaut.

Vor etwa 25 Jahren (1953) wurde im selben Gebäude das Werkmuseum der M.A.N. eröffnet. Auf ca. 700 m² Ausstellungsfläche kann man an Hand von Original-Dieselmotoren und -Druckmaschinen, Modellen, Großfotos und Schautafeln die technische Entwicklung der Produkte verfolgen. Die Besucherzahl beläuft sich auf jährlich rund 7000.

Mitteilung des Mikrofilmarchivs der deutschsprachigen Presse

Das Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse (MFA), in dem große zeitungsbesitzende und zeitungsverfilmende Bibliotheken zusammengeschlossen sind, hat 1978 wiederum aufgrund der Arbeit seiner Mitglieder wichtige Neuverfilmungen in Gang gebracht bzw. abgeschlossen. Seit dem Erscheinen des 10. Bestandsverzeichnisses im Frühjahr 1978 sind vor allem Zeitungen der Märzrevolution 1848 und die Neuverfilmung der Frankfurter Zeitung (1864 bis 1869) bemerkenswert.

Über die Arbeitsvorhaben des Mikrofilmarchivs informiert die Geschäftsstelle im Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund (Wißstraße 4, 4600 Dortmund 1,

Tel. 542 23216-219). Das Mikrofilmarchiv hilft auch durch den Aufbau einer Clearingstelle bei der kooperativen Verfilmung von Zeitungen durch Bibliotheken/Archive, indem es vorliegende und beabsichtigte Verfilmungen nachweist; damit wird Doppelarbeit vermieden. Deshalb ergeht die Bitte, die Bestände von Zeitungen auf Mikrofilm, soweit sie nicht bereits im Bestandsverzeichnis des MFA erfaßt sind, nach Dortmund zu melden und auch Planungen mitzuteilen. Das Bestandsverzeichnis kann kostenfrei bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

Universitätsarchiv Rinteln

Das Archiv der Universität Rinteln (1621—1810) ist zum großen Teil verlorengegangen. Splitter befinden sich im Hauptstaatsarchiv Hannover, den Staatsarchiven Marburg und Bückeburg, dem Stadtarchiv Rinteln. In neuerer Zeit versucht ein Kreis von Wissenschaftlern, in Einzeldarstellungen das Bild der Universität zu rekonstruieren[1].

H. Th.

[1] S. zuletzt Hildegard Thierfelder, Die Rintelner Professoren der Ökonomie Johann Hermann Fürstenau und Philipp Georg Schröder (in: Schaumburg-Lippische Mitteilungen H. 24, 1978, S. 91—104), mit Nachweisen von neueren Arbeiten über die Universität (Anm. 1, 3, 5 und 8) und dem Ergebnis, daß dort bereits seit 1730 als an einer der ersten deutschen Hochschulen Tiermedizin gelehrt wurde.

DFG-Förderung des Archivs der deutschen Jugendbewegung

Das Archiv der deutschen Jugendbewegung (Burg Ludwigstein) wurde in die Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen ihres Programms „Erschließung von Spezialbeständen in wissenschaftlichen Bibliotheken" aufgenommen. Durch umfangreiche Geldmittel für Personal- und Sachkosten wird es damit in die Lage versetzt, seinen einmaligen, nahezu geschlossenen Bestand an Literatur zur deutschen Jugendbewegung für die Forschung zu erschließen. In den nächsten zwei Jahren werden zunächst die rund 6000 Titel umfassenden Monographien (Bücher und Broschüren), anschließend die rund 2100 Zeitschriften und Periodika bibliographisch neu aufgenommen. Nach einem von der Gesellschaft für Information und Dokumentation ausgearbeiteten Programm werden die Daten maschinell ausgewertet. Ziele der Arbeit sind der Ausdruck von Karteien, die Herstellung von Druckvorlagen für Katalogveröffentlichungen und die Nutzung der Daten in zentralen Bibliothekskatalogen.

Baumaßnahmen beim Schiller-Nationalmuseum — Deutschen Literaturarchiv

Das Schiller-Nationalmuseum — Deutsche Literaturarchiv teilt mit:

Im Jahre 1979 ist das Schiller-Nationalmuseum geschlossen. Der 1903 eröffnete Bau wird gründlich renoviert. Die Ständige Ausstellung wurde magaziniert. Viele Ausstellungsstücke, die seit Jahren und Jahrzehnten in den Vitrinen lagen, müssen restauriert werden. Die Ausstellungsfläche wird durch die Räumung der bisherigen Magazine im Erdgeschoß des Museums um etwa ein Drittel vergrößert. Im Frühjahr 1980 soll das Haus wieder eröffnet werden. In der Ständigen Ausstellung werden dann neben Friedrich Schiller und den Dichtern aus Schwaben ausgewählte Dokumente und Zeugnisse aus der Literatur des 19. Jahrhunderts — mit einem besonderen Schwerpunkt bei der Produktion des Cotta-Verlags — und aus der Literatur des 20. Jahrhunderts gezeigt.

Das Deutsche Literaturarchiv bleibt auch im Jahre 1979 für die wissenschaftlichen Benutzer geöffnet (Montag bis Freitag von 8.30 bis 17.30 Uhr). Der neue Magazintrakt des Archivs wird im zweiten Halbjahr 1979 bezogen.

Die Archive der Künstlergilde e.V. (Sitz Esslingen)

Ziel der Künstlergilde e.V. in Esslingen[1] ist es, mit Ausstellungen, Publikationen und Auskünften die Erinnerung an das ostdeutsche Theater, die ostdeutsche Literatur, Bildende Kunst und Musik lebendig zu halten. Zeitlich gehen ihre diesem Zwecke dienenden Bestände bis etwa 1800 zurück.

Das seit 1955 ausgebaute Archiv der ostdeutschen Theater ist das umfangreichste und bedeutendste Archiv der Künstlergilde. Es umfaßt Fotos der ehemals ostdeutschen Bühnen, Ansichten vom Inneren der Häuser und zahlreiche Bühnenbildentwürfe, Porträts — darunter wertvolle graphische Originale — großer Ostdeutscher, die die deutsche Theaterkunst mitbestimmten, viele darunter sind mit Handschriften und literarischen Arbeiten vertreten. Daneben gibt es Bilder und Berichte von besonderen Ereignissen, interessanten Aufführungen zu Gedenktagen, Freilicht- und Passionsspielen, sowie Almanache, Rollenfotos, Autographen von Bühnenkünstlern, statistische Tafeln, Literatur über das Theaterwesen, Rollenbücher und Manuskripte, Monographien, Kritiken, Zeitungsausschnitte und nicht zuletzt für die Theatergeschichte wertvolle Erstausgaben der Werke der bildenden Kunst (Illustrationen, Bildnisse, Karikaturen, graphische Zyklen). Mehrere umfangreiche Nachlässe von Intendanten und Regisseuren sind in das Archiv als Stiftungen bzw. Legate übergegangen.

Die dieses Archiv ergänzende reichhaltige Bibliothek verwahrt neben vielen Werken von bedeutenden Bühnenbildnern, theatergeschichtlichen Arbeiten, Biographien, Nachschlagewerken und den seit 1900 fast vollzählig vorhandenen Deutschen Bühnenjahrbüchern Theaterzettel aus zwei Jahrhunderten, Anschlagzettel, Programmhefte und Plakate.

Alle diese Bestände wurden durch systematische Erwerbungen, durch Geschenke und Stiftungen ganzer Privatarchive und Nachlässe zusammengetragen. Theaterwissenschaftler, Presse und Rundfunk holen sich daraus Informationen, Studenten erhalten hier Material für ihre Dissertationen.

Auch hat die Künstlergilde bereits mehrere große Ausstellungen aus ihrem Theaterarchiv veranstaltet, darunter eine im Theatermuseum Clara-Ziegler-Stiftung, München, und eine Reihe von Ausstellungen über das dramatische Werk von Gerhart Hauptmann. Die umfangreichsten Ausstellungen unter dem Titel „Theater und bildende Kunst" haben in der Ostdeutschen Galerie Regensburg, in der Galerie der Stadt Esslingen, Villa Merkel, und in Kiel stattgefunden.

Die Künstlergilde verfügte außerdem über ein umfangreiches Archiv von Bildern, Graphiken und Plastiken. Alle diese Werke hat sie der von ihr mitbegründeten und -getragenen Ostdeutschen Galerie in Regensburg übergeben. Diese Bestände werden auch weiterhin aus Stiftungen, die die Künstlergilde ermöglicht, ergänzt.

Die weiteren fünf Archive der Künstlergilde seien im folgenden kurz behandelt.

[1] Anschrift: Künstlergilde e.V., Webergasse 1, 7300 Esslingen (Neckar).

1. Das Dia-Archiv umfaßt einige tausend Dias aus dem Bereich der bildenden Kunst, der Theater- und der allgemeinen Literatur- und Kulturgeschichte, den Osten und den Südosten betreffend.

2. Die über 20000 Bände zählende Bibliothek ist spezialisiert auf Kunstgeschichte, Literaturgeschichte, schöngeistige Literatur, Kataloge usw. aus den gleichen Sammlungsbereichen.

3. Dementsprechend wird auch ein umfangreiches Archiv von Klischees und Fotos ausgebaut.

4. Ein mehrere hundert Leitzordner umfassendes Archiv von Zeitungsausschnitten, Lebensläufen usw. ist für die eigene Arbeit der Künstlergilde wie auch zu Auskünften für Außenstehende wichtig, da es speziell Material über die bildende Kunst, die Literatur, das Theaterleben und die Musik des Ostens umfaßt.

5. Schließlich unterhält die Künstlergilde noch in Regensburg ein großes Musik-Archiv mit Werken der zeitgenössischen Komponisten aus dem Osten sowie vielen Nachlässen und Stiftungen, außerdem Lebensläufen, Dokumentationen usw.

Das Bildarchiv Foto Marburg und die Bilddokumentation zur Kunst und Kultur in Deutschland

Das Bildarchiv Foto Marburg[1], 1913 als private Einrichtung zur Unterstützung des kunstgeschichtlichen Universitätsseminars gegründet, gehört seit 1961 zur Philipps-Universität Marburg und damit dem Land Hessen. Es ist vom Wissenschaftsrat als bundesdeutsche Zentralstelle für kunstgeschichtliche Dokumentation benannt, verfügt über 22 Planstellen, beschäftigt jedoch dank verschiedener Drittmittel-Geber zur Zeit 35 Personen, hat einen jährlichen Umsatz von 300000 DM und dürfte das größte Negativ-Archiv zur Kunst in aller Welt sein.

Gegenwärtig besitzt das Bildarchiv über 700000 Negative. Die jährliche Zuwachsrate beträgt 60000 Negative, von denen etwa 45000 aus älteren Archiven angekauft, 15000 von den hauseigenen Fotografen neu angefertigt werden. Kriterien für den Ausbau des Archivs sind (Reihenfolge = Rangfolge):

1. Dokumentarischer Wert: Zeigen die Aufnahmen Sachverhalte, die gefährdet oder so nicht mehr vorhanden sind?
2. Zugänglichkeit: Zeigen die Aufnahmen Sachverhalte, die nicht ohne weiteres zugänglich sind (Privatbesitz, aus konservatorischen Gründen unzugänglich, in fernen Ländern usw.)?
3. Forschungs- und Lehrinteressen: Zeigen die Aufnahmen Sachverhalte von besonderem Interesse für die aktuelle Forschung und Lehre?
4. Fotografiegeschichtlicher Wert: Handelt es sich um Aufnahmen von Bedeutung für die Geschichte der kunstgeschichtlichen Dokumentarfotografie?

Neben dem Sammeln kulturhistorisch wertvoller Negative obliegt dem Bildarchiv deren Pflege. So hat es in den letzten Jahren eine eigene Abteilung für Negativ-Restaurierung entwickelt, die ihr inzwischen erarbeitetes Wissen gern anderen Archiven zur Verfügung stellt.

Ausbau und Pflege der Negativ-Sammlung des Bildarchivs lohnen allein in dem Ausmaß, in dem es gelingt, das Bildmaterial allen Interessenten zugänglich zu machen. Diesem Zweck dient das Fotolabor des Archivs, in welchem auf Bestellung jährlich etwa 40000 Abzüge und 10000 Diapositive hergestellt werden. Diesem Zweck dient aber vor allem das Projekt *Marburger Index — Bilddokumentation zur Kunst in Deutschland*, das das Bildarchiv dank großzügiger Förderung durch die Stiftung Volkswagenwerk seit Anfang 1977 betreibt.

Der „Marburger Index" ist nichts anderes als eine Foto-Publikation auf Microfiche. Jährlich erscheinen 100000 Fotografien auf rund 1000 Microfiches. Die Fotografien sind topographisch geordnet, innerhalb eines Ortes nach einem Gliederungssystem, das sich seit Jahren im Bildarchiv bewährt hat.

Die 1. Folge des „Index" mit 500000 Fotografien (Orte A—Z) erscheint in den Jahren 1977—1981. Sie enthält im wesentlichen die einschlägigen Fotografien des Bildarchivs Foto Marburg und des Rheinischen Bildarchivs (Köln), außerdem aber auch schon Bildmaterial einiger kleinerer Archive, des Bayerischen Nationalmuseums und der Kunstbibliothek der Stiftung preußischer Kulturbesitz. Die 2. Folge des „Index" mit wiederum 500000 Fotografien wird vorwiegend Bildmaterial weiterer kleinerer Archive, Museen und Denkmalämter beinhalten, das für die Wissenschaft besonders schwer zugänglich ist.

Um den überwältigenden Fundus kulturgeschichtlichen Bildmaterials im „Marburger Index" — die bisher vorliegenden 2000 Microfiches mit 200000 Fotos liegen in Kopien bei gegenwärtig rund 160 Abonnenten in aller Welt vor — für Fragestellungen sämtlicher Disziplinen gründlichst zu erschließen, wird im Bildarchiv eine Datenbank vorbereitet, mit deren Hilfe die notwendigen Register erstellt werden sollen. Die Register werden im COM-Ausdruck-Verfahren ebenfalls auf Microfiche produziert werden, da dieses Verfahren erlaubt, z. B. den Inhalt von 100 Registerbänden à 324 Seiten auf 100 Microfiches zum Endabnehmerpreis von 60,— DM zu publizieren. Auf Grund der geringen Produktionskosten können die Register jährlich in aktualisierter Form kumulativ neu herausgegeben werden. Die Ausgabe der ersten Register ist für Ende 1979 vorgesehen.

Bild-Microfiches und Register-Microfiches nebeneinander werden ermöglichen, erstmals die historische Bildquelle ebenso einzubeziehen wie die publizierte Schriftquelle. Damit dürften der Kunst- und Kulturgeschichte wesentlich neue Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten eröffnet sein.

Marburg/L. Lutz Heusinger

[1] Anschrift: Bildarchiv Foto Marburg im Forschungsinstitut für Kunstgeschichte, Philipps-Universität, Ernst-von-Hülsen-Haus, Wolffstraße, 3550 Marburg.

10. Tagung rheinland-pfälzischer und saarländischer Archivare in Landau

Am 23. Oktober 1978 folgten etwa 50 Kollegen der Einladung der Stadt Landau zur 10. Fachtagung rheinland-pfälzischer und saarländischer Archivare. Oberbürgermeister Morio ließ es sich nicht nehmen, persönlich die Teilnehmer zu begrüßen.

Die Tagung hatte sich die Quellen zur Geschichte der „Roten Zone" zum Thema gewählt, dieses fast bis vor die Tore Landaus reichenden Streifens entlang der Westgrenze des Reiches, aus dem im Verlaufe des letzten Krieges die Bewohner zweimal, teilweise dreimal evakuiert wurden. Die drei Referenten betrachteten die Quellenlage auf Grund der zivilen staatlichen, der militärischen und der kommunalen Verwaltungen. Alle drei Vorträge werden im Sommer 1979 in der *Kleinen Reihe* der *Veröffentlichungen aus rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven* erscheinen.

Dr. Hans-Walter Herrmann (Landesarchiv Saarbrücken) zeigte zunächst an Hand von Akten der staatlichen Verwaltung die Entwicklung der Freimachung von ersten

Plänen während der Sudetenkrise über überstürzte Detailausarbeitungen während der Annexion von Böhmen und Mähren und ausgereiften Plänen in den Folgemonaten bis zur ersten Räumung der Roten Zone — die vorgelagerte Grüne Zone wurde nicht „freigemacht" — vom 3. September 1939 an und die „Bergung" der Evakuierten vornehmlich in Mitteldeutschland. Die Rückwanderung begann im Juli/August 1940, wobei die im Krieg zerstörten Dörfer (Warndt und südlicher Bliesgau) später freigegeben wurden. Im zweiten Teil seines fundierten Referats überprüfte Dr. Herrmann die Aktenüberlieferung bei den einzelnen staatlichen Dienststellen und den Parteigliederungen, die mit der Freimachung befaßt waren, wobei er die Nachkriegsüberlieferung nicht einbezog. Da „die Kriegszerstörungen in diesem Landstrich durch vorgestoßene französische Einheiten und durch die anschließenden Kämpfe im Vorfeld des Westwalls sowie die bald einsetzende Gesetzgebung und Verwaltungstätigkeit zur Behebung der Kriegsschäden und das Vorhaben, damit großzügig konzipierte Neuordnungsmaßnahmen zu verbinden, keine Parallelen in anderen Teilen des Reiches haben", regte der Referent zum Abschluß seines Vortrags eine Dokumentation zu diesem Thema an.

Das von Dr. Herrmann entworfene Bild der Roten Zone an Hand staatlicher Quellen wurde mittels der weithin unbekannten militärischen Überlieferung in dem Vortrag von Walter Werhan (Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg) glücklich ergänzt. Unter militärischen Aspekten beginnt die Geschichte der Roten Zone bereits 1936 mit dem Bau des Westwalls. Mit der Roten Zone waren die verschiedensten militärischen Stellen befaßt, deren Ermittlung mit Schwierigkeiten verbunden ist und in deren Überlieferung, besonders beim Heeresarchiv in Potsdam 1945, große Verluste eingetreten sind. Während die Quellen beim Oberkommando des Heeres nur geringe Aussagen enthalten, sind besonders zwei Quellen nachgeordneter militärischer Dienststellen hervorzuheben: Das Kriegstagebuch des seit dem 26. August 1939 für die Räumung zuständigen Oberquartiermeisters im Oberkommando der in diesem Grenzabschnitt operierenden 1. Armee sowie die Unterlagen der Rastraumkommandantur III St. Wendel, darin vor allem der Freimachungskalender und Richtlinien des Freimachungsstabes, von dem selbst keine Akten überliefert sind. Die Zivilbevölkerung unterstand dem Chef der Zivilverwaltung, von dem Morgenberichte in den Akten des Oberquartiermeisters vorliegen. Die wirtschaftliche Seite der Freimachung wird durch Akten der Rüstungsinspektion XII in Wiesbaden dokumentiert. Es versteht sich, daß die militärische Aktenüberlieferung über die Kriegsjahre 1944/1945 denkbar schlecht ist. Werhan wies auf das zum Teil sehr instruktive Karten- und Bildmaterial hin und befaßte sich eingehend mit dem Westwallbau und seinen Auswirkungen auf die Bevölkerung der Roten Zone.

Mit dem Westwall begann auch das Referat von Dr. Hans Heß (Stadtarchiv Landau), der sich auf den Bereich der Stadt und der heutigen Verbandsgemeinde Bad Bergzabern beschränkte, in dieser räumlichen Einschränkung aber an Hand der kommunalen Aktenüberlieferung meisterlich ein bewegtes Bild der Bevölkerung zeichnete, die von 1939 bis 1945 „eine Abfolge von Entbehrung, Elend und Not" erlitt. Das nicht ohne innere Anteilnahme Vorgetragene ergänzte trotz großer Verluste, die in den Gemeindearchiven zu beklagen sind, sehr gut die beiden vorangegangenen Referate, verdeutlicht doch die Aktenüberlieferung auf der kommunalen Ebene oft besonders das Menschliche bis ins Einzelschicksal hinein. Der Westwallbau als militärische Geheimsache findet in den Gemeindearchiven kaum Erwähnung, dafür desto reichlicher die Vorplanungen zur Freimachung und die Räumung der Roten Zone. Die Archive wurden entweder in die Bergungsgebiete mitgenommen oder in den Gemeinden an sicherem Platz belassen. Dr. Heß berichtete von den zurückgebliebenen Betriebsverwaltungen zur Versorgung der militärischen Einrichtungen und zur notdürftigen Einbringung der Ernte, von Plünderungen in den geräumten Dörfern durch deutsche Soldaten, von Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung in den Bergungsgebieten, die zu einer vorzeitigen Rückkehr eines Teils der Evakuierten führten, u. a. mehr. Die Rote Zone blieb nach 1945 Notstandsgebiet, auch der Lastenausgleich hatte vielfach nur den Charakter von Almosen, wie der Referent betonte.

Die Schlußbesprechung nach einer Führung und Weinprobe auf dem Geilweilerhof streifte nochmals eine mögliche Dokumentation zur Geschichte der Roten Zone und ließ den Wunsch nach einer ungekürzten Veröffentlichung der drei Referate deutlich werden. Dem ist noch hinzuzufügen, daß eine Umwandlung der Vorträge in Aufsätze mit genauen Quellenbelegen sehr erwünscht wäre. Abschließend erging bereits jetzt die Einladung zu den nächsten Tagungen in Speyer (Frühjahr 1979), Saarbrücken (Herbst 1979), Wörth (Frühjahr 1980) und Oppenheim (Herbst 1980).

Speyer — Karl Heinz Debus

20. Routinesitzung nordrhein-westfälischer Kommunalarchivare in Münster

Am 8. Dezember 1978 fand im Landeshaus zu Münster die 20. Routinesitzung nordrhein-westfälischer Kommunalarchivare statt, zu der sich 28 Teilnehmer eingefunden hatten. Sie wurden von Ltd. Landesverwaltungsdirektor Beisenkötter namens des Kulturdezernenten und des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, der die Rolle des Gastgebers übernommen hatte, begrüßt. Für den weiteren Tagungsverlauf übernahm Ltd. Landesarchivdirektor Dr. Richtering, Münster, als Obmann die Gesprächsführung.

In dem ersten Referat des Tages ging Dr. Höroldt, Bonn, auf die Funktion und die Stellung des Stadtarchivs innerhalb der Stadtverwaltung ein. Den Ausgangspunkt seiner Ausführungen und der sich daran anschließenden Diskussion bildete das vom Städtetag Nordrhein-Westfalen als Empfehlung verabschiedete Papier über „die Stadtarchive in der Kulturpolitik der Städte", das aus den Beratungen des Kulturausschusses des Städtetages hervorgegangen ist. Mehrheitlich stellten die Teilnehmer fest, daß dieses Papier vor allem gute Voraussetzungen dafür mitbringe, Empfehlungen für die kulturpolitische Arbeit auszusprechen. Seine Schlußfolgerungen über die Zuordnung des Stadtarchivs zum Kulturdezernat seien allerdings kritisch zu überdenken. Im Zusammenhang damit gingen die Teilnehmer auch auf die Problematik eines Archiventwicklungsplanes ein.

Dr. Rotthoff, Krefeld, informierte dann die Teilnehmer über die Archivierung von lokalem Parteischriftgut und anderem nichtstaatlichen Schriftgut. Die dabei aus dem Interesse von staatlichen, Kommunal-, Partei- und anderen Archiven sich ergebende Konkurrenz ließ eine bessere Absprache zwischen allen Beteiligten dringlich erscheinen.

Nach einem Kurzbeitrag von Dr. Weidenhaupt, Düsseldorf, über die Gebührenerhebung in Kommunalarchiven, die als Entgelt entstandener Kosten verstanden werden soll, berichtete Dr. Löhr, Mönchengladbach, über die Vorteile interkommunaler archivischer Zusammenarbeit, wie sie

derzeit zur Vorbereitung einer überregionalen Ausstellung zwischen Mönchengladbach und einigen benachbarten Städten und Kreisen praktiziert wird. Den letzten Diskussionspunkt boten die Anregungen, die Dr. Nordsiek, Minden, zur Gestaltung der Internationalen Archivwochen 1979 gab. Im Anschluß daran führte Dr. Lahrkamp durch das Stadtarchiv Münster, das vor wenigen Wochen neue Unterkunft im ehemaligen Lotharingerkloster gefunden hat.

Als Termin der nächsten Routinesitzung wurde der 14. März 1979 vereinbart, als Treffpunkt die Archivberatungsstelle Rheinland in Köln.

Münster/W. Werner H. Frese

Fortbildungskurs für westfälische Kommunalarchivare in Castrop-Rauxel

Am 23. November 1978 veranstaltete das Westfälische Landesamt für Archivpflege den 10. Fortbildungskurs für Kommunalarchivare im Sprengel des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Die Stadt Castrop-Rauxel hatte dafür die Rolle des Gastgebers übernommen und stellte den Ratssaal in ihrem neuen Rathaus zur Verfügung, wo sich fast 50 Kommunalarchivare einfanden. Nach der Begrüßung durch Stadtdirektor Koch und Ltd. Landesarchivdirektor Dr. Richtering übernahm Landesarchivdirektor Dr. Bruns den Vorsitz des Lehrgangs und die Diskussionsleitung. Im ersten Tagungspunkt ging es um die Probleme der Restaurierung von Archivalien, und zwar vorzüglich an Papierschriftträgern. In seinem einleitenden Referat informierte daher Klaus Kasimir, Entwicklungstechniker der Firma Neschen, Bückeburg, die Teilnehmer über die chemischen Vorgänge der Zellulosealterung bei Papier und den derzeitigen Stand der Forschung und Technik in der Papierherstellung und Restaurierung alter Papiere. Nach der Vorführung eines Kaschiergerätes dieser Firma stellte Reinhold Sand, Restaurator im Westfälischen Landesamt für Archivpflege, seine Erfahrungen aus seiner Tätigkeit in der Papierrestaurierung und -kaschierung zur Diskussion und behandelte dann die fachgerechte Aufbewahrung und verschiedene Verfahren der Wiedergabe von Siegeln, die mit einigen Beispielen demonstriert wurden.

Nach dem Mittagessen wurde die Tagung mit der Besichtigung des Zwischenarchivs der Stadtverwaltung Castrop-Rauxel fortgesetzt. Dabei kam es zu Diskussionen über den geeignetsten Zeitpunkt und arbeitssparende Methoden der Altaktenübernahme. Im Anschluß daran referierte Rolf-Hubert Schneider über Kooperationsmöglichkeiten von Stadtmuseum und Stadtarchiv am Beispiel von Castrop-Rauxel und bot damit den Tagungsteilnehmern Gelegenheit, praktische Fragen der Ausstellungstechnik zu diskutieren.

Münster/W. Werner H. Frese

Zweiter Fortbildungslehrgang für Mitarbeiter in kirchlichen Registraturen und Archiven (EKD) in Leichlingen

Leichlingen — dieser Ort im Bergischen Land ist mittlerweile in kirchlichen Registratur- und Archivkreisen zu einem stehenden Begriff für praxisbezogene Fortbildung in harmonischer Atmosphäre geworden. Landesarchivdirektor Dr. K. Schmitz (Köln) und Tagungsleiter Kirchenoberarchivrat i. R. Pfarrer W. Schmidt (Düsseldorf) hatten den vom 27. November bis 1. Dezember 1978 veranstalteten zweiten Fortbildungslehrgang für Mitarbeiter in kirchlichen Registraturen und Archiven wiederum vorzüglich vorbereitet. Insgesamt 30 Teilnehmer aus nahezu allen Landeskirchen, überwiegend Registratoren, waren bei der Einführung durch den Tagungsleiter anwesend, der, gemeinsam mit Dr. D. Meyer (Düsseldorf), einen chronologisch gereihten Bestand des Kirchenkreises Simmern zwecks Ordnung nach dem Aktenplan der Evang. Landeskirche im Rheinland vorstellte.

Nach dem einleitenden Referat von Dr. W. Eger (Speyer) „Archivwissenschaftliche Grundbegriffe" standen — eingedenk der Zusage des Vorjahres — registraturwissenschaftliche Themen im Vordergrund: es sprachen H. Kuhr (Braunschweig) über „Bildung von Sachakten", Dr. H. Rückleben (Karlsruhe) über „Entstehung und Aufbau eines Aktenplans" und H. Knippel (Darmstadt) zu den Themen „Der Aktenplan in der Registraturpraxis" sowie „Registraturhilfsmittel". Dankenswerterweise sprang der Darmstädter Referent überdies für die erkrankten Archivare E. Kätsch und Dr. H. Talazko ein, indem er aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen wertvolle Ratschläge für die tägliche Registraturpraxis vermittelte. V. Drese (Kiel) „Aktenabgabe an das Archiv" und M. Wischnath (Berlin) „Erfahrungen bei der Verzeichnung der Akten des Büros des Hilfswerks" knüpften wiederum die Verbindung zur archivischen Seite des Kursus, der mit einer Studienfahrt zur Archivberatungsstelle Rheinland unter Führung von Dr. K. Schmitz (Köln) schloß.

Der Wunsch der Teilnehmer nach Fortführung der jungen Leichlinger Tradition war allgemein — gewisse Schwierigkeiten bereitet anscheinend jedoch die Kontinuität des Teilnehmerkreises. Für 1980 sollen zusätzlich eine ‚aktuelle Fragestunde' eingerichtet sowie spezielle Interessen in Gruppenarbeit wahrgenommen und die Ergebnisse im Plenum vorgetragen werden.

Karlsruhe Hermann Rückleben

Sitzung der Bischöflichen Fachkommission für die kirchlichen Archive in Deutschland in Regensburg

Vom 15. bis 17. November 1978 traf sich die Bischöfliche Fachkommission für die kirchlichen Archive in Deutschland im Bischöflichen Zentralarchiv in Regensburg zu einer außerordentlichen Sitzung. Hauptanlaß hierfür war das Ablaufen der Amtszeit des bisherigen Vorsitzenden Msgr. Dr. Paul Mai, Regensburg, der infolge zu großer dienstlicher Verpflichtungen sich nicht mehr zu einer Wiederwahl bereitstellen konnte. Für die Amtsperiode 1979 bis 1983 wurde von den Mitgliedern der Fachkommission einstimmig Archivdirektor Hermann-Josef Debye, Aachen, nominiert, der nun noch der Berufung durch Kardinal Höffner bedarf.

Dr. Mai konnte in seinem Rechenschaftsbericht in den vergangenen vier Jahren einen allgemeinen Aufschwung des katholischen Archivwesens in personeller wie organisatorischer Hinsicht feststellen. Hierzu haben wohl vor allem die vielfach durchgeführten Fortbildungskurse wie auch die für die Bischofskonferenz erarbeiteten und von dieser verabschiedeten Erlasse zur Ordnung des kirchlichen Archivbereiches beigetragen. — Weitere Themen der Arbeitssitzung waren die Vorbereitung neuer Kurse für Verwaltungsangestellte und Ordensleute, Richtlinien für die Kassation in Pfarr- und Dekanatsarchiven und das Problem der fotomechanischen Reproduktion von Archivalien. Für die kirchliche Restaurierungswerkstatt Eibingen wurden Arbeitsplanung und die Frage der Finanzierung eingehend besprochen.

Regensburg Paul Mai

Kurs für Nachwuchskräfte in katholischen Archiven und Registraturen in Volkersberg

Die sogenannten „Volkersberger Kurse" für Angestellte in kirchlichen Verwaltungen fanden mit Kursteil III vom 22. bis 28. Oktober 1978 sowie mit der Prüfung in Würzburg vom 4. bis 7. Dezember 1978 ihren Abschluß[1]. Von den Kursteilnehmern unterzogen sich 16 der Prüfung, die zur allgemeinen Zufriedenheit ausfiel. Obgleich die bildungsmäßigen Voraussetzungen der zu den Kursen abgeordneten Mitarbeiter aus Ordinariaten, Verbänden und Pfarrgemeinden sehr unterschiedlich sind, gelang es, allen eine als positiv empfundene Weiterbildung zu vermitteln. Hierbei haben sich besonders der wechselseitige Erfahrungsaustausch, praktische Übungen und die Exkursionen bewährt. Auf allgemeinen Wunsch wird 1979 nochmals mit einem dreigeteilten Lehrgang begonnen, der vor allem den überregionalen und diözesanen Verbänden sowie den neu entstandenen Pfarrverbänden angeboten wird. Als Termin für den 1. Teilkurs ist die Woche vom 17. bis 22. September 1979 geplant. Die Organisation dieser Kurse wird in Zukunft Dr. Jakob Torsy, Historisches Archiv des Erzbistums Köln, Gereonstraße 2—4, 5000 Köln, im Auftrag der Bischöflichen Fachkommission durchführen.

Regensburg — Paul Mai

[1] Zu Kursteil I und II s. *Der Archivar* 31, 1978, Sp. 105 u. 256.

Fortbildungskurse für klösterlichen Archivnachwuchs in Reute und Paderborn

In Fortsetzung der 1975/76 durchgeführten, jeweils dreiteiligen Kurse für Mitarbeiter in klösterlichen Registraturen und Archiven, die für den Norden in Paderborn, für den Süden in Reute abgehalten worden sind, wurde nunmehr auf vielseitigen Wunsch ein Aufbaukurs organisiert. Dieser fand in Reute vom 25. bis 29. September 1978 statt, für Paderborn läuft die Vorbereitung zum 26. Februar bis 3. März 1979. Es soll mit diesen Aufbaukursen eine Vertiefung des früher erarbeiteten Wissens erfolgen sowie die Möglichkeit zu Erfahrungsaustausch und der gemeinsamen Klärung neu aufgetretener Probleme geboten werden. In Reute konnten 32 Teilnehmer untergebracht werden, 8 aus Generalaten, 11 aus Provinzialaten, 1 aus einer Abtei, die übrigen aus aktiven und kontemplativen Einzelklöstern. Bei einer im Anschluß an den Kurs erfolgten Befragung stellte sich heraus, daß nur bei 7 bereits ein geordnetes Archiv besteht, 17 sind mit dessen Planung beschäftigt, 8 haben bereits mit dem Aufbau begonnen. Allgemein wurde die gebotene Fortbildung dankbar aufgenommen und der Wunsch nach weiteren derartigen Treffen geäußert, wobei das Schwergewicht auf praktische Übungen und Anleitung zur Heranbildung klosterinterner Mitarbeiter gelegt werden soll. Ein Grundkursus für Archivare und Registratoren in den Priester-, Brüder- und Frauenorden läuft 1979 an. Kursteil I ist für den 6. bis 12. Mai 1979 geplant, die Kursteile II und III folgen 1980. Die Organisation dieser Kurse liegt bei Schwester Marianne Schepp, VOD, Bonner Talweg 135, 5300 Bonn.

Regensburg — Paul Mai

Treffen des Arbeitskreises Chemische Industrie in der VdW in Frankfurt/M.-Höchst

Die vorjährige Tagung des Arbeitskreises der Chemiearchivare fand am 14. November 1978 in Frankfurt/M.-Höchst statt. Insgesamt 25 Vertreter deutscher und schweizerischer Firmen nahmen daran teil. Im Mittelpunkt stand der Vortrag von Diplom-Chemiker Werner Binder (Hoechst AG) über die „Möglichkeiten der EDV-Dokumentation für die Archive". Der Referent stellte das von ihm entwickelte, bisher im anwendungstechnischen Bereich eingesetzte COWOCOR-System (Computer-Wort-Codierung und Recherche) vor, das vor allem durch seine umfassende, ausbaufähige Systematik und die Möglichkeit, in großem Ausmaß Synonyme zu verwenden, über gute Voraussetzungen für einen Einsatz im archivischen Bereich verfügt. Nach dem COWOCOR-System soll in den nächsten Jahren ein Bestand des Firmenarchivs Hoechst bearbeitet werden. Anregungen für die Wirtschaftsarchivare, die Arbeiten an der Neuen Deutschen Biographie zu unterstützen, gab das Referat von Dr. Heinz Walter (Bayerische Akademie der Wissenschaften / NDB). Dabei kommt vor allem die Benennung berichtswürdiger Persönlichkeiten, die Mitteilung biographischer Daten und gegebenenfalls die Bearbeitung einzelner Beträge in Betracht. Ein Meinungsaustausch über Chancen und Risiken, die sich aus den Rationalisierungsmaßnahmen in der Chemischen Industrie für die Archive ergeben, schloß sich an. Nach Kurzberichten, u. a. über den 52. Deutschen Archivtag (Frau Gimbel / Dr. Reichling) und die Arbeit der VdW (Dr. Huegel) endete die Tagung mit einer Besichtigung des Firmenmuseums der Hoechst AG, das sich im Höchster Schloß im Zentrum der restaurierten Altstadt dieses Frankfurter Stadtteils befindet.

Das nächste Treffen des Arbeitskreises soll Problemen des Einsatzes und der Erschließung von Mikrofilmen gewidmet sein und am 13. November 1979 bei der Bayer AG in Leverkusen stattfinden.

Frankfurt/M. — Manfred Simon

Zweiter Ausbildungslehrgang für Wirtschaftsarchivare in Feldkirchen-Westerham

Die Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare hat im März dieses Jahres einen dreiteiligen Ausbildungszyklus begonnen[1], dessen zweiter Lehrgang vom 30. Oktober bis 2. November 1978 im Bildungszentrum der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern in Feldkirchen-Westerham stattfand. Es nahmen 21 Vertreter aus Firmen, Kammern und Verbänden an dieser Veranstaltung teil. Thematische Schwerpunkte waren: Grundzüge des Gesellschaftsrechts, Deutsche Schriftkunde ab 1800, Verzeichnung von Einzelakten, Strukturierung von Aktengruppen (mit praktischen Übungen) sowie Archivierung von Bildmaterial. Die Lehrgangsleitung lag in den Händen von Frau Dr. Angela Kaltenbrunner. Zu den Referenten gehörten Dr. Hermann-Joseph Busley (Bayerisches Hauptstaatsarchiv), Dr. Klara van Eyll (Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv) und Christel Glaser (Bildarchiv des Werner-von-Siemens-Instituts für Geschichte des Hauses Siemens). Der dritte und abschließende Teil dieses Ausbildungszyklus wird vom 7. bis 9. März 1979 stattfinden.

München — Angela Kaltenbrunner

[1] Zum ersten Lehrgang s. den Bericht im *Archivar* Jg. 31, 1978, Sp. 256f.

Seminar „Automatisierte Informationssysteme" in Hagen

Die Fachgruppe Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare im Verein deutscher Archivare veranstaltete vom 13. bis 16. November 1978 in Verbindung mit dem Lehrinstitut für Dokumentation im Rahmen des Fortbildungsprogramms

des Deutschen Instituts für publizistische Bildungsarbeit in Hagen ein Seminar „Automatisierte Informationssysteme".

In den nicht ganz einfachen Gegenstandsbereich führte Götz Greiner, Lehrinstitut für Dokumentation, Frankfurt, ein mit einer Lehrveranstaltung „Dokumentationssprachen und Ordnungssysteme". Danach wurden den Teilnehmern, Mitgliedern der Fachgruppe, aber auch anderen an diesen Fragen Interessierten, bereits bestehende rechnergesteuerte Informationssysteme vorgestellt, wobei sowohl Verfahren der Inhaltserschließung als auch solche der Informations-Wiedergewinnung (Retrieval) berücksichtigt wurden.

Die Referenten Dr. Schmitz-Esser (Gruner + Jahr, Hamburg), Ministerialrat Dr. Schepers (Deutscher Bundestag, Bonn), R. Bernhardt (Gesellschaft für Information und Dokumentation, Frankfurt), Dr. Habel (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn), jeweils maßgeblich an der Entwicklung der von ihnen präsentierten Systeme beteiligt, vermittelten den Teilnehmern mit ihrer Darstellung Einblicke in die Möglichkeiten der rechnergesteuerten Informationsverarbeitung und stellten deren Vorzüge heraus. Andererseits wurden auch manche der hier noch bestehenden Grenzen deutlich.

Zum Abschluß gab Rainer Kuhlen noch einen Überblick über „Überregionale Informationsnetzwerke", stellte die „Möglichkeiten der automatischen Inhaltserschließung" dar und eröffnete unter dem Titel „Auf dem Weg zum Faktretrieval" einen Ausblick auf die Zukunft.

Bei der gemeinsamen Auswertung des Seminars zeigten sich die Teilnehmer überwiegend zufrieden. Sie hatten ihre Kenntnisse über diese komplizierte Materie erweitern und sich zugleich neue Kriterien zur Beurteilung der Effizienz automatisierter Informationssysteme erarbeiten können.

Die Veranstaltung soll wegen des großen Interesses, das sie fand, in diesem Jahr vom 19. bis 23. November leicht modifiziert noch einmal wiederholt werden.

Frankfurt a. M. Marianne Englert

Zeitungssammlungen im Abseits?

Bericht über ein Fortbildungsseminar in Köln

Mit der Behandlung von Zeitungen in Bibliotheken und Archiven beschäftigte sich ein dreitägiges Fortbildungsseminar, das das Deutsche Bibliotheksinstitut (DBI) vom 15. bis 17. November 1978 in Köln veranstaltete. Die Kommission für Zeitungsfragen des DBI hatte „Empfehlungen zur Kooperation von Zeitungssammelstellen" vorgelegt, die die Basis und das Diskussionsmaterial für die etwa 30 Teilnehmer aus Bibliotheken, publizistischen Fachinstituten und Archiven darstellten. Die „Empfehlungen" sind inzwischen, um einen Kommentar und ausführliche Anlagen erweitert, im Buchhandel erschienen (Kooperationsmöglichkeiten für Zeitungssammelstellen. Hrsg. von Willi Höfig u. Wilbert Ubbens. Berlin: Arbeitsstelle für das Bibliothekswesen 1978. AfB-Materialien. 23.)

In kleinen Arbeitsgruppen konnten intensive Gespräche über Fragen der Erwerbung, Katalogisierung, Benutzung und Aufbewahrung von Zeitungen sowie den Einsatz von Mikroformen geführt werden. Der Schwerpunkt lag beim Austausch von Informationen. Archivare und Bibliothekare fanden hier eine der sonst nicht übermäßig häufigen Gelegenheiten zum Erfahrungsaustausch am Beispiel eines von beiden Gruppen oft gleichermaßen mit Zurückhaltung betrachteten Sammelgutes. Eine Plenumsdiskussion aller Teilnehmer, an der zusätzlich die Mitglieder der DBI-Kommission für Zeitungsfragen teilnahmen, gab Gelegenheit zur Zusammenfassung und Kritik. Besichtigungen eines Mikrofilm-Unternehmens in Bonn und des Bundespresse- und Informationsamtes vermittelten praktische Eindrücke zum Thema. Leider standen nur wenigen Archivaren überwiegend Bibliothekare aus Universalbibliotheken gegenüber — man hätte sich ein ausgewogeneres Verhältnis mit zusätzlich stärkerer Beteiligung der schwach vertretenen Spezialinstitute gewünscht. Hier dürfte die Finanzlage am Ende des Etatjahres nicht ohne Einfluß gewesen sein.

Die auf der Grundlage der eigenen Berufserfahrungen diskutierten „Empfehlungen" sehen eine Straffung des Zeitungssammelns der Bibliotheken unter Berücksichtigung der Versorgung des deutschen Leihverkehrs mit überlegten Kompetenzabgrenzungen vor. Einer der wesentlichsten Punkte ist dabei der durchgehende Verzicht auf das Papierexemplar und die Sammlung von Mikrofilmen. Einzig in den regionalen Pflichtexemplarbibliotheken soll das papierene Original in Zukunft erhalten werden. Wie bekannt, ist die Deutsche Bibliothek durch Gesetz zum Sammeln von Zeitungen in Form des Mikrofilms verpflichtet; in Frankfurt werden inzwischen alle selbständigen deutschen Tageszeitungen und die wichtigsten Nebenausgaben laufend als Film gesammelt. Ein zentraler Nachweis aller in deutschen Bibliotheken vorhandenen in- und ausländischen Zeitungen wird mit Hilfe der Zeitschriften-Datenbank des DBI in Berlin angestrebt. Dazu sollen zunächst die Fachzentralkataloge an der Universitätsbibliothek Bremen (deutsche Titel) und der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin (fremdsprachige Titel) in den elektronischen Speicher eingebracht und, vermehrt um dort nicht oder nur teilweise erfaßte Bestände der Deutschen Bibliothek und der Berliner Staatsbibliothek, in einem Gesamt-Zeitungskatalog deutscher Bibliotheken vorgelegt werden. Wer die Probleme bei der Entstehung der Kataloge von Hagelweide und Winckler in Erinnerung hat, mag hier den Planern mit hochgezogener Braue alles Gute wünschen. Doch hat sich die Situation seit Erscheinen der genannten Katalogwerke verbessert: Die Redaktion des Standortverzeichnisses Ausländischer Zeitungen und Illustrierten wird Mitte 1979 alle erfaßten Bestandsnachweise durch erneute Anfrage aktualisiert haben, und die Probleme des Bremer Katalogs sollen durch eine bibliothekarische Arbeitsgruppe vor der EDV-Konvertierung im einzelnen geprüft werden. Zumindest auf dem Gebiete der zentralen Verzeichnung des Vorhandenen hat sich die Situation entspannt und bietet Möglichkeiten für die weitere Verbesserung. — Voraussetzung ist die gleichmäßige Katalogisierung von Zeitungen nach RAK[1] ein Problemkreis, für den die Empfehlungen detaillierte, in der Diskussion hin und wieder belächelte Regeln auf der Grundlage einer gemäßigten Kurz-Titelaufnahme (mit obligatorischer Verweisung vom Sachtitel und Ortsregister) anbieten. Daß hier natürlich die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis besonders groß ist, blieb unverborgen.

Die Vielfalt der Zeitungssammelstellen, ihre unterschiedlichen Träger und Zielsetzungen, der ganz verschiedene Umfang der Sammlungen, der Sammelkonzeptionen und nicht zuletzt der Haushaltsmittel läßt eine strengere Planung auf diesem Gebiete gewiß nicht zu. Aber in ein Gesamtkonzept eingepaßte Absprachen, die der weiteren Verbesserung der Situation dienen, sind, so zeigte das Seminar, möglich und durchsetzbar. Daß Überlegungen dieser Art auch dem in der Alltagsroutine vergrabenen einzelnen Bibliothekar oder Archivar Perspektiven vermitteln und sein Selbstverständnis beeinflussen können, wurde von den Teilnehmern positiv angemerkt.

[1] Regeln für die alphabetische Katalogisierung. RAK.

Das anhaltende Interesse an der Materie läßt eine Wiederholung der Veranstaltung sinnvoll erscheinen. Anfragen beantwortet das Deutsche Bibliotheksinstitut in Berlin 31, Fehrbelliner Platz 3.

Berlin — Willi Höfig

Deutsche Demokratische Republik

Tagung der Arbeitsgemeinschaft für das kirchliche Archiv- und Bibliothekswesen in der DDR in Meißen

Die Arbeitsgemeinschaft für das kirchliche Archiv- und Bibliothekswesen in der DDR hielt ihre Jahrestagung 1978 vom 20. bis 22. April in Meißen ab. Sie begann mit einem lehrreichen Besuch der Sächsischen Landesbibliothek Dresden. Von besonderem Gewicht war der anregende Bericht von Prof. László Makkai, Budapest, über das Sammlungswesen der ungarischen reformierten Kirche, deren „Rat der Sammlungen" das kirchliche Archiv-, Bibliotheks- und Museumswesen zusammenfaßt. Dr. Karlheinz Blaschke, Dresden, referierte über die Verwendungsmöglichkeit von mechanographischen Hilfsmitteln im Archivwesen und gab einen Bericht über die Teilnahme am *Stage Technique International des Archives* in Paris. Walter Oeser, Dresden, behandelte in einer sehr praxisbezogenen Weise die Fragen der Archivalienrestaurierung und -konservierung.

Dänemark

Neue dänische Archivveröffentlichungen *

Das *Reichsarchiv in Kopenhagen* hat in der Reihe der Wegweisenden Findbücher[1] als Nr. 18 den zweiten Band der Lokalarchive bis 1559 herausgebracht. Er ist den geistlichen Archiven auf Fünen, in Jütland und in Schleswig gewidmet (vor allem Bistümern und Kapiteln, aber auch Klöstern, Stadt- und Landkirchen)[2]. Die Einrichtung entspricht dem vorigen Band: sehr knappe Regesten mit Stückbeschreibung, Druck- und Verzeichnungsnachweis, Liegeort. Die provenienzgerechte Zusammenstellung der an verschiedenen Orten verwahrten Überlieferung ist sehr nützlich. Zwar ist grundsätzlich nur aufgenommen, was in Dänemark liegt, im Bereich des Bistums Schleswig aber zum Teil — nicht immer — auch Material aus dem Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv in Schleswig erwähnt. Es wird deutlich, wie zerrissen hier die Bestände sind; so hat etwa von den Urkunden des Antoniterklosters Mohrkirchen in Angeln Kopenhagen 15, Schleswig 20 Stücke. Der dritte Band der Lokalarchive, der die Stadtarchive bringen wird, ist abgeschlossen und soll gedruckt werden, sobald die Mittel vorhanden sind.

Als Nr. 21 der Reihe ist das Findbuch über das Archiv der Universität Kopenhagen, die 1979 ihr 500jähriges Bestehen feiert, erschienen[3]. Der umfangreiche Bestand — ca. 300 Regalmeter — ist größtenteils 1940 ins Reichsarchiv gelangt und war da in einem wenig befriedigenden Zustand. Die Neuordnung lehnt sich soweit wie möglich an den Aufbau der Universitätsverwaltung an. In fünf Hauptgruppen (Zentralverwaltung, Stipendien und Kollegien, Fakultäten, Institutionen mit besonderer Bindung an die Universität, Diverse) werden mehrere Dutzend einzelne Organe unterschieden, in ihrer Tätigkeit vorgestellt, ihre Akten in je besonderer Nummernfolge und mit oft eingehenden Erläuterungen zu einzelnen Aktenbänden erfaßt. Das Archiv zeigt übrigens die Universität nicht nur als Lehranstalt, sondern auch als großen Grundbesitzer und Inhaber von Patronatskirchen; die Akten über die Verwaltung des Grundbesitzes liegen jedoch z. T. auch an anderen Stellen[4]. Lesenswert ist ein für sich erschienener Bericht über die Ordnungsarbeit im einzelnen. Er geht auch auf die praktisch-organisatorische Seite der Sache ein und zeigt, wie die Prinzipien der Ordnung nicht im voraus geplant, sondern erst allmählich entwickelt werden konnten und wie trotz ungünstiger Umstände (in viereinhalb Jahren sind 27—30 Mitarbeiter an dem Unternehmen beteiligt gewesen, darunter 9 Archivare und Archivarvikare, 8 Studenten, 6 Arbeitslose, und keiner von ihnen die ganze Zeit) die Arbeit in einer Gruppe befriedigend sein kann[5].

In der Reihe der Vorläufigen Findbücher[6] sind die Archive des Ingenieurkorps mit den Bänden 2 und 3 abgeschlossen worden. Die Bestände reichen bis 1932. Bis 1864 betreffen sie auch Schleswig-Holstein; das Dannewerk und die Düppeler Schanzen sind hervorzuheben, später liegt ein Schwerpunkt bei der Befestigung von Kopenhagen[7]. — Vier Bände sollen die Filme und Fotokopien von Dänemark betreffenden Akten aus deutschen Archiven erfassen, die in den Jahren seit 1947 in Deutschland, England und vor allem den Vereinigten Staaten hergestellt worden sind. Der erste Band enthält Archivalien der Marine 1848—1945 und der Luftwaffe 1940—1945[8]. Die Verzeichnung richtet sich nach der ursprünglichen Provenienz und bringt den deutschen Titel mit meist ausführlichen dänischen Erläuterungen. Viele Aktenbände sind nur in Auswahl verfilmt. — Als sachthematisches Inventar ist eine mannigfach erläuterte Übersicht über Archivalien zur Schulgeschichte erschienen. Sie geht quer durch die Bestände und nennt auch das noch unzugängliche, teils erst wenige Jahre alte Material aus Ministerien und Nachlässen[9]. — In den Privatarchiven sind die Nachlässe der Heibergs erfaßt, die vor allem in der Literatur- und Theatergeschichte Dänemarks im 18./19. Jahrhundert ihren festen Platz haben[10].

Außerhalb der Reihen ist eine Darstellung von Geschäftsgang und Aktenführung der Dänischen Kanzlei vorgelegt worden[11]. Es handelt sich um ein bereits 1911 abgeschlossenes Manuskript, das sich eng an Instruktionen, Vorschriften und Aktenbefund hält und, auch wenn es sich nicht auf die Höhen moderner Verwaltungs- und Archivgeschichte erhebt, doch von großem Nutzen für diese und allemal für die praktische Arbeit mit dem Bestand ist.

Das *Landesarchiv für Nordjütland in Viborg* hat ein Findbuch über die Archive von Privateisenbahnen vorgelegt[12]. Die Archive aufgehobener Bahnen sind fast alle in das Landesarchiv gelangt — 14 Bahnen mit 25 Linien werden

---

* Vgl. zuletzt *Der Archivar* 31, 1978, Sp. 109—111.

[1] Vejledende arkivregistraturer. Udgivet af Rigsarkivet. København.

[2] Lokalarkiver til 1559. Gejstlige arkiver II. Odense stift, jyske stifter og Slesvig stift. Ved Thelma Jexlev. 1977 (tatsächlich 1978). 432 S., Ln.

[3] Københavns Universitets arkiv 1479 — ca. 1910. 1978. XXVI und 467 S., Ln.

[4] Vgl. auch Susanne Krogh-Bender, Københavns Universitets arkiv som kilde til kultur- og lokalhistorie. In: Fortid og Nutid, 1978.

[5] Susanne Krogh-Bender, Københavns Universitets arkiv. Et registreringsprojekt som kollektivt arbejde. In: Arkiv, Tidsskrift for arkivforskning 7, 1978, S. 52—72.

[6] Forelobige arkivregistraturer. Ny serie. Udgivet af Rigsarkivet.

[7] Nr. 13—14: Ingenieurkorpsets arkiv II—III. 1978. 215 und 212 S., Ln.

[8] Nr. 15: Tyske arkivalier i Danmark 1848—1945. I. Den tyske Marines arkiv 1848—1945, det tyske Luftvåbens arkiv 1940—1945. 1978. 208 S., Ln.

[9] Nr. 19: Skolehistoriske arkivalier i rigsarkivet. Ved Ebba Waaben. 1978. 341 S., Ln.

[10] Nr. 20: Privatarkiver. P. A. Heiberg, Johanne Luise og Johan Ludvig Heiberg, Thomasine Gyllembourg. 1978. 76 S., Ln.

[11] P. A. Heiberg, Udkast til en Skildring af Forretningsgangen og Bogføringen ved Danske Kancelli 1670—1848. Udgivet af Rigsarkivet. København 1977. 147 S., Ln.

[12] Privatbanearkiver. Udgivet af Landsarkivet for Nørrejylland. Viborg 1978. 170 S. (Arkivregistraturer 6.)

verzeichnet —, die noch bestehenden oder auf den Staat übergegangenen haben in der Regel nicht abgegeben.

Das *Wirtschaftsarchiv in Aarhus* hat infolge von Mittelkürzungen zwei Jahrgänge seines Jahrbuches zusammenfassen müssen[13]. Sie enthalten wie gewöhnlich wirtschaftsgeschichtliche Aufsätze und den Tätigkeitsbericht des Archivs.

Schleswig — Wolfgang Prange

[13] Erhvervshistorisk Aarbog. Meddelelser fra Erhvervsarkivet. 27, 1976—1977. 192 S., Ln.

Österreich

Von Rainer Egger

Archivarische Berufsausbildung

Für alle österreichischen Archive von besonderer Bedeutung ist die seit längerem diskutierte Frage der Berufsausbildung der wissenschaftlichen Archivare. Diese Ausbildung erfolgte bisher für einen großen Teil der österreichischen Archivare durch Absolvierung des dreijährigen Kurses am Institut für Österreichische Geschichtsforschung in Wien. Der Wunsch nach einer gewissen Reform dieses allseits anerkannten Ausbildungskurses und die Forderung nach Beibehaltung dieser Form der Archivarsausbildung war Gegenstand des 13. Österreichischen Archivtages im Oktober 1977 in Kitzbühel (vgl. *Archivar* Jg. 31, 1978, Sp. 69f. und *Scrinium* Heft 17/1977, 18/1978). Besondere Bedeutung gewannen diese Diskussionen durch das im Sommer 1977 in Kraft getretene neue Beamten-Dienstrechtsgesetz, das für den Eintritt in das Österreichische Staatsarchiv als wissenschaftlicher Beamter die Absolvierung des oben erwähnten Kurses nicht mehr vorschreibt. Die sich an die in Kitzbühel geäußerten Wünsche anschließenden Gespräche sind noch im Gange, eine Entscheidung über die Durchführungsverordnung zu dem erwähnten Gesetz und damit über die Berufsausbildung der Archivare des Österreichischen Staatsarchivs dürfte bald erfolgen.

Verhandlungen mit Jugoslawien zum Archivabkommen von 1923

Archivverhandlungen mit Jugoslawien beschäftigen und belasten seit mehreren Jahren die österreichischen Archive, in erster Linie das Österreichische Staatsarchiv und die Landesarchive von Steiermark und Kärnten. Diese Verhandlungen zur Durchführung des Archivabkommens von 1923 fanden in mehreren Runden in Wien und Belgrad statt, verschiedene Archivalien wurden bereits an Jugoslawien übergeben, teils in Erfüllung des Archivabkommens, teils als Restitutionen von Beutestücken aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Die österreichischen Bemühungen um die Erhaltung der Archive verschiedener Zentralbehörden und österreichische Gegenforderungen an Jugoslawien bilden wichtige Fragen weiterer Verhandlungen. Alle diese in zahlreichen Expertenkommissionen geführten Gespräche und die hierfür notwendigen, oft sehr zeitaufwendigen Vorarbeiten bedeuten für die betroffenen Archive eine große Belastung (vgl. hierzu auch: Mitt. d. Österr. Staatsarchivs 29, 1976, S. 499f.).

Wechsel in der Leitung des Haus-, Hof- und Staatsarchivs

Eine sehr wichtige Personalveränderung hat sich im Österreichischen Staatsarchiv ergeben: Frau w.Hofrat Dr. Anna Coreth, Direktor des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien, trat mit 1. August 1978 in den Ruhestand, ihre Nachfolgerin wurde Frau Hofrat Dr. Anna Benna, die seit 1948 an diesem Archiv tätig ist.

Burgenländisches Landesarchiv 1975/1976

Nach: Burgenländisches Landesarchiv und Burgenländische Landesbibliothek, 28. Jahresbericht 1975/76, Eisenstadt 1977.

Direktor: w.Hofrat Dr. August Ernst

Die historische Forschung, aber auch die einschlägige Publikationstätigkeit des Burgenlandes ist konzentriert bei dem Landesarchiv und bei der mit diesem verbundenen Landesbibliothek. Dies findet seinen Niederschlag in der sehr vielfältigen Tätigkeit des Archivs und seiner Archivare. — Im Berichtszeitraum konnten 115 Urkunden und 15 Handschriften erworben werden, zwei Gerichtsbezirke lieferten Grundbücher und zugehörige Grundbuchsmappen ab. Durch Mikrofilmierung verschiedener Familienarchive im Ungarischen Staatsarchiv in Budapest (27500 Aufnahmen) wurde die Mikrofilmsammlung von das Burgenland betreffenden Archivalien in auswärtigen Archiven weiter ausgebaut. Skartierungsarbeiten wurden an den Akten der Bezirkshauptmannschaften Eisenstadt und Neusiedl vorgenommen, die Ordnung des Batthyany'schen Herrschaftsarchivs Kittsee, des Plan- und Kartenarchivs und der Grundbücher und Akten des Bezirksgerichts Neusiedl wurde fortgesetzt. — Besonderes Gewicht legte das Landesarchiv auf die Zusammenarbeit mit den ungarischen Komitaten Györ-Sopron und Vas sowie mit der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien. Eine Studienreise in das erstgenannte Komitat und die Betreuung des Internationalen Kulturhistorischen Symposions Mogersdorf diente der Pflege dieser Kontakte. 1975 fand dieses Symposion in Mogersdorf selbst statt, 1976 traf man sich in Köszeg/Ungarn, die Tagungen beider Jahre waren dem „Schul- und Bildungswesen im pannonischen Raum" gewidmet. — Die Mitwirkung an der Nomenklaturkommission zur Überprüfung topographischer Namen, die sehr wesentliche Teilnahme an der Vorbereitung und Gestaltung mehrerer Ortsjubiläen (mit Ausstellungen), die Mitarbeit an der Neugestaltung des Landesmuseums und die Beratung verschiedener Gemeinden in heraldischen Fragen waren weitere wesentliche Aufgaben des Archivs. Die großen wissenschaftlichen Arbeiten an der „Allgemeinen Bibliographie des Burgenlandes", an der „Allgemeinen Landestopographie", am 3. Band des „Burgenländischen Urkundenbuches" sowie an dem Wörterbuch „Deutsch — Burgenländisch-Kroatisch — Kroatisch" und an der „Geschichte und Kultur der burgenländischen Kroaten" konnte fortgesetzt werden.

Niederösterreichisches Landesarchiv 1976

Nach: Mitteilungen aus dem Niederösterreichischen Landesarchiv, Heft 1, 1977, S. 1—10: Arbeitsbericht 1976.

Direktor: w.Hofrat Dr. Franz Stundner

Das Niederösterreichische Landesarchiv, in dessen zwei Abteilungen 13 Beamte, davon 6 wissenschaftliche Archivare, arbeiten, legt seinen Arbeitsbericht erstmals in einer eigenen Zeitschrift vor, die auch drei wertvolle, von Archivaren des Landesarchivs verfaßte Beiträge aus der Arbeit dieses Archivs bringt. — Neben der Mitarbeit an zwei Ausstellungen (1000 Jahre Babenberger in Österreich und Dürnstein, Geschichte und Kunst) war auch hier in zahlreichen Gutachten für die Landesregierung zu Fragen des Gemeinderechtes, des Stiftungs- und Patronatsrechtes sowie der Heraldik Stellung zu nehmen. Für eine Reihe von Gemeinden wurden Wappenentwürfe erstellt. — Archi-

valische Ordnungsarbeiten galten den Akten des Landtages und der Statthalterei, des Kreisgerichtes Wr. Neustadt und des Bezirksgerichtes Poysdorf. Neu angelegt wurde ein Verzeichnis der Handschriften des Archivs. — Besonders umfangreich war die Außentätigkeit der Archivare (Betreuung der Gerichtsarchive, verschiedener Stadt- und Gemeindearchive, wobei sich durch zahlreiche Gemeindezusammenlegungen zusätzliche Probleme ergaben. Die Arbeiten an der Neuordnung des Stiftsarchivs Geras konnten fortgesetzt werden.

Oberösterreichisches Landesarchiv 1975/76

Nach: 79. und 80. Jahresbericht 1975 und 1976, in: Jahrbuch des Oberösterreichischen Musealvereins Bd. 121/II, 1976, S. 197ff. und Bd. 122/II, 1977, S. 159ff.

Direktor: w.Hofrat, Univ.-Prof. Dr. Hans Sturmberger

Zugewachsen sind im Berichtszeitraum — neben Archivalien verschiedener Abteilungen der Landesregierung, einiger Bezirkshauptmannschaften und Bezirksgerichte sowie Gemeinden — die Zweitschriften der oberösterreichischen Pfarrmatriken (1819—1938) und die Registratur der Forstdirektion Gmunden (1850—1933). Weiter ausgebaut werden konnte die wertvolle zeitgeschichtliche Dokumentation des Archivs. — Ordnungsarbeiten galten den Alten Grundbüchern verschiedener Bezirksgerichte (8389 Bände), den neu erworbenen 2097 Matrikenbänden, den Archivalien verschiedener Bezirksgerichte und dem Bestand Forstdirektion Gmunden. Weiters wurde neu aufgestellt das 1976 unter Eigentumsvorbehalt erworbene Archiv der oberösterreichischen evangelischen Superintendentur, welche von 1781 bis 1945 für Oberösterreich, Salzburg und Tirol zuständig war. Für dieses Archiv gilt das Jahr 1918 als Benutzungsgrenze.

In zahlreichen Bereisungen wurden verschiedene Gemeinde- und Privatarchive besucht und Skartierungsarbeiten überwacht. Die Neuaufstellung des Stiftsarchivs Kremsmünster wurde 1976 begonnen. — Wie die anderen Landesarchive hatte das Oberösterreichische Landesarchiv auch zahlreiche wissenschaftliche Gutachten für eine heraldisch einwandfreie Gestaltung von Gemeindewappen zu erstellen. 1976 lag die Organisation der „Wissenschaftlichen Woche", die sich mit der Geschichte des oberösterreichischen Bauernkrieges von 1626 befaßte, beim Archiv. Auch zu der Landesausstellung dieses Gedenkjahres lieferte das Archiv wertvolle Beiträge. — Durch den Tod von Prof. Georg Grüll, verstorben am 18. September 1975, verlor das Archiv einen wertvollen Mitarbeiter. — Mit 31. August 1976 schied Oberarchivrat Dr. Othmar Hageneder, der einen Ruf als Universitätsprofessor für mittelalterliche Geschichte an der Universität Innsbruck angenommen hatte, aus dem Landesarchiv; weiters schied Frau Dr. Herta Hageneder mit 30. September 1976 aus diesem Archiv. Neu eingetreten ist Univ.-Doz. Dr. Siegfried Haider (20. Dezember 1976).

Steiermärkisches Landesarchiv 1975/76

Nach: Tätigkeitsbericht 1975, desgl. 1976, in: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs, Folge 26/1976, S. 7ff., Folge 27/1977, S. 7ff.

Direktor: w.Hofrat, Univ.-Prof. Dr. Fritz Posch

Das Archiv erwarb im Berichtszeitraum neben verschiedenen privaten Spenden von Archivalien und Bildern Protokolle der Landesregierungssitzungen, Akten der Technischen Universität Graz und verschiedener Bezirksgerichte. Beträchtlichen Zuwachs erfuhr auch die vom Archiv betreute Landeszentralregistratur (Neuaktenabteilung, 1750 Faszikel). — Die wissenschaftliche Arbeit galt der Ausarbeitung der großen Landestopographie, der Erstellung eines Gesamtverzeichnisses der Urbare, urbarialen Aufzeichnungen und Grundbücher der Steiermark und der Herausgabe des „Atlas zur Geschichte des steirischen Bauerntums". — Die mit dem Archiv verbundene Ortsnamenkommission hatte die Revision der österreichischen Karte 1:50000 und des Manuskripts des Ortsnamensverzeichnisses durchzuführen. — Sehr umfangreiche Arbeiten erwuchsen aus der Vorbereitung und der Führung der Verhandlungen mit Jugoslawien zur Durchführung des Archivabkommens von 1923. — Besonders hervorgehoben werden muß die Restaurierungswerkstätte dieses Archivs, die, von einem einzigen Restaurator aufgebaut, Hervorragendes leistet. — Von dem traditionell hohen wissenschaftlichen Stand dieses Archivs geben die Beiträge in den vorliegenden *Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs* einmal mehr Zeugnis.

Mit 31. Dezember 1976 trat der langjährige Direktor dieses Landesarchivs w.Hofrat Dr. Fritz Posch in den Ruhestand, sein Nachfolger wurde w.Hofrat Dr. Gerhard Pferschy.

Tiroler Landesarchiv 1974/75

Nach: Tiroler Landesarchiv — Tätigkeitsbericht 1974; desgl. 1975.

Direktor: w.Hofrat Dr. Eduard Widmoser

Dieses Landesarchiv erfuhr 1974 durch den Einbau einer Brandmeldeanlage in seinem Hauptgebäude eine wesentliche Verbesserung seiner Sicherheitsverhältnisse. Im selben Jahre gelang die Einrichtung einer eigenen Mikrofilmstelle, die nun systematisch zur Herstellung von Filmen (Sicherheits-, Ergänzungs- und Ersatzverfilmung) herangezogen wird. 1974 wurden 336000 Aufnahmen, 1975 576000 Aufnahmen angefertigt. Neben den Archiven verschiedener Gemeinden und Pfarren wurden Bestände des Hofkammerarchivs Wien, des Münzarchivs Hall und des Landesausschusses verfilmt. — Archivalienzugänge kamen von der Landesregierung, von Bezirkshauptmannschaften und Bezirksgerichten. Besonders hervorzuheben ist die 1975 erfolgte Eingliederung der Landesevidenz (Militärische Personalunterlagen aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg) sowie der Kriegsgräberfürsorge für Tirol. Allerdings bringt letztere mit der Betreuung der Kriegerfriedhöfe beider Weltkriege dem Landesarchiv viele archivfremde Arbeiten. — Neu eingerichtet und geordnet werden konnte die Plan- und Kartenabteilung des Archivs. Besonderes Gewicht wurde gelegt auf die Arbeit der Dokumentationsstelle, die täglich etwa 65 Zeitungen und Zeitschriften auswertet. Damit im Zusammenhang steht die rege Öffentlichkeitsarbeit dieses Archivs, die in Pressekonferenzen, Rundfunkinterviews etc. ihren Ausdruck fand. Schließlich waren die Chronisten der Tiroler Gemeinden zu betreuen, die Schriftenreihe „Ortschroniken" wird vom Archiv herausgegeben. Gemeindeheraldik, Prüfung der Anträge auf Verleihung des Titels „Erbhof" und Mitwirkung an der Nomenklaturkommission waren weitere wichtige Aufgaben des Landesarchivs. — Die beiden Hefte „Tätigkeitsbericht" 1974 und 1975 geben über den reinen Bericht hinaus in einer Reihe von kurzen, aber sehr informativen Aufsätzen der am Landesarchiv tätigen Archivare Aufschluß über einzelne Bestände des Archivs.

Mit Ende März 1977 trat Landesarchivdirektor Dr. Eduard Widmoser in den Ruhestand, zu seinem Nachfolger wurde Landes-Oberarchivrat Univ.-Prof. Dr. Fridolin Dörrer bestellt.

Archiv der Stadt Linz 1971/76

Nach: Tätigkeitsbericht des Archivs der Stadt Linz 1971/72, desgl. 1972/73, desgl. 1973/74, desgl. 1974/75, desgl. 1975/76, in: Linzer Kulturchronik 1971/72, S. 155ff., 1972/73, S. 135ff., 1973/74, S. 101ff., 1974/75, S. 95ff., 1975/76, S. 97ff.

Direktor: Senatsrat Dr. Wilhelm Rausch

Der Berichtszeitraum ist charakterisiert durch das große Raumproblem des Archivs, dessen Lösung noch nicht abzusehen ist. Zwar konnte durch verschiedene Provisorien und zahlreiche Umlagerungen für den Augenblick Abhilfe geschaffen werden, eine endgültige Lösung wird aber erst im Zuge des geplanten Neubaues eines Verwaltungsgebäudes der Stadt Linz möglich sein. Die vom Archiv angestrebte Unterbringung im Alten Rathaus dürfte allerdings nicht erfolgen, wahrscheinlich kommt es zu einer Unterbringung in dem geplanten Neubau im Linzer Stadtteil Urfahr. — Die 1974 erfolgte Auflösung der Stadtbibliothek brachte dem Archiv, das nun teilweise die Agenden dieser Bibliothek zu versehen hat, zwar einen großen Bücherzuwachs, aber naturgemäß eine große arbeitsmäßige Belastung und ebenso große räumliche Probleme. Die übernommenen Bücherbestände wurden aufgeteilt zwischen dem Geschichtsarchiv und der Dokumentation, zahlreiche Dubletten wurden ausgeschieden. — Großes Gewicht legt dieses Archiv seit jeher auf die Dokumentation, die laufend die Stadt Linz betreffende Ereignisse in Schrift, Bild und Ton sammelt und erschließt. Eine Filmdokumentation bedeutender Ereignisse konnte aufgebaut werden, zahlreiche topographische Filme von Linz wurden angefertigt. — Vorarbeiten zu einem Urkundenbuch von Linz, die Bearbeitung der Rechtsquellen dieser Stadt und die Herausgabe des Historischen Jahrbuches der Stadt Linz zählen zu den weiteren Aktivitäten dieses Archivs. — Seit 1. Juli 1975 besteht in Linz unter der Leitung von Dr. Wilhelm Rausch und in enger Verbindung mit dem Archiv die „Ludwig-Boltzmann-Forschungsstelle für Stadtgeschichte", an der drei Akademiker tätig sind. — Mit 1. Januar 1978 wurde Senatsrat Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Rausch zum Kulturverwaltungsdirektor der Stadt Linz bestellt, sein Nachfolger als Archivdirektor wurde Magistratsrat Dr. Fritz Mayrhofer.

Literaturbericht

Stille Museen. Spezialsammlungen, Fachmuseen und Gedenkstätten in Deutschland (Bundesrepublik und Westberlin). Ein Museumsführer, Reisebegleiter und Nachschlagewerk. Zusammenstellung: Uta Bauer. Keysersche Verlagsbuchhandlung, München (1976). 248 S., mit zahlr. Abb., geb. 38,— DM.

Im ersten, nach dem ABC der Sachbegriffe gegliederten Teil werden 52 Museen mit über 230 Farbbildern behandelt, z. B. Bundespostmuseum Frankfurt/Main, Fotomuseum Leverkusen. Dann folgen rund 220 öffentliche und private Museen mit etwa 130 Schwarzweißabbildungen. Das Sachregister bezieht sich leider nur auf die Titel und nicht auch auf den Text. Den Archivar dürfte interessieren, daß sieben Museen echte Nachlässe besitzen, außer dem Schiller-Nationalmuseum in Marbach. Eine „historisch interessante Archivstube" ist im Schloß Langenburg erhalten. Größere „Archivische Sammlungen" werden über ein Dutzend angemerkt. Eine Ergänzung zum Minerva-Handbuch bietet das Deutsche Fastnachtmuseum Kitzingen, dem das „Zentralarchiv des Bundes Dt. Karneval" angeschlossen ist. Inwieweit die Fotografen in den Beständen der Fotomuseen durch Namen- und Ortskarteien erfaßt sind, bleibt unbekannt, solche Hilfsmittel sind jedoch erwähnt für die Apotheker in Vesters Archiv in Düsseldorf und für die Uhrmacher im Historischen Uhrenmuseum in Wuppertal. Gleichzeitig Forschungsstätten sind u. a. folgende Institute: das Brüder-Grimm-Museum in Kassel, das Theatermuseum in München, das Internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen, das Gutenberg-Museum in Mainz (mit über 50000 Exlibris) und das Deutsche Freimaurermuseum in Bayreuth. Auch auf vorhandene große Fachbibliotheken wird öfters verwiesen, leider nicht auch beim Deutschen Museum in München, dessen Buch- und Zeitschriftenbestände bestens erschlossen sind. Erwähnt seien hier nur das Wehrgeschichtliche Museum in Rastatt und die verschiedenen Literaturarchive für W. Busch, Goethe, Liebig, Lichtenberg, Wieland usw. Die Abbildungen bieten manchen kulturgeschichtlich verwertbaren Beleg. Das Buch vermag mancherlei Anregungen zu vermitteln, ist jedoch wegen der beschriebenen Art des Registers nicht auch sofort als Nachschlagewerk zu gebrauchen. Für eine Neuauflage dürften sich auch unter der Jugend mehr Käufer bei besserem Sachweiser gewinnen lassen.

Erlangen — Johannes E. Bischoff

Bulletin du Comité des Archives d'Entreprises / Bulletin of the Committee on Business Archives. (Conseil de rédaction / Editorial board: H. Coppejans-Desmedt — O. Dascher — M. Hamon — Cl. Mentha — R. M. E. Raaff.) (Hrsg.:) Conseil International des Archives, Bruxelles — Dortmund. 1, 1978, 52 S.

Das 1974 gegründete Komitee für Wirtschaftsarchivwesen des Internationalen Archivrates (ICA) unter Leitung von Ottfried Dascher will mit seinem Bulletin den Kontakt zwischen seinen Mitgliedern pflegen, den ICA über seine Tätigkeit informieren und weitere Kreise in den verschiedenen Ländern für die Fragen des Wirtschaftsarchivwesens interessieren. Das Bulletin soll jährlich in einer Auflage von 400 bis 500 Exemplaren erscheinen. Es ist zweisprachig französisch/englisch abgefaßt, kostet 5 US-Dollar für Nichtmitglieder des ICA und ist über das Westfälische Wirtschaftsarchiv in Dortmund zu beziehen.

Das vorliegende Heft 1 des Bulletins gibt einen Kurzüberblick über personelle Zusammensetzung, bisherige Tätigkeit sowie Zielsetzungen des Komitees und berichtet dann ausführlich über die Arbeitstagung in Dortmund im September 1977 (s. a. *Der Archivar* 4/1977, Sp. 435f.). Kernstücke sind hier die informativen Beiträge von sieben Komiteemitgliedern über die Situation des Wirtschaftsarchivwesens in ihren Ländern, über die seit 1918 auf den verschiedenen Verwaltungsebenen straff organisierte (Wirtschafts-)Archivverwaltung in der UdSSR, die zentralen Sammelinstitutionen für Wirtschaftsarchivgut in Dänemark, den Niederlanden, der Schweiz und den USA, die jüngeren Bemühungen in Jugoslawien und die vorindustriellen Wirtschaftsarchive in Italien. Angesprochen werden u. a. rechtliche Grundlagen, Fragen der Übernahme, Bewertung und Erschließung des Schriftgutes sowie seine Auswertung durch die wissenschaftliche Forschung. Interessant ist dabei, daß Vertreter zentraler Sammelstellen (Mentha, Schweiz, S. 28 und Lovett, USA, S. 21) für die Einrichtung von Archiven bei den jeweiligen Firmen plädieren.

Der Vergleich mit Erfahrungen in anderen Ländern ist nützlich und kann bei der Lösung von praktischen Problemen helfen. Aus diesem Grund sind die Länderbeiträge in H. 3/4, 1978, von *Archiv und Wirtschaft* einem breiteren Publikum in deutscher Sprache zugänglich gemacht worden.

Essen — Renate Köhne

Historisches Ortslexikon für Brandenburg. T. IV: Teltow. Bearb. von Lieselott Enders unter Mitarbeit von Margot Beck. 1976. XX, 396 S., Vervielf., Ln. T. V: Zauch-Belzig. Bearb. von Peter P. Rohrlach. 1977. XXII, 527 S., 1 Karte, Vervielf., Ln. Hermann Böhlaus Nachfolger, Weimar.
(Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam. Bd. 13 u. 14.)

Die ersten drei Bände des Historischen Ortslexikons für Brandenburg — Prignitz, Ruppin und Havelland — sind bereits 1963, 1971 und 1974 durch Johannes Schultze an dieser Stelle gewürdigt worden[1]. Dabei wurden die grundsätzlichen Überlegungen

[1] Jg. 16, 1963, Sp. 313ff., 24, 1971, Sp. 215 u. 27, 1974, Sp. 122f.

zum Aufbau der Reihe herausgestellt. Die Gesamtkonzeption blieb seitdem unverändert, lediglich das Abschlußjahr 1945 wurde z. T. aufgegeben. So werden die Angaben zu den Kommunalbezirksänderungen bis 1975 fortgeführt, zur Wirtschafts- und Sozialstruktur bis 1973 und die Bevölkerungsziffern bis 1971.

Erfaßt werden sämtliche Ortschaften und Wohnplätze mit eigenem Namen, die seit der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung bestanden haben. Auf die Kreiszugehörigkeit vor 1816, von 1816 bis 1952 und danach wird am Anfang jedes Stichwortes hingewiesen. Dabei zeigt sich, daß die Ortschaften des im wesentlichen über Jahrhunderte beständigen Kreises Teltow heute auf die Landkreise Zossen, Königswusterhausen, Luckenwalde, Luckau, Lübben, Potsdam sowie auf die Stadtkreise Berlin und Potsdam verteilt sind. Die brandenburgische Zauche und das sächsische Amt Belzig, erst durch die Verwaltungsreform von 1815 zu einem Kreis zusammengefaßt, wurden an die sieben Kreise Potsdam-Stadt und Land, Brandenburg-Stadt und Land, Jüterbog, Wittenberg und Belzig aufgeteilt. Jedes Stichwort bietet eine Fülle von Material, doch könnten die Literaturangaben ohne Wertminderung meistenteils entfallen, da die ausgezeichnete Brandenburg-Bibliographie, auf die für weiterführende Arbeiten ohnehin zurückgegriffen werden muß, wesentlich mehr bietet.

Als Gesamteindruck bleibt hervorzuheben, daß mit den vorliegenden Bänden des Historischen Ortslexikons und dem parallel laufenden Ortsnamenbuch der Forschung ein vorzügliches Quellen- und Nachschlagewerk zur Verfügung gestellt wird. Wer sich jemals einer ähnlichen Aufgabe gegenübergestellt sah, wird mit Bewunderung zur Kenntnis nehmen, daß L. Enders in 15 Jahren vier Bände erarbeitet hat. Dabei erforderte jeder Band gründliche Einarbeitung und Auswertung der territorialgeschichtlichen Literatur und der Archivalien im Staatsarchiv Potsdam. Der neue Bearbeiter, P. Rohrlach, mußte aufgrund der besonderen Entwicklungsgeschichte des Kreises Zauch-Belzig zusätzlich die Staatsarchive Dresden, Weimar und Magdeburg bei seinen Ermittlungen einbeziehen.

Es bleibt nur zu wünschen, daß die Reihe weiterhin so rasch vorankommt, wie der bisherige Fortgang erhoffen läßt.

Berlin — Werner Vogel

Spezialbestände in deutschen Bibliotheken. Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) / Special collections in German libraries. Im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft bearb. von Walther Gebhardt. Walter de Gruyter, Berlin — New York 1977. XXIV, 739 S., geb. 148,— DM.

Sondersammlungen in Bibliotheken der DDR. Ein Verzeichnis. Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Bearb. von Helmut Roob. Berlin 1975. 111 S., brosch. 9,70 DM-Ost.

Die Autoren beider Werke standen vor einer ziemlich ähnlichen Aufgabe. Ihr Ziel war es, ein Gesamtverzeichnis von speziellen Sammlungen der Bibliotheken (ohne die Manuskriptabteilungen), hier für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Westberlin und bundesdeutscher Einrichtungen im Ausland, dort für die Deutsche Demokratische Republik, zu erstellen und sie somit für den Forscher leichter zugänglich zu machen. Ein solches Unterfangen war um so mehr erforderlich, als die letzte brauchbare Übersicht über die Sammlungen der Bibliotheken im Bibliotheksband der Minerva-Handbücher von 1929 enthalten war, die einerseits recht unvollständig, andererseits überholt war, ihres Alters wegen, aber auch deshalb, weil der Zweite Weltkrieg schwere Lücken auch in die Sammlungen der deutschen Bibliotheken gerissen hatte.

Die beiden Bearbeiter haben Ähnliches und doch wieder sehr Verschiedenes geschaffen. Walther Gebhardt legte einen fest gebundenen 739 Seiten umfassenden Band vor, Helmut Roob ein schmales, broschiertes Heft mit 111 Seiten. Letzterer bringt nur die Sondersammlungen im engeren Sinne — so auch der Titel seines Buches —, Bestände also mit regionaler, zeitlicher und thematischer Begrenzung (wobei Thema auch eine Person sein kann), die als eigene Bestände gesondert aufgestellt sind. Gebhardt bringt sehr viel mehr. Neben den Sondersammlungen im Sinne von Roob nennt er Pflichtexemplarbestände von Organisationen und Vereinen (etwa Unesco), ferner Bestände, die ihren Ursprung der Hinwendung einer Bibliothek zu einem bestimmten Sammelgebiet verdanken (Sondersammelgebiete und Sammelschwerpunkte) und in der Norm nicht gesondert aufgestellt, sondern in den allgemeinen Bibliotheksbestand eingeordnet sind. Besonders ausgewiesen sind bei Gebhardt auch die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sammelgebiete. Wichtig sind ferner Angaben darüber, seit wann eine Bibliothek Bücher zu einem bestimmten Thema sammelte. Die Spezialbibliotheken hat Gebhardt in sein Werk nicht aufgenommen, da diese in Fritz Meyen's Verzeichnis der Spezialbibliotheken (1970) leicht greifbar sind.

Auch im Aufbau unterscheiden sich die beiden Werke grundlegend. Gebhardt nennt die Spezialbestände jeweils unter dem Namen der besitzenden Bibliotheken, die als Oberbegriffe nach dem Bibliothekssitz alphabetisch aufeinander folgen. Er erschließt die Bestände durch ein 217 Seiten umfassendes Register. Demgegenüber hat Roob ein Netz von Begriffen geschaffen (A Wissenschaftsgeschichte, B Mathematik, M Geschichte mit acht Untergruppen, ...), denen er die einzelnen Sondersammlungen zugewiesen hat. Daher entfiel für ihn eine umfangreiche Registerarbeit; sein Register füllt nur 12 Seiten. Leider fehlt bei Roob ein Hilfsregister, aus dem man ersehen kann, über welche Sondersammlungen eine Bibliothek insgesamt verfügt.

Beide Werke geben grundsätzlich auch den Umfang (meist in Bandzahlen) der Sammlungen an, doch fehlen diese nicht selten, weil die befragte Bibliothek entsprechende Auskunft nicht erteilte oder nicht erteilen konnte, wenn ein Spezialbestand in den allgemeinen Büchereibestand eingegliedert war.

Gebhardts Band ist sehr viel anspruchsvoller als die Veröffentlichung aus der DDR, nicht nur, weil er stärker ins einzelne geht, sondern auch deshalb, weil er ein viel weiteres Feld beackert hat. „Vollständig" aber ist dieses Werk auch nicht, kann es auch nicht sein. Gebhardt mußte genauso wie ich bei Abfassung meines Nachlaßinventars feststellen, daß die von den einzelnen Institutionen angeforderten Fragebogen hinsichtlich Vollständigkeit und Ausführlichkeit sehr unterschiedlich behandelt worden sind und leider manchmal auch die erforderliche Sorgfalt vermissen ließen. Aber solche Ungleichmäßigkeiten müssen getragen werden, denn solche Werke können nur aufgrund eingeholter Auskünfte entstehen. Instituts- und Seminarbibliotheken konnte Gebhardt — wie ich — nur in begrenzter Zahl befragen, und noch schlimmer steht es mit den privaten Bibliotheken. Alles Wichtige aber scheint Gebhardt erfaßt zu haben.

Ein Wort noch zu einem alphabetischen Register. Es ist von umso größerer Bedeutung, als der Benutzer nur mit Hilfe dieses Registers von ihm benötigte Sammlungen ermitteln kann. Gebhardt hat sich mit ihm ganz besondere Mühe gemacht und Vorzügliches geschaffen. So wie im Textteil verwendet er auch im Register Begriffe, die in den Bestandsbezeichnungen der Bibliotheken gemeldet wurden, so daß bei der alphabetischen Zuordnung Verwandtes und Zusammengehöriges auseinander fiel. Gebhardt hat daher noch zusätzlich Begriffskonkordanzen geschaffen. Ein Benutzer, der nicht nur einen Blick in das alphabetische Hauptregister wirft, sondern darüber hinaus sich die nicht ganz geringe Mühe macht, sich in das System der Begriffskonkordanzen einzuarbeiten, wird reich belohnt werden.

Beide Autoren haben je nach der Aufgabe, die sie sich stellten, höchst nützliche Arbeit geleistet. Besonderer Dank gebührt Walther Gebhardt. Ein Werk dieser Art ist in einer Zeit, in der die Massenproduktion von Büchern einen solchen Umfang angenommen hat, daß die Bibliotheken sich mehr und mehr spezialisiert haben und weiter spezialisieren müssen, eine dringende Notwendigkeit. Erfreulich wäre, wenn die DDR nach dem glücklichen Anfang, den Helmut Roob gemacht hat, ebenfalls ein anspruchsvolleres Werk vorlegen würde.

Koblenz — Wolfgang A. Mommsen

Der gemeinsame Weg. Ostdeutsche Patenschaften, Archive, Museen, Bibliotheken. Hrsg.: Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Bonn, und Stiftung Haus des Deutschen Ostens, Düsseldorf. Redaktionsgemeinschaft: Oskar Böse, Ingeborg Dyck, Franz Heinz, Peter Nasarski. Druck und Auslieferung: Buchdruckerei M. Jarschel u. Sohn, Troisdorf. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich (seit 1975, z. Z. Heft 11).

Das Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953/3. September 1971 verpflichtet Bund und Länder, „das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewußtsein ... zu erhalten, Archive, Bibliotheken, Museen zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten...". Der Ostdeutsche Kulturrat, eines der Durchführungsorgane dieses Gesetzes, widmet sich mit seiner Sektion IV dem Bereich der Sammlung und Erhaltung von dinglichem Kulturgut. Für die vielen Heimatstuben, Heimatarchive, Büchereien und Museen, die hierfür seit der Jahrhundertmitte tätig sind — die meisten klein, viele von westdeutschen kommunalen Einrichtungen

betreut, andere nur von engagierten Laien —, gibt er seit 1975 die hier anzuzeigende Zeitschrift heraus.

Leitung und Bewahrung dieser Sammlungen stellen Aufgaben aus den Arbeitsbereichen von Archiven, Museen und Bibliotheken, oft auch aus Randgebieten und Mischzonen. Erhaltung, Erschließung und Weiterentwicklung müssen über den Wechsel von Generationen und Verwaltungszugehörigkeiten und über Lücken im Einsatz opferbereiter Laienforscher gesichert werden. Als Arbeitshilfe bietet „Der gemeinsame Weg" neben grundsätzlichen Arbeiten über ostdeutsche Kulturarbeit heute Darstellungen einzelner Sammlungen von spezieller fachlicher Bedeutung oder von besonders erfolgreicher Gestaltung, behandelt aber auch ostdeutsche Überlieferung in Institutionen allgemeiner Art. Jedes Heft bringt beachtenswerte praktische Hinweise von Sachkennern über Konservierung und Restaurierung. Laufend erscheinen Darstellungen aus der Tätigkeit der ostdeutschen Historischen Kommissionen, Kulturwerke und Stiftungen. Daneben wird der Blick auch auf die Kulturarbeit in unseren östlichen Nachbarländern und im überseeischen Auslandsdeutschtum und auf Sondergebiete wie etwa Geschichte der Jugendbewegung gerichtet.

Koblenz — Wolfgang Kohte

Verzeichnis der katholischen Kirchenbücher und Elenchen der Diözese Mainz sowie der Elenchen des ehemaligen Erzbistums Mainz. Bearb. von Barbara Günther. Selbstverlag der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Auslieferung durch das Landeshauptarchiv Koblenz, Karmeliterstraße 1—3), (Koblenz 1977). XII, 215 S., kart. 21,— DM.
(Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz. Bd. 28.)

Wer personen-, familien- oder bevölkerungsgeschichtliche Forschungen betreibt, wird dankbar sein, daß Publikationen über Bestände historischer Kirchenbücher jetzt immer mehr in Gang kommen. Aus der Praxis der Archivarbeit heraus ist nun eine weitere Veröffentlichung dieser Art entstanden: Von 1973 bis 1975 waren im Dom- und Diözesanarchiv Mainz alle bis zum Jahre 1875 angelegten Kirchenbücher des Bistums sicherungsverfilmt worden. Die dabei vorgenommene Verzeichnung dieser Bücher gab die Grundlage für die vorliegende Übersicht ab. Eingearbeitet wurde die Liste der im Dom- und Diözesanarchiv aufbewahrten Elenchen, wie man dort die jahrgangsweisen Abschriften aus den Kirchenbüchern nennt, die im (Erz)Bistum Mainz seit 1756 (Worms 1776) abgeliefert werden müssen. Alphabetisch nach Pfarrorten geordnet, werden die Originalbücher bandweise mit bis auf das Jahr genauer Angabe der Laufzeiten der eingetragenen Kasualien — in erster Linie natürlich Taufen, Trauungen und Begräbnisse (bzw. Sterbefälle), aber auch Firmungen und Erstkommunionen — aufgeführt. Soweit sie nicht bei den Pfarrämtern liegen, wird auf den Aufbewahrungsort hingewiesen. Dankenswert ist die Nennung der eventuell zu einem Pfarrsprengel gehörenden weiteren Wohnplätze. Ein Ortsindex ermöglicht es, die Wechsel in der Pfarrzugehörigkeit leicht zu ermitteln. Die Laufzeiten gehen in vielen Fällen weit über 1875 hinaus, da die gesamte kurrente Zeit eines bis dahin angefangenen Buches berücksichtigt wurde. Unter den anschließend aufgeführten Elenchen erfahren diejenigen des heutigen Bistums Mainz weiterhin alljährlichen Anwuchs.

Die Herausgabe des im Dom- und Diözesanarchiv Mainz erarbeiteten Verzeichnisses durch die Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz bietet erneut ein Beispiel für die verbreitete gute Zusammenarbeit kirchlicher und staatlicher Archive und sei als solches einmal ausdrücklich herausgestellt. Unter dem Gesichtspunkt der Öffentlichkeitsarbeit dürfte die Publikation zu den besonders erfolgreichen gehören, finden doch die dargestellten Bestände vor allem das größte Interesse eines weiteren Publikumskreises. Die Angaben des grundlegenden Werks von Otfried Praetorius, Kirchenbücher und Standesregister für alle Wohnplätze im Land Hessen (Darmstadt 1939), sind nunmehr für den Bereich der katholischen Kirche auf den neuesten Stand gebracht.

Brühl — Udo Schuster

Berliner Archive. Bearb. von Eckart Henning, Hans-Friedrich Lockemann, Johann Caspar Struckmann, Jürgen Wetzel. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Berliner Archivare. Berlin 1977. 48 S., geh.

Im Januar 1974 fanden sich erstmals 24 Berliner Archivare im Geheimen Staatsarchiv zusammen. Dieser Kreis konstituierte sich im November des Jahres zur „ABA", Arbeitsgemeinschaft Berliner Archivare. Der Initiator, Johann Caspar Struckmann, damals beim Geheimen Staatsarchiv, hat darüber im *Archivar* berichtet (Jg. 27, 1974, Sp. 248; Jg. 28, 1975, Sp. 86). Bereits beim ersten Treffen stimmten die Anwesenden darin überein, daß es wünschenswert sei, möglichst alle Berliner Archive mit einer Übersicht über Bestände und Arbeitsmöglichkeiten zusammenzustellen.

Nach längerer Vorbereitung erschien im Jahre 1977 — noch rechtzeitig zum Archivtag — das Verzeichnis „Berliner Archive". Zu dieser Schrift haben die verzeichneten Einrichtungen mit Selbstauskünften beigetragen, eine gewisse Unausgewogenheit konnte daher nicht ausbleiben.

Das Verzeichnis zeigt ein reichhaltiges, buntes Bild sehr verschiedenartiger Institutionen, von denen manche nicht als Archive im eigentlichen Sinne anzusprechen sind, eher als Sammlungen. Für eine ergänzte und verbesserte Neuauflage, die von den Bearbeitern in Aussicht gestellt wird, möchte man gleichwohl wünschen, daß der Kreis der aufgenommenen Einrichtungen — soweit vertretbar — im Interesse des Informationswertes dieser Schrift beibehalten wird. Der Anhang sollte aufgelöst und die hier genannten Institutionen möglichst in den allgemeinen Teil eingegliedert werden.

Zu begrüßen ist, daß die Leiter und ein Teil der Mitarbeiter namentlich genannt werden. Es ist jedoch nicht ohne weiteres zu erkennen, nach welchen Gesichtspunkten die hier genannten Mitarbeiter ausgewählt wurden und welche Funktion sie haben. Wünschenswert und von wesentlich höherem Informationswert wäre es, wenn die namentlich genannten Mitarbeiter — wie im „Verzeichnis der Archivare" oder wie im „Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken" — in einem gesonderten Teil vorgestellt würden und wenn womöglich — wie in letzterem — ein Stellenplan beigegeben würde. Fazit: Noch nicht ideal, aber ein nützliches Hilfsmittel, zugleich eine Grundlage, auf der man weiterbauen kann und sollte.

Berlin — Johann Karl v. Schroeder

Die Regesten der Erzbischöfe von Köln im Mittelalter. Bd. 6: 1349—1362 (Wilhelm von Gennep). Bearb. von Wilhelm Janssen. Peter Hanstein Verlag GmbH, Köln — Bonn 1977. XX, 508 S., kart. 178,— DM.
(Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde. XXI. 6.)

Ungeachtet des seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts anschwellenden Quellenmaterials konnte W. Janssen diesen Band dem ebenfalls von ihm bearbeiteten Band V der Regesten (vgl. *Archivar* 29, 1976, Sp. 111 f.) schon nach vier Jahren folgen lassen, ein Beweis dafür, daß bei zügiger und rationeller, allerdings entsagungsreicher Arbeitsweise Veröffentlichungen spätmittelalterlicher Quellen nicht steckenzubleiben brauchen. Der Verzicht auf Heranziehung der ursprünglichen Überlieferung in jedem Falle, auf Nachweise älterer Drucke bei Vorhandensein jüngerer Drucke und auf Vermerke neuzeitlicher Abschriften hat ohne wesentlichen Informationsverlust gewiß erheblichen Zeitaufwand vermieden.

Zu Recht unterstreicht J. die Bedeutung ausführlicher Regesten in einer Zeit, in der selbst professionellen Historikern gelegentlich die Fähigkeit abgeht, originale Quellentexte richtig zu lesen und mit philologischem Rüstzeug zu verstehen und zu interpretieren. Hier wird die Mittlerrolle des Archivars zwischen unerschlossenem Quellengut und Forschung unausweichlich.

Die Zugangsrate an neu erschlossenen Quellen ist imponierend: von 1548 Regesten-Nummern (ohne a-Nummern) waren 672 bisher weder in Drucken noch durch Regestenwerke bekannt, eine Menge, die eine Hervorhebung inhaltlicher Einzelheiten oder selbst nur einzelner Sachbereiche verbietet. Es erübrigen sich auch Ausblicke auf die allgemeine Wirksamkeit des Erzbischofs, wie sie in den Regesten entgegentritt, da J. hierzu schon eine Studie vorgelegt hat („Under dem volk verhast". Zum Episkopat des Kölner Erzbischofs Wilhelm von Gennep (1349—62), in: Annalen d. Hist. Ver. f. d. Niederrhein 177, 1975, S. 41—61).

Die Formulierungen der Regesten zeichnen sich wiederum durch brillante Präzision und Verständlichkeit aus. Das Druckbild hat im Vergleich zum Vorgängerband durch Reduzierung des Sperrsatzes an Klarheit gewonnen. Erwägenswert bleibt lediglich, ob man nicht die Verweise wörtlicher Zitate in Anmerkungen auf umfangreiche Passagen beschränken und sie stattdessen eher in runden Klammern an den entsprechenden

Stellen belassen sollte. Sehr begrüßenswert ist, daß unvermeidliche Verbesserungen und Ergänzungen zu Bd. V gleich in diesen Nachfolgeband aufgenommen wurden. Gerne liest man schließlich, daß nun dem letzten von J. bearbeiteten, bis 1370 reichenden Bd. VII der Regesten ein Sachindex für die Bände V—VII beigegeben werden soll.

Krefeld — Guido Rotthoff

Das Protokollbuch der Niederländischen Reformierten Gemeinde zu Frankfurt am Main 1570—1581. Bearb. und hrsg. von Hermann Meinert und Wolfram Dahmer. Historische Einführung von Hermann Meinert. Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt am Main (1977). 405 S., geb.

(Veröffentlichung der Frankfurter Historischen Kommission in Verbindung mit der Deutschen evangelisch-reformierten Gemeinde zu Frankfurt am Main.)

Bereits 1971 konnte R. Löhr seine Herausgabe der Protokolle der Kölner Niederländisch-Reformierten Gemeinde beenden. Erfreulich, daß nun auch das Protokollbuch der Niederländisch-Reformierten Gemeinde von Frankfurt aus der Zeit von 1570 bis 1580 ediert worden ist. Zahlreiche Parallelen im Schicksal beider Kirchen, die Kontakt miteinander hielten, lassen sich ohne Mühe feststellen (etwa Verhalten der reichsstädtischen Obrigkeit, Kirchenzucht u. v. m.). Der Edition, die von H. Meinert und W. Dahmer betreut wurde, ist eine ausführliche historische Einleitung vorangestellt worden, auf die man bei der Kölner Ausgabe verzichtet hat. Die Einleitung, die auf die politischen und religiösen Grundlagen der Emigration eingeht, soll in einer geplanten Fortsetzung der Edition mit den anschließenden Protokollen durch eine „ausführliche Dokumentation und nähere Darlegung" der Zuwanderung nach Frankfurt ergänzt werden, wie man aus einer Anmerkung erfährt (S. 55 Anm. 16). Dem niederländischen Text, der „eine getreue Wiedergabe der Quelle in jeder Form" sein soll und keine Übertragung in das heutige Niederländisch darstellt, folgt dankenswerterweise eine Übertragung ins Hochdeutsche. Wer sich schon einmal mit niederländischen Texten des 16. Jahrhunderts beschäftigt hat, weiß, wie schwer es ist, sie zu entziffern und zweifelsfrei zu deuten. Dabei waren die Herausgeber bestrebt, „den unmittelbaren Eindruck der Vorlage soweit wie möglich zu bewahren". Dabei ist ein etwas hölzernes Deutsch herausgekommen, manchmal altertümlich, einige Male ist es nicht frei von schiefen Sprachbildern. Es ist ein Mißverständnis zu glauben, man könne die niederländischen Idiomata einfach ins Deutsche übernehmen. Auch eine Übersetzung Wort für Wort ohne Rücksicht auf die deutsche Sprache ist immer in Gefahr zu entgleisen. Dabei entstehen dann schon einmal Sätze wie: „Es wurde auch eingeschärft, ob ein jeder wohl eingedenk wäre, was von Sebastian einmal angegeben worden war, nämlich, daß die Walen [= Wallonen] beschlossen hätten, uns in ihr Konsistorium zu entbieten, um uns vorzuschlagen, wenn einige der Unseren begehrten, ihre Namen mit ihnen zu übergeben, wären sie bereit, die entgegenzunehmen, wenn sie sich fortan zu ihrer Kirche halten wollten" (S. 271). Leider erfährt man nicht, nach welchen Editionsgrundsätzen bei dem niederländischen Text verfahren worden ist (etwa genaue paläographische Abschrift?). Dies soll nicht den gänzlichen falschen Eindruck entstehen lassen, daß die Edition mißlungen sei. Die beiden Herausgeber haben das große Verdienst, eine für die evangelische Kirchengeschichte und die Frankfurter Stadtgeschichte wichtige Quelle endlich zugänglich gemacht zu haben.

Mönchengladbach — Wolfgang Löhr

Nuernberg War Crimes Trials. Records of Case II. United States of America v. Erhard Milch. Comp. by John Mendelsohn. Washington 1975. VII, 113 S., Vervielf., brosch.

(National Archives and Records Service. Special List No. 38.)

Records of the United States Nuernberg War Crimes Trials Interrogations, 1946—1949. National Archives, Washington 1977. 99 S., Vervielf., geh.

(National Archives Microfilm Publications. Pamphlet Describing M 1019.)

Die *National Archives* in Washington verkaufen seit mehreren Jahren von sehr erheblichen Teilen der Nürnberger Prozeßakten — von Einzelverfahren, aber auch von ganzen Dokumentenreihen — Mikrofilme an interessierte Benutzer. Die obengenannten Hefte sind recht ins einzelne gehende Hilfsmittel zur Benutzung dieser Filme, denen weitere folgen werden. Eine *Special List* zum Ohlendorf-Prozeß (gegen die Einsatzgruppen) wird nächstens herauskommen.

Die vollständigen Akten des Prozesses gegen den Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium und Generalinspekteur der Luftwaffe Erhard Milch sind auf insgesamt 13 Filmrollen wiedergegeben. Inhaltlich beschrieben werden unter genauer Angabe der Filmrolle und der Aufnahmenummer, jeweils in Deutsch und Englisch, die Anklagedokumente (Aufnahmen der Originale!), die Verteidigungsdokumente, die dazugehörigen Anklage- und Verteidigungs-Dokumentenbücher, die auf stenographischer Mitschrift beruhenden Verhandlungsprotokolle (Wortprotokolle), die Schriftsätze der Anklage und Verteidigung, die Urteile, die Gnadenschriftsätze und einiges andere. Vorarbeiten der Anklagebehörde aus den Jahren des Prozesses liegen dem Findbuch zugrunde. Beigegeben ist ihm ein höchst nützliches Register, das mit Hilfe des Computers von Robert Wolfe erarbeitet wurde.

Wichtiger für den Historiker als das gewiß nicht unwichtige Milch-Findbuch aber ist das zweite Heft, das Verzeichnis der „Interrogations", von Vernehmungsprotokollen also, die bei Vorbereitung der Prozesse beim *Interrogations Branch* der *Evidence Division* der amerikanischen Anklagebehörde, des *Office of Chief of Counsel for War Crimes (OCCWC)*, seit Oktober 1946 nach Abschluß des Hauptkriegsverbrecherprozesses angefallen sind. Vernommen wurden wohl alle Angeklagten der zwölf in Nürnberg geführten amerikanischen Nachfolgeprozesse, darüber hinaus aber auch sehr zahlreiche andere Persönlichkeiten, deren Aussagen Zwecken der Anklagebehörde dienlich zu sein schienen. Auf 91 Filmrollen liegen einschließlich der *Interrogation Summaries*, kurzen Zusammenfassungen der Aussagen, fast 5000 durchschnittlich zehn Seiten lange, meist von dem Vernommenen abgezeichnete Wortprotokolle von über 2250 namentlich aufgeführten Persönlichkeiten des NS-Staates vor. Viele dieser Vernehmungsprotokolle sind, wenn sie im Sinne der Anklage Wesentliches aussagten, als Beweisstücke in die Prozesse eingeführt worden. Der Verteidigung standen diese Unterlagen nach amerikanischen Rechtsbräuchen übrigens nicht zur Verfügung. Im Gegensatz zu den offiziellen Gerichtsdokumenten sind sie daher von der Forschung noch kaum benutzt worden.

Der nicht genannte Herausgeber des Heftes schätzt, daß diese Befragungen nicht mehr als 10% der insgesamt von amerikanischen Dienststellen vorgenommenen Vernehmungen ausmachen. Von ca. 90% der *Interrogations* liegt ein Mikrofilm also nicht vor, doch möchte ich annehmen, daß sie, soweit erhalten, benutzbar sind. In den Appendices zum Findbuch aber werden jedenfalls die Namen der rund 180 für Zwecke des Hauptkriegsverbrecherprozesses befragten Personen und weitere über 700 Persönlichkeiten genannt, deren Vernehmungsprotokolle von anderen Dienststellen 1945/46 gefertigt wurden. Albert Speer, dies allerdings eine Ausnahme, ist 1945/46 rund 125 mal vernommen worden!

Eine Reihe nicht vollständiger Doppelstücke von *Interrogations* vor allem der erstgenannten Gruppe, die im Staatsarchiv Nürnberg der Forschung zur Verfügung steht, habe ich in Nürnberg bis 1952 oftmals eingesehen. Alles in allem boten sie ein erschütterndes Bild über die Fähigkeit des Menschen, der unter Druck steht, zu schwindeln oder Unwissenheit zu heucheln, aber andererseits kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß sie, wenn mit höchster Vorsicht und Kritik genutzt, eine sehr wichtige historische Quelle sind. Die Benutzung allerdings stellt ihre besonderen Probleme. Das Findbuch, das das Nationalarchiv vorlegte und nur vorlegen konnte, ist ein reines Namensverzeichnis. Wer es mit Gewinn benutzen will, muß ausgezeichnete Kenntnisse nicht nur über die Tätigkeiten der führenden Persönlichkeiten des NS-Staates, sondern auch der kleinen, fast unbekannten Funktionäre haben. Sie könnten zu irgendeiner speziellen, aber wichtigen Frage Wesentliches ausgesagt haben, was dem Benutzer allzu leicht entgeht, wenn ihm das Arbeitsgebiet dieses Funktionärs unbekannt ist.

Man muß dem Nationalarchiv Washington vor allem für die Herausgabe der letztgenannten Publikation dankbar sein, denn für die Erkenntnis der Vorgänge im Dritten Reich enthalten die *Interrogations* noch vieles Nichtausgeschöpfte.

Koblenz — Wolfgang A. Mommsen

Nordiske arkivstudier. Tilegnet landsarkivar dr. phil. Harald Jørgensen den 3. januar 1977. København 1977. 407 S., 1 Abb., brosch. 95 d.kr. [Zu beziehen durch:] Landsarkivet for Sjaelland, Jagtvej 10, 2200 København N.

Vierundzwanzig skandinavische Kollegen haben Harald Jørgensen zum 70. Geburtstag und zugleich anläßlich seines Ausscheidens aus dem Amt mit diesem umfangreichen Band eine sehr gehaltvolle Festgabe dargebracht, deren Beiträge hier leider nur aufgezählt werden können, obwohl sie zu gründlicher Beschäftigung einladen. Thematisch reichen sie von Archivtechnik und Archivpraxis bis zu Fragen wissenschaftlicher Auswertung von archivalischen Quellen. Auf die einleitende Darstellung des archivarischen Werdegangs und die Würdigung des Jubilars durch Johan Hvidtfeldt folgt ein gut informierender Aufsatz von Frank Jørgensen, der das Verhältnis zwischen Verwaltung und Archiven in Dänemark, Schweden und Norwegen vergleichend beleuchtet. Zwar ist die Verfassungsentwicklung in den drei Ländern unterschiedlich verlaufen, die Verwaltungsaufgaben bedingten jedoch ein gleichartiges Wachsen der Administration mit Auswirkung auf das Archivwesen. Grethe Ilsøe betrachtet die Archive als Forschungsinstitution, d. h. sowohl als Quellenfundus für den Forscher, dem der Archivar behilflich ist, als auch als Stätte eigener Forschung. Nils Nilsson widmet sich der Erklärung des schillernden Terminus Archiv, und Josef Edström bringt einen Vergleich schwedischer und dänischer Archivterminologie — leistet damit einen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit, die nur mit abgestimmter Archivterminologie möglich ist. Die Grundlinien der Archiventstehung und -struktur in Finnland legt Markku Järvinen in einem sehr anregenden Aufsatz bloß, wobei er sich in vielem mit dem Werk von R. Schatz, „Behördenschriftgut", auseinandersetzt. Hervorzuheben ist ebenfalls der Beitrag von Raimo Viiki über die Archive Alt-Finnlands (d. h. des südöstlichen Teils Finnlands, der 1721 bzw. 1743 von Schweden an Rußland abgetreten werden mußte). Auch der dritte, von Risto Ropponen verfaßte Aufsatz dieser Finnland gewidmeten Reihe über die Methoden der Tagebuchführung und Archivbildung der Militärverwaltung und die Aufgaben des Militärarchivs (ab 1918) zeigt die ganz spezielle Ausprägung des finnischen Archivwesens mit den Einflüssen schwedischer und russischer Herrschaft und seiner z. T. dennoch bewahrten Eigenart. Nicht nur der Jubilar, der mit seinen bahnbrechenden Ideen zur Kartenverzeichnung auch in der Bundesrepublik Deutschland Nachahmung gefunden hat, wird den Beitrag von Hans Chr. Bjerg über Archivierung und Registrierung von Karten und Zeichnungen (mit Abb.) zu würdigen wissen. Ein ähnliches grundlegendes Thema behandelt Jorgen Nybo Rasmussen mit der historischen Verwaltungsgeographie, einer der wichtigsten Voraussetzungen für richtiges Archivverständnis, -ordnung und -registrierung. Helle Linde nimmt die Bewertungsgrundsätze bei der Kassation unter die Lupe. Berndt Federley beschäftigt sich mit der nicht unwichtigen Frage der Zugänglichkeit von Privatarchiven und einschlägigen Sekretierbestimmungen. Besonderes Augenmerk verdienen die folgenden Darstellungen über archivalische Gütertrennung zwischen Schweden und Finnland nach dem Frieden von 1809 (Martti Kerkkonen), Verhandlungen über die norwegischen Archive in Kopenhagen um 1814 (Lajos Juhasz) und der Ablieferung Island betreffender Archivalien 1928 (Adalgeir Kristjansson), die allgemeingültige Überlegungen über Abgrenzung, Zuständigkeit und Archivalienaustausch enthalten. Zehn weitere Aufsätze bringen weniger archivalisch bedeutsame als editionstechnisch, quellenkritisch oder historisch wichtige Erkenntnisse. Auf sie kann hier nicht eingegangen werden. Den Abschluß macht die fast 20 Seiten umfassende Bibliographie Jorgensens. Abgesehen von den fachlichen Einsichten, die auch der Nicht-Skandinavier aus dieser gelungenen und ausgewogenen Veröffentlichung gewinnen kann, hinterläßt nicht nur die Gemeinsamkeit in der Vielfalt des nordischen Archivwesens, sondern auch die Zusammenarbeit trotz der Berücksichtigung eigenständiger Bedürfnisse einen nachhaltigen Eindruck beim Leser.

Lübeck — Antjekathrin Graßmann

World War II. An account of its documents. Ed. by James E. O'Neill and Robert W. Krauskopf. Howard University Press, Washington, D.C. 1976. XIX, 269 S. mit zahlr. Abb., Ln. 15,— $.
(National Archives Conferences. Vol. 8.)

Obwohl mittlerweile mehr als 30 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen sind, ist das Interesse an Büchern über den Zweiten Weltkrieg in den USA unvermindert groß, so daß die Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen über diese Zeit nach wie vor sehr hoch ist.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die *National Archives* den Zweiten Weltkrieg auch in ihren halbjährlichen Konferenzen einmal mit Historikern behandelten. Bedauerlich ist allerdings, daß die Veröffentlichung der Beiträge dieser Konferenz vom Juni 1971 erst 1976 erfolgte[1].

Für den deutschen Archivar und Historiker dürften vor allem die Ausführungen über die Quellenlage in den *National Archives* von Interesse sein. Bekanntlich ist dieses Archiv auch für militärisches Schriftgut der Armee, Marine und Luftwaffe der Vereinigten Staaten zuständig.

Robert W. Krauskopf analysiert die Überlieferungen militärischer Provenienzen in den *National Archives*. Nicht weniger als 26% aller dort befindlichen militärischen Quellen beziehen sich auf den Zweiten Weltkrieg. In der Masse gelangten sie im Jahre 1958 in archivische Obhut. Von einigen Lücken abgesehen, dürften fast alle Unterlagen aus der Zeit bis 1945 von den militärischen Dienststellen abgegeben worden sein.

Benedict K. Zobrist referierte über die Quellen in den *Presidential Libraries*, insbesondere in der Roosevelt-, Truman- und Eisenhower-Library, in denen vor allem Nachlaß-Schriftgut bedeutender Politiker aus den Mitarbeiterstäben der Präsidenten zu suchen ist.

Von Interesse sind auch die Beiträge von Rudolf A. Winnacker, James E. O'Neill und Lloyd C. Gardner über die Zugänglichkeit der vielfach als vertraulich klassifizierten Quellen, wenn sie auch teilweise überholt sein dürften, nachdem die *National Archives* in den letzten Jahren in der Deklassifizierung gesperrter Akten verstärkte Anstrengungen unternommen und das Verfahren der Herabstufung von VS-Schriftgut grundsätzlich erleichtert haben.

Erwähnt seien schließlich noch die Ausführungen von zwei ausländischen Gästen: Henri Michel berichtete über die Archivalien der französischen *Resistance* und der sowjetische Militärhistoriker Pavel A. Zhilin über die Geschichtsforschung über den Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion. Der von ihm nicht berührten Frage nach der Zugänglichkeit der sowjetischen Archive mußte er sich in der Diskussion stellen. Die Klagen mehrerer Teilnehmer, daß sie für ihre Vorhaben Zugang nicht erhalten hätten, beantwortete Zhilin mit der Behauptung, die sowjetischen Archive wären zugänglich.

Koblenz — Wolfram Werner

[1] Ferner erschienen 1976 als Bd. 10 der Reihe die Referate einer Konferenz vom Juni 1972 über das Verhältnis von Weißen und Indianern: Indian-White relations. A persistent paradox. Ed. by Jane F. Smith and Robert M. Kvasnicka. Howard University Press, Washington, D.C. 1976. XX, 278 S. mit zahlr. Abb., Ln. 15,— $. (National Archives Conferences. Vol. 10.) Andere Bände der Reihe wurden besprochen in: Der Archivar 31, 1978, H. 2, Sp. 273, und in: Der Archivar 29, 1976, H. 3, Sp. 338—339.

Ortsbuch der Bundesrepublik Deutschland. Nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes unter besonderer Berücksichtigung der Standesamts- und Gerichtsbezirke hrsg. von Willy Weber. 6. völlig überarb. Aufl. Verlag für Standesamtswesen, Frankfurt am Main 1977. 952 S. mit 23 farbigen Trennkartons im Plastikordner, 92,— DM.

Ortsbüchern oder Gemeindeverzeichnissen kommen gerade heute durch die gebietlichen Neugliederungen für die Verwaltungen besondere Bedeutung zu. Da diese Reformen auf Gemeinde-, Kreis- und Regierungsbezirksebene jetzt einen, zumindest vorläufigen, Abschluß gefunden haben (nur Bayern fehlt noch), dürfte diese 6. und völlig überarbeitete Auflage (Ausgabedatum 1. November 1977) doch länger „kurrent" bleiben als ihre Vorgängerinnen. Auch können die neu hinzukommenden kleinen Veränderungen jetzt mit Ergänzungslieferungen aufgefangen werden.

Das hier vorliegende Werk enthält neben einem „Alphabetischen Verzeichnis der Gemeinden" (Nachschlageregister) hauptsächlich ein „Systematisches Verzeichnis der Gemeinden" mit Angaben über Postleitzahl, Einwohnerzahl, zuständigem Standesamt und Amtsgericht bzw. Amtsgerichtszweigstellen.

Die Schlüsselzahlen in den systematischen und alphabetischen Verzeichnissen entsprechen den in der amtlichen Statistik verwendeten fünfstelligen „Statistischen Kennziffern der Verwaltungsbezirke". Erwähnenswert im systematischen Verzeichnis der Gerichte ist die Hereinnahme des jeweils zuständigen Amtsgerichtes für Familiensachen.

Wenn man gerade an die verwirrende Vielfalt von Kirchspielslandgemeinden (Schleswig-Holstein), Samtgemeinden (Niedersachsen), Verbandsgemeinden (Rheinland-Pfalz) oder Verwaltungsgemeinschaften (Bayern) denkt, so ist dieses Ortsbuch ein willkommenes Hilfsmittel für Verwaltung und Wirtschaft.

Darmstadt — Hans-Georg Ruppel

Silvia Petrin, Fritz Eheim, Das Niederösterreichische Landesarchiv. Verlag Niederösterreichisches Pressehaus, St. Pölten/Wien (1977). 28 S., 4 Abb., brosch. 44,— S.
(Wissenschaftliche Schriftenreihe Niederösterreich. 22.)

Diese von zwei erfahrenen Archivaren des Niederösterreichischen Landesarchivs verfaßte Broschüre bietet in einer knappen, alles Wesentliche zusammenfassenden Übersicht einen ausgezeichneten Führer durch die Bestände dieses Archivs. Nach einer kurzen Einführung in den Begriff „Archiv" im allgemeinen und in seine Aufgaben für Wissenschaft und Verwaltung werden die beiden bis 1940 voneinander unabhängigen und heute noch räumlich getrennten Abteilungen des Landesarchivs vorgestellt. Zunächst wird das Ständische Archiv behandelt, das die aus dem Geschäftsgang der ständischen Vertretung des Landes erwachsenen Archivalien seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts verwahrt. Neben den „Landtagshandlungen" spielen hier die Archivkörper, die mit der Gült- und Grundsteuer im Zusammenhang stehen, eine besondere Rolle. Im Archiv der Niederösterreichischen Landesregierung (dem früheren Archiv für Niederösterreich) findet man die Archivalien der staatlichen Verwaltung des Landes bis 1918 und der Landesregierung bis 1938, dann jene der Gerichtsbarkeit. Angaben über die einzelnen Bestände und über die Behörden, aus denen diese erwachsen sind, machen diesen Archivführer geradezu zu einer kleinen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Niederösterreichs. Man möchte möglichst vielen Archiven Führer wie den hier angezeigten wünschen.

Wien — Rainer Egger

Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation. Bearb. von Paul Sauer. Hrsg. vom Landtag von Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart. (Süddeutsche Verlagsgesellschaft, Ulm 1977.) 232 S. mit 153 Abb., Ln. 19,50 DM.

Die hier anzuzeigende Publikation ist aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Landes Baden-Württemberg im Jahre 1977 erschienen. Ist das Land Baden-Württemberg heute in sich gefestigt und in seiner Existenz von keiner Seite bestritten, so ist seine Vorgeschichte umso mehr von einem leidenschaftlichen politischen Kampf und von schwierigen staatsrechtlichen Auseinandersetzungen geprägt. Als Folge der Besatzungspolitik waren nach dem Zweiten Weltkrieg im deutschen Südwesten die Länder Württemberg-Baden (= etwa nördlich einer Linie Karlsruhe—Ulm), Baden (= die Südhälfte des ehemaligen Landes Baden) und Württemberg-Hohenzollern entstanden. Daß dieser Zustand nicht von Dauer sein konnte, war selbstverständlich. Die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg bzw. deren Zusammenschluß zu einem größeren Südweststaat beherrschte daher von Anfang an die politische Diskussion. Paul Sauer belegt nun an Hand vielfach bisher unveröffentlichter Dokumente aus den staatlichen Archiven Baden-Württembergs, aber auch des Bundesarchivs und unter Verwertung des Nachlasses des früheren badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb das mühevolle Zustandekommen des neuen Bundeslandes. Jedem Kapitel stellt er eine knappe, die wesentlichen Fakten hervorhebende Einleitung voran. Erstaunlich, welch breiten Raum sogar eine Zeitung wie die *New York Times* der Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951 zugestand. Hinzuweisen ist noch auf das hervorragende Bildmaterial, mit dem der Band ausgestattet ist. Von Paul Sauer stammt auch ein Katalog zu der Ausstellung „25 Jahre Baden-Württemberg. Rückblick auf die Entstehung des Bundeslandes", auf die *Der Archivar* in seinen Sammelberichten über Archivalienausstellungen näher eingegangen ist[1].

Stuttgart — Kuno Drollinger

[1] Jg. 31, 1978, Sp. 303; vgl. auch Jg. 30, 1977, Sp. 474 u. Jg. 31, 1978, Sp. 586. Hingewiesen sei ferner auf die: Vorträge zur Landtagsausstellung „25 Jahre Baden-Württemberg. Rückblick auf die Entstehung des Bundeslandes". Hrsg. vom Landtag Baden-Württemberg (1978). 95 S.

Aurelio Tanodi, Manual de archivologia hispanoamericana. Teorias y principios. Primera parte. S. 1—128. Segunda parte. S. 129—278. Centro Interamericano de desarrollo de archivos. Segunda Reimpresión. Universidad Nacional de Cordoba. Dirección General de Publicidad, Córdoba 1977. Geh.

Das im Jahre 1961 erschienene Werk, das kürzlich in dritter (unveränderter) Auflage herauskam, ist unter zwei Voraussetzungen zu betrachten. Erstens muß man sich klarmachen — Rez. konnte das an Ort und Stelle tun —, daß die Informationsmöglichkeiten auf dem Subkontinent weitaus geringer sind als in Europa und Nordamerika. Bücher zu kaufen, ist wegen der hohen Kosten für Studenten fast unmöglich! Zweitens sind die Länder des spanischen Amerika Staaten mit sehr reicher archivischer Überlieferung, die den schnellen Schritt der europäisch-nordamerikanischen Entwicklung nicht mithalten konnten.

Das erste Kapitel handelt über Begriff und Sache: Archiv — Archivalien — Archivwissenschaft. Verf. beweist eine genaue Kenntnis des Standes der Diskussion, und die großen Archivtheoretiker, angefangen mit Muller, Feith und Fruin über Brenneke, Leesch, Schellenberg, Papritz, Lodolini — um nur diese zu nennen — sind ihm bekannt. Archiv bedeutet für ihn das Gebäude und die Archivalien, er versteht unter Archiv die „Teile eines Ganzen und die Einrichtungen, die Archivalien (besser Geschäftsschriftgut) sammeln, verwahren, ordnen, beschreiben, verwalten und benutzen". Die klare deutsche Organisation Kanzlei, Registratur, Archiv ist in Lateinamerika unbekannt. *Archivalia* ist das gesamte Geschäftsschriftgut unter Einschluß von Bild- und Tonträgern. Diplomatisch-hilfswissenschaftliche Begriffe stehen im Wettstreit mit archivischen, bürokratischen und allgemeinen. Die Diskussion wird trotz der historischen Einheitlichkeit Lateinamerikas noch lange nicht abgeschlossen sein. Daß sich heute die archivischen Teildisziplinen Theorie, Praxis, Technik, Verwaltung und Recht zu einer eigenständigen Archivwissenschaft *(archivologia)* verdichtet haben, steht für Verf. außer Zweifel. „Es ist sehr wahrscheinlich, daß, wenn erst einmal die Verschiedenheit der Meinungen überwunden sein wird, sich ein Fach mit theoretischer, praktischer und methodologischer Basis allgemeiner Anerkennung bilden wird, das lokale oder individuelle Besonderheiten der Archive nicht auslöscht."

Nach der begrifflichen und materiellen Beschreibung des Gegenstandes ist das zweite Kapitel den Institutionen gewidmet. Da die Archive die Produkte der menschlichen Tätigkeit, soweit sie Schriftform angenommen haben, aufbewahren, ist es logisch, sich mit den Produzenten dieses Materials zu beschäftigen. Es stammt hauptsächlich aus der Verwaltung, wobei Verwaltung maximal definiert „die gesamte öffentliche Gewalt einer Nation, Provinz und Kommune mit ihren der Gesellschaft dienenden Einrichtungen" umfaßt; die Minimaldefinition beschränkt sich auf „die Exekutive unter Berücksichtigung des technischen, kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritts". Das kürzlich verabschiedete brasilianische Archivgesetz z. B. ist nur für die Exekutive verbindlich. Unter rein archivischem Gesichtspunkt schlägt Verf. vor, unter Verwaltung allgemein „einen Teil einer Einheit mit der Bestimmung der Erreichung eines Zieles" zu verstehen. Das dabei entstehende Schriftgut wird nach Gebrauch zum Dokument, das wiederum dazu dient, der Verwaltung die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen und zu erleichtern, andererseits diese Erfüllung beweist und dokumentiert. Verf. wendet sich dann historischen und methodischen Fragen der Geschichtswissenschaft zu, deren wichtigste Quellen die Archive verwahren. Er gibt Leesch recht, der bedauert, daß die Archivwissenschaft noch nicht Hilfswissenschaft zur Einführung in die Geschichtswissenschaft ist. Danach werden kurz jeweils Bibliothek, Dokumentation, Museum und die eigentlichen historischen Hilfswissenschaften Paläographie, Diplomatik und Chronologie behandelt.

Das dritte Kapitel handelt von den Typen der Archive. Historische und lebende Archive (Verwaltungsarchive) und Registraturen lassen sich institutionell einteilen in öffentliche und private Archive oder in die Archive des Staates, der Kirche, Wirtschaft, Städte, der Personen. Als Ideal wird das Organisationsgesetz des panamesischen Nationalarchivs ausführlich dargestellt. Für sein eigenes Land, Argentinien, schlägt Verf. folgendes Schema vor: 1. öffentliche Archive (nationale und provinziale Gewalt, selbständige Organisationen), 2. nicht-öffentliche Archive (Kirchen, Wirtschaft, Handel und Industrie, Berufsstände, Presse, politische Parteien), 3. Privatarchive (Familienarchive).

Er fährt fort mit der Beschreibung der öffentlichen Archive und nennt die wichtigsten der von den Spaniern seit dem 16. Jahrhundert eingerichteten Behörden, mit deren Hilfe das riesige Reich verwaltet wurde. Die Überlieferung der Zentralbehörden ist in den großen Archiven Spaniens zusammengefaßt, während die beste regionale Überlieferung in den Provinzen Lateinamerikas und bei den Städten *(cabildos)*, den Notaren und Gerichten anzutreffen ist. Die spanische Krone hat sich immer um gute Verwaltungsarbeit bemüht, wie die entsprechende Gesetzgebung deutlich beweist. Einen Bruch in jeder Hinsicht bedeutet die Zeit

der Unabhängigkeitserklärung und der Entstehung der heutigen Nationalstaaten. Dort, wo alte Behörden weiterlebten, ist die archivische Überlieferung unverletzt, die bei allen Staaten früher oder später zur Gründung von Nationalarchiven führte. Größte Bedeutung für ganz Lateinamerika besitzen die sehr unterschiedlichen Archive der römisch-katholischen Kirche. Ihr guter oder schlechter Zustand hängt zu oft von einzelnen Personen ab. Es schließen sich Ausführungen über Wirtschafts- und Privatarchive an. Stets berücksichtigt Verf. Entwicklungen anderer Länder; seine Literaturkenntnis ist reich; der Gang der Forschung, die sich in Europa besonders auch dem Bereich der nicht-öffentlichen und privaten Archive zugewendet hat, ist leider noch nicht in den Text eingegangen, obwohl Verf. sie gut kennt.

Das vierte Kapitel trägt den etwas unglücklichen Titel Fragen des Personals, das nach seinem Inhalt besser und einfacher „Berufsstand" oder „Archivare" heißen sollte. Hier wird über Ausbildung des wissenschaftlichen und technischen Personals gehandelt, Berufsständisches berührt, was in Lateinamerika dringlich ist. Verf. fordert von Regierenden und Archivaren, von der Gesellschaft insgesamt, eine kritischere und verantwortungsvollere Einstellung gegenüber den Zeugnissen der Vergangenheit, die dazu führen müßte, den Beruf des Archivars als gleichwertig neben anderen zu werten. Ansatz zu Veränderung ist die Ausbildung; nur durch geregelte Lehrzeiten, anerkannte Ausbildungs- und Studiengänge können wirkliche Verbesserungen erzielt werden. Das Beispiel Europas und internationale Anstrengungen sind für Lateinamerika ermutigend. Die in den Einzelstaaten von Mexiko bis Chile bestehenden Schulen oder Kurse haben schon sehr gute Erfolge erzielt.

Mag für den deutschen Betrachter das Handbuch der hispanoamerikanischen Archivwissenschaft Tanodis vielleicht zu wenig in wissenschaftliche Einzelfragen vorstoßen oder gesicherte Ergebnisse anbieten, so ist auf die eingangs genannten Voraussetzungen hinzuweisen und das andere Archivbewußtsein Lateinamerikas zu berücksichtigen. Ausgehend von den speziellen Verhältnissen seines historischen Kulturkreises ist es Verf. wohl gelungen, die wichtigsten Theorien und Grundsätze *(teorias y principios)* in einer klaren und verständlichen Sprache darzustellen, gleichzeitig einen informativen Istbestand zu liefern und Akzente für die künftige Entwicklung zu setzen (Theorie, Ausbildung). Ohne eine endgültige Definition zu wagen, versteht Verf. unter Archivwissenschaft eine „Hilfs- oder Funktionalwissenschaft von Verwaltung und Geschichte, die sich auf Entstehung, Geschichte, Organisation und Funktion der Archive und ihrer gesetzlichen und juristischen Grundlagen bezieht". Man möchte wünschen, Verf. könnte dieses Handbuch, das als Lehrbuch den Schülern des Interamerikanischen Zentrums für Archiventwicklung dient, noch erweitern und überarbeiten.

Düsseldorf — Rolf Nagel

Georg Tessin, Deutsche Verbände und Truppen 1918—1939. Altes Heer, Freiwilligenverbände, Reichswehr, Heer, Luftwaffe, Landespolizei. Bearb. auf Grund der Unterlagen des Bundesarchiv-Militärarchivs, hrsg. mit Unterstützung des Bundesarchivs und des Arbeitskreises für Wehrforschung. Biblio Verlag, Osnabrück 1974. 468 S., Ln.

Ders., Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939—1945. Bd. 1: Die Waffengattungen — Gesamtübersicht. Bearb. auf Grund der Unterlagen des Bundesarchiv-Militärarchivs, hrsg. unter Mitarbeit von Brün Meyer mit Unterstützung des Bundesarchivs und des Arbeitskreises für Wehrforschung. 1977. XXXIII, 469 S., Bd. 3: Die Landstreitkräfte 6—14. Bearb. auf Grund der Unterlagen des Bundesarchiv-Militärarchivs, hrsg. mit Unterstützung des Bundesarchivs und des Arbeitskreises für Wehrforschung. 2. Aufl. 1974. 330 S. Biblio Verlag, Osnabrück. Ln.

Im Gegensatz zur Organisation der Zivilbehörden unterliegt die der militärischen Behörden und Truppen erfahrungsgemäß einem häufigen Wechsel. Hier ist der Archivar in ganz anderem Maße auf gedruckte Hilfsmittel angewiesen, die es ihm ermöglichen, sich in der Vielzahl der Einheiten zurechtzufinden. Solche Hilfsmittel waren bis zum Ersten Weltkrieg und in den Friedensjahren zwischen den Kriegen bis 1932 die gedruckten Militärhandbücher und Ranglisten. Für den Ersten Weltkrieg stehen dem Archivar die im Preußischen Kriegsministerium bearbeitete „Übersicht über die Behörden und Truppen in der Kriegsformation", gedruckt 1918/1919 in der Reichsdruckerei, 19 Teile in 27 Bänden, und die Arbeit von H. Cron, Geschichte des Deutschen Heeres im Weltkriege 1914—1918, Berlin 1937 (= Bd. V der Geschichte der Kgl. Preußischen Armee und des Deutschen Reichsheeres von Generalmajor Jany), zur Verfügung. Zur Auflösung der alten deutschen Armeen ist das im Heeresabwicklungs-Hauptamt bearbeitete „Verzeichnis der Abwicklungsstellen des deutschen Heeres, enthaltend altes Heer vom 1. August 1914 bis November 1918", veröffentlicht in acht Heften durch die Reichsdruckerei Berlin 1920, heranzuziehen. Die vom Reichswehrministerium geplante Veröffentlichung einer „Übersicht über die Entwicklung des Reichsheeres (100000 Mann) aus den Verbänden des alten Heeres, der Freiwilligen-Truppen, der vorläufigen Reichswehr und des Übergangsheeres", heute meist als „Amtliche Übersicht über die staatlich anerkannten Freiwilligenverbände" zitiert, in zwölf Teilen auf geschätzt 6000 Seiten, unterblieb, davon haben sich sieben Teile (Höhere Stäbe, Infanterie, Feldartillerie, Fußartillerie, Pioniere, Fahrtruppen und Kraftfahrer) im Entwurf im Kriegsarchiv in München erhalten.

Diese umfangreiche Einleitung war notwendig, um das Verdienst des Verfassers der in den folgenden Zeilen zu besprechenden Arbeiten voll würdigen zu können, in denen er die bisher schmerzlich vermißte Formationsgeschichte der Reichswehr und Wehrmacht, anknüpfend an die alte Armee, bis zum Jahre 1945 dargestellt hat. Diese Leistung ist umso höher zu bewerten, als dem Verfasser im Gegensatz zu den Bearbeitern der oben genannten Veröffentlichungen nur eine gestörte und dazu noch rudimentäre Überlieferung zur Verfügung stand.

Bei der Vielzahl der Freiwilligenverbände der Jahre 1918 bis 1920 hat sich der Verfasser in seinem *erstgenannten Werk* mit Recht auf eine vereinfachende Darstellung beschränkt. Nur die wichtigeren Verbände, die das Bindeglied zwischen der alten Armee und der vorläufigen Reichswehr darstellten, konnten berücksichtigt werden. Der Benutzer des Werkes erhält keine lückenlose Darstellung dieses an sich auch politisch außerordentlich wichtigen Abschnitts der Organisationsgeschichte, aber doch einen Ariadnefaden durch das Labyrinth der Formationen. Sehr ausführlich ist dagegen die Darstellung der vorläufigen Reichswehr und des Übergangsheeres ausgefallen, die doch auch nur anderthalb Jahre vom Frühsommer 1919 bis Ende 1920 bestanden. Der Leser erhält hier das lückenlose Bild einer nicht minder komplizierten Entwicklung, an deren Ende das Reichsheer (100000 Mann) stand. Dieses hat bis 1933 keine nennenswerten Formationsänderungen erfahren, so daß es nur einen bescheidenen Raum in der Organisationsgeschichte beanspruchen konnte. Es ist zu bedauern, daß der Verfasser bis zu diesem Zeitpunkt (1933) nur die wichtigeren Waffengattungen berücksichtigt hat, es fehlen Nachrichtentruppe, Kraftfahrer und Fahrtruppen.

Der zweite Teil des Bandes, die Formationsgeschichte der Wehrmacht 1933—1939, ist ein Neudruck der unter dem gleichen Titel bereits 1959 veröffentlichten Arbeit, es darf daher auf die Besprechung von Gerhard Böhm in dieser Zeitschrift (1960, Sp. 97) verwiesen werden.

Das *andere* hier zu besprechende *Werk* Tessins ist die mehrbändige Formationsgeschichte der Wehrmacht und Waffen-SS einschließlich der Landstreitkräfte von Kriegsmarine, Luftwaffe und Verbündeten 1939—1945. Besonders wertvoll ist der erste Band, in welchem der Verfasser in einer Gesamtübersicht ähnlich Cron (s. o.), geordnet nach Kommandobehörden und Waffengattungen, die Aufstellung der Formationen nach den fünfunddreißig Wellen, wie die einzelnen Phasen genannt wurden, zwischen Mobilmachung 1939 und Kapitulation 1945 darstellt. Dieser Ablauf, in dem sich Sieg und am Ende die Niederlage treulich widerspiegeln, ist im Abschnitt „Infanterie" im einzelnen ausgeführt, er läßt sich, wenn auch mit Einschränkung, auf die anderen Waffengattungen anwenden. Erfaßt sind Kommandobehörden, die kämpfende Truppe, die Etappenformationen und das Ersatzheer in der Heimat, nicht aber die Militärverwaltung (Intendanturen, Depots, Heeresbauämter usf.) und das Wehrmachtsgefolge. Sogar der „Magen"-Formationen ist gedacht, zu welchen magenkranke Wehrpflichtige zusammengefaßt und diät verpflegt wurden, ein besonders makaberes Kapitel der Geschichte der Wehrmacht, von dem bisher nur wenig bekannt war. Hervorzuheben sind das umfangreiche Abkürzungsverzeichnis und eine Zusammenstellung der festgelegten Abkürzungen für Spitzenbehörden der Wehrmacht und des Heeres am Schluß dieses Bandes.

In den folgenden Bänden, von denen der Schriftleitung des *Archivar* der dritte vorlag, sind rund 15000 Einheiten bis herunter zu den selbständigen Bataillonen und Abteilungen, soweit feststellbar mit dem Zeitpunkt der Aufstellung und dem der Auflösung (meist Vernichtung), aufgeführt, und zwar alle Kommandobehörden und Truppen gleicher Nummer in eigenen Kapiteln, die ihrerseits wiederum nach Kommandobehörden und Waffengattungen unterteilt sind. Das hat gegenüber den vergleichbaren Veröffentlichungen am Ende des Ersten Weltkrieges den unbestreitbaren Vorteil, daß sich in dieser Anordnung auch der militärische Laie schnell zurechtfindet. Als besonderes Verdienst des Verfassers ist zu erwähnen, daß er nicht die Mühe gescheut hat, auch die Kriegsgliederung, d. h. die Über- und Unterordnung der Kommandobehörden und Truppen, mit Zeitangaben knapp, aber völlig ausreichend in seine Darstellung einzubeziehen und wenigstens für Armeen die amtlichen Schlacht- und Gefechtsbezeichnungen anzugeben. Soweit erforderlich, sind bei den Truppen Friedensstandort, Gliederung, Unterstellung und Ersatztruppenteil genannt.

Sicherlich sind eine Reihe von Wünschen gerade des Archivars, des Landeshistorikers und des Heimatforschers unerfüllt geblieben, etwa Darstellungen der Territorialkompetenz der (stellvertretenden) Wehrkreise und der Militärverwaltung, oder ein Verzeichnis der Friedensstandorte und der Standorte des Ersatzheeres. Solchen berechtigten Wünschen ist entgegenzuhalten, daß bei dem Versuch ihrer Erfüllung das Bessere des Guten, des Erreichten Feind geworden wäre.

München — Gerhard Heyl

Gerhard Zieger, Hans Krug, Alfred Borcherding, Organisation der Schriftgutverfilmung. (Hrsg.:) Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR / Institut für Verwaltungsorganisation und Bürotechnik. (Staatsverlag der DDR, Berlin 1974.) 133 S. mit 76 Abb. und 2 Anl., kart. 6,20 DM-Ost.

Rationelle Schriftgutregistratur. (Hrsg.:) Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR / Institut für Verwaltungsorganisation und Bürotechnik. (Staatsverlag der DDR, Berlin 1974.) 144 S. mit 33 Abb. und 4 Anl., kart. 6,70 DM-Ost.

Die vorliegenden vom Institut für Verwaltungsorganisation und Bürotechnik bei der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft herausgegebenen Arbeiten sind praktische Ratgeber zur Gestaltung der Schriftgutregistratur wie zur Organisation der Schriftgutverfilmung. Sie wollen einen Beitrag zur Rationalisierung der Verwaltungsarbeiten leisten in einem Komplex weiterer Rationalisierungsarbeiten. Ausgehend von der Funktion des Schriftgutes, seiner Entstehung und Ordnung werden die Formen, Arten und Typen der Schriftgutregistratur beschrieben. Es wird eindringlich darauf hingewiesen, daß der Verwendungszweck primär auch die äußere Form des Schriftgutes bestimmt. Bei der Organisation der Mikroverfilmung habe am Beginn jeder organisatorischen Festlegung die Überlegung zu stehen, welches Schriftgut zu welchem Zweck und zu welchem Zeitpunkt für die Mikroverfilmung vorzusehen ist. Die charakteristischen Merkmale der Ersatz- bzw. der Sicherungsverfilmung bestimmen — wie im einzelnen ausgeführt wird — weitgehend die Organisation der Mikroverfilmung und die Anwendung des Mikrofilms in der Praxis; bei der Schriftgutregistratur ist stets zunächst der konkrete Anteil der verschiedenen Formen des Schriftgutes zu bestimmen. Speicherung, kurzfristige Wiederfindung und effektive Bereitstellung bzw. Übermittlung von Informationen sind die Aufgaben einer Schriftgutorganisation, der Mikrofilm ist ein wesentliches Mittel zur Rationalisierung dieser Zielsetzung.

Die beiden Arbeiten beschränken sich nicht auf theoretische Überlegungen, sondern geben konkrete Lösungsvorschläge für Einzelheiten der Organisation der Schriftgutregistratur und der Mikroverfilmung, für Speicherung und Informationsbereitstellung, und zwar immer unter dem Aspekt der Funktion des Schriftgutes bzw. des Mikrofilms. Sicher wird sich in der Praxis nicht immer die effektivste Lösung durchsetzen lassen, sondern hinter allgemeinen wirtschaftspolitischen Rücksichten zurückstehen, aber das straffere Durchdenken der Aufgaben der Informationserhaltung und -bereitstellung sollte den mit organisatorischen Fragen der Schriftgutregistratur und Schriftgutverfilmung Betrauten zur Pflicht gemacht werden. Die beiden Arbeiten des Instituts können wesentliche Hilfe leisten.

Düsseldorf — Wilhelm Engels

Hinweise auf weitere Veröffentlichungen

Kurt Hector, Findbuch des Bestandes Abt. 7: Herzöge von Schleswig-Holstein-Gottorf 1544—1713. Bd. 1. XVI, 408 S.; Bd. 2. XII, S. 409—852. Schleswig 1977. Brosch.
(Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs. 4 u. 5.)

Mit diesem umfangreichen Findbuch, das über 6500 Amtsbuch- und Aktentitel eines zentralen Behörden-, dann Archivbestandes aufnimmt, wird die 1975 begonnene Reihe der Verzeichnisse (s. *Der Archivar* Jg. 30, 1977, Sp. 211f.) fortgesetzt. Eine sorgfältige Gliederung nach Sachen — Zentralverwaltung, Auswärtiges, Inneres, Militaria — und Institutionen — Ämter, Städte, Domkapitel, Adlige Klöster, Güter, Stände — sowie die Titel ergänzende und vertiefende Enthält-Vermerke lassen den außerordentlichen Wert dieser vielbenutzten Überlieferung deutlich erkennen. Der dritte Band soll erläuternde Vorbemerkungen, das Gesamt-Inhaltsverzeichnis und erschließende Register aufnehmen; eine ausführlichere Besprechung des Findbuches kann deshalb erst nach seinem Abschluß erfolgen.

Hamburg — Martin Ewald

Der Mikrofilm. Organisation, Technik und Wirtschaftlichkeit der Verfilmung von Schriftgut. Hrsg. vom AWV, Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung in Wirtschaft und öffentlicher Hand e.V. 2. Aufl. Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln (1974). 92 S.
(AWV-Schrift. Nr. 345.)

In dieser kleinen Broschüre werden Organisation, Technik und Wirtschaftlichkeit so gut wie aller — nicht nur im Archiv — vorkommenden Anwendungsgebiete der Mikroverfilmung in gut übersichtlicher, beinahe stichwortartiger Diktion so umfassend wie möglich dargestellt. Wenn zum Thema „Sicherungsverfilmung" lapidar bemerkt wird: „Die Auslagerungskosten sind unbedeutend", so wird dies den Kenner der Materie ganz gewiß völlig anders reagieren lassen, als sich dies die Herausgeber wohl gedacht haben. Aber solche Ungereimtheiten sind gottlob singulär; anderes ist auch dem offenkundigen Zwang zur Kürze zuzuschreiben. Mit seiner klaren Gliederung, dem nützlichen Anhang (u. a. gesetzliche Bestimmungen) und dem Stichwortverzeichnis ist diese Schrift allemal zum flotten Nachschlagen bestens geeignet.

Düsseldorf — Manfred Petry

Sonstige Titel

Anni Anders, Das Lehrinstitut für Dokumentation in der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation (DGD) Frankfurt/M. In: DFW. Dokumentation — Information 26, 1978, Sonderheft, S. 15f.

Werner Konstantin von Arnswaldt (†), Handschriftenkunde für Familienforscher. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1925. Verlag Degener & Co., Inh. Gerh. Gessner, Neustadt (Aisch), 1978. 29 S., 24 Taf. mit 35 Abb., kart. 7,50 DM. (Praktikum für Familienforschung. H. 12.)

Az Országos Vízügyi Levéltár iratainak alapleltára. Vízgyi Dokumentációs és Továbbképzö Intézet, Budapest 1978. 275 S., kart.

Mittelrhein-Moselland-Bibliographie 1975 und 1976. Schrifttum über die Regierungsbezirke Koblenz und Trier. Bearb. von Gisela Brach. (Selbstverlag der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Koblenz) 1978. VIII, 311 S., Vervielf., brosch. 10,— DM. (Auslieferung durch das Landeshauptarchiv Koblenz, Karmeliterstraße 1/3, 5400 Koblenz.) (Veröffentlichungen aus rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven. — Kleine Reihe —. H. 15.)

Owen Chadwick, Catholicism and history. The opening of the Vatican Archives. The Herbert Hensley Henson Lectures in the University of Oxford, 1976. Cambridge University Press, Cambridge/London/New York/Melbourne 1978. VI, 174 S., 5,90 £.

Ariane Ducrot, Le nouvel état des fonds du Bundesarchiv de Coblence. Réflexions sur l'accès du public aux archives. In: La Gazette des archives no. 101, 1978, S. 110—115.

Geschichtsbewußtsein statt Geschichtsflucht. Schillerpreis der Stadt Marbach 1977 an Paul Sauer. Reden anläßlich der Verleihung von Ltd. Staatsarchivdirektor Eberhard Gönner, Bürgermeister Heinz-Georg Keppler und Dr. Paul Sauer. Vaas Verlag, Ulm 1979. 32 S., 3,50 DM.

Das Bickelspergsche Lagerbuch der Grafschaft Zollern von 1435. Bearb. von Franz Herberhold. Nachdruck der 1941 erschienenen Ausg. Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1978. 32 u. 190 S., brosch. 49,— DM. (Arbeiten zur Landeskunde Hohenzollerns. Bd. 1.)

International handbook of universities and other institutions of higher education. International Association of Universities. 7. Aufl. De Gruyter, Berlin-New York (1978). 1182 S., geb. 124,— DM.

Wolfgang Irtenkauf, Hirsau. Geschichte und Kultur. 3. Aufl. Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1978. 80 S. mit 30 Abb., Ln. 24,— DM. (Thorbecke-Kunstbücherei. Bd. 7.)

Rudolf Jung, Die Titelaufnahme von Gesetzen, Gesetzessammlungen und Kommentaren nach den „Regeln für die alphabetische Katalogisierung (RAK)". In: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken 45, 1978, S. 3—30 mit 4 Anlagen.

Kataloge der Bibliothek des Deutschen Museums. Autorenkatalog — Literatur bis Erscheinungsjahr 1976. 20 Bde. Autorenkatalog, 20 Bde. Sachkatalog. Hrsg.: Bibliothek des Deutschen Museums. Verlag Dokumentation Saur KG, München 1978—1979. Je Bd. ca. 600 S., je Bd. 208,— DM.

Kongreßbericht. 12. Internationaler Kongreß für genealogische und heraldische Wissenschaften, München 1974. Im Auftrag der Deutschen Arbeitsgemeinschaft genealogischer Verbände hrsg. von Hans-Ulrich Frhr. v. Ruepprecht in Verbindung mit Jürgen Arndt, Constantin Dichtel und Heinz F. Friederichs. Bd. G: IV, 38 u. 445 S. mit 54 Abb., Fig. u. Tab. Bd. H: IV, 460 S. mit 80 Abb. u. Taf. Verlag Degener & Co., Inh. Gerhard Gessner, Neustadt (Aisch) 1978. Brosch. zus. 90,— DM.

Kölner Papyri (P. Köln). Bd. 2. Bearb. von Bärbel Kramer und Dieter Hagedorn. Westdeutscher Verlag GmbH, (Opladen 1978). 244 S., 20 Taf., Ln. 64,— DM. (Abhandlungen der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften. Sonderreihe Papyrologica Coloniensia. Vol. VII.)

Walter Krause, 25 Jahre Baden-Württemberg. Ein Modellfall deutscher Möglichkeiten. Zur Problematik der Neugliederung des Bundesgebietes. Vortrag anläßlich der Eröffnung der Ausstellung „25 Jahre Baden-Württemberg" am 30. Mai 1978. Hrsg. vom Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart 1978. 4 [ungez.] Bl. mit 2 Karten, geh.

David F. Krein, The last Palmerston government. Foreign Policy, Domestic Politics, and the Genesis of „Splendid Isolation". Replica edition. Iowa State University Press, Ames, Iowa, 1978. VIII, 252 S., brosch.

Hörfunk und Fernsehen. Aufsatznachweis aus Zeitschriften und Sammelwerken. Jahresband 1978. Bearb. von Rudolf Lang. Westdeutscher Rundfunk — Bibliothek —, Köln 1979. XXIV, 223 S., Vervielf., brosch.

Rudolf Lenz, Gedruckte Leichenpredigten — Quellen zur Frankfurter Stadt- und Kulturgeschichte. In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 56, 1978, S. 7—28.

Rudolf Löhr, Kölner Kirchenpapiere. Hrsg.: Das Presbyterium der Ev. Gemeinde Köln, (Köln 1976). 40 S., kart.

Clemens Graf von Looz-Corswarem, Das Finanzwesen der Stadt Köln im 18. Jahrhundert. Beitrag zur Verwaltungsgeschichte einer Reichsstadt. Verlag der Buchhandlung Dr. H. Wamper, Köln 1978. 476 S., brosch. 46,— DM. (Veröffentlichungen des Kölnischen Geschichtsvereins e.V. 34.)

Helmut Maurer, Der Herzog von Schwaben. Grundlagen, Wirkungen und Wesen seiner Herrschaft in ottonischer, salischer und staufischer Zeit. Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1978. 359 S. mit 45 Abb., 16 Textabb., Ln. 34,— DM.

Richard Moderhack, Der ältesterhaltene Siegelstempel der Stadt Braunschweig (um 1330). Faltblatt. (Städtisches Museum Braunschweig. Miszellen. 30. 1978.)

Gottfried North, Neuerwerbungen des Bundespostmuseums im Jahre 1977. In: Archiv für deutsche Postgeschichte 1978, H. 2, S. 138—148. Darin S. 143—148: Neuerwerbungen des Archivs.

Rheinischer Städteatlas. Hrsg.: Georg Droege, Klaus Fehn, Klaus Flink. Lief. III, Nr. 13: Leichlingen. Bearb.: Klaus Flink (Text), Martin Müller (Karthographie). 1976. 4 S., 3 Taf., 18,— DM. Nr. 14: Gangelt. Bearb.: Klaus Flink (Text), Martin Müller (Karthographie). 1976. 11 S., 2 Taf., 18,— DM. Nr. 15: Erkelenz. Bearb. Klaus Flink (Text), Martin Müller (Karthographie). 1976. 12 S., 3 Taf., 24,— DM. Nr. 16: Bergneustadt. Bearb.: Margret Wensky (Text), Martin Müller (Karthographie). 1976. 7 S., 3 Taf., 24,— DM. Nr. 17: Dollendorf. Bearb.: Peter Neu (Text), Martin Müller (Karthographie). 1976. 5 S., 2 Taf., 18,— DM. Nr. 18: Rheindahlen. Bearb.: Wolfgang Löhr (Text), Martin Müller (Karthographie). 1976. 7 S., 3 Taf., 18,— DM. Nr. 19: Uerdingen. Bearb.: Guido Rotthoff (Text), Martin Müller (Karthographie). 1976. 7 S., 3 Taf., 18,— DM. Nr. 20: Nideggen. Bearb.: Jörg Füchtner (Text), Martin Müller (Karthographie). 1977. 18 S., 3 Taf., 24,— DM. Rheinland-Verlag GmbH, Köln, in Kommission bei Rudolf Habelt Verlag, Bonn. — Desgl. Hrsg.: Landschaftsverband Rheinland / Amt für rheinische Landeskunde, Bonn. Lief. IV, Nr. 21: Duisburg. Bearb.: Joseph Milz. 1978. 23 S., 7 Taf., 24,— DM. Nr. 22: Frechen. Bearb.: Margret Wensky. 1978. 11 S., 7 Taf., 24,— DM. Nr. 23: Linn. Bearb.: Guido Rotthoff. 1978. 7 S., 4 Taf., 18,— DM. Nr. 24: Wickrath. Bearb.: Wolfgang Löhr. 1978. 7 S., 4 Taf., 18,— DM. Nr. 25: Zons. Bearb.: Aenne Hansmann. 1978. 7 S., 5 Taf., 18,— DM. Rheinland-Verlag GmbH, Köln, in Kommission bei Rudolf Habelt Verlag, Bonn. [S. die Besprechung von Lieferung 1, Nr. 1—6 in: Der Archivar 27, 1974, Sp. 133.]

Guide to the sources of the history of Africa south of the Sahara in the Netherlands. Bearb. von M. P. Roessingh u. W. Wisser. K. G. Saur Verlag, München 1978. 241 S., geb. 48,— DM. (Guides de sources de l'histoire des nations. Reihe II, Bd. 9.)

Margarete Schindler, Blick in Buxtehudes Vergangenheit. Geschichte der Stadt. Hrsg. von der Stadtsparkasse Buxtehude, Buxtehude 1978. 155 S. mit 49 Abb., geb.

Dieter Schmidmaier, „Geschichte der Bibliotheken — Geschichte der Erziehung" am Beispiel bibliothekspädagogischer Bestrebungen im Deutschland und Österreich des 17. und 18. Jahrhunderts. In: A Debreceni Kossuth Lajos Tudományegyetem Könyvtárának közleményei 105, 1977, S. 143—152.

Schwäbische Chroniken der Stauferzeit. Hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Bd. 1: Historia Welforum. Neu hrsg., übersetzt und erläutert von Erich König. Nachdruck der 1938 erschienenen Ausg. XXVIII, 154 S., 3 Ausschlagtaf., brosch. 48,— DM. Bd. 2: Die Zwiefalter Chroniken Ortliebs und Bertholds. Neu hrsg., übersetzt und erläutert von Luitpold Wallach, Erich König und Karl Otto Müller. Nachdruck der 1941 erschienenen Ausg. XIV, 60 u. 384 S., brosch. 78,— DM. Bd. 3: Die Chronik des Klosters Petershausen. Neu hrsg. und übersetzt von Otto Feger. Nachdruck der 1956 erschienenen Ausg. 276 S., brosch. 64,— DM. Jan Thorbecke Verlag KG, Sigmaringen 1978.

Fritz Störi, Der Stoff, aus dem die Schäume sind. Die Geschichte vom Styropor. Nach einer Aufzeichnung von Fritz Stastny. Hrsg.: BASF Aktiengesellschaft, Ludwigshafen. 93 S. mit zahlr. Abb., brosch. (Schriftenreihe des Unternehmensarchivs der BASF Aktiengesellschaft. 16.)

Aug. R. Suelflow, Archives and history. Minutes and reports of the 13th Archivists' and Historians' Conference. Concordia Historical Institute. Department of Archives and History. The Lutheran Church-Missouri Synod, St. Louis 1975. 194 S., Vervielf., geh.

H. Talazko, Die kirchliche Betreuung der deutschen Hollandgänger im 19. Jahrhundert. Sonderdruck aus: Pietismus und Reveil. Referate der internationalen Tagung: Der Pietismus in den Niederlanden und seine internationalen Beziehungen, in: Kerkhistorische Bijdragen. Hrsg. v. J. van den Berg und J. P. van Dooren. Leiden 1978. S. 324—342.

Gerhard Teich, Topographie der Osteuropa-, Südosteuropa- und DDR-Sammlungen. K. G. Saur Verlag, München 1978. 388 S., geb. 48,— DM.

Willy Timm, Von den Brockhauser Salzwerken zur Saline Königsborn. Ein Kapitel märkischer Wirtschaftsgeschichte. Stadtarchiv Hagen 1978. 44 S. mit zahlr. Abb., geh. (Hagener Hefte. Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Hagen. H. 7.)

Vademecum deutscher Lehr- und Forschungsstätten. Ein Handbuch des Wissenschaftlichen Lebens — VDLF —. Hrsg.: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Dokumentationswesen (IDW), Frankfurt/M. 7. Aufl. Gemeinnützige Verwaltungsgesellschaft für Wissenschaftspflege, Essen (1978). 1572 S. Plastikeinband 119,— DM. Darin: C V 2. Archive. 2.1. Bundes- und Landesarchive, 2.2. Werks- und Wirtschaftsarchive.

Verzeichnis Berliner Zeitungen in Berliner Bibliotheken. Hrsg. von der Arbeitsgruppe Bibliothekarische Regionalplanung des Informationsbeirats. Zusammenstellung und redaktionelle Bearbeitung: Berliner Gesamtkatalog und Amerika Gedenkbibliothek / Berliner Zentralbibliothek. Berlin 1978. 32 S., 4,50 DM.

MdL. Die Abgeordneten der Landtage in Baden-Württemberg 1946—1978. Bearb. von Josef Weik. Hrsg. vom Landtag von Baden-Württemberg anläßlich der 25-Jahr-Feier der Landesverfassung. Biographisches Gesamtverzeichnis der Abgeordneten der Länder Baden, Württemberg-Hohenzollern 1946—1952, Baden-Württemberg 1952—1978. In Kommission bei Klett-Cotta, Stuttgart 1978. 246 S. mit zahlr. Abb., kart.

Luise von Winterfeld, Geschichte der freien Reichs- und Hansestadt Dortmund. 6. Aufl. 1977. Verlagsbuchhandlung Fr. Wilh. Ruhfus, Dortmund. XII, 236 S., mit Abb. 36,— DM.

Wissenschaftliche und kulturelle Institutionen der Bundesrepublik Deutschland. Bibliotheken, Universitäten, Museen, Wissenschaftliche Gesellschaften, Verlage, Kunsthandel, Kunstvereine, Kunstpreise. Verlag Dokumentation Saur KG, München 1976. 758 S., geb. 48,— DM.

World list of universities, other institutions of higher education and university organisations / List mondiale des universités, autres établissements d'enseignement supérieur et organisations universitaires. 1977—1978. International Association of Universities / Association Internationale des Universités. Joint Editors / Rédacteurs: H. M. R. Keyes, D. J. Aitken, Assistant Editor / Rédactrice adjointe: Ann C. M. Taylor. 13. Aufl. De Gruyter & Co., Berlin - New York 1978. XXI, 653 S., geb. 58,— DM.

Personalnachrichten

Zusammengestellt von Margret Pöllen

Bund

Bundesarchiv Koblenz

Ernannt:

Dr. Ulrich Ringsdorf zum Archivreferendar (3. 1. 1979),
Archivoberinspektor Hartmut Hagner zum Archivamtmann (11. 12. 1978),
die Archivinspektoren(innen) Christa Gott und Herbert Schmitz (beide 11. 10. 1978) sowie Beatrix Surmann (13. 10. 1978) zu Archivoberinspektoren(innen),
Archivinspektoranwärter Dirk Hohfeld zum Archivinspektor z. A. (20. 10. 1978),
Ute Dillenberger, Cynthia Flohr, Rolf Herget und Anette Meiburg zu Archivinspektoranwärtern(innen) (alle 1. 1. 1979).

Eingestellt:

Dr. Dieter Gessner zur Bearbeitung einer Untersuchung der Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Dokumentation unveröffentlichter archivalischer Quellen im Rahmen des Fachinformationssystems 14 (16. 10. 1978) und Dr. Ursula Hüllbüsch zur Erschließung von Prozeßakten des Reichskammergerichts (1. 1. 1979).

Abgeordnet:

Regierungsdirektor Siegfried Becker, Leiter der Verwaltung des Bundesarchivs, mit dem Ziel der Versetzung an das Bundesministerium des Innern (20. 11. 1978),
Oberregierungsrat Heinz Albert Frings mit dem Ziel der Versetzung vom Bundesamt für Zivilschutz an das Bundesarchiv als Leiter der Verwaltung (9. 11. 1978).

Versetzt:

Regierungsinspektor z. A. Wilhelm Hochgrefe vom Bundesverwaltungsamt an das Bundesarchiv-Zentralnachweisstelle in Aachen-Kornelimünster (1. 11. 1978).

Verstorben:

Oberstleutnant a. D. Dipl.-Pol. Helmut Wollin, ehem. Referent in der Abt. IV — Militärarchiv Freiburg, in Freiburg (6. 10. 1978).

Sonstiges:

Archivrätin z. A. Dr. Irmtraut Eder führt nach ihrer Eheschließung den Namen Eder-Stein.

Land Baden-Württemberg

Oberstaatsarchivdirektor Prof. Dr. Günther Haselier, Leiter der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, wurde die Amtsbezeichnung Präsident der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg verliehen (28. 12. 1978).

Ernannt:

Oberregierungsrat Dr. Eugen Reinhard beim Generallandesarchiv Karlsruhe zum Regierungsdirektor und Oberstaatsarchivrat Dr. Hans-Martin Schwarzmaier beim Generallandesarchiv Karlsruhe zum Staatsarchivdirektor (beide 1. 1. 1979),

Staatsarchivrätin Dr. Maren Kuhn-Rehfus beim Staatsarchiv Sigmaringen zur Oberstaatsarchivrätin (1. 1. 1979),

Regierungsrätin z. A. Dr. Gudrun Knorr beim Generallandesarchiv Karlsruhe zur Regierungsrätin (22. 12. 1978),

Gert Kollmer und Bernhard Neidiger zu Staatsarchivreferendaren beim Hauptstaatsarchiv Stuttgart (beide 1. 10. 1978) sowie Dr. Wolfgang Domarus (1. 10. 1978) und Hans Peter Müller (13. 10. 1978) zu Staatsarchivreferendaren beim Generallandesarchiv Karlsruhe,

Archivamtmännin Christine Bührlen-Grabinger beim Hauptstaatsarchiv Stuttgart zur Amtsrätin (1. 1. 1979),

die Archivoberinspektoren(in) Erdmuthe Krieg beim Staatsarchiv Freiburg und Reinhold Rupp beim Generallandesarchiv Karlsruhe zu Archivamtmännern(männin) (beide 1. 1. 1979),

Archivinspektoranwärter Rolf-Eduard Reiff beim Staatsarchiv Sigmaringen zum Archivinspektor z. A. (1. 11. 1978).

Aufhebung der Abordnung:

Die Abordnung des Wissenschaftlichen Angestellten Frank-Roland Kühnel, der seit dem 16. 11. 1974 vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart an das Staatsministerium Baden-Württemberg — Dokumentationsstelle — abgeordnet war, ist aufgehoben (14. 11. 1978).

Versetzt:

Archivinspektorin Helga Kemptner vom Staatsarchiv Sigmaringen an das Stadtarchiv Gaggenau (1. 1. 1979), die Archivinspektoranwärter(in) Elke Gutenkunst vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart an das Stadtarchiv Stuttgart (1. 11. 1978) und Rolf Jente vom Staatsarchiv Ludwigsburg an das Kreisarchiv Göppingen (1. 12. 1978), beide nach Abschluß der Ausbildung.

Land Bayern

Bayerische Archivschule

Höherer Archivdienst: Zum Vorbereitungsdienst zugelassen wurden mit Wirkung vom 6. 11. 1978 als Archivreferendare unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf:
Rudolf Fritsch, Hans-Joachim Hecker, Gerhard Hetzer, Annelie Hopfenmüller, Werner Jürgensen (Landeskirchliches Archiv, Nürnberg), Dr. Karl-Ernst Lupprian, Kurt Malisch, Sylvia Meyl, Peter Moser, Gerhard Rechter, Lothar Saupe, Horst Schamari, Werner Wagenhöfer, Lutz Wanderwitz, Reinhard Weber, Dr. Robert Zink.

Mittlerer Archivdienst: Zum Vorbereitungsdienst zugelassen wurden mit Wirkung vom 2. 10. 1978 als Archivassistentenanwärter unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf:
Leopold Frhr. von Boeselager, Helmut Braun, Wolfgang Butz, Luise Forster, Herta Friedlmeier, Diane Grünberger, Gerhard Klaiber, Johann Kössl, Gertrud Kopp, Marion Maurer, Werner Mühlhäußer, Renate Müller, Marianne Ott, Markus Rau, Werner Rauscher, Walter Rößler, Wolfgang Ruff, Richard Schaffner (Stadtarchiv Passau), Walter Steinberger, Ludwig Weber, Irmgard Wopperer, Franz Zollner.

Ernannt:

Die Archivräte z. A. Dr. Rainer Braun beim Bayer. Hauptstaatsarchiv in München, Dr. Rainer Hambrecht beim Staatsarchiv München, Reinhard Heydenreuter bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns in München und Reinhard Höppl beim Staatsarchiv München zu Archivräten (alle 1. 1. 1979).

Freie und Hansestadt Hamburg

Versetzt:

Regierungsoberinspektorin Birgit Küstner an das Staatsarchiv (1. 11. 1978).

Land Hessen

Ernannt:

Archivrätin Dr. Uta Krüger-Löwenstein beim Hess. Staatsarchiv Marburg zur Archivoberrätin (14. 11. 1978),
Dr. Klaus Eiler zum Archivreferendar beim Hess. Staatsarchiv Darmstadt und Dr. Günther Hollenberg zum Archivreferendar beim Hess. Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden (beide 1. 10. 1978),
Oberinspektor Bernward Helfer beim Hess. Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden zum Amtmann (1. 10. 1978),

Inspektorin Christa Wolf beim Hess. Staatsarchiv Darmstadt zur Oberinspektorin (1. 10. 1978),
Inspektor z. A. Friedrich Boss beim Hess. Staatsarchiv Darmstadt zum Inspektor (1. 10. 1978),
Inspektoranwärter Helmut Klingelhöfer beim Hess. Staatsarchiv Darmstadt zum Inspektor z. A. (1. 10. 1978),

Elisabeth Faust und Christine Großfelder zu Inspektoranwärterinnen beim Hess. Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden sowie Elke Gonnermann und Monika Rademacher zu Inspektoranwärterinnen beim Hess. Staatsarchiv Darmstadt (alle 1. 10. 1978).

Eingestellt:

Geprüfte Archivarin Irmgard Stamm beim Hess. Staatsarchiv Marburg als Archivangestellte (1. 10. 1978).

Versetzt:

Inspektorin z. A. Birgit Rausch vom Hess. Staatsarchiv Marburg an das Kreisarchiv Minden-Lübbecke (30. 11. 1978),
Inspektoranwärter Hermann-Josef Bausch vom Hess. Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden an das Stadtarchiv Dortmund (2. 10. 1978).

Beurlaubt:

Archivoberrätin Dr. Inge Auerbach beim Hess. Staatsarchiv Marburg wurde vom Hessischen Kultusminister für einen einjährigen Forschungsaufenthalt in der Sowjetunion beurlaubt (1. 10. 1978).

Land Niedersachsen

Ernannt:

Archivoberrat Dr. Horst-Rüdiger Jarck beim Nieders. Staatsarchiv in Osnabrück zum Archivdirektor (25. 9. 1978),
Archivrat Dr. Dieter Mohrmann beim Nieders. Staatsarchiv in Osnabrück zum Archivoberrat (25. 9. 1978),
Ulrich Schwarz (1. 10. 1978) und Bernd Kappelhoff (1. 12. 1978) zu Archivreferendaren beim Nieders. Staatsarchiv in Osnabrück,
die Archivinspektoranwärter(in) Dietrich Heuer (1. 10. 1978) und Eveline Noffke (18. 11. 1978) beim Nieders. Hauptstaatsarchiv in Hannover zu Archivinspektoren(in) z. A.,
Lothar Behr, Stefan Benning, Rainer Lohlker und Reinhard Müller zu Archivinspektoranwärtern beim Nieders. Staatsarchiv in Osnabrück (alle 1. 10. 1978).

Abgeordnet:

Archivoberrat Dr. Heiko Leerhoff vom Nieders. Staatsarchiv in Aurich an das Deutsche Historische Institut in Rom (1. 10. 1978).

Versetzt:

Archivoberrat Dr. Ulrich Scheschkewitz nach Beendigung seiner Abordnung an das Deutsche Historische Institut in Rom vom Nieders. Hauptstaatsarchiv in

Hannover an das Nieders. Staatsarchiv in Oldenburg (1. 10. 1978).

In den Ruhestand getreten:

Direktor der Staatsarchive Dr. Carl Haase, Staatskanzlei und Nieders. Hauptstaatsarchiv in Hannover (31. 12. 1978),
Archivdirektor Dr. Joseph König beim Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel (31. 12. 1978).

Land Nordrhein-Westfalen

Ernannt:

Regierungsdirektor Dr. Hans Schmitz, Fachreferent für Archivwesen und staatliche Archive beim Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen zum Ministerialrat (6. 3. 1979),
Staatsarchivdirektor Dr. Hans-Joachim Behr beim Nordrh.-Westf. Staatsarchiv Münster zum Ltd. Staatsarchivdirektor (12. 2. 1979),
Oberstaatsarchivrat Dr. Klaus Scholz beim Nordrh.-Westf. Staatsarchiv Detmold zum Staatsarchivdirektor (18. 12. 1978),
Staatsarchivrat Dr. Hans Hofmann beim Nordrh.-Westf. Staatsarchiv Münster zum Oberstaatsarchivrat (27. 11. 1978),
Wolfgang Bockhorst, Dr. R. A. Helmut Franz, Theodor Helmert, Jürgen Kloosterhuis, Reinhard Strecke und Dr. Gisela Wilbertz zu Staatsarchivreferendaren(in) beim Nordrh.-Westf. Staatsarchiv Detmold (alle 2. 10. 1978),
Staatsarchivinspektor Udo Schuster beim Nordrh.-Westf. Personenstandsarchiv in Brühl zum Staatsarchivoberinspektor (15. 11. 1978),
Dipl.-Bibliothekarin Regina Hülsmann übernahm die Leitung der Wissenschaftlichen Bibliothek des Nordrh.-Westf. Staatsarchivs Münster (15. 11. 1978),
Klaus Pradler zum Staatsarchivinspektoranwärter beim Nordrh.-Westf. Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf (15. 1. 1979).

Eingestellt:

Ing. (grad.) Hans-Jürgen Warnecke als Sachbearbeiter des gehobenen Archivdienstes beim Nordrh.-Westf. Staatsarchiv Münster (1. 12. 1978).

Versetzt:

Oberstaatsarchivrat Dr. Klaus Scholz vom Nordrh.-Westf. Staatsarchiv Münster an das Nordrh.-Westf. Staatsarchiv Detmold (18. 12. 1978).

Beurlaubt:

Staatsarchivinspektorin Vera Foerster beim Nordrh.-Westf. Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf für die Zeit vom 10. 11. 1978 bis 9. 11. 1981.

Ausgeschieden:

Staatsarchivoberinspektorin Ulrike Hammes und Staatsarchivinspektoranwärterin Anneliese Köntges beim Nordrh.-Westf. Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf auf eigenen Wunsch (beide 31. 12. 1978).

In den Ruhestand getreten:

Ltd. Staatsarchivdirektor Prof. Dr. Wilhelm Kohl beim Nordrh.-Westf. Staatsarchiv Münster (31. 12. 1978).

Land Rheinland-Pfalz

Ernannt:

Archivrat z. A. Dr. Dietmar Flach beim Landeshauptarchiv Koblenz zum Archivrat (2. 10. 1978),
Johannes Mötsch zum Archivreferendar beim Landeshauptarchiv Koblenz (1. 10. 1978),
die Archivinspektoren(in) Editha Bucher beim Landeshauptarchiv Koblenz und Norbert Heine beim Landesarchiv Speyer zu Archivamtmännern (beide 1. 1. 1979).

Versetzt und abgeordnet:

Archivinspektoranwärterin Margit Rinker wurde vom Landeshauptarchiv Koblenz an das Stadtarchiv Worms versetzt und gleichzeitig zur weiteren Ausbildung an das Landeshauptarchiv Koblenz abgeordnet (1. 11. 1978).

Verstorben:

Wissenschaftlicher Archivangestellter Dr. Manfred Wilmanns beim Landeshauptarchiv Koblenz im 40. Lebensjahr (13. 11. 1978).

Saarland

Ernannt:

Michael Sander zum Archivreferendar beim Landesarchiv Saarbrücken (2. 10. 1978).

Land Schleswig-Holstein

Ernannt:

Archivinspektorin Gudrun Knull beim Landesarchiv Schleswig-Holstein zur Beamtin auf Lebenszeit (26. 7. 1978).

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Ernannt:

Archivrat Dr. Stefan Hartmann beim Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz zum Archivoberrat (27. 9. 1978),
Archivinspektor Günter Käker beim Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz zum Archivoberinspektor (27. 9. 1978),
Ursula Schäfer und Jörg Schmalfuß zu Archivinspektoren(in) beim Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (beide 1. 10. 1978).

Stadtarchive und Archive sonstiger Gebietskörperschaften

Archivberatungsstelle Rheinland, Köln: Assessor des Archivdienstes Dr. Hans Budde wurde zum Landesarchivrat z. A. ernannt (1. 10. 1978).

Stadtarchiv Bochum: Archivar Hans Werner Bimbel ist in den Ruhestand getreten (31. 1. 1979).

Stadtarchiv Bonn: Dipl.-Bibliothekarin Irmtrud Alef wurde beim Stadtarchiv und der Wissenschaftlichen Bibliothek eingestellt (1. 9. 1978).

Stadtarchiv Dortmund: Inspektoranwärter Hermann-Josef Bausch wurde vom Hess. Hauptstaatsarchiv in

Wiesbaden an das Stadtarchiv Dortmund versetzt und gleichzeitig zum Stadtarchivinspektor z. A. ernannt (2. 10. 1978).

Stadtarchiv Gaggenau: Archivinspektorin Helga Kemptner wurde vom Staatsarchiv Sigmaringen an das Stadtarchiv Gaggenau versetzt (1. 1. 1979).

Kreisarchiv Göppingen: Archivinspektoranwärter Rolf Jente wurde nach Abschluß der Ausbildung vom Staatsarchiv Ludwigsburg an das Kreisarchiv Göppingen versetzt (1. 12. 1978).

Archiv der Hansestadt Lübeck: Oberarchivrätin Dr. Antjekathrin Graßmann wurde zum Archivdirektor und Stadtoberinspektor Otto Wiehmann zum Stadtamtmann ernannt (beide 1. 10. 1978).

Stadtarchiv Mannheim: Stadtarchivinspektoranwärterin Gabriele Köstel wurde zur Stadtarchivinspektorin z. A. ernannt (1. 2. 1979).

Kreisarchiv Minden-Lübbecke: Inspektorin z. A. Birgit Rausch wurde vom Hess. Staatsarchiv Marburg an das Kreisarchiv Minden-Lübbecke versetzt (30. 11. 1978).

Stadtarchiv Nürnberg: Städt. Archivdirektor Dr. Gerhard Hirschmann wurde zum Ltd. Archivdirektor ernannt (1. 2. 1979).

Stadtarchiv Rinteln: Stadtarchivar a. D. Hauptlehrer a. D. Wilhelm Holste ist im 85. Lebensjahr in Rinteln verstorben (10. 11. 1978).

Archiv des Stadtverbandes Saarbrücken: Archivar Josef Goebel ist im 74. Lebensjahr in Sulzbach verstorben (20. 11. 1978).

Stadtarchiv Speyer: Archivinspektorin z. A. Dorothee Menrath wurde zur Archivinspektorin und Beamtin auf Lebenszeit ernannt (1. 12. 1978).

Stadtarchiv Stuttgart: Archivinspektoranwärterin Elke Gutenkunst wurde vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart an das Stadtarchiv Stuttgart versetzt und gleichzeitig zur Archivinspektorin z. A. ernannt (1. 11. 1978).

Stadtarchiv Worms: Archivinspektoranwärterin Margit Rinker wurde vom Landeshauptarchiv Koblenz an das Stadtarchiv Worms versetzt (1. 11. 1978) und gleichzeitig zur weiteren Ausbildung an das Landeshauptarchiv Koblenz abgeordnet.

Stadtarchiv Würzburg: Archivrat Dr. Heinrich Dunkhase wurde zum Archivoberrat ernannt (1. 1. 1979).

Kirchliche Archive

Bistumsarchiv Limburg: Dr. Herman Schwedt wurde — wie erst jetzt bekannt wurde — beim Bischöflichen Ordinariat Limburg eingestellt und hat die Leitung des Bistumsarchivs übernommen (1. 7. 1978).

Archiv des Bistums Speyer, Speyer: Archivdirektor Msgr. Prof. Dr. Johannes Emil Gugumus ist im 70. Lebensjahr in Ludwigshafen verstorben (1. 1. 1979).

Parlamentsarchive und Archive politischer Parteien und Verbände

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg: Dr. Hans-Holger Paul (1. 6. 1978) wurde als Wissenschaftlicher Referent zur Anfertigung von Spezialinventaren und Dr. Ilse Fischer (1. 8. 1978) als Wissenschaftliche Referentin im Bereich „Nachlässe, Personenarchiv" eingestellt.

Schleswig-Holsteinischer Landtag — Wissenschaftliche Abteilung —, Kiel: Oberamtsrat Walter Teßmer ist in den Ruhestand getreten (31. 1. 1979).

Hochschularchive und Archive wissenschaftlicher Institutionen

Universitäts-Archiv, Münster: Ltd. Staatsarchivdirektor a. D. Prof. Dr. Wilhelm Kohl wurde zum Universitätsarchivar der Universität Münster ernannt (1. 7. 1978). Er ist damit Nachfolger von Staatsarchivdirektor a. D. Prof. Dr. Johannes Bauermann, der diese Aufgabe bis zum 31. 12. 1977 wahrgenommen hat.

Hochschulen, wissenschaftliche und berufsständische Organisationen

Prof. Dr. Hans Booms, Präsident des Bundesarchivs, ist als Nachfolger von Ltd. Ministerialrat a. D. Dr. Helmut Dahm Mitglied des Exekutivausschusses des Internationalen Archivrates (1978—1982) geworden.

Archivdirektor Dr. Hermann-Joseph Busley beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv München erhielt einen Lehrauftrag für „Quellenkunde zur bayerischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung archivalischer Quellen" (seit Wintersemester 1977/1978).

Archivdirektor Hermann Josef Debye, Aachen, wurde von dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz ab 1. Januar 1979 auf die Dauer von vier Jahren zum Vorsitzenden der Bischöflichen Fachkommission für die kirchlichen Archive in Deutschland berufen. Er tritt in diesem Amte die Nachfolge von Msgr. Dr. Paul Mai, Regensburg, an.

Städt. Archivdirektor Dr. Gerhard Hirschmann, Nürnberg, wurde — wie erst jetzt bekannt wurde — zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine gewählt (22. 6. 1978).

Ltd. Staatsarchivdirektor Dr. Wilhelm Janssen, Düsseldorf, ist vom Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Honorarprofessor an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Lehrgebiet: Historische Hilfswissenschaften) ernannt worden (21. 12. 1978).

Archivoberrat Dr. Hans-Enno Korn, Marburg, wurde zum Mitglied der *Académie Internationale d'Héraldique* in Genf und Paris gewählt.

Auf der 12. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Berliner Archivare (2. 11. 1978) wurde satzungsgemäß ein neuer Vorstand für die Dauer von zwei Jahren gewählt: Sabine Preuß (Landesarchiv Berlin), Vorsitzende; Henriette Beal (Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten, Schloß Charlottenburg), Stellvertreter; Karl-Heinz Fischer (Landesbildstelle Berlin), Stellvertreter.

Dipl.-Volkswirt Dr. Winfried Schmitz-Esser, Hamburg, wurde am 5. 10. 1978 zum Vorsitzenden des Vereins Deutscher Dokumentare (VDD) gewählt.

Ehrungen

Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs a. D. Wirklicher Hofrat Prof. Dr. Walter Goldinger, Wien, erhielt am 7. 12. 1978 die Goldene Ehrenmedaille der Stadt Wien.

Sonstiges

Am *Stage Technique International des Archives 1979* am Nationalarchiv in Paris nehmen aus der Bundesrepublik teil: Landesarchivrat z. A. Dr. Werner H. Frese (Westfälisches Landesamt für Archivpflege, Münster), Archivoberinspektor Günter Grieger (Bundesarchiv, Koblenz), Städt. Oberarchivrat Dr. Everhard Kleinertz (Historisches Archiv der Stadt Köln), Archivrat Dr. Niklot Klüßendorf (Hess. Staatsarchiv Marburg) und Archivrätin z. A. Dr. Heike Preuß (Nordrh.-Westf. Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf).

Geburtstage

90 Jahre: Landeskirchenarchivar Albert Riecke, Hamburg (28. 4. 1979).

85 Jahre: Stadtarchivdirektor a.D. Dr. Wilhelm van Kempen, Göttingen (31. 5. 1979). — Oberarchivrat a.D. Dr. Erich von Lehe, Hamburg (13. 6. 1979).

80 Jahre: Landeskirchenarchivar a.D. Friedrich Wilhelm Freist, Wolfenbüttel (19. 5. 1979). — Ministerialrat a.D. Dr. Rudolf Grieser, Bad Nenndorf (18. 5. 1979). — Kirchenarchivarin a.D. Eva Lindner, Plettenburg (29. 3. 1979). — Stadt- und Kurhessischer Hausarchivar a.D. Dr. Robert Pessenlehner, Schloß Fasanerie b. Fulda (16. 5. 1979). — Kirchenverwaltungsrat a.D. Dr. Dr. Erich Reichardt, Ettlingen (30. 3. 1979). — Archivrat a.D. Dr. Georg Tessin, Koblenz (16. 6. 1979). — Archivar Kurt Weinhold, Köln (12. 4. 1979).

75 Jahre: Stadtarchivar Oberstudienrat a.D. Dr. Walter Albach, Michelstadt (26. 6. 1979). — Oberarchivrat a.D. Dr. Wolf-Herbert Deus, Soest (9. 6. 1979). — Archivdirektor a.D. Dr. Josef Heider, Neuburg (9. 4. 1979). — Archivdirektor a.D. Dr. Friedrich Knöpp, Darmstadt (24. 6. 1979). — Oberarchivrat a.D. Dr. Walther Latzke, Frankfurt/M. (25. 4. 1979). — Oberkirchenrat a.D. Dr. Dr. Friedrich Merzyn, Hannover (2. 6. 1979). — Dipl.-Volkswirt Hildegard Weichert, Kiel (30. 5. 1979).

70 Jahre: Oberarchivrat a.D. Dr. Karl Ernst Demandt, Altenstadt (6. 4. 1979). — Wissenschaftlicher Fachredakteur Dr. Max Artur Lach, Düsseldorf (2. 4. 1979). — Pressearchivar a.D. Dr. Werner K. Leimbach, Bad Godesberg (23. 5. 1979). — Archivar Pastor Elwin Lomberg, Leer (15. 6. 1979). — Oberarchivrat a.D. Dr. Ottheinz Münch, Kaiserslautern (11. 5. 1979). — Stadtarchivar a.D. Heinz Schmidt-Goertz, Bergisch-Gladbach (23. 4. 1979).

65 Jahre: Dipl.-Bibliothekarin a.D. Henny Glaesemer, Lenggries (4. 6. 1979). — Präsident der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg Prof. Dr. Günther Haselier, Stuttgart (19. 4. 1979). — Archivleiter a.D. Dr. Anton Hoch, München (1. 5. 1979). — Archivdirektor a.D. Dr. Dietrich Kausche, Werl (20. 5. 1979). — Landtagsarchivar Fritz Ströbele, München (8. 6. 1979).

60 Jahre: Amtsrat Heinrich Bechert, Neustadt a. d. Aisch (12. 4. 1979). — Archivdirektor Dr. Ottokar Israel, Braunschweig (14. 6. 1979). — Stadtarchivar Heinz Kirchmann, Wesel (22. 6. 1979). — Ltd. Archivdirektor Dr. Alfred Wagner, Koblenz (25. 4. 1979). — Stadtoberamtmann Rudolf Zienius, Herne (9. 5. 1979).

Nachrufe

Gottfried Ernst Hoffmann †

geb. Niedercunnersdorf 19. 2. 1898,
gest. Schleswig 1. 3. 1978

Wenige Tage nach seinem 80. Geburtstage ist Gottfried Ernst Hoffmann, von 1938 bis 1963 Direktor des Staatsarchivs Kiel, des heutigen Landesarchivs Schleswig-Holstein, in Schleswig gestorben.

Hoffmann, als Sohn eines Fabrikbesitzers im Kreis Bautzen in der sächsischen Oberlausitz geboren, besuchte nach der Volksschule seines Geburtsortes die Realschule und das Progymnasium in Löbau und von 1911 bis 1916 das Realgymnasium in Zittau. Vom Januar 1917 bis zum Sommer 1922 studierte er in München (die beiden Anfangssemester), Leipzig (WS 1917/18 bis SS 1921) und Erlangen (die beiden Schlußsemester, veranlaßt durch die Übersiedlung seines Doktorvaters Bernhard Schmeidler). 1922 promovierte er in Erlangen mit einer religions- und geistesgeschichtlichen Arbeit über Gregor von Tours, 1923 bestand er in Leipzig das Staatsexamen für das höhere Lehramt in den Fächern Deutsch, Geschichte, Religionslehre und Latein. Als akademischen Lehrer, der in diesen frühen Jahren einen bleibenden Eindruck bei ihm hinterließ, hat er später den Historiker (und bedeutenden Genealogen) Erich Brandenburg genannt. Nicht ohne Wirkung auf den viel lesenden und geistig aufgeschlossenen Schüler und Studenten war auch das Werk des 1915 in Leipzig verstorbenen Karl Lamprecht. Entscheidend für seinen Lebenslauf wurde jedoch die Begegnung mit Paul Kehr, dessen Assistent er vom November 1923 bis Januar 1925 war. Kehr bestimmte ihn, sich dem Archivdienst zu widmen und von 1924 bis 1925 an den Ausbildungskursen am Preußischen Geheimen Staatsarchiv teilzunehmen. Am 28. Juli 1925 bestand Hoffmann das archivarische Staatsexamen und wurde am 1. April 1926 dem Staatsarchiv Kiel als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter zugewiesen.

Hoffmann hatte das in der preußischen Archivverwaltung ungewöhnliche Glück, an demselben Archiv bleiben und aufsteigen zu können. 1927 wurde er Archivassistent, 1929 Staatsarchivrat und 1938 Staatsarchivdirektor in Kiel. Voraussetzung dafür war, daß er sich schnell in die ihm zunächst völlig fremde deutsch-dänische Geschichtswelt eingearbeitet hatte. Schon 1927 begann er mit der Materialsammlung für das von der Geschichtsgesellschaft des Landes herausgegebene Siegelwerk, eine Arbeit, die ihn in alle größeren Archive Norddeutschlands und Dänemarks führte. 1930 wandte er sich, mit Briefeditionen und biographischen Arbeiten, der um hundert Jahre zurückliegenden Lornsenbewegung zu, die im Gefolge der Julirevolution die Loslösung Schleswig-Holsteins von Dänemark eingeleitet hatte. Tätigen Anteil nahm er an der nach 1933 aufblühenden Familienforschung: als Archivar, der zu den Quellen führte, als Leiter in Dienststellen und Vereinen, seit 1935 als Dozent für Genealogie an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel. So wurde Schleswig-Holstein ihm geistige Heimat, ebenso wie die Stadt Kiel ihm, seiner Frau Irma geb. Jähnig, Tochter eines sächsischen Kirchenmusikdirektors, und ihren sechs Kin-

dern — von denen zwei früh starben — geliebte Lebensheimat wurde. 1938 übernahm er die Geschäftsführung des neugegründeten, alle Zweige der Landesgeschichte und -kunde zusammenfassenden Instituts für Volks- und Landesforschung an der Universität Kiel. 1942 wurde er zum Honorarprofessor für Historische Hilfswissenschaften bei der Philosophischen Fakultät ernannt. Im September 1943 erhielt er die Einberufung, bis Kriegsende war er dann Soldat bei der Heeresküstenartillerie.

Im August 1945 wurde Hoffmann, mit der Trümmerräumung und der Bergung verschütteter Archivalien auf dem Grundstück des völlig zerstörten Dienstgebäudes beschäftigt, von der britischen Militärregierung entlassen und bis zum Februar 1947 in dem norddeutschen Prominenten-Lager Eselsheide interniert. Anschließend war er in einem Kieler Wirtschaftsverlag tätig. Erst am 1. Juli 1949 konnte er — als Angestellter — an das inzwischen nach Schleswig verlegte Landesarchiv zurückkehren, und am 1. Oktober 1950 wurde er, nach dem Tode des aus Königsberg vertriebenen Max Hein, der 1945 die Nachfolge Hoffmanns angetreten hatte, wieder als Archivdirektor eingesetzt. Es folgten jetzt drei Jahrzehnte fruchtbaren Schaffens mit der Neueinrichtung des Landesarchivs und dem Wiederaufbau der Archivpflege, im Vorstand und im Redaktionsausschuß der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und in der Arbeitsgemeinschaft für Landes- und Volkstumsforschung, die nach dem Kriege in Schleswig gegründet worden war und deren Leitung Hoffmann 1958 übernahm und über seine Pensionierung (1963) hinaus bis zu seinem 72. Lebensjahre beibehielt.

Hoffmanns bleibende editorische Leistungen sind „Die Siegel der Bischöfe von Schleswig und Lübeck, der Domkapitel und Kollegiatstifter zu Schleswig, Hadersleben, Lübeck, Eutin und Hamburg sowie ihrer Dignitare", die Briefe Uwe Jens Lornsens an seinen Vater (als Mitherausgeber), die Lebenserinnerungen und die 95 Thesen des Predigers Claus Harms und die Ripener Urkunde von 1460, das Grundgesetz des Landes, das er 1960 neu herausgab. Aus seiner literarischen Produktion sind die vielen schleswig-holsteinischen Lebensbilder zu nennen — meist kunstvolle Kleinporträts, aber auch Schilderungen des Wirkens einiger bedeutender Persönlichkeiten —, mehrere Arbeiten zur Kirchengeschichte, an denen Hoffmann als gläubiger Christ auch innerlich am stärksten beteiligt war, und schließlich der Abschnitt von 1544 bis 1660 in der von der Geschichtsgesellschaft herausgegebenen Landesgeschichte — hier blieb ihm freilich die abschließende Vollendung versagt. Im Archivwesen wird Hoffmann fortleben durch zahlreiche Anleitungen und Benutzungshilfen, etwa die vorbildliche Zusammenstellung der „Quellen zur Kieler Familiengeschichte" (1936) und die „Übersicht über die Bestände des schleswig-holsteinischen Landesarchivs" (1953), vor allem aber durch die Archivpflege, die in Prägung und Ausgestaltung in den dreißiger Jahren zum größten Teil sein persönliches Werk war und die im Kriege durch rechtzeitige Schutzmaßnahmen für alle wertvollen Archive des Landes ihre Feuerprobe bestand. Hoffmann hat ihre Geschichte in einer lesenswerten Schrift über „Archivgutschutz und Archivpflege in Schleswig-Holstein" (1955) dargestellt.

Die Hauptwesenszüge des Verstorbenen waren Herzensgüte und Uneigennützigkeit; als Archivar war er hilfsbereit bis zur Selbstverleugnung. Hinzu kamen jedoch Entschlußkraft, Einsatzbereitschaft und eine ungewöhnliche Arbeitskraft. Beides zusammen machte die Wirkung dieser irenischen und doch starken Persönlichkeit aus. Bei Benutzern und Mitarbeitern wird er unvergessen bleiben.

Schleswig — Kurt Hector

Hanns Leo Mikoletzky †

geb. Esseg 9. 11. 1907, gest. 9. 3. 1978 Wien

Am 9. März 1978 starb der ehemalige Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Hanns Leo Mikoletzky, beim Besuch eines Vortrags des deutschen Theologen Hans Küng in der Wiener Hofburg plötzlich und unerwartet an einem Herzversagen. Mikoletzky wurde am 9. November 1907 in der slawonischen Garnisonsstadt Esseg (heute Osijek, Jugoslawien) als Sohn des späteren k.u.k. Oberstleutnants Rudolf Mikoletzky geboren. Nach den in Esseg und Baden verbrachten ersten Lebensjahren besuchte er in Wien das Piaristengymnasium und studierte anschließend an der Wiener Universität Rechtswissenschaft, Geschichte und Theologie. 1933 wurde er mit einer Dissertation bei Wilhelm Bauer promoviert und verschrieb sich durch die darauffolgende Absolvierung des 40. Lehrgangs am Institut für österreichische Geschichtsforschung endgültig dem Beruf des Historikers.

Als entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus beraubte ihn das Jahr 1938 jeder Berufschance. Seine eigentliche dienstliche Karriere begann erst 1945 mit dem Wiedereintritt in den Bibliotheksdienst, den er aber bald wieder verließ, um in den neu zu bildenden Beamtenkörper des Österreichischen Staatsarchivs überzuwechseln. Hier gehörte er zunächst ab 1947 dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv an, ehe er 1950 für 17 Jahre die Leitung des Finanz- und Hofkammerarchivs übernahm. Die ersten Jahre im Archiv waren durch eine enge Zusammenarbeit mit dem damaligen Generaldirektor Leo Santifaller gekennzeichnet, bei dem sich Mikoletzky 1947 für mittelalterliche Geschichte habilitiert hatte. Auch die redaktionelle Betreuung der Festschrift Santifallers (*Mitt. d. Österr. Staatsarchivs* 3, 1950) ist ein Beispiel für dieses Zusammenwirken.

Die Übersiedlung ins Hofkammerarchiv brachte einen Wechsel des Arbeitsgebietes vom Mittelalter zur Neuzeit mit besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsgeschichte, zugleich notwendigerweise auch die Beschäftigung mit zahlreichen archivischen Belangen, unter denen die sehr früh erkannte Bedeutung der Dokumentation für die Archive vielleicht hervorgehoben zu werden verdient. Mikoletzky hat von allem Anfang an enge Kontakte zu ausländischen Kollegen und Institutionen gepflegt und auf diese Weise dem österreichischen Archivwesen nützliche Dienste geleistet. Schon zu einer Zeit, als sich ihre Mitglieder tatsächlich noch um einen Tisch versammeln konnten, wurde er in die *Table ronde* aufgenommen, an deren Tagungen er ebenso wie an zahlreichen ausländischen Archivtagen und Veranstaltungen gern und regelmäßig teilnahm; nicht zuletzt ist hier der wiederholte Besuch deutscher Archivtage (auch noch nach seiner Pensionierung) zu erwähnen. 1967 war Mikoletzky an der Gründung des Verbandes österreichischer Archivare beteiligt, ein Jahr danach erreichte er mit der Berufung zum Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, an dessen Spitze er von Anfang 1968 bis zum Ende des Jahres 1972 stand, den Höhepunkt seiner dienstlichen Laufbahn.

Mikoletzky hat seine Arbeit als Archivar als ernste Verpflichtung aufgefaßt und ihr viel Zeit geopfert. Im Grunde gehörte ihr aber nicht seine Neigung, sondern sie bedeutete ihm die allerdings nötige Voraussetzung historischer Forschung und Darstellung. Die Formel vom „Archivar und Historiker" war für Mikoletzky mehr als ein Schlagwort, sie war ihm die einzig denkbare Daseinsform des Archivars schlechthin. Auch als Archivar war er vor allem Historiker oder noch besser Wissenschaftler, *homme de lettres*, mit einer weit über das eigene Fachgebiet hinausreichenden Belesen-

heit. Was Pierre Marot als Vorbedingung des Historikers nennt, „la passion indéfinie de connaître", war ihm voll zu eigen. Dazu kamen vielfältige künstlerische Interessen, die seinen Geist dauernd in Bewegung hielten, ihm vielleicht auch häufig zu viel an Aufnahmefähigkeit abverlangten. Die in der zu seinem 65. Geburtstag erschienenen Festschrift (*Mitt. d. Österr. Staatsarchivs* 25, 1972) veröffentlichte Bibliographie umfaßt ohne Rezensionen 167 Titel, darunter eine an das Werk von Alfons Huber und Oswald Redlich anschließende dreibändige Geschichte Österreichs, sein mediävistisches Hauptwerk „Heinrich II. und die Kirche", aber auch zwei Gedichtbände.

Auch als Historiker hat sich Mikoletzky den Anforderungen einer international gewordenen Wissenschaft nicht entzogen. Seit 1956 reiste er als österreichischer Delegierter zu den von UNESCO und Europarat veranstalteten Schulbuchtagungen nach Royaumont, Scheveningen und Ankara (schon vorher hatte er auch an den deutsch-österreichischen Historikergesprächen über Schulbuchgestaltung teilgenommen), 1964 wurde ihm als bewährtem Organisator die Vorbereitung des 12. Internationalen Historikerkongresses in Wien anvertraut. In seiner Eigenschaft als Generalsekretär des Kongresses hat Mikoletzky auch die offiziellen Begrüßungsansprachen (u. a. die des Bundespräsidenten Franz Jonas) entworfen.

Neben seiner Tätigkeit als Archivar und Universitätslehrer (1955/56 als Gastprofessor in Frankfurt, seit 1963 als a. o. Professor in Wien) hat sich Mikoletzky schließlich mit besonderem Einsatz der Volksbildung gewidmet und in zahlreichen Vorträgen versucht, Geschichte einem breiten Publikum nahe zu bringen. Seine Freizeit nützte er zu ausgedehnten Reisen durch Europa, den Vorderen Orient und durch Nordamerika. Diese unausgesetzten Aktivitäten und die sich zwangsläufig daraus ergebende starke Beanspruchung haben den persönlichen Umgang mit Mikoletzky nicht immer leicht gemacht. Er verbarg sein Ich hinter einer Ironie, die gelegentlich verletzend war und die ihm nicht selten Gegner schuf. Wirklich gekannt haben ihn vermutlich nur wenige: seine Familie, die für ihn bei aller Begeisterung für die Wissenschaft stets der Mittelpunkt seines Lebens blieb, und vielleicht einige Freunde wie der austroamerikanische Orientalist Gustave E. von Grunebaum (gest. 1972) oder der österreichische Numismatiker August von Loehr (gest. 1965). Die österreichische Geschichtswissenschaft und die österreichischen Archive haben mit Hanns Leo Mikoletzky jedenfalls einen ihrer vielseitigsten, bemerkenswertesten, individuellsten Vertreter verloren.

Wien — Leopold Auer

Theodor Ulrich †

geb. Rübenau (Krs. Breslau) 6. 1. 1901,
gest. Hannover 14. 3. 1978

Am 14. März 1978 ist Archivoberrat a. D. Dr. Theodor Ulrich nach kurzem Krankenlager sanft entschlafen. Mit ihm ging ein Mann dahin, der, fest eingebunden in seinen katholischen Glauben, bescheiden und unauffällig seine Pflicht tat, ja, mehr als seine Pflicht, denn er liebte seinen Beruf, und die Arbeit als Archivar war ihm so sehr selbstverständliche Lebensluft geworden, daß er auch noch manches Jahr nach dem Eintritt in den Ruhestand fast täglich im Hauptstaatsarchiv in Hannover tätig war, in den letzten Jahren ganz offensichtlich mit immer mehr nachlassender Kraft, bis er sich einige Monate vor seinem Ende bei den Kollegen offiziell abmeldete und mitteilte, nun würde er nicht mehr kommen — eine Aussage, die manche von uns zu Unrecht nicht sehr ernst nehmen mochten.

In Oberschlesien als Sohn eines Fabrikdirektors geboren, studierte Theodor Ulrich zunächst in Freiburg/Br. Jura und Volkswirtschaft, dann in Breslau katholische Theologie (worin er 1923 auch die erste und zweite Theologenprüfung ablegte), schließlich, zum Teil in Hamburg, Geschichte, Anglistik und Latein. Nach der Ablegung der Doktorprüfung und der Staatsprüfung für das höhere Lehramt besuchte er 1930 bis 1931 die Archivschule in Berlin-Dahlem und wurde dann 1931/32 als Volontär an das Staatsarchiv in Magdeburg versetzt, anschließend als Archivassistent an das Staatsarchiv in Stettin, schließlich 1934 an das Staatsarchiv in Hannover, wo er 1935 Staatsarchivrat und 1965 Archivoberrat wurde. Hier blieb er bis zu seiner Zuruhesetzung.

In Hannover hat Dr. Theodor Ulrich jahrzehntelang den Besprechungsteil des „Niedersächsischen Jahrbuches für Landesgeschichte" betreut; darüber wird an anderer Stelle gesprochen werden. Innerhalb der zunächst gleichsam gewachsenen, dann planmäßig eingeführten Geschäftsverteilung des Hauptstaatsarchivs nahm er vor allem mit dem ihm eigenen Eifer und Engagement die archivische Betreuung des ihm anvertrauten und ans Herz gewachsenen, 1978 im Laufe der Verwaltungs- und Gebietsreform aufgelösten Regierungsbezirks Hildesheim wahr — im Kern das Gebiet des alten Bistums Hildesheim. Daneben — oder besser: parallel dazu — verwaltete und förderte er mit Hingebung und Einfallsreichtum die Dienstbücherei des Hauptstaatsarchivs; das war und ist eine Dienstbücherei, die nach der Brandkatastrophe des Zweiten Weltkrieges zunächst gar nicht mehr existierte, sondern nach 1945 bei knappsten staatlichen Geldmitteln völlig neu aufgebaut werden mußte, die zudem in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Kriege nicht einmal über einen gelernten Diplombibliothekar verfügte. Wenn diese Dienstbücherei heute längst wieder ein brauchbares Arbeitsinstrument für die landesgeschichtliche Forschung in allen ihren Sparten ist, so ist das fast allein Theodor Ulrichs Verdienst.

Dies alles, wie auch die Rekonstruktion der im Kriege verbrannten Findmittel, wenigstens der Theodor Ulrich anvertrauten Hildesheimer Aktenbestände (die Urkunden wurden ebenfalls Opfer des Zweiten Weltkrieges), geschah im Stillen und ohne viel Aufhebens: Es dürfte in seinen segensreichen Auswirkungen den jüngeren Kollegen gar nicht recht zum Bewußtsein gekommen sein.

Für die neun Monate des Interregnums zwischen dem Fortgang von Archivdirektor Prof. Dr. Georg Schnath an die Universität Göttingen im Herbst 1959 und meinem Amtsantritt als neuer Leiter des Staatsarchivs in Hannover im Juli 1960 fiel ihm zudem noch die schwierige und nervenaufreibende interimistische Leitung des Staatsarchivs zu.

Gesundheitlich war Theodor Ulrich immer labil, und manchmal meinte er, den Anforderungen des Berufes nicht gewachsen zu sein. Aber er nahm die Arbeit immer wieder auf — fast bis zuletzt. Er verstand es auch vor 1945, allen Verführungen und allem Druck des NS-Staates auszuweichen und zu entgehen. Sein gelebtes Christentum und das seiner Lebensgefährtin gaben ihm die Kraft dazu, wie sie ihm wohl auch die Kraft gaben, mit mancherlei Belastungen innerhalb der eigenen großen Familie fertig zu werden.

Denn das muß abschließend gesagt werden: Theodor Ulrich war nicht nur ein tüchtiger und unendlich fleißiger, pflichtbewußter, manchmal vielleicht ein wenig umständlicher Archivar und hatte schon deshalb keine Zeit, ein Wissenschaftler von Ruf zu werden, sondern er war auch, trotz mancher Hemmungen, aus dieser inneren Kraft heraus zugleich doch ein fröhlicher Mensch, ein Mensch mit einem warmherzigen Humor, ein Mann von großer Güte und mit

einem reinen Herzen, einer, der nur unter bösen Menschen Feinde haben konnte — wenn man so will: ein Unzeitgemäßer. Alle, die ihn kannten, hatten ihn gern und mußten ihn gern haben. Als er starb, ging ein in sich gerundetes, ein erfülltes Leben zu Ende.

Hannover — Carl Haase

Hans Wolf †

geb. Berlin 13. 4. 1896, gest. Witzenhausen 19. 1. 1977

Am 19. Januar 1977 verstarb in Witzenhausen Hans Wolf, dessen Name vor allem mit dem Archiv der deutschen Jugendbewegung verbunden bleiben wird. Er war einer jener ehrenamtlichen Archivare, die sich erst nach einem langen Berufsleben in anderen Sparten ganz ihrer Liebhaberei, der Geschichte, widmen können.

Für Hans Wolf, den am 13. April 1896 in Berlin geborenen Sohn eines Börsenbeamten, war der Beruf zunächst die Welt der Banken. Nach seiner Lehre arbeitete er seit 1916 in der Preußischen Staatsbank, für die er die Statistische Abteilung aufbaute. 1935 wurde er zum Bankrat ernannt. Durch den Zweiten Weltkrieg vorzeitig in den Ruhestand gezwungen und nach Oberfranken verschlagen, fand er ein neues Wirkungsfeld: als Archivpfleger für den Landkreis Lichtenfels ordnete er Dorf- und Stadtarchive. Seine Inventare von Weismain und Burgkunstadt liegen gedruckt vor.

Das Jahr 1953 brachte eine neue Wende und die Übereinstimmung von Neigung und Arbeit. Hans Wolf, der seit 1908 dem Wandervogel angehört hatte, wurde für den Wiederaufbau des Archivs der deutschen Jugendbewegung gewonnen. Diese seit 1922 auf der Burg Ludwigstein beheimatete Sammlung, 1941 beschlagnahmt und teilweise vernichtet, seit 1946 neu begonnen, konnte nun zu einem anerkannten Archiv ausgebaut werden. Historiker wie Prof. Dr. Günther Franz und Prof. Dr. Walter Heinemeyer ebneten die Wege. 1960 erhielt Hans Wolf mit seiner Ernennung zum ehrenamtlichen Stadtarchivar von Witzenhausen die Zuzugserlaubnis nach Nordhessen. Seither gehörte seine Kraft vor allem dem Archiv auf dem Ludwigstein, das er aufgrund seiner persönlichen Kontakte und durch unermüdliches Aufspüren von Nachlässen und deren Erwerbung beständig vergrößerte.

Als beinahe Achtzigjähriger tatsächlich in den Ruhestand getreten, erlebte Hans Wolf noch die Anerkennung und Weiterführung seiner Arbeit in neuen Bahnen. Zuvor in bescheidenen Räumen sehr beengt untergebracht, erhielt das Archiv 1976 einen großzügigen An- und Ausbau. An der Wahl seines jungen Nachfolgers, nun in hauptamtlicher Stellung von der „Stiftung Jugendburg Ludwigstein und Archiv der deutschen Jugendbewegung" angestellt, war Hans Wolf selbst entscheidend beteiligt.

Burg Ludwigstein — Winfried Mogge

Verschiedenes

Neue Anschriften und Rufnummern

Nach dem Umzug des Westfälischen Landesamtes für Archivpflege im Februar d. J. ist seine neue Anschrift: Warendorfer Straße 24, 4400 Münster, Tel. (0251) 5911 (Vermittlung).

Das Stadtarchiv Münster ist — wie bereits gemeldet — umgezogen (Hörster Straße 28, 4400 Münster) und hat jetzt folgende Rufnummer: (0251) 492-2560.

Das Archiv der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, Peine, hat ab 20. März 1979 die Rufnummer 50-2288.

Das Bauhaus-Archiv hat sein neues Gebäude in der Klingelhöferstraße 13-14, D-1000 Berlin 30, bezogen und ist unter der Rufnummer (030) 2611618 zu erreichen.

Das Rheinische Bildarchiv in Köln hat ein neues Domizil erhalten. Die jetzige Anschrift lautet: Unter Sachsenhausen 37, 5000 Köln 1.

Übersicht über Archivzeitschriften

In den *Archivmitteilungen* Jg. 28, 1978, H. 4, S. 153—159, bringt Eberhard Schetelich eine bibliographische Übersicht über die wichtigsten Zeitschriften, Jahresberichte, Informationsdienste und Reihen aus dem Bereich des Archivwesens. Aufgenommen sind in erster Linie die archivischen Periodika von zentraler Bedeutung für das jeweilige Land. Berücksichtigt wurden zum Teil auch die Gebiete Verwaltungsorganisation und Bürotechnik, Information und Dokumentation sowie das Bibliothekswesen. Die Übersicht gliedert sich in folgende Abschnitte: I. Internationales, II. Sozialistische Länder, III. Nichtsozialistische Länder, wobei die Angaben unter II und III nach dem Alphabet der Länder aufgeführt sind.

Symbol für die „Internationalen Archivwochen"

Für die „Internationalen Wochen der Archive", die der Internationale Archivrat für das letzte Quartal des Jahres 1979 verkündet hat und die unter dem Protektorat der UNESCO nach der Eröffnung in Paris weltweit auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene veranstaltet werden sollen, hat das Exekutiv-Komitee des ICA durch den Pariser Graphiker J. Devigne ein gemeinsames Bildsymbol (Logo) entwerfen lassen (s. Abb.). Es soll einheitlich in allen Ländern auf Briefköpfen, Faltblättern, Plakaten, Briefmarken, Poststempeln usw. Verwendung finden. Dargestellt ist ein Janushaupt über einem Aktenband. Der altrömische Gott Janus blickte doppelköpfig zugleich in die Vergangenheit und die Zukunft; als Symbol des in den Archiven verwahrten schriftlichen Kulturerbes und Erfahrungsschatzes der Völker ist er deshalb bereits auf der Ehrenmedaille des Internationalen Archivrates abgebildet worden. (Da)

Bildsymbol für die Internationalen Archivwochen: Janushaupt über einem Aktenband

Förderungsprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft für überregionale Vorhaben der Archive

Während die Förderung der wissenschaftlichen Bibliotheken für Vorhaben von überregionaler Bedeutung seit 1949 zu den Aufgaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zählt und im Laufe der Zeit umfangreiche Programme entwickelt worden sind, gab es für die Archive aus verschiedenen Gründen bis 1972 kein vergleichbares Instrumentarium. Im vorigen Jahr entschloß sich der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft auf Vorschlag der DFG, Sondermittel für ein eigenes Archivprogramm zur Verfügung zu stellen, nachdem bis dahin lediglich einzelne Archive an den Programmen zur Katalogisierung von

Handschriften und zur Erschließung von Quellen zur deutschen Emigration 1933—45 beteiligt waren. Ebenso wie bei den Bibliotheken konnte es freilich nicht darum gehen, die Archive bei ihrer Routinearbeit zu unterstützen und damit etwaige Versäumnisse der Unterhaltsträger auszugleichen. Es muß sich vielmehr um Vorhaben handeln, die über die primären Aufgaben des einzelnen Archivs hinausgehen und insbesondere unter überregionalen Aspekten einer besseren Erschließung der Archivbestände für die Forschung dienen. Dazu rechnen etwa eine durch Kopie oder Inventar bewirkte „Rekonstruktion" von Aktenbeständen, die durch die historische Entwicklung zerstört oder zerstreut wurden und nur noch in der Empfängerüberlieferung der ehemaligen Korrespondenzpartner erhalten sind, oder die zentrale Erfassung von Archivalien verschiedener Provenienz zu Themen, die für die Forschung von besonderer Bedeutung sind. In beiden Fällen wird dem einzelnen Forscher eine zeitraubende Sucharbeit in zahlreichen Archiven erspart.

Unter diesem Gesichtspunkt wurden bzw. werden folgende Vorhaben gefördert:

1. Rekonstruktion der Akten der Deutschen Luftwaffe aus dem Zweiten Weltkrieg
   (Bundesarchiv, Koblenz — abgeschlossen)
2. Rekonstruktion der Akten der Parteikanzlei
   (Institut für Zeitgeschichte, München)
3. Auswahlinventar zum Thema „Industrie und Politik in der Weimarer Republik"
   (Bundesarchiv, Koblenz, in Verbindung mit Prof. Mommsen (Bochum) — abgeschlossen)
4. Inventarisierung staatlicher Akten zur kirchlichen Zeitgeschichte 1930—45
   (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte, München)
5. Inventarisierung von Parteiakten der NSDAP aus regionalen und lokalen Beständen in Bayern und Nordrhein-Westfalen
   (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München; Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf)
6. Inventarisierung des verstreuten Archivguts von Kurmainz
   (Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Koblenz)
7. Intensiverschließung der im Bundesarchiv vorhandenen Akten der Parteikanzlei
   (Bundesarchiv, Koblenz).

Zwei weitere Bewilligungen (Staatsarchiv Hamburg und Bundesarchiv, Koblenz) sind für die Inventarisierung der Akten des ehemaligen Reichskammergerichts erfolgt, die in den nächsten Jahren einen besonderen Schwerpunkt bilden wird. Eine eigene Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Rechtshistorikern hat dafür bereits einheitliche Richtlinien ausgearbeitet. Drei weitere Anträge, die verschiedene Themen betreffen, befinden sich noch in der Begutachtung.

Die Auswahl der zu fördernden Vorhaben erfolgt in der Regel in zwei Stufen. Zunächst werden von den Archivverwaltungen des Bundes und der Länder Projekte angemeldet, in der Archivreferentenkonferenz beraten und mit einer entsprechenden Empfehlung der DFG vorgelegt. Danach setzt das eigentliche Begutachtungsverfahren ein, das sowohl die Festsetzung von Prioritäten unter den in Betracht kommenden Vorhaben als auch die Detailprüfung der inzwischen vorliegenden konkreten Anträge umfaßt. Da das Archivprogramm mit der Bibliotheksförderung in engem Zusammenhang steht, ist als Gutachtergremium von der DFG ein Unterausschuß des Bibliotheksausschusses eingesetzt worden, dem unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Dreßler, München (Generaldirektor der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken und Mitglied des Bibliotheksausschusses) drei Hochschullehrer (Prof. Dr. Becker, Augsburg; Prof. Dr. Diestelkamp, Frankfurt; Prof. Dr. Weis, München) und drei Archivare (Dr. Boberach, Koblenz; Dr. Heyen, Koblenz; Dr. Merker, Hannover) angehören. Soweit notwendig, werden weitere Wissenschaftler als Gutachter beteiligt.

Die Entscheidung über eine Bewilligung liegt formell beim Hauptausschuß der DFG. Dabei können, dem Antrag und dem Resultat der Begutachtung entsprechend, Mittel für Personal, Sachkosten und Reisekosten zur Verfügung gestellt werden. Die bewilligten Mittel fließen in den Haushalt des betreffenden Archivträgers und werden nach den Vorschriften des öffentlichen Haushaltsrechts bewirtschaftet. Sie verfallen allerdings nicht am Ende des Haushaltsjahres, sondern sind übertragbar. Für das Archivprogramm sind in den Jahren 1973—1978 insgesamt 1,25 Mio DM bewilligt worden.

Bonn — Dieter Oertel

Übersicht über die Bestände des Staatsarchivs Bremen

Das Staatsarchiv bereitet die Herausgabe einer Übersicht über seine Bestände vor. Der Entwurf des 1. Teils, der das Schriftgut von Senat und Bürgerschaft umfaßt, ist abgeschlossen. Das im Vervielfältigungsverfahren hergestellte Heft umfaßt 242 Seiten und kann gegen Einsendung von 3,— DM in Briefmarken vom Staatsarchiv Bremen, Präsident-Kennedy-Platz 2, 2800 Bremen 1, bezogen werden.

Archivtechnischer Lehrgang beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns teilt mit:

Auf vielfachen Wunsch mehrerer Archivverwaltungen führt das Bayerische Hauptstaatsarchiv im Einvernehmen mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns trotz der aus zwingenden haushaltsrechtlichen Gründen stark erhöhten Kosten ab Herbst 1979 einen neuen Archivtechnischen Lehrgang durch.

Der Lehrgang wird wie bisher drei auf drei Jahre verteilte je vierwöchige Kurse umfassen, deren Schwerpunkte auf „Konservieren von Papier- und Pergamentblättern" sowie „Restaurierung von Karten und Plänen" (1. Abschnitt), Einbandtechnik (2. Abschn.) und Siegel- und Ausstellungstechnik (3. Abschn.) liegen werden. Der erste Ausbildungsabschnitt ist für die Zeit vom 5. bis 30. November 1979 vorgesehen. Neben den praktischen Übungen werden die Teilnehmer dabei auch allgemein in die Aufgaben des Archivrestaurators, in Werkstatt-, Betriebs- und Werkstoffkunde sowie Verfalls- und Alterungserscheinungen an Archivalien eingeführt. Der Unkostenbeitrag wird je nach Anzahl der Teilnehmer zwischen etwa 750,— DM (10 Teilnehmer) und 1230,— DM (6 Teilnehmer) liegen. Die Höhe der endgültigen Kosten sowie das genaue Programm werden den Teilnehmern nach Anmeldeschluß mitgeteilt.

Der Lehrgang wird durchgeführt bei mindestens sechs Teilnehmern. Die Teilnehmerzahl soll zehn nicht überschreiten. Voraussetzung für die Zulassung ist die abgeschlossene Buchbinderlehre (Bestätigung durch die abordnende Verwaltung!) und die Tätigkeit in einer Archivrestaurierungswerkstätte. Letzter Anmeldetermin ist der 30. Juni 1979. Auch Archivverwaltungen, von denen bereits Voranmeldungen vorliegen, werden gebeten, beim

Bayerischen Hauptstaatsarchiv, Schönfeldstraße 5, 8000 München 22, bis zu diesem Termin eine verbindliche Anmeldung vorzunehmen.

Neuer Lehrgang der VdW

Da bei ihrem letzten Ausbildungskurs nicht alle Interessenten berücksichtigt werden konnten, bietet die Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare (VdW) für die Zeit vom 5. bis 9. November 1979 einen neuen Lehrgang an, der wieder unter der Leitung von Dr. Angela Kaltenbrunner steht. Das Seminar, das im Bildungszentrum der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern in Feldkirchen-Westerham stattfindet, wendet sich in erster Linie an den Berufsanfänger, aber auch an jene, die an einer Auffrischung und Vertiefung bereits erworbener Kenntnisse interessiert sind. A. K.

Erste internationale Konferenz über „Die Entwicklung des Datenschutzes und die Sozialwissenschaften"

Einer Pressenotiz des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung in Köln entnehmen wir folgende Angaben:

Vom 9. bis 11. August 1978 haben sich in Köln die Experten der Internationalen Vereinigung der Datenorganisationen (*International Federation of Data Organizations/IFDO*) aus elf Ländern Westeuropas und Nordamerikas auf Einladung des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung (Köln) getroffen und Erfahrungen mit der praktischen Anwendung der Datenschutzgesetze ausgetauscht. Es handelte sich hier um die erste internationale Konferenz über „Die Entwicklung des Datenschutzes und die Sozialwissenschaften: Notwendigkeit des Zugangs zu den Daten". Die Teilnehmer stellten bei den Behörden mehrerer Länder eine Neigung fest, die Datenschutzgesetzgebung zu einer Gesetzgebung zum Schutz der Behörden vor Auskünften zu machen. Alle Experten betonten die Notwendigkeit des Datenschutzes, forderten aber zugleich auf, die Anwendung des Datenschutzes als Güterabwägung zwischen dem Schutz von Einzelpersonen und der Notwendigkeit zu begreifen, die Entwicklungen in der Gesellschaft untersuchen zu können. Eine komplexe und sich rasch wandelnde Gesellschaft könne ohne Sozialforschung nicht auskommen. Da die Sozialforscher durchweg an Einzelpersonen als Personen nicht interessiert seien, stelle sich die Notwendigkeit, Individuen vor Auskünften zu schützen, hier fast nie. Die Experten appellierten an die Behörden, den Unterschied zwischen Nachforschungen über Individuen durch andere Personen und dem Interesse des Forschers an einer nur statistischen Auswertung von personenbezogenen Daten zu bedenken. Der Sozialforscher habe durch sein tatsächliches Verhalten immer schon die Privatsphäre ebenso respektiert und die Vertraulichkeit von Auskünften gewahrt, wie dies etwa bei Ärzten der Fall war. Zur Erhöhung des Vertrauens in den Sozialforscher beschlossen die Experten einen Verhaltenskodex, dessen Verletzung durch einzelne Sozialforscher Sanktionen nach sich ziehen würde[1].

[1] Es sei hier auch auf den vervielfältigten Tagungsbericht mit den Resolutionen hingewiesen: Ekkehard Mochmann, Paul J. Müller, Report of the Cologne conference on emerging data protection and the social sciences' need for access to data. Held at the Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, University of Cologne, August 9—11, 1978. Sponsored by the International Federation of Data Organizations. IFDO. 13 S., geh.

Aktionsprogramm 1978 des Vereins Deutscher Dokumentare

Der Verein Deutscher Dokumentare, zu dessen neuem Vorsitzenden am 5. Oktober 1978 Dr. Winfried Schmitz-Esser (Hamburg) gewählt wurde, teilt mit:

Der Vorstand des Vereins Deutscher Dokumentare hat den Entwurf eines Aktionsprogramms verabschiedet, das von der Mitgliederversammlung am 5. Oktober 1978 zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Die Ziele, die sich der Verein unter den veränderten Verhältnissen im Bereich Information und Dokumentation für die kommenden Jahre gestellt hat, werden in diesem Programm konkretisiert. Drei Schwerpunkte sind dabei zu nennen:

a) die Notwendigkeit, langfristig ein einheitliches Berufsbild für Archivare, Bibliothekare und Dokumentare zu entwickeln. Die Grenzen zwischen Archiv, Bibliothek und Dokumentationsstelle werden sich zunehmend auflösen. In den Vordergrund treten wird die aktive Rolle des Informationsvermittlers mit einer Abgrenzung und Spezialisierung nach Wissensgebieten.

b) Langfristig ist ein einheitliches Ausbildungssystem für den Bereich Information und Dokumentation vorzusehen. Zunächst hält der Verein Deutscher Dokumentare die Schaffung folgender Ausbildungsgänge und -einrichtungen für geboten:
   - Ausbildung zum Dokumentationsassistenten an einzurichtenden Fachschulen mit einer Ausbildungsdauer von zwei Jahren (einschließlich Praktikum).
   - Ausbildung zum Diplom-Dokumentar im Rahmen einer integrierten Ausbildung mit den Alternativen: Grundausbildung mit anschließender Spezialisierung auf Archiv, Bibliothek oder Dokumentationsstelle und Grundausbildung mit anschließender Spezialisierung auf eine besondere Fachrichtung (Medizin, Chemie usw.). Die Ausbildungsdauer sollte drei Jahre (einschließlich Praktikum) betragen und im Rahmen neu einzurichtender Studiengänge an Fachhochschulen erfolgen.
   - Ausbildung zum wissenschaftlichen Dokumentar im Rahmen einer einjährigen Zusatzausbildung nach abgeschlossenem Hochschulstudium in einer besonderen Fachrichtung.

c) Für die Eingruppierung ergeben sich folgende Forderungen:
   Dokumentationsgehilfe (Vergütungsgruppen VIII bis VII BAT);
   Dokumentationsassistent (Vergütungsgruppen VIb bis IVa BAT);
   Diplom-Dokumentar (Vergütungsgruppen IVa bis II BAT);
   Wissenschaftlicher Dokumentar (Vergütungsgruppen II bis I BAT).
   Die übliche Laufbahneinteilung ist langfristig abzubauen und eine allein an der Leistung orientierte Vergütung anzustreben. Für Bereiche, die nicht den BAT anwenden, gelten die vorstehenden Forderungen als Orientierungspunkte.

Dem Vorstand des Vereins Deutscher Dokumentare ist bewußt, daß die Realisierung der im Aktionsprogramm genannten Ziele nur in enger Zusammenarbeit mit allen im Bereich Information und Dokumentation tätigen Institutionen und Gremien erreicht werden kann. Er wird sich um ständige Kooperation bemühen.

Der vollständige Text des Aktionsprogramms kann beim Verein Deutscher Dokumentare, Postfach 2509, 5300 Bonn 1, angefordert werden.

Diskussion über das Vervielfältigungsrecht

Die Ausbreitung moderner Kopierverfahren hat eine Diskussion über die Neufassung der einschlägigen Kopiervorschriften des Urheberrechts (§§ 53, 54) in Gang gesetzt. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels strebt im Interesse der Verleger und Autoren eine Kopiervergütung an und hat dazu ein Gutachten vorgelegt.

G. Roellecke, Mannheim, vertritt indessen in seinem im Auftrag der Arbeitsstelle für das Bibliothekswesen erstellten und von der Publikationsabteilung des Deutschen Bibliotheksverbandes e. V., Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin, veröffentlichten Gutachten die Auffassung, daß eine Kopiervergütung für das Kopieren zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch nicht gerechtfertigt und grundsätzlich problematisch sei. Da Film und Kopie auch in den Archiven eine unverzichtbare Form der Benutzung geworden sind, wird man die Urheberrechtsdiskussion mit Interesse verfolgen.

Stuttgart — Hermann Bannasch

Veranstaltungstermine

(ohne Gewähr)

9. bis 22. 3. 1979: Ellwangen/Jagst	Wanderausstellung des Staatsarchivs Ludwigsburg und des Kath. Dekanats Ludwigsburg „150 Jahre Diözese Rottenburg. Ausgewählte Dokumente"
28. und 29. 3. 1979: Köln	13. Rheinischer Archivtag
28. 3. bis 27. 4. 1979: Köln	Jubiläumsausstellung der Archivberatungsstelle Rheinland „Kostbarkeiten aus rheinischen Archiven", anläßlich des 50jährigen Bestehens der Archivberatungsstelle
10. bis 12. 4. 1979: Delmenhorst	17. Arbeitstagung der niedersächsischen Kommunalarchivare
23. bis 26. 4. 1979: Speyer	Internationaler Kirchenarchivtag 1979 Die Tagung ist auf die 450. Wiederkehr des Protestationsreichstages zu Speyer 1529 ausgerichtet. Anmeldungen werden ab sofort beim Prot. Landeskirchenarchiv der Pfalz, Domplatz 5, 6720 Speyer, entgegengenommen.
2. und 3. 5. 1979 Marbach a. N.	Fachgruppensitzung der Archivare an Hochschularchiven und Archiven wissenschaftlicher Institutionen
2. bis 4. 5. 1979: Augsburg	Jahrestagung der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e. V. Generalthema: Archivtechnik — Struktur- und Ordnungslehre — Sammelgut
8. bis 11. 5. 1979: Baden-Baden	Fachgruppensitzung der Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare
25. bis 27. 5. 1979: Wertheim	39. Südwestdeutscher Archivtag Thema des landesgeschichtlichen Teils: Reichsgrafenstand, Thema des archivwissenschaftlichen Hauptteils: technische, finanzielle und rechtliche Fragen des Archivbaus
28. und 29. 5. 1979: Brakel	31. Westfälischer Archivtag
5. bis 9. 6. 1979 Berlin	Deutscher Bibliothekartag
8. 6. 1979: Frankfurt a. M.	2. Hessischer Archivtag Vorläufiges Thema: Schriftgut zur Wirtschaftsgeschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts in Hessischen Archiven
18. bis 22. 6. 1979: Prag	5. Reprographiekongreß
6. bis 22. 7. 1979: Ellwangen/Jagst	Ausstellung des Staatsarchivs Ludwigsburg und der Stadtverwaltung Ellwangen „750 Jahre Stadt Ellwangen. Ausgewählte Dokumente"
17. 9. 1979: Saarbrücken	11. Fachtagung rheinland-pfälzischer und saarländischer Archivare
17. bis 20. 9. 1979: Berlin	VIII. Internationale Konferenz zur Geschichte der Kartographie
17. bis 21. 9. 1979: München	5. Europäischer Mikrofilm-Kongreß und Systems 79
24. bis 28. 9. 1979: Göttingen	IV. Internationaler Graphischer Restauratorentag
1. bis 5. 10. 1979: Willingen/Sauerland	Deutscher Dokumentartag 1979 und 32. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation
8. bis 11. 10. 1979: Bonn-Bad Godesberg	53. Deutscher Archivtag Thema: Normung und Planung im Archivwesen

Mitteilungen des Vereins deutscher Archivare

Mitgliedsbeitrag für den VdA

Der Schatzmeister des Vereins deutscher Archivare, Archivoberrat Dr. Dunkhase, Rathaus, 8700 Würzburg, bittet alle Mitglieder um die Überweisung des Jahresbeitrags für 1979 auf das Postscheckkonto Nr. 63694-708, Postscheckamt Stuttgart, Verein deutscher Archivare, Frankfurt. Die Beitragssätze sind

für amtierende Mitglieder
- mit Bezug des *Archivar* 33,— DM,
- ohne Bezug des *Archivar* 23,— DM,

für Mitglieder im Ruhestand
- mit Bezug des *Archivar* 28,— DM,
- ohne Bezug des *Archivar* 11,— DM.

Der Zahlungseingang wird durch die Zusendung der neuen Mitgliedskarte bestätigt.

Auch sei an dieser Stelle eindringlich an die Zahlung rückständiger Beiträge erinnert.

Der Schatzmeister bittet ferner um die Benachrichtigung im Fall der Änderung des Wohnsitzes, des Arbeitsplatzes oder der Dienstbezeichnung.

Das Hessische Staatsarchiv Marburg sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine(n)

Archivinspektor(in)

– Besoldungsgruppe A 9 –

Bewerber müssen die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für den gehobenen Archivdienst erfüllen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den Direktor des Hessischen Staatsarchivs Marburg, Postfach 540, 3550 Marburg.

STADTWERKE HILDESHEIM AKTIENGESELLSCHAFT

Versorgungs- und Verkehrsbetrieb mit 500 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von ca. 90 Mio. DM suchen zum

Neuaufbau der Registratur und Fachbücherei des Gesamtbetriebes eine

Fachkraft

mit entsprechender Ausbildung und Berufserfahrung. Der Registratur ist die Hausdruckerei und die Poststelle angegliedert.
Vergütung nach BAT mit den im Öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.
Die Stadt Hildesheim mit über 100000 Einwohnern verfügt neben einer reizvollen landschaftlichen Lage auch über bedeutende kulturelle Einrichtungen und zahlreiche Schulen aller Stufen.
Bewerbungen mit ausführlicher Darlegung des beruflichen Werdegangs sowie Lebenslauf, Lichtbild und Zeugniskopien werden erbeten an

Stadtwerke Hildesheim AG
Postfach 1287, 3200 Hildesheim

Beim **Nordrhein-Westfälischen Personenstandsarchiv Rheinland** ist die Stelle eines(r)

Staatsarchivinspektors(-in) / Staatsarchivoberinspektors(-in)

(Bes.Gr. A 9 / A 10 BBesG)

zu besetzen.

Aufgaben sind vor allem die Betreuung älterer Bestände, Benutzer- und Recherchendienst. Die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für den gehobenen Archivdienst müssen erfüllt sein. Außer den berufsüblichen sind englische Sprachkenntnisse notwendig, niederländische nützlich. Interesse für archivtechnische Fragen ist erwünscht.

Das Archiv befindet sich in Brühl. In Bahnhofsnähe gelegen, ist es aber auch von Köln oder Bonn aus (täglich) leicht zu erreichen. In Brühl selbst sind alle Schularten vorhanden.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den Leiter des Nordrhein-Westfälischen Personenstandsarchivs Rheinland, Schloß, 5040 Brühl (F. 02232/42948).

Die **Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig** beabsichtigt zum nächstmöglichen Zeitpunkt die neugeschaffene Stelle eines

Landeskirchenarchivinspektors

– Bes.Gr. A 9 / A 10 –

im Landeskirchlichen Archiv Braunschweig zu besetzen. Gesucht wird ein Bewerber mit abgeschlossener Ausbildung für den gehobenen Archivdienst.
Das Landeskirchliche Archiv verwaltet Bestände aus der Zeit der Reformation. Wesentlicher Aufgabenbereich ist die Pflege und Bearbeitung der Registraturen und Archive der Kirchengemeinden. Die Stelle bietet eine vielseitige Tätigkeit im Innen- und Außendienst. Sie erfordert die Fähigkeit zu selbständiger Arbeit und verantwortlicher Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Landeskirchlichen Archivs.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an das **Landeskirchenamt,** Postfach 1420, **3340 Wolfenbüttel.**

STADT WÜRZBURG

Beim Stadtarchiv wird ab sofort

ein(e) Archivinspektor(in)

BesGr. A 9 BBesG sowie

ein(e) Archivassitent(in)

BesGr. A 5 BBesG bzw.

ein(e) Archivsekretär(in)

BesGr. A 6 BBesG

gesucht.

Einstellungsvoraussetzung ist die abgeschlossene Ausbildung für den gehobenen bzw. mittleren Archivdienst. Bewerbungen mit den erforderlichen Unterlagen (Lichtbild, handgeschriebener Lebenslauf, Zeugniskopien) werden bis spätestens 1. Mai 1979 an die

Stadtverwaltung Würzburg, Personalamt, Postfach, 8700 Würzburg 11,

erbeten.

Bielefeld Die freundliche Stadt am Teutoburger Wald

Die **Stadt Bielefeld** plant die Errichtung eines Historischen Museums, das die Geschichte der Stadt und der Region dokumentieren soll und dessen Schwerpunkt in der Phase der Industrialisierung liegen wird. Die Planungen sollen in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv erfolgen. Je nach der Qualifikation der Bewerber kann die künftige Aufgabenteilung vorgenommen werden. Zur Entlastung des Archivleiters wird deshalb eine Stelle alternativ ausgeschrieben für einen

Historiker

mit abgeschlossener wissenschaftlicher Ausbildung und Museumserfahrung oder für einen

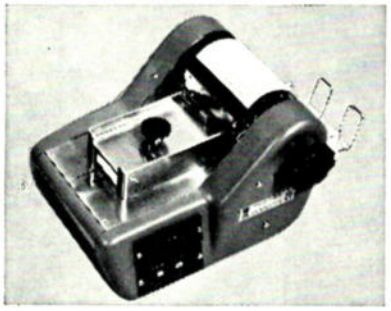
Archivar

mit der Befähigung für den höheren Archivdienst.
Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 13 BBesG bewertet und zum 1. Juli 1979 zu besetzen.
Der Historiker sollte sich um den Aufbau der Sammlungen, die Planungen für den Museumsbau, die Erarbeitung einer Konzeption und die Zusammenarbeit mit der übrigen Stadtverwaltung bemühen und im Stadtarchiv mitarbeiten.
Der Archivar sollte die klassischen Archivaufgaben des Übernehmens, der Ordnung und Verzeichnung von Archivgut und der Benutzerbetreuung wahrnehmen und beim Aufbau und der Einrichtung des Museums tätig werden.
Bewerbungen sind bis zum 15. Mai 1979 an den

Oberstadtdirektor, Personalamt
Postfach 181, 4800 Bielefeld 1,

zu richten.
Telefonische Auskünfte erteilt das **Stadtarchiv, Tel.: 0521/51-2469.**

MINI-GRAPH



Der Vervielfältiger für IBF-Katalogkarten.

- Auflagenvorwahl
- lichtechte Abzüge
- rationelles Arbeiten

Wir informieren Sie gerne ausführlich.

EICHMÜLLER ORGANISATION GMBH
Postfach 1680, Abt. F
D-7100 Heilbronn
Telefon 07131/76091
Telex 0728798

GROSSE KREISSTADT BIETIGHEIM-BISSINGEN
(Baden-Württemberg)

Wir suchen zum frühest möglichen Termin einen

Archivar

für die Betreuung des Archivs und des neu einzurichtenden Städtischen Museums.

Unser neuer Mitarbeiter sollte Archivar des gehobenen Dienstes sein. Seine Aufgaben liegen schwerpunktmäßig in der Betreuung des Stadtarchivs, in der Einrichtung und Betreuung des Städt. Museums und der Durchführung von Wechselausstellungen in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt.

Wir stellen uns eine kontaktfreudige Persönlichkeit vor, die neben Begeisterung für die gestellte Aufgabe möglichst über praktische Erfahrungen im Archivwesen und organisatorische Fähigkeiten verfügt.

Die Stelle ist in Bes.-Gruppe A 11 vorgesehen; im Angestelltenverhältnis wird entsprechende Vergütung nach dem BAT gewährt.

Bietigheim-Bissingen (34000 Einwohner) liegt im Mittleren Neckarraum, 23 km von Stuttgart entfernt. Alle weiterführenden Schulen sowie Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sind vorhanden.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung innerhalb zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige an die Stadt Bietigheim-Bissingen – Haupt- und Personalamt –. Für telefonische Anfragen steht Ihnen unter der Rufnummer 07142/74202 Herr Hirsch gerne zur Verfügung.

Stellenausschreibung

Bei der

STADT ARNSBERG im Sauerland

im Zuge der kommunalen Neugliederung zusammengeschlossen aus den Städten Arnsberg und Neheim-Hüsten sowie den umliegenden Gemeinden, ca. 80000 Einwohner, in landschaftlich reizvoller Lage zwischen Möhnesee und Sorpesee gelegen, ist baldmöglichst die Stelle des

Leiters des Stadtarchivs

zu besetzen.

Es handelt sich um eine ausbaufähige Stelle.

Gesucht wird ein Bewerber mit abgeschlossener Ausbildung für den gehobenen Archivdienst, der die Fähigkeit und das Interesse zum Aufbau und zur Führung eines Archivs besitzt. Das Arnsberger „Landständische Archiv" ist von überregionaler Bedeutung. Die Besoldung erfolgt nach Bes.-Gr. A 10/11 BBesG bzw. vergleichbaren Verg.-Gr. BAT.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind spätestens einen Monat nach Erscheinen dieser Ausschreibung zu richten an:

Stadt Arnsberg
– Personalamt –
Trauring 1, 5760 Arnsberg 1

Soeben erschienen:

Antiquariatskatalog 43

3460 Bücher aus allen Gebieten.

Kostenlose Zusendung auf Anfrage.

ANTIQUARIAT R. KUBALLE, Abt. 47
D-4500 Osnabrück, Postfach 2663

Wir kaufen auch stets Bücher an.

Für das **Stadtarchiv der Landeshauptstadt Stuttgart** suchen wir zum frühestmöglichen Eintritt einen

Archivrat

(Bes.Gr. A 13)

Abgeschlossene Ausbildung für den höheren Archivdienst setzen wir voraus. Der Stelleninhaber leitet die Abteilung Aktenverwaltung, pflegt die Kontakte zu den Registraturen der städtischen Ämter und arbeitet an der Stadtchronik mit.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen erbitten wir unter Angabe der **Kennzahl 28** an das **Personalamt der Landeshauptstadt Stuttgart, Postfach 161, 7000 Stuttgart 1.**

Stadt Bochum

■ Oberzentrum im mittleren Ruhrgebiet ■
Universitätsstadt ■ modern ■ dynamisch
■ 430000 Einw. ■ Stadt mit Pfiff ■ Ihre Zukunft

Bei dem **Stadtarchiv Bochum** ist die Stelle eines

wissenschaftl. Mitarbeiters (Archivar)

zu besetzen.

Das Stadtarchiv bietet für die moderne Wirtschafts- und Sozialgeschichte, für die Industriegeschichte und die Arbeiterbewegung wichtiges, von Universität und Öffentlichkeit viel genutztes Material. Der weitere Ausbau des Archivs zu einem historisch-politischen Informations- und Dokumentationszentrum ist geplant.

Aufgabengebiet: Die Tätigkeit umfaßt neben der Vertretung des wissenschaftlichen Archivleiters vor allem die Übernahme, Bewertung und Ordnung modernen Verwaltungsschriftgutes und anderer zeitgeschichtlicher Dokumentationsmaterialien, die Erarbeitung neuer archivischer Erschließungs- und Vermittlungsmethoden sowie die Leitung der wissenschaftlichen und stadtkundlichen Bibliothek.

Voraussetzungen: Promotion; abgeschlossene Ausbildung für den höheren Archivdienst sowie Vertrautheit mit historischen Forschungsproblemen des 19. und 20. Jahrhunderts sind erwünscht.

Geboten werden: VergGr. II BAT; bei Erfüllung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen ist die Beschäftigung im Beamtenverhältnis möglich; die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen richten Sie bitte an die

Stadt Bochum – Personalamt –
Postfach 102269/102270, 4630 Bochum 1

Zu näheren Auskünften ist der Leiter des Stadtarchivs – Herr Dr. Wagner – gern bereit; er ist unter der Rufnummer 0234/69-3897 zu erreichen.

Für Hausarchiv eines Industrieunternehmens (Familien- und Firmenarchiv) suchen wir baldmöglichst einen hauptberuflichen

Mitarbeiter

des gehobenen Dienstes als Archivar.
Bewerbungen bitte an: Dr. K. v. Kessel, Fa. E. Merck, Postfach 4119, 6100 Darmstadt.

In welchem (evtl. chemisch oder technisch orientierten) Archiv finde ich,

Naturwissenschaftlerin
und prom. Historikerin,

Arbeitsmöglichkeit?

Biete Interesse, Engagement und Initiative, suche verantwortungsvolle Tätigkeit.
Angebote erbeten unter A 000 an Verlag F. Schmitt, Postfach 243, 5200 Siegburg.

Die **Stadt Bamberg** sucht zum baldigen Dienstantritt einen

Stadtarchivar

Voraussetzungen: Abgeschlossene Ausbildung für den höheren Archivdienst, die nach Möglichkeit in Bayern durchlaufen sein sollte; mehrjährige archivarische Berufserfahrung erwünscht.
Erwartet wird reges Interesse an der historischen, namentlich stadtgeschichtlichen Forschung und eigene wissenschaftliche Arbeit zu ihrer Förderung.
Die Besoldung richtet sich nach den laufbahnrechtlichen Bestimmungen. Aufstiegsmöglichkeit bis BesGr. A 14 BBesO ist gegeben.

Die Stadt Bamberg (72000 Einwohner) ist die größte Stadt Oberfrankens mit tausendjähriger Vergangenheit. Sie liegt in reizvoller Umgebung und besitzt einen sehr hohen Kultur- und Freizeitwert. Sämtliche Schulen sowie eine Gesamthochschule sind vorhanden.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisablichtungen und lückenlosen Tätigkeitsnachweisen werden **bis 30. April 1979** an das **Personalreferat der Stadt Bamberg, 8600 Bamberg, Rathaus am Maxplatz,** erbeten.

STADT ISERLOHN

Die **Stadt Iserlohn** (96000 Einwohner) sucht für das **Heimatmuseum**

einen MUSEUMSLEITER

Das Heimatmuseum enthält die heimatgeschichtliche Sammlung, die neu gestaltet und mit dem Schwerpunkt Industriegeschichte erweitert werden soll. In Zusammenarbeit mit dem Heimatverein Letmathe ist ferner die volkskundliche Sammlung im Haus Letmathe zu betreuen.

Der Bewerber sollte gründliche Kenntnisse in Geschichte, Industriegeschichte, Volkskunde und Erfahrungen in der Museumsarbeit nachweisen können und die ausbildungsmäßigen Voraussetzungen für die Übertragung einer Tätigkeit des gehobenen Dienstes erfüllen (Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst oder Angestelltenprüfung II). Erwartet werden Initiative, Ideenreichtum und pädagogische Fähigkeiten.

Bei Erfüllung der ausbildungsmäßigen Voraussetzungen und je nach Fachkenntnissen und Berufserfahrung Besoldung nach Bes.Gr. A 11 bzw. Vergütung nach Verg.Gr. IVa BAT.

Die **Stadt Iserlohn** liegt am Nordrand des Sauerlandes in waldreicher, landschaftlich reizvoller Umgebung. Sie ist zentraler Ort eines größeren Umlandes mit guten Verkehrsverbindungen, Autobahnanschluß, Schulen aller Systeme, modernen Hallenbädern, Eissporthalle, vielseitigem Konzert- und Theaterprogramm.

Bewerbungen mit Lebenslauf (nach Möglichkeit maschinenschriftlich), Lichtbild mit Zeugnisablichtungen werden innerhalb zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige erbeten an den

Stadtdirektor der Stadt Iserlohn
Postfach 247, 5860 Iserlohn